

---

## **Impressum**

### **Redaktion / Editors**

Freia Anders, Jens Beckmann, Peter Birke, Thomas Funk, Sarah Graber Majchrzak, Max Henninger, Norbert Meder, Christiane Mende, Gottfried Oy, Hartmut Rübner, Lars Stubbe, Rhena Stürmer, Johanna Wolf

### **Anschrift der Redaktion / Contact Address**

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e. V.  
z. Hd. Redaktion Sozial.Geschichte Online  
Cuvrystraße 20a, Briefkasten 30  
D-10997 Berlin

[sgo@sozialgeschichte-online.de](mailto:sgo@sozialgeschichte-online.de)

### **Webseite / Website**

<https://sozialgeschichte-online.org>

### **Erscheinungsort / Place of Publication**

DuEPublico 2, Duisburg-Essen Publications online  
Universität Duisburg-Essen  
<https://duepublico2.uni-due.de/>

### **Satz / Typesetter**

Thomas Funk und Jens Beckmann, Berlin

# **Sozial.Geschichte Online**

Social History Online /  
Histoire sociale en ligne

34 (2023)

ISSN 1869-4748

# Inhalt / Contents

<b>Editorial</b>	<b>5</b>
<b>Forschung / Research</b>	<b>13</b>
<i>Simon Duckheim</i> Von der „Führererziehung“ zur „Sozialisierung des Heilwesens“. Die (gesundheits-)politischen Vorstellungen des Sozialhygienikers, Sexualreformers und Eugenikers Max Hodann (1894–1946) und sein Engagement im Verein Sozialistischer Ärzte (1919–1933)	13
<i>Hartmut Rübner</i> Kommunistische Bewegung in der Weimarer Republik und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Neuere Untersuchungen und Forschungsschwerpunkte	73
<i>Ralf Hoffrogge</i> Sozialpartnerschaft mit kurzer Tradition. Korporatismus, Voluntarismus und die „Varianten des Kapitalismus“ am Beispiel der Industriegewerkschaft Metall (IGM) und der Amalgamated Engineering Union (AEU)	123
<i>Johanna Neuhauser / Peter Birke</i> Migration and Work – Theoretical Perspectives under the Impression of Multiple Crises	159
<i>Christian Sperneac-Wolfer</i> Die multiple Prekarität rumänischer Bauarbeiter in Deutschland	189
<b>Zeitgeschehen / Current Events</b>	<b>219</b>
<i>Rudi Friedrich / Connection e.V.</i> Deserteure auf beiden Seiten des Krieges: „Die Idee in die Gesellschaft tragen, dass es einen anderen Weg gibt“ (Interview: Peter Birke)	219
<i>Karmína</i> On “The Tragedy of the Ukrainian Working Class” (Interview: Peter Birke)	225

<b>Dokument / Document</b>	<b>245</b>
<i>Gianni Boetto</i> Ein Leben als operaistischer Aktivist in der italienischen „Provinz“. Vom heißen Herbst 1969 bis zu den Kämpfen in den Lagerhäusern der Logistik heute (Interview: Sergio Bologna; Übersetzung: Lars Stubbe und Karl Heinz Roth)	245
<b>Tagungsbericht</b>	<b>277</b>
<i>Manuel Lautenbacher</i> Italienische Arbeitskräfte für die deutsche Kriegswirtschaft 1938–1945“ (1. bis 3. Dezember 2022, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz)	277
<b>Buchbesprechungen / Book Reviews</b>	<b>283</b>
<i>Herbert Oberland / Wolfgang Hien / Peter Birke</i> Das andere 1968. Von der Lehrlingsbewegung zu den Auseinandersetzungen am Speyer-Kolleg 1969–1972 (Peter Nowak)	283
<i>Philipp Sarasin</i> 1977. Eine kurze Geschichte der Gegenwart (Simona Slanicka)	291
<i>Birgit Aschmann / Monika Wienfort</i> (Hg.) Zwischen Licht und Schatten. Das Kaiserreich (1871–1914) und seine neuen Kontroversen (Thomas Gräfe)	297
<i>Sven Brajer</i> Am Rande Dresdens? Das völkisch-nationale Spektrum einer „konservativen Kulturstadt“ 1879–1933 (Thomas Gräfe)	305
<i>Uwe Fuhrmann</i> Feminismus in der frühen Gewerkschaftsbewegung (1890–1914). Die Strategien der Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen um Paula Thiede (Gisela Notz)	310
<i>Sylvia Wagner</i> Arzneimittelversuche an Heimkindern zwischen 1949 und 1975 (Manfred Kappeler)	318
<b>Abstracts</b>	<b>327</b>
<b>Autorinnen und Autoren / Contributors</b>	<b>332</b>

---

## Editorial

Nachdem 2022 mit dem Erscheinen von Heft 33 der *Sozial.Geschichte Online / Offline* ausgeklungen ist – mit einem Sonderheft, das den 80. Geburtstag von Karl Heinz Roth, einem der Gründungsmitglieder unserer Zeitschrift, gebührend feierte<sup>1</sup> – knüpfen wir in unserem aktuellen Heft 34 an Themen an, die seit langem eine Rolle in dieser Zeitschrift spielen, befassen uns aber auch mit den sozialen Kämpfen der Gegenwart und hier insbesondere mit jenen gegen den Krieg in der Ukraine.

Zuerst aber möchten wir hier an unseren Autor und Freund Willi Hajek erinnern, der im Oktober 2022 verstarb. Er war für manche aus der Redaktion ein wichtiger Diskussionspartner. Nach der Rückkehr aus Frankreich, wo er mehrere Jahre studiert und gearbeitet hatte, kam er nach Frankfurt, später nach Bochum, wo er als Sozialarbeiter arbeitete. Willi stand in der Tradition der „Betriebslinken“, jener linken Genoss:innen, die ab den 1970ern in die – großen wie kleinen – Betriebe gingen, um dort als Beschäftigte kritische Sichtweisen auf eine bereits damals längst brüchig gewordene „Sozialpartnerschaft“ zu entwickeln. Er blieb zudem zeitlebens den sozialen Bewegungen und Gewerkschaften Frankreichs verbunden, wo er zuletzt wieder lebte. Willi vermittelte in seiner Arbeit ein Praxiswissen, das durch seine Erfahrungen und Kenntnisse betrieblicher Kämpfe einmalig war. Er war sicher einer der wichtigsten Netzwerker der Gewerkschaftslinken zwischen Deutschland und Frankreich, und sehr viele Kolleginnen und Kollegen haben mit der Zeit die von ihm organisierten Bildungsurlaube und Seminare besucht, ob in La Ciotat, Marseille, Paris oder in der Bundesrepublik. Einmalig war auch Willis Fähigkeit, „Übersetzungsarbeit“ zwischen den verschiedenen Kämpfen und Bewegungen in unterschied-

---

<sup>1</sup> Wir danken der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts für die nachträgliche Bezuschussung dieses Sonderausgabe.

lichen Ländern zu leisten. Jene, die seine Veranstaltungen zur komplexen Realität der „Gelbwesten“ und deren Beitrag zu einer radikalen Politik erlebt haben,<sup>2</sup> konnten eine Sichtweise mitnehmen, die jene nicht einfach als rechte Wirtköpfe abtut, sondern sie als soziale Subjekte auf der Suche nach Autonomie wahrnahm. Willis Tod markiert eine Leerstelle.

## Die Beiträge in diesem Heft

Simon Duckheim eröffnet diesen Band mit einem Forschungsbeitrag zu Max Hodann, der vielen Menschen vor allem durch die Darstellung in Peter Weiss' epischem Werk *Die Ästhetik des Widerstands* bekannt sein dürfte: „Von der ‚Führerziehung‘ zur ‚Sozialisierung des Gesundheitswesens‘. Die (gesundheits-)politischen Vorstellungen des Sozialhygienikers, Sexualreformers und Eugenikers Max Hodann (1894–1946) und sein Engagement im *Verein Sozialistischer Ärzte* (1919–1933)“. Die „Sozialisierung des Gesundheitswesens“, wie sie bereits in den Grundsätzen des Erfurter Programms der SPD (1891) mit dem Hinweis auf die „Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfe“ als konkrete Forderung enthalten war, stellte das übergeordnete Ziel des wichtigsten linken Ärztevereins der Weimarer Republik, des *Vereins sozialistischer Ärzte* (VSÄ), dar. Der Beitrag zeichnet Hodanns wissenschaftliche und politische Entwicklung nach, insbesondere im Hinblick auf dessen Kritik an der offiziellen Politik der SPD, die er bereits im Zusammenhang seines Engagements in der deutschen Jugendbewegung und später im Rahmen des *Internationalen Sozialistischen Kampfbundes* formulierte. Vor diesem Hintergrund erörtert der Autor, inwieweit die politische Sozialisation Hodanns mit den gesundheitspolitischen und sozialhygienischen Vorstellungen verknüpft war, wie sie der Mediziner vor allem im VSÄ vertrat.

---

<sup>2</sup> Hierzu erschienen in unserer Zeitschrift zwei Beiträge: Willi Hajek, *Gilets jaunes / Gelbwesten – eine Zwischenbilanz*, in: *Sozial.Geschichte Online*, 25 (2019), S. 103–118; zudem: *Die sozialen Bewegungen in Frankreich in Zeiten der Pandemie. Ein Gespräch mit Willi Hajek und Lou Marin* (Peter Birke / Lars Stubbe), *Sozial.Geschichte Online*, 27 (2020), S. 155–179.

Unser Redakteur Hartmut Rübner beschäftigt sich im ersten Teil seines Forschungsbeitrags „Kommunistische Bewegung in der Weimarer Republik und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Neuere Untersuchungen und Forschungsschwerpunkte“ vor dem Hintergrund der anhaltenden Dominanz der Totalitarismustheorie mit den Fortschritten und Sackgassen der Forschung seit den 1990er Jahren. In den 1990er Jahren hat ein Boom der historischen Forschung zum Kommunismus in Deutschland eingesetzt. Zur Bestimmung des Verhältnisses von Utopie und Wirklichkeit in der Geschichte des Kommunismus müssen indes, so der Autor, zwei Seiten unterschieden werden: einerseits eine soziale Bewegung, die als Abspaltung von der systemintegrierten Sozialdemokratie auf die Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse in der Klassengesellschaft reagierte, und andererseits die realsozialistischen Diktaturen an der Macht. In der Forschungspraxis ist eine Abkehr von der herkömmlichen Parteien- und Politikgeschichte und eine Hinwendung zu sozial- und milieuorientierten Methoden feststellbar. Dabei konnte bislang noch nicht klar herausgearbeitet werden, ob von einer kommunistischen Teilkultur innerhalb einer interfraktionellen Arbeiterbewegungskultur auszugehen ist oder von separierten Nischengemeinschaften abseits davon. Obwohl das kommunistische Spektrum viele Nebenströmungen und Abspaltungen umfasst, wird es doch meist auf die KPD reduziert – ein Bild, das Hartmut Rübners Beitrag korrigiert. Der zweite Teil des Beitrags wird in der Ausgabe 36 von *Sozial.Geschichte Online* erscheinen.

Ralf Hoffrogge beleuchtet in seinem Forschungsbeitrag „Sozialpartnerschaft mit kurzer Tradition“ tradierte Annahmen, die Deutschland als Modellfall für Sozialpartnerschaft, Korporatismus oder, in der Typologie der *Varieties of Capitalism*, als koordinierte Marktwirtschaft begreifen, Großbritannien dagegen als Modellfall für eine voluntaristische Form der Arbeitsbeziehungen. Anhand eines Vergleichs der Metallgewerkschaften *Industriegewerkschaft Metall* (IGM) und der britischen *Amalgamated Engineering Union* (AEU) hinterfragt Hoffrogge diese Annahmen. Beide Gewerkschaften waren die größten

ihrer Branche, wobei der Metallsektor wiederum seit der Industrialisierung bis heute eine führende Rolle spielte. Der Autor arbeitet heraus, dass sich beide Gewerkschaften mit denselben globalen Herausforderungen konfrontiert sahen und darauf manchmal fast identische Antworten fanden. Während einige Studien unterschiedliche nationale Traditionen des Korporatismus oder des Voluntarismus weit vor 1918 ausmachen wollen, argumentiert Hoffrogge, dass die endgültige Aufspaltung in zwei Systeme der Arbeitsbeziehungen erst viel später erfolgte, nämlich im Zeitraum zwischen 1973 und 1979. Die britischen Gewerkschaften haben seitdem, so der Autor, jede Hoffnung auf ein korporatistisches Arrangement verloren, während der deutsche Korporatismus als „defensive Sozialpartnerschaft“ mit eingeschränktem Handlungsspielraum für die Gewerkschaftsseite überlebte.

Einmal mehr widmen sich zwei Forschungsbeiträge in dieser Ausgabe dem Zusammenhang von Arbeit und Migration. In einem vor allem konzeptionellen Text widmen sich Johanna Neuhauser und unser Redakteur Peter Birke der Frage nach dem Zusammenhang zwischen multipler Krise und multipler Prekarität in überwiegend durch migran-tische Arbeit geprägten Branchen. Ihr Beitrag verbindet Perspektiven einer kritischen Arbeitssoziologie mit einer Kritik verwertungsorientierter Migrationsregime. Empirisch zeigen die Autor:innen anhand von Interviews mit Arbeiter:innen in Deutschland und Österreich während der Corona-Krise, welche Rolle die Segmentierung von Arbeitsmärkten und ein „arbeitsprozessbezogener“ Rassismus in der sozialen Neuzusammensetzung betrieblicher Ausbeutungsverhältnisse in der Pandemie gespielt haben. Damit schließen sie an eine ganze Reihe von Texten in dieser Zeitschrift an, die seit März 2020 erschienen sind.<sup>3</sup> Am Ende des Texts gehen sie auf die Perspektiven ein, die sich aus den von ihnen untersuchten Alltagskämpfen ergeben könnten.

An Neuhausers und Birkes Artikel schließt die ebenfalls empirisch gesättigte Analyse von Arbeits- und Lebensverhältnissen rumänischer

---

<sup>3</sup> Vgl. Dossier zu Arbeit und sozialen Konflikten in der Pandemie auf der Homepage unserer Zeitschrift: [<https://sozialgeschichte-online.org/dossiers/arbeit-in-der-pandemie/>].



Bauarbeiter an, die Christian Sperneac-Wolfer während seiner Forschungen in der aus Anonymisierungsgründen „Echsberg“ genannten Stadt angetroffen hat. In seinem Artikel stellt Sperneac-Wolfer die Resultate seiner am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main angesiedelten Studie vor. Ausgangspunkt stellen dabei jene Arbeitskämpfe dar, die in den letzten Monaten auf den Baustellen in Hamburg, dem Fehmarnsund und anderswo öffentlich sichtbar wurden. Sperneac-Wolfer bezieht sich auf das auch von Neuhauser und Birke verwendete Konzept der „multiplen Prekarität“, wenn er die Logik der diese Kämpfe prägenden Arbeits- und Sozialverhältnisse porträtiert. Beide Texte zu Arbeit und Migration, die sich im vorliegenden Heft finden, thematisieren insofern eine doppelte Bewegung, die die gegenwärtige Forschungsdiskussion aktuell stark prägt: Eine massive und schnelle soziale Neuzusammensetzung der Arbeiter:innenklasse verbindet sich mit erweiterten Machtressourcen angesichts des Arbeitskräftemangels. Wie sich diese Kombination in der Politik der Arbeitskämpfe auswirken wird, muss die Zukunft zeigen.

\*

In unserer Rubrik *Zeitgeschehen* finden sich zwei Texte zu einem leider weiterhin aktuellen Thema. Im ersten der beiden Texte befragt Peter Birke den Geschäftsführer des Vereins *Connection e. V.*, Rudi Friedrich, nach dem Schicksal der Deserteure auf beiden Seiten des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine. In dem Gespräch werden nicht nur die (unterschiedlichen) Motive von Desertion und die Bedeutung von Asylrecht und Flüchtlingspolitik thematisiert, sondern auch die politische Rolle, die Kriegsdienstverweigerung zumindest potenziell für eine antimilitaristische Politik und, auf lange Sicht, für eine Beendigung des Kriegs spielen könnte. In einem zweiten Interview stellt die Gruppe *Karmína* ihre Arbeiten zur Geschichte der Klassen- und Arbeitsverhältnisse in der Ukraine im Lichte des aktuellen Kriegs vor. Das Interview verweist auf einen längeren, historisch-analytischen Text,

der vor einigen Monaten auf der Webseite der Gruppe erschienen ist.<sup>4</sup> In diesem Gespräch wird sehr plastisch deutlich, wie sich die sozialen Kämpfe und die betriebliche Politik in den unterschiedlichen Regionen der Ukraine in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten entwickelt haben und wie sie durch den laufenden Krieg transformiert werden. Beide Texte dokumentieren erste Eindrücke, die durch einen Blick auf den Krieg in der Ukraine „von unten“ und unter Berücksichtigung der Dynamik von Kapitalakkumulation und Klassenkämpfen gewonnen werden können. Weitere Gespräche werden folgen.

In der Rubrik *Dokument* findet sich ein Interview, das Sergio Bologna mit Gianni Boetto im Februar 2022 geführt hat: „Ein Leben als operaistischer Aktivist in der italienischen ‚Provinz‘. Vom heißen Herbst 1969 bis zu den Kämpfen in den Lagerhäusern der Logistik heute“. Boetto berichtet aus seiner jahrzehntelangen Erfahrung mit Arbeitskämpfen in der Bassa Padovana, einer in der Nähe Paduas gelegenen Region mit einem hohen Anteil mittelgroßer Industriezuliefererbetriebe. Er schildert die Erfahrung der organisierten Autonomie in den Betrieben in den 1960ern und 1970ern, die Auswirkungen der Niederlage bei FIAT im Jahr 1980 sowie die ab den 1980ern verstärkt einsetzende Migration, die in verschiedenen „Schüben“ den Arbeitsmarkt entlang der Neuzusammensetzung des Kapitals neu strukturiert. Und er berichtet über die intensive Arbeit, mit der Basisgewerkschaften durch operaistische Ansätze diese Migrant:innen organisieren und es schaffen, sich neben den Mehrheitsgewerkschaften als dem Kapital ebenbürtige Gegner zu etablieren, um den ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in der Logistik- und Dienstleistungsbranche etwas entgegenzusetzen. Sergio Bologna ergänzt das Interview mit wichtigen Anmerkungen zur Geschichte des italienischen Genossenschaftswesens und dessen seit den 1990ern forcierten negativen Instrumentalisierung in diesen Klassenkämpfen eines sich neu konstituierenden Proletariats.

Manuel Lautenbachers Tagungsbericht referiert die Ergebnisse der von unserer Redakteurin Freia Anders mitorganisierten und durch

---

<sup>4</sup> Vgl. [<https://karmina.red/posts/tragedy-of-ukrainian-working-class/>].

*Sozial.Geschichte Online* unterstützten Tagung „Italienische Arbeitskräfte für die deutsche Kriegswirtschaft 1938–1945“, die Anfang Dezember 2022 an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz stattfand. Die Tagung, zu der unter anderem auch unser Autor Karl Heinz Roth einen Vortrag beisteuerte, stellte die jahrelange Arbeit der Forschungsgruppe *Associazione Nazionale Reduci dalla Prigionia, dall’Internamento, dalla Guerra di Liberazione e loro familiari* (ANRP)<sup>5</sup> zu den Rekrutierungs- und Einsatzbedingungen der italienischen Arbeitskräfte im Deutschen Reich vor.

Wie immer runden spannende Buchbesprechungen unser neues Heft ab. Peter Nowak bespricht *Das andere 1968. Von der Lebrlingsbewegung zu den Auseinandersetzungen am Speyer-Kolleg 1969–1972* von Herbert Obenland und unserem Autor Wolfgang Hien, das ein Interview unseres Redaktionsmitglieds Peter Birke enthält. Simona Slanicka kritisiert Philipp Sarasins Buch *1977. Eine kurze Geschichte der Gegenwart*. Thomas Gräfe weist auf die blinden Flecken des von Birgit Aschmann und Monika Wienfort herausgegebenen Sammelbands *Zwischen Licht und Schatten. Das Kaiserreich (1871–1914) und seine neuen Kontroversen* hin, zudem stellt er Sven Brajers Buchveröffentlichung *Am Rande Dresdens? Das völkisch-nationale Spektrum einer „konservativen Kulturstadt“ 1879–1933* vor. Gisela Notz rezensiert Uwe Fuhrmanns Buch über den *Feminismus in der frühen Gewerkschaftsbewegung (1890–1914)*, dessen Schwerpunkt auf den Strategien der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen um Paula Thiede liegt. Und schließlich stellt Manfred Kappeler Sylvia Wagners Forschungen über *Arzneimittelversuche an Heimkindern* zwischen 1949 und 1975 vor, deren Veröffentlichungen nicht zuletzt in der *Sozial.Geschichte Online* dafür gesorgt haben, dass dieses bislang weitgehend vernachlässigte Thema öffentliche Aufmerksamkeit erfahren hat.<sup>6</sup>

<sup>5</sup> [<http://www.anrp.it/>]; siehe auch deren digitale Ausstellung: [<https://italienischearbeitskraefteimreich.eu/>].

<sup>6</sup> Sylvia Wagner, Ein unterdrücktes und verdrängtes Kapitel der Heimgeschichte: Arzneimittelstudien an Heimkindern, *Sozial.Geschichte Online*, 19 (2016), S. 61–114; zudem: Sylvia Wagner / Burkhard Wiebel, „Verschickungskinder“ – Einsatz siedender Arzneimittel und Arznei-

## Anmerkung zum Editorial von Heft 33

In Heft 33 schrieben wir zu Christiane Rothmalers ebendort erschienenem Artikel:<sup>7</sup>

Christiane Rothmalers Aufsatz „Die Kompanie bittet um eine exemplarische Bestrafung‘ oder ‚Ich habe mir nichts dabei gedacht, ich habe es nicht mit Absicht getan“ untersucht anhand von Akten der nationalsozialistischen Militärjustiz, aus welchen Motiven die bislang nur wenig erforschte Gruppe der Wehrmachthelferinnen verurteilt wurden, und gibt Hinweise darauf, in welchem Maße das Verhalten der Frauen als durch Eigensinn motiviert, wenn nicht gar als widerständig anzusehen ist.“

Dieser in der Eile der Endredaktion entstandene Satz ordnet den Beitrag von Christiane Rothmaler falsch ein, wofür wir uns bei der Autorin entschuldigen. Selbstverständlich geht es in ihrem Aufsatz um eine Aufarbeitung der Sozialgeschichte dieser Gruppe und nicht darum, diese Gruppe in die Reihen des Widerstands gegen den Nazismus einzuordnen.

Eine erkenntnisreiche Lektüre wünscht

*die Redaktion*

---

mittelprüfungen. Ein Forschungsansatz, Sozial.Geschichte Online, 28 (2020), S. 11–42.

<sup>7</sup> Christiane Rothmaler, „Die Kompanie bittet um eine exemplarische Bestrafung“ oder „Ich habe mir nichts dabei gedacht, ich habe es nicht mit Absicht getan“. Wehrmachthelferinnen vor der Militärjustiz, Sozial.Geschichte Online, 33 (2022), S. 237–282.

---

*Simon Duckheim*

## **Von der „Führererziehung“ zur „Sozialisierung des Heilwesens“. Die (gesundheits-)politischen Vorstellungen des Sozialhygienikers, Sexualreformers und Eugenikers Max Hodann (1894–1946) und sein Engagement im *Verein Sozialistischer Ärzte* (1919–1933)**

Die „Sozialisierung des Heilwesens“, wie sie als eine konkrete Forderung schon in den Grundsätzen des 1891 verabschiedeten Erfurter Programms der SPD mit dem Verweis auf die „Unentgeltlichkeit ärztlicher Hilfeleistung“ enthalten war,<sup>1</sup> stellte auch das übergeordnete Ziel des bedeutendsten linken Ärzteverbandes zur Zeit der Weimarer Republik dar, des von 1919 bis 1933 bestehenden *Vereins Sozialistischer Ärzte* (VSÄ). Einer der prominentesten Vertreter des VSÄ war der Sozialhygieniker, Sexualreformer und Eugeniker Max Hodann (1894–1946), den zuvorvererst sein engagiertes Auftreten und seine Publikationen auf dem Gebiet der Sexualaufklärung in den 1920er Jahren bekannt gemacht hatten. Hodann genoss innerhalb des VSÄ großes Ansehen und übte auf dessen gesundheitspolitischen Vorstellungen auf vielfältige Weise Einfluss aus. Von 1930 bis 1933 war er Mitglied im Reichsvorstand des Vereins.

Dieser Beitrag zeichnet die wissenschaftliche und politische Entwicklung Hodanns nach, insbesondere im Hinblick auf die im Kontext seines „undogmatischen“ Sozialismus zu betrachtende Auseinan-

---

<sup>1</sup> Zum ideen- und parteigeschichtlichen Kontext dieses Aspekts vgl. Alfons Labisch, Die gesundheitspolitischen Vorstellungen der deutschen Sozialdemokratie von ihrer Gründung bis zur Parteispaltung (1863–1917), in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 16 (1976), S. 325–370.

dersetzung mit dem „revolutionären Attentismus“<sup>2</sup> der SPD, der im Erfurter Programm als offizielle Parteipolitik festgeschrieben wurde – eine Auseinandersetzung, die vor allem im Zuge seines Engagements in der deutschen Jugendbewegung erfolgte. Davon ausgehend erörtert der Beitrag, inwiefern diese Entwicklung im Zusammenhang mit der seiner gesundheitspolitischen bzw. sozialhygienischen Vorstellungen stand, wie Hodann sie vor allem im VSÄ vertrat – unter besonderer Berücksichtigung der diese Vorstellungen leitenden Idee einer „Sozialisierung des Heilwesens“ sowie seiner eugenischen Auffassungen.<sup>3</sup>

## Biografischer Überblick

Nachdem sein Vater, ein Oberstabsarzt, 1899 verstorben war, zogen die Mutter und ihr Sohn zunächst nach Berlin und kurz darauf auf ärztlichen Rat hin – Max litt zu dieser Zeit unter starkem Keuchhusten – nach Meran im Südtirol. 1904 gingen sie zurück nach Berlin,

---

<sup>2</sup> Mit dieser Formulierung, die in der Folge in der Geschichtswissenschaft zunehmende Resonanz fand, hatte der Historiker Dieter Groh Anfang der 1970er Jahre die offizielle Parteipolitik der SPD zur Zeit des Erfurter Programms charakterisiert.

<sup>3</sup> Dieser Beitrag versteht sich als Ergänzung der bisher vorliegenden Kenntnisse zur (gesundheits-)politischen Heterogenität der Sozialhygiene während der Weimarer Republik. Bezüglich einer linken Sozialhygiene zur Weimarer Zeit seien exemplarisch genannt: Stephan Leibfried / Florian Tennstedt, Berufsverbote und Sozialpolitik 1933. Die Auswirkungen der nationalsozialistischen Machtergreifung auf die Krankenkassenverwaltung und die Kassenärzte. Analyse – Materialien zu Angriff und Selbsthilfe – Erinnerungen (= Arbeitspapiere des Forschungsschwerpunktes Reproduktionsrisiken, soziale Bewegungen und Sozialpolitik), Bremen 1981; Daniel S. Nadav, Julius Moses (1868–1942) und die Politik der Sozialhygiene in Deutschland, Gerlingen 1985. Zum eugenischen Einfluss auf die sozialistische Bewegung bis 1933 vgl. etwa Paul J. Weindling, Die Verbreitung rassenhygienischen / eugenischen Denkens in bürgerlichen und sozialistischen Kreisen der Weimarer Republik, in: *Medizinhistorisches Journal*, 22 (1987), S. 352–368; ders., *Health, Race and German Politics between National Unification and Nazism, 1870–1945*, Cambridge 1989; Michael Schwartz, *Sozialistische Eugenik. Eugenische Sozialtechnologien in Debatten und Politik der deutschen Sozialdemokratie 1890–1933* (= Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 42), Bonn 1995; Reinhard Mocek, *Biologie und soziale Befreiung. Zur Geschichte des Biologismus und der „Rassenhygiene“ in der Arbeiterbewegung* (= Philosophie und Geschichte der Wissenschaften, Bd. 51), Frankfurt a. M. u. a. 2002; Peter Bierl, *Unmenschlichkeit als Programm*, Berlin 2022, S. 65–98.

wo Hodann das Friedenauer Gymnasium besuchte und mit dem Abitur abschloss.<sup>4</sup>



*Abb. 1: Max Hodann 1928. Quelle: M. Kaiser, Die Liebeslebre, Berlin o. J., S. VII*

Sein 1913 in Berlin begonnenes und im Krieg unterbrochenes Medizinstudium schloss Hodann 1919 ab und promovierte im gleichen Jahr mit einer Dissertation über die sozialhygienische Bedeutung der Beratungsstellen für Geschlechtskranke.<sup>5</sup> Im Anschluss war er vor allem

<sup>4</sup> Wilfried Wolff, Max Hodann (1894–1946). Sozialist und Sozialreformer (= Schriftenreihe der Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft, Bd. 9), Hamburg 1993, S. 13–20.

<sup>5</sup> Max Hodann, Die sozialhygienische Bedeutung der Beratungsstellen für Geschlechtskranke unter bes. Berücksichtigung d. Beratungsstelle d. Landesversicherungsanstalt Berlin

als Kommunalarzt tätig. Von 1921 bis 1933 war er ärztlicher Leiter des Gesundheitsamtes Berlin-Reinickendorf. Theoretisch wie praktisch beschäftigte er sich in erster Linie mit sozialhygienischen und insbesondere sexualwissenschaftlichen Fragen. Dabei griff er, wie Wilfried Wolff in seiner biografischen Studie von 1993 feststellt, auch

in sozialpolitische Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik ein, welche sich unter anderem um die Freigabe von Präventivmitteln, die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, die Homosexualität und Fragen der Sexual- und Strafrechtsreform bewegten.<sup>6</sup>

Außer im VSÄ war Hodann in diversen weiteren linken Verbänden aktiv, so etwa im *Proletarischen Gesundheitsdienst*, im *Reichsverband für Geburtenregelung und Sexualhygiene*, im *Bund der Freunde der Sowjetunion* sowie in der *Internationalen Arbeiterhilfe*.

Im Februar 1933 wurde Hodann für einige Monate inhaftiert. Nach seiner Entlassung gelang ihm die Flucht aus Deutschland, und

es begann eine Odyssee der Emigration durch neun europäische Länder. Erst 1939 fand Hodann eine Art neue Heimat in Stockholm, wo er jedoch, als ausländischer Arzt mit Berufsverbot belegt, eher geduldet als wirklich zu Hause war.<sup>7</sup>

1937 ging er für etwa ein Jahr nach Spanien und unterstützte dort mit seiner ärztlichen Tätigkeit den antifaschistischen Kampf der republikanischen Armee. Im Dezember 1946 starb Hodann – wohl an einem Asthmaleiden – in Stockholm.<sup>8</sup> Durch den halbfiktiven Roman *Die Ästhetik des Widerstands* von Peter Weiss (1916–1982), dem er als

---

(vgl. med. Diss., Universität Berlin 1919), Leipzig 1920.

<sup>6</sup> Wolff, Hodann (wie Anm. 4), S. 35.

<sup>7</sup> Manfred Herzer, Sexualpädagogik und Sexualpolitik, in: Rolf Gindorf / Erwin J. Haeblerle (Hg.), *Sexualwissenschaft und Sexualpolitik. Spannungsverhältnisse in Europa, USA und Asien* (= Schriftenreihe Sozialwissenschaftliche Sexualforschung 3), Berlin 1992, S. 73–90, hier S. 85.

<sup>8</sup> Ebd., S. 88 f.



Vorlage für eine der Hauptfiguren diente, hat Hodann schließlich auch Eingang in die Literaturgeschichte gefunden.<sup>9</sup>

Für seine wissenschaftliche und politische Entwicklung waren Hodanns persönliche Kontakte und Beziehungen zu einigen auf verschiedenen Gebieten einflussreichen Persönlichkeiten prägend. Als enger Schulfreund Benedikt Kautskys war Hodann mit dessen Vater Karl Kautsky (1854–1938), dem seinerzeit führenden Theoretiker des zentristischen Parteiflügels der SPD, bekannt geworden, wodurch er auch an den Marxismus herangeführt wurde. Die spätere Auseinandersetzung mit Kautskys marxistischen Theorien sollte für die Entwicklung seiner eigenen sozialistischen Vorstellungen von wesentlicher Bedeutung werden.<sup>10</sup>

Während seines Medizinstudiums übte insbesondere sein Lehrer Alfred Grotjahn (1869–1931)<sup>11</sup> mit seinen sozialhygienischen – und zugleich mit seinen eugenischen – Überzeugungen in vielerlei Hinsicht Einfluss auf Hodann aus – ein Einfluss, der sich ebenfalls in seinen gesundheitspolitischen Vorstellungen und Aktivitäten niederschlagen sollte. Hodann selbst erinnerte seine Annäherung an Grotjahn und dessen Sozialhygiene später als „Abstecher in Randgebiete der eigentlichen Medizin“, der für seine „spätere Tätigkeit ausschlaggebend“ wurde.<sup>12</sup> 1915 lernte Hodann Magnus Hirschfeld (1868–

<sup>9</sup> Zu Hodanns Biografie vgl. – neben den bereits genannten Titeln von Wilfried Wolff und Manfred Herzer – auch Karl Braun, Jugendbewegung, Sexualaufklärung, Sozialhygiene. Das Beispiel Max Hodann (1894–1946), in: ders. / Felix Linzner / John Khairi-Taraki (Hg.), Avantgarden der Biopolitik. Jugendbewegung, Lebensreform und Strategien biologischer „Auf-rüstung“ (= Jugendbewegung und Jugendkulturen: Jahrbuch, Bd. 13), Göttingen 2017, S. 33–60.

<sup>10</sup> Vgl. Wolff, Hodann (wie Anm. 4), S. 143 f.

<sup>11</sup> Grotjahn gilt als Vorreiter und prominentester Vertreter der sozialen Hygiene in Deutschland. Zu dessen rassenhygienischen Vorstellungen vgl. Karl-Heinz Roth, Schein-Alternativen im Gesundheitswesen: Alfred Grotjahn (1861–1931) – Integrationsfigur etablierter Sozialmedizin und nationalsozialistischer „Rassenhygiene“, in: ders. (Hg.): Erfassung zur Vernichtung. Von der Sozialhygiene zum „Gesetz über Sterbehilfe“, Berlin 1984, S. 31–56; Daniel S. Nadav, Julius Moses und Alfred Grotjahn. Das Verhalten zweier sozialdemokratischer Ärzte zu Fragen der Eugenik und Bevölkerungspolitik, in: Der Wert des Menschen. Medizin in Deutschland 1918–1945, hg. von der Ärztekammer Berlin in Zusammenarbeit mit der Bundesärztekammer, Berlin 1989, S. 143–152.

<sup>12</sup> Zit. nach Wolff, Hodann (wie Anm. 4), S. 21.

1935)<sup>13</sup> kennen, den seinerzeit in Deutschland prominentesten Sexualwissenschaftler, mit dem ihn fortan eine enge Freundschaft verband. Ab 1926 war Hodann langjähriger fester Mitarbeiter am *Institut für Sexualwissenschaft*, das Hirschfeld, der ebenfalls Mitglied im VSÄ war, 1919 in Berlin gegründet hatte; unter anderem leitete er zeitweilig die Sexualberatungsstelle des Instituts.

Die folgenreichste Bekanntschaft Hodanns war aber wohl die mit dem Göttinger Philosophen Leonard Nelson (1882–1927), die um das Jahr 1916 ihren Anfang nahm und die, gemeinsam mit dem damit einhergehenden Engagement in der deutschen Jugendbewegung, Hodanns politisches Denken in den kommenden Jahren maßgeblich bestimmen sollte.<sup>14</sup>

## Im Internationalen Jugendbund

Nachdem es 1913, im Jahr seines Studienbeginns, zu ersten Berührungen Hodanns mit der Jugendbewegung gekommen war,<sup>15</sup> identifizierte er sich zunehmend mit der Bewegung und gewann innerhalb dieser an Einfluss.<sup>16</sup> Gemeinsam mit Leonard Nelson war Hodann 1917/18 Mitbegründer des *Internationalen Jugendbundes* (IJB) und gehörte von Beginn an zu einem seiner aktivsten Mitglieder. Der IJB – auch „Nelson-Bund“ genannt – war eine streng hierarchisch organisierte, sektenähnliche Vereinigung, in der die „parteiorganisatorische und vor allem ideologische Führerstellung Nelsons [...] unbestritten war“.<sup>17</sup>

---

<sup>13</sup> Zur Biografie Hirschfelds vgl. etwa Manfred Herzer, Magnus Hirschfeld und seine Zeit, Berlin / Boston 2017.

<sup>14</sup> In der Studie von Wolff wird dieser Teil der Biographie Hodanns zwar thematisiert, nicht aber in einen konkreten Zusammenhang mit der Entwicklung seiner gesundheitspolitischen Vorstellungen gebracht.

<sup>15</sup> Wolff, Hodann (wie Anm. 4), S. 22.

<sup>16</sup> Werner Link, Die Geschichte des Internationalen Jugendbundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 1), Meisenheim am Glan 1964, S. 42 Fn.

<sup>17</sup> Ebd., S. 3.

Nelson selbst betrachtete sich als undogmatischen – und antimarxistischen – Sozialisten. Er vertrat einen „ethischen Sozialismus“, der sich im Gegensatz zum seinerzeit in der sozialistischen Bewegung dominierenden „orthodoxen“ bzw. „wissenschaftlichen Marxismus“ einer ethischen Begründung des Klassenkampfes verschrieben hatte.

Ebenso wie Nelsons sozialistische Vorstellungen war der Bund strikt anti-demokratisch ausgerichtet. Er verstand sich als eine dem „Führerprinzip“ verpflichtete „Erziehungsgemeinschaft“ mit dem Ziel, geeignete Persönlichkeiten „heranzuziehen“, aus denen sich eine Führerelite herausbilden sollte, die die „Volksmasse“ zum revolutionären Bewusstsein und einem dementsprechenden Lebenswandel anleiten sollte, um schließlich die Revolution und die klassenlose Gesellschaft herbeizuführen. Hierzu bedurfte es nach der Überzeugung des Bundes unbedingter Disziplin, Willenskraft, „Anspannung“ und Opferbereitschaft – Tugenden, die Nelson mit äußerster Rigorosität auch von den IJB-Mitgliedern verlangte. Diese Überzeugung fand ihren Ausdruck nicht zuletzt in der streng asketischen lebensreformerischen Ausrichtung des Bundes: So sollten beispielsweise alle Mitglieder – ebenso wie Nelson selbst – auf den Konsum von Alkohol verzichten und sich vegetarisch ernähren.

Nelsons philosophische Anschauungen waren maßgeblich von der Philosophie Jakob Friedrich Fries‘ (1773–1843) geprägt, als deren „Wiederentdecker“ sich Nelson gerierte. Fries, der nationalistische, anti-aufklärerische und dezidiert antisemitische Positionen vertrat und zudem bedeutenden Einfluss auf die Entstehung der deutschen Burschenschaftsbewegung genommen hatte,<sup>18</sup> hatte seine Philosophie als Weiterentwicklung der Kantischen Transzendentalphilosophie betrachtet, wobei er von der Grundüberzeugung ausgegangen war, dass

<sup>18</sup> Gemeinsam mit Walther Koch brachte Hodann 1917, anlässlich des 100. Jahrestages der Gründung der Deutschen Burschenschaft auf der Wartburg, eine Schrift heraus, in der historische Dokumente zum sogenannten „Wartburgfest“ versammelt wurden, inklusive der von Fries gehaltenen Festrede. Die Herausgeber wollten mit der Schrift den „revolutionären Geist“ der deutschen Burschenschaften wieder aufleben lassen, knüpften damit aber zugleich an die nationalistische Tradition der Bewegung an.

die menschliche Vernunft über die Fähigkeit zur absoluten Wahrheitserkenntnis verfüge.

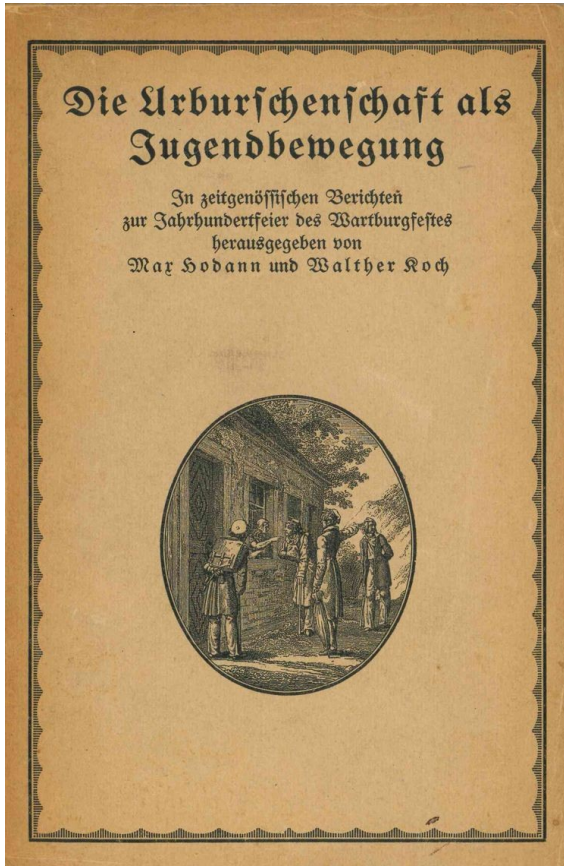


Abb. 2: Hodann / Koch (Hg.), *Die Urburschenschaft als Jugendbewegung*, Jena 1917. Quelle: Sammlung S. Duckheim

Demnach könnten zunächst gefühlsmäßige Überzeugungen aufgrund der apriorischen Einheit der Vernunft als Ausdruck einer „unmittelbaren Gewissheit“ bestimmt und durch die Verstandestätig-

keiten der Reflexion und Deduktion ins Bewusstsein zu „Vernunftwahrheiten“ erhoben werden; diese seien als allgemeingültig zu betrachten. Nelson selbst beanspruchte mit seinem Hauptwerk, der *Kritik der praktischen Vernunft* von 1917, die bereits bei Kant, vor allem dann aber bei Fries angelegten erkenntnistheoretischen Einsichten zur Vollendung geführt zu haben – ein Anspruch, der auch in der ethischen Ausrichtung des IJB zum Ausdruck kam.

Wie Manfred Herzer zusammenfasst, fühlten sich die Mitglieder des Bundes „als eine Art moralisch-geistiger Elite, die zunächst in der USPD und ab 1921 in der SPD für eine neue Ethik als Grundlage des wahren Sozialismus eintraten und durch Schulung und Propaganda Einfluß auf das Proletariat nehmen wollte“.<sup>19</sup> Nachdem die SPD Ende 1925 einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegen die Mitglieder des IJB getroffen hatte, distanzierte sich Hodann von Nelson und trennte sich vom IJB beziehungsweise dem neu gegründeten *Internationalen Sozialistischen Kampfbund*.

### „Kritische Philosophie“ und „wissenschaftliche Ethik“

Im Nachlass Leonard Nelsons im Bundesarchiv findet sich ein für Hodanns sozialistische Vorstellungen aufschlussreiches Dokument, nämlich ein von ihm verfasstes vierzigseitiges Typoskript mit dem Titel „Die Bedeutung der kritischen Philosophie für den Sozialismus“. Die Ausführungen des auf den 25. September 1921 datierten Typoskripts entsprechen weithin – und zum Teil bis ins Detail – den Ansichten Nelsons, die dieser etwa in komprimierter Form unter § 16 seiner *Kritik der praktischen Vernunft* abhandelt. In diesem Paragraphen mit dem Titel „Die soziologische Ethik“, den Hodann in seinem Manuskript auch fast vollständig zitiert, beansprucht Nelson, die wesentlichen Züge einer dem „wissenschaftlichen Marxismus“ entsprechenden Ethik darzulegen. Begründet von Friedrich Engels (1820–1895),

<sup>19</sup> Herzer, Sexualpädagogik (wie Anm. 7), S. 87. Über das damalige IJB-Mitglied Willi Eichler, der maßgeblich an der Ausarbeitung des Godesberger Programms von 1959 beteiligt war, haben einige der Ideen Nelsons schließlich auch Eingang ins Parteiprogramm der SPD gefunden.

war der „wissenschaftliche Marxismus“ seit Anfang der 1880er Jahre maßgeblich von Karl Kautsky weiterentwickelt worden, der nach Engels‘ Tod zum führenden marxistischen Theoretiker in Deutschland und damit zugleich zum „Chefideologen“ der SPD avanciert war.

Leonard Nelson nun schreibt im angesprochenen von Hodann zitierten Paragraphen – ohne Kautsky namentlich zu erwähnen –, diese Lehre gehe davon aus, „daß der Sozialismus nur dadurch wissenschaftlich begründet werden könne, daß er dem Bereiche bloßer ethischer Ideale entzogen und als ein naturnotwendiges Produkt der nach bestimmten Gesetzen sich umwandelnden sozialen Verhältnisse erweisen“ würde.<sup>20</sup> Diese „Theorie von der Naturnotwendigkeit“ sei jedoch „nur der nachträgliche Versuch eines ökonomischen Unterbaues für die ihn leitende ethische Idee“ – die der klassenlosen Gesellschaft –, „weil er diese als solche wissenschaftlich zu begründen sich nicht“ zutraue.<sup>21</sup>

Ebendiese Überzeugungen vertritt auch Hodann in seinem Typoskript, wobei er insbesondere in der konkreten und ausführlichen Auseinandersetzung mit – dem ihm ja persönlich bekannten – Kautsky über das bereits von Nelson Gesagte hinausgeht. Kautsky sei, so Hodann, „wohl der unnachgiebigste Verfechter des ‚rechtsgläubigen‘ Marxismus“;<sup>22</sup> dementsprechend bezeichnet er den „orthodoxen Marxisten“ auch als den „Typus Kautsky“.<sup>23</sup>

Gegen dessen geschichtsdeterministische Auffassung vom Sozialismus könne man, wie Hodann zu Beginn schreibt, „einwenden, dass die Menschen den Verhältnissen, deren angeblich naturnotwendige Entwicklung hier durch Theorie erklärt werden soll, keineswegs ohnmächtig gegenüberstehen“. Vielmehr könne „ihre Stellungnahme [...] eine ganz verschiedene sein, obwohl sie, wie etwa Angehörige der

---

<sup>20</sup> Leonard Nelson, Kritik der praktischen Vernunft: Vorlesungen über die Grundlagen der Ethik, Erster Band (1917), in: ders., Gesammelte Schriften in neun Bänden, Bd. 4, hg. v. Paul Bernays u. a., Hamburg 1972, S. 33.

<sup>21</sup> Ebd., S. 35.

<sup>22</sup> Bundesarchiv (künftig: BArch), N 2210/235, S. 27, Max Hodann, Die Bedeutung der kritischen Philosophie für den Sozialismus, 25. September 1921.

<sup>23</sup> Ebd., S. 4.

Arbeiterschaft, der gleichen Klasse angehören“, was schon durch die „Zersplitterung der Arbeiter von nationalistischen Gruppen bis zu den Syndikalisten und Anarchisten“ bewiesen werde. Aus dieser Beobachtung leite sich „die Forderung her, erst künstlich, also durch den menschlichen Willen unterworfenen Handlungen, das Klassenbewußtsein zu wecken“.<sup>24</sup>

Der grundlegende Fehler des „wissenschaftlichen Marxismus“ liege „in einer ganz willkürlichen Einengung des Begriffes der Notwendigkeit auf das, was naturnotwendig ist“. Dabei verkenne er „vollständig, dass es noch eine andere Notwendigkeit gibt“, die „im Gegensatz zur Naturnotwendigkeit“ stehe und als „praktische Notwendigkeit“ bezeichnet werden könne. Es sei schließlich

genau so „notwendig“, das heisst in diesem Sinne unbedingt geboten, dass man kein Unrecht tun soll, wie es „notwendig“ ist, dass frei fallende Körper sich in der Richtung auf die Erdoberfläche und nicht in entgegengesetzter Richtung bewegen. Dass es auch eine Aufgabe der Wissenschaft sein könnte, zu erforschen, was notwendig geschehen *soll* [im Original gesperrt], und nicht nur, was notwendig geschieht, das übersieht Kautsky und alle, die seinen Standpunkt teilen.<sup>25</sup>

Für Kautsky sei, wie Hodann referiert, die Sittlichkeit nichts weiter als ein tierischer Trieb, die demnach nicht als maßgebend für das Ziel gesellschaftlicher Entwicklung tauge. So zitiert er eine Stelle aus Kautskys Schrift *Ethik und materialistische Geschichtsauffassung* von 1906, nach der „der soziale, der sittliche *Trieb*“ ebenso wie „das sittliche *Ideal* nicht ein Ziel, sondern eine Kraft oder eine Waffe im gesellschaftlichen Kampfe ums Dasein“ sei und damit zugleich „eine besondere *Waffe* [im Original jeweils gesperrt] für die besonderen Verhältnisse des Klassenkampfes“.<sup>26</sup>

Solche auf darwinistischen Motiven beruhenden Überzeugungen hatte Kautsky bereits Jahrzehnte zuvor vertreten, so etwa in einem

<sup>24</sup> Ebd., S. 2.

<sup>25</sup> Ebd., S. 7.

<sup>26</sup> Ebd., S. 29 f.

Text mit dem Titel „Der Sozialismus und der Kampf ums Dasein“ von 1876, in der er die menschliche Solidarität als die stärkste Waffe im „Kampf ums Dasein“ bestimmt, die diesen schließlich überwinden müsse. „Die bewußte Solidarität“ sei als „ein Produkt des Kampfes um das Dasein und eine höhere Form desselben“ zugleich „die Negation der groben, primitiven Form dieses Kampfes“.<sup>27</sup> Dabei verstand Kautsky den Kapitalismus als notwendige Vorstufe dieser Überwindung, insofern das bürgerliche Konkurrenzprinzip als dessen Negation das Prinzip der sozialistischen Solidarität erst hervorgebracht habe.<sup>28</sup>

Sittlichkeit und Solidarität waren für Kautsky also Prinzipien, die in ihrer gegebenen Gestalt nur in ihrer Vermitteltheit mit den ungerechten, auf Ausbeutung beruhenden kapitalistischen Verhältnissen bestimmt werden können. Es ist gerade diese Relativität und Negativität des „sittlichen Ideals“, die Hodann vehement bestreitet und denen er eine absolute und positive Bestimmung entgegensetzen können glaubt. Es handele sich nämlich

bei der Forderung einer klassenlosen Gesellschaft um die Forderung eines Zustandes, dem wir an und für sich, ohne Rücksicht auf irgend welche geschichtlichen Betrachtungen, einen Wert beimessen, [...] weil wir es schon gefühlsmässig als Unrecht erkennen, dass ein Mensch einen anderen ausbeutet durch Ausnutzung der Zwangslage, in der er sich befindet.<sup>29</sup>

Da man nun „nicht aus der Betrachtung gegebener Verhältnisse, also dessen, was *ist*, darauf schließen“ könne, „was gegenüber diesen bestehenden Verhältnissen, sein *sollte*“ [im Original gesperrt], bedürfe es notwendigerweise einer außerhalb dieser Verhältnisse liegenden Be-

---

<sup>27</sup> Karl Kautsky, Der Sozialismus und der Kampf ums Dasein, in: Der Volksstaat. Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands vom 28. und 30. April 1876, zitiert nach Michael Schwartz, „Proletarier“ und „Lumpen“. Sozialistische Ursprünge eugenischen Denkens, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 42 (1994), S. 537–570, hier S. 552 f.

<sup>28</sup> Vgl. hierzu auch Michael Schwartz, „Proletarier“ und „Lumpen“. Sozialistische Ursprünge eugenischen Denkens, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 42 (1994), S. 537–570, hier S. 552 f.

<sup>29</sup> BArch, N 2210/235 (wie Anm. 22), S. 3.



gründung, die „nur eine wissenschaftliche sein“<sup>30</sup> könne: Sie müsse „eine für alle Menschen verbindliche Form“ haben und „von jedem eingesehen werden können, der überhaupt über hinreichende Möglichkeit der Einsicht verfügt“. Dementsprechend würde auch die sozialistische Forderung eines „menschenwürdigen Daseins für jeden“ notwendigerweise „in einer Form“ auftreten, „die Anspruch auf Allgemeingültigkeit“ erhebe; es sei jedenfalls „nicht zu erwarten, dass jemand im Ernst behaupten wird, irgend ein Mensch habe“ – „wenn er“, wie Hodann vielsagend hinzufügt, „nicht gerade faulenz“ – „keinen Anspruch auf ein menschen-würdiges Leben“.<sup>31</sup>

Zum Ende des Typoskripts konstatiert Hodann, dass für jene Frage, die sich nach Kautsky und dem „orthodoxen Marxismus“ grundsätzlich einer Beantwortung entziehe, der Frage nämlich, „wie das Ziel des Sozialismus wissenschaftlich zu begründen und also seine allgemeine Verbindlichkeit zu erweisen sei, [...] noch keine Lösung gegeben“ worden sei. Allerdings sei diese Lösung prinzipiell durchaus vorhanden. Sie sei „gehoben in Fries‘ Lehre von der ursprünglichen Dunkelheit unserer Vernunftkenntnis und von der Möglichkeit, diese Dunkelheit durch philosophische Untersuchungen begrifflich aufzuhellen“. Sei somit bereits in der Fries‘ schen Philosophie die Lösung angelegt, so sei sie von Nelson in seiner *Kritik der praktischen Vernunft* „auf dem Gebiete der Ethik“ in aller Konsequenz vollendet und „dadurch zur Wissenschaft erhoben“ worden.<sup>32</sup>

Die Ausführungen des Typoskripts stellen nicht zuletzt eine über die Kritik an Kautsky vermittelte Auseinandersetzung mit den Theorien von Marx und Engels dar – jedenfalls so, wie Hodann diese verstand. Dass Marx und Engels „die Rechtfertigung des Sozialismus von der Ökonomie her versucht“ hätten, sei darin begründet, „dass sie an der Möglichkeit einer wissenschaftlich-philosophischen Begründung verzweifelt“ seien.<sup>33</sup> Dabei versteigt sich Hodann gar zu der Be-

<sup>30</sup> Ebd., S. 4.

<sup>31</sup> Ebd., S. 3.

<sup>32</sup> Ebd., S. 35.

<sup>33</sup> Ebd., S. 6.

hauptung, Marx habe zur „Lösung des Problem[s], um [die] er sein ganzes Leben gerungen“ habe, deshalb nicht gelangen können, weil „Fries und seine Schule“ durch den Einfluss Hegels und seiner Anhänger „mundtot gemacht worden“ seien.<sup>34</sup> Die schon bei Marx und Engels bestehende „Voreingenommenheit“ gegenüber der Möglichkeit einer „wissenschaftlichen Ethik“ sei schließlich im „orthodox-marxistischen Lager“ und insbesondere durch die Theorien Kautskys zur vorherrschenden Anschauung geworden.

Unter Berufung auf die „kritische Philosophie“ Nelsons führte Hodann also die „wissenschaftliche Ethik“ als klassenkämpferisches Gebot gegen den „revolutionären Attentismus“ ins Feld: Indem das zunächst intuitiv wahrgenommene Ideal der klassenlosen Gesellschaft durch „philosophische Untersuchungen“ zur Vernunftwahrheit erhoben werden könne, gebe die „wissenschaftliche Ethik“ nicht nur ein verbindliches Ziel politischen Handelns, sondern zeige zugleich die unbedingte Notwendigkeit dieses Handelns.

## „Demokratie und Führertum“

Nach der Überzeugung Nelsons – und damit auch des IJB – war die von ihm entwickelte „wissenschaftliche Ethik“ die sittliche Grundlage für die Ausübung der politischen Macht durch jene Führerpersönlichkeiten, auf deren Heranbildung der Bund ausgerichtet war. Die Grundzüge des Führerprinzips hatte Nelson etwa in dem Vortrag „Erziehung zum Führer“ ausgeführt, den er im April 1920 im Berliner *Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht* gehalten hatte und der im gleichen Jahr im Leipziger Verlag *Der Neue Geist* publiziert worden war.

Hier hatte Nelson zunächst festgestellt, dass „[i]mmer lauter und dringender der Ruf nach einem Führer“ ertöne.<sup>35</sup> Aber weder die Au-

---

<sup>34</sup> Ebd., S. 35.

<sup>35</sup> Leonard Nelson, *Erziehung zum Führer* (1920), in: ders., *Gesammelte Schriften in neun Bänden*, Bd. 8: *Sittlichkeit und Bildung*, hg. v. Paul Bernays u. a., Hamburg 1972, S. 497–522, hier S. 499.

tokratie, in der „der Führer dem Volk oktroyiert“ werde, noch die Demokratie seien dazu geeignet, Persönlichkeiten an die Macht zu bringen, die im Interesse der menschlichen Vernunft das Volk anzuführen imstande seien. Zwar sei in der Demokratie „grundsätzlich der Aufstieg dem Tüchtigen freigegeben“, und auch sie wolle „in der Tat, der Absicht nach, die Regierung der Geeignetsten“; allerdings habe sie „von jeher [...] auch dem Demagogen den Weg freigegeben“.<sup>36</sup>

Man werde, hatte Nelson weiter dargelegt, „zum politischen Führer nur durch die überlegene Kraft seines Willens“. Daher müsse „Führerziehung [...] zunächst und vor allem Willenserziehung sein“, das heiße, „planmiige Entwicklung der Tatkraft zu Hochleistungen an Stärke, Sicherheit und Selbständigkeit“.<sup>37</sup> Dabei setze die Ausbildung dieser Fähigkeiten „keine außergewöhnlichen Anlagen voraus“, denn sie alle ließen sich „bei hinreichender Sorgfalt und Kunst zu beliebiger Hohe entwickeln“.<sup>38</sup>

Nelson hatte seinen Vortrag mit den Worten beschlossen:

Ich bin mir dessen bewußt, daß meine heutigen Ausführungen dem nichts zu sagen haben, der für die krankhafte Schwäche unserer Zeit kein Empfinden hat, deren tiefstes Wesen ich durch das Wort „*Fatalismus*“ [Hervorhebung im Original] kennzeichnen möchte. Meine Worte haben nur Bedeutung für den, der – immun gegen den politischen Fatalismus – in der Geschichte das Werk verantwortlicher Menschen sieht.<sup>39</sup>

Gerade der „wissenschaftliche Marxismus“ der Prägung Kautskys war für Nelson Ausdruck eines solchen „politischen Fatalismus“, insofern er eben jener Überzeugung, dass die Geschichte „das Werk verantwortlicher Menschen“ sei, grundsätzlich widerspreche. Der IJB hingegen beuge sich, wie es bei Nelson an anderer Stelle heißt, „der Tatsache, daß überall im Leben die stärkere Macht den Ausschlag gibt,

<sup>36</sup> Ebd., S. 502.

<sup>37</sup> Ebd., S. 504.

<sup>38</sup> Ebd., S. 508.

<sup>39</sup> Ebd., S. 522.

gemäß einem Naturgesetz, das man bedauern mag, das man aber nicht durch Ignorieren vernichten kann“.<sup>40</sup>

„Der Mensch ist erziehbar“, lautete Nelsons grundlegende Überzeugung. Die Vorstellung, dass man dabei zwar „von einigen Kranken und Schwachsinnigen“ absehen müsse, dass „deren Versagen“ aber „gewiß nicht ins Gewicht“ falle „angesichts des großen moralischen Erfolgs, der sonst in Aussicht“ stehe,<sup>41</sup> kann als Ausdruck der den Nelsonschen Theorien immanenten Dialektik von Egalitarismus und Elitarismus betrachtet werden, die ihre Konsequenz im Prinzip der „Führererziehung“ findet: „Das Ziel dieser Erziehung“, so Nelson, „umfaßt nicht die Ausbildung aller, sondern weniger und nur körperlich und geistig gesunder junger Menschen“ – würde doch eine „hinreichende Anzahl für diese begrenzte Aufgabe hinreichend ausgebildeter Menschen“ genügen, „um diese Aufgabe ihrer Lösung zuzuführen“.<sup>42</sup>

Hodann nun hatte auch dieses Motiv der „Führererziehung“ von Nelson uneingeschränkt übernommen und sich zu eigen gemacht, wie es aus einem weiteren Dokument aus dem Nelson-Nachlass sehr deutlich wird. Es handelt sich hierbei um das – ebenfalls vierzig Seiten umfassende – Manuskript einer Rede mit dem Titel „Demokratie und Führertum“, die Hodann 1920 auf einer Veranstaltung des IJB gehalten hatte.

Ebenso wie Nelson lehnte Hodann die Demokratie als mögliche Alternative zur Autokratie vehement ab, und ebenso wie dieser vertrat er die Ansicht, dass es demgegenüber eines „dritten Weges“ bedürfe. Demokratie sei, so Hodann in seinem Vortrag, gleichbedeutend mit Demagogenherrschaft, der die „Masse“ nichts entgegensetzen habe und damit hilflos ausgeliefert sei. Durch die Macht der Demagogen –

---

<sup>40</sup> Leonard Nelson, Der Internationale Jugend-Bund (1922), in: ders., Gesammelte Schriften in neun Bänden, Bd. 9: Recht und Staat, hg. v. Paul Bernays u. a., Hamburg 1972, S. 341–350, hier S. 347.

<sup>41</sup> Leonard Nelson, Führer-Erziehung als Weg zur Vernunft-Politik. Rede, gehalten auf Einladung des „Freybundes“ in Berlin am 7. November 1922, Leipzig 1922, S. 16.

<sup>42</sup> Ebd., S. 20.

die nach Hodanns Überzeugung „in der Demokratie zumeist obsiegen“ würde<sup>43</sup> – werde die demokratische Gesellschaft von Prinzipien bestimmt, die den „eigentlichen“ bzw. „wahren“ Interessen des Volkes zuwiderliefen. So heißt es etwa im Manuskript, der Anspruch der Demokraten: „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ bzw. „Platz für den Aufstieg politischer Talente!“ sei „[g]ewiss ein erstrebenswertes Ziel!“<sup>44</sup> Es liege allerdings

bereits ein logischer Widerspruch darin, wenn man auf der einen Seite die Gleichberechtigung aller verlangt und ihnen auch dadurch verleiht, dass man ihnen das gleiche Wahlrecht und damit dem Dümmeren die gleiche Möglichkeit, den Gang der Geschichte zu beeinflussen, zugeht, wie dem Klügsten.

Es liege mithin

ein Widerspruch darin, diese Forderung der Gleichberechtigung aufzurichten und auf der anderen Seite zwischen Tüchtigen und Untüchtigen zu unterscheiden und allein den Tüchtigen den Weg zur Höhe zu eröffnen.<sup>45</sup>

Während die Demagogen dem Volk ihre eigenen Interessen aufzuzwängen, würden die Führerpersönlichkeiten gemäß den der menschlichen Natur gegebenen und vermittels der „wissenschaftlichen Ethik“ rational begründbaren Vernunfteseinsichten handeln – die als einzige geeignet seien, die künstlich zwischen den Menschen gezogenen Schranken, seien es solche der Klassen, der „Rassen“ oder der Nationalität, zu überwinden. Das Ziel dieses Handelns seien gesellschaftliche Verhältnisse, die nach der Überzeugung Nelsons und Hodanns als objektiv rechtmäßig und somit als „Rechtszustand“ bestimmt werden könnten. Zu dessen Verwirklichung müssten die „politischen Führer“ nicht nur über die „moralische Eignung“ verfügen, sondern auch über „[h]inreichende Einsicht in das Ziel, hinreichende Kenntnis

<sup>43</sup> BAArch, N 2210/178, S. 17, Max Hodann: Demokratie und Führertum, Ms. 1920.

<sup>44</sup> Ebd., S. 17.

<sup>45</sup> Ebd., S. 15.

der Verhältnisse und hinreichende Macht, um gegebene Anordnungen durchsetzen zu können“.<sup>46</sup>

Nun seien zwar Hodann zufolge „solche Persönlichkeiten kaum vorhanden“, allerdings seien die genannten Charaktereigenschaften „der Ausbildung fähig“, und das „in hervorragendem Masse“ [sic!]:

Der Charakter ist durch Willensschulung, die Einsicht durch Erwerb von Klarheit im Denken und Sprechen, sowie durch Erwerb von Kenntnissen, die Organisationsfähigkeit endlich durch praktische Erfahrung auszubilden.<sup>47</sup>

Ansätze hierzu gebe es zwar bei den politischen Parteien, eine „Auslese der Charaktere“ fehle jedoch „ganz und gar“.<sup>48</sup> Hinsichtlich der Prinzipien des IJB lautet seine Schlussfolgerung,

dass eine Organisation, die das politische Führerprinzip in folgerichtiger Form zur Geltung bringt, erst dann in der Öffentlichkeit auch wirkliches Verständnis finden kann, wenn ihr der Boden hinreichend bereitet ist. Eine solche Bereitung des Bodens ist in der Form denkbar, dass die Massen, die heute noch dem demokratischen Wahn nachjagen, zum Verständnis des Führerprinzips erzogen werden.<sup>49</sup>

## **„Proletarische Erziehung“ und Sozialhygiene**

Anlässlich des 70. Geburtstags Kautskys erschien 1924 eine Festschrift, zu der auch Hodann – zu dieser Zeit noch aktives Mitglied im IJB – einen Text beisteuerte. In diesem setzt er sich erneut mit dem „revolutionärem Attentismus“ Kautskys auseinander, wobei er seine Kritik dem Anlass entsprechend deutlich moderater formuliert als in seinem Typoskript von 1921. Einleitend schreibt er:

In einer Zeit, in der sich, wie Genosse Hilferding sagt, ein „Übergang vom wissenschaftlichen zum konstruktiven Sozialismus“ vollzieht, er-

---

<sup>46</sup> Ebd., S. 32.

<sup>47</sup> Ebd., S. 34.

<sup>48</sup> Ebd., S. 35.

<sup>49</sup> Ebd., S. 38 f.

wächst für die Mitglieder der proletarischen Bewegung in steigendem Maße die Möglichkeit positiver Anteilnahme an der Gegenwarts politik, auch wenn sich diese vor der Hand innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung abspielt. Damit gewinnt notwendig erzieherische Arbeit für uns an Interesse, in einem ganz anderen Ausmaße als das bisher der Fall war. Denn ob uns die qualifizierten Kräfte zur Bewältigung der Aufgaben, die unser harren, zur Verfügung stehen, das hängt davon ab, was wir für ihre Heranbildung tun.<sup>50</sup>

Im Folgenden zitiert Hodann Kautsky, der 1908 im Vorwort zu seiner Schrift *Ursprung des Christentums* geschrieben hatte:

Je künstlicher durch den Fortschritt der Technik und der Naturwissenschaften die Lebensbedingungen werden, je mehr sie sich von der Natur entfernen, um so notwendiger wird für den einzelnen die naturwissenschaftliche Erkenntnis.<sup>51</sup>

Auch diese Überzeugung beruhte auf Kautskys darwinistischen Vorstellungen: Eine auf naturwissenschaftliche Erkenntnis angewiesene fortgeschrittene Naturbeherrschung müsse dafür sorgen, dass den Gesetzmäßigkeiten der Natur trotz der menschlichen „Entfernung“ von ihr Rechnung getragen werden könne. Hodann erläutert:

Was ist damit gesagt? Offenbar, daß es mit der Komplizierung der Verhältnisse notwendig wird, den Menschen zur Meisterung seiner Umgebung viel eingehender anzuleiten, als das unter weniger mannigfaltigen Umständen zu geschehen braucht. Gerade damit erhellt aber aus den Worten – und die Erfahrung bestätigt es –, daß es nicht genügt, Aufklärung zu verbreiten.<sup>52</sup>

Aufklärung allein reiche deshalb nicht aus, da sie noch lange nicht dazu führen müsse, dass die entsprechend Aufgeklärten auch tatsäch-

<sup>50</sup> Max Hodann, Erziehungsarbeit und Klassenkampf, in: Otto Janssen (Hg.), *Der lebendige Marxismus*. Festgabe zum 70. Geburtstage von Karl Kautsky, Jena 1924, S. 395–404, hier S. 395. Der von Rudolf Hilferding (1877–1941) vertretene „konstruktive Sozialismus“ war im Gegensatz zum „orthodoxen Marxismus“ reformistisch ausgerichtet und bestimmte in der Weimarer Zeit zunehmend die Politik der SPD.

<sup>51</sup> Zit. nach ebd., S. 396.

<sup>52</sup> Ebd.

lich in ihrem „eigenen“ Interesse – das nach Hodann objektiv zu bestimmen sei – handelten. Der diesbezüglich weithin bestehende „Mangel an Folgerichtigkeit“ gehe auf „einen Mangel an Willensstärke, an Entschlußfähigkeit, an seelischer Stoßkraft zurück“. <sup>53</sup> Diesen Mangel zu beheben, müsse das oberste Ziel „fortschrittlicher“ Erziehungsarbeit sein.

Hodann hielt dieses Verständnis von Erziehung einem Fatalismus entgegen, den er als Konsequenz aus Kautskys deterministischer Auffassung des Marxismus betrachtete. Es sei, schreibt er weiter, ohne dies *explizit* auf Kautsky zu beziehen, „tatsächlich eine vulgärmarxistische Bemäntelung persönlicher Bequemlichkeit“ und „eine fadenscheinige ‚Entschuldigung‘ für die eigene Unfähigkeit, wenn man den Einfluß bewußter persönlicher Willensentfaltung unter Hinweis auf die Übermacht der gesellschaftlichen Verhältnisse, insbesondere der ökonomischen Kräfte“ leugne. <sup>54</sup> Es dürfe schließlich „nicht vergessen werden, daß uns der gescheiteste Genosse nichts nützt, auf dessen Persönlichkeit, auf dessen Charakter wir uns nicht verlassen können“. Daher komme es „in erster Linie“ darauf an, „[d]en Willen zu stählen und vor allem das Gemüt zu bilden in einem Sinne, der unserem Wollen nicht zuwiderläuft“. <sup>55</sup> So ließe sich vermöge der Erziehungsarbeit „schon heute das gestalten, was wir als Vorarbeit zur endgültigen Überwindung der Klassengesellschaft brauchen: die proletarische Ideologie“. <sup>56</sup>

Dass dieses Verständnis Hodanns von proletarischer Erziehung auch die Grundlage für seine sozialhygienischen Vorstellungen darstellte, zeigt sich gerade in diesem Text, wenn er im Weiteren versucht, die Grenzen der Aufklärung und die daraus resultierende Notwendigkeit der Erziehungsarbeit anhand des Beispiels des Alkoholkonsums zu veranschaulichen. <sup>57</sup> Denn trotz der grundsätzlichen Einsicht in die Schädlichkeit des Alkohols – auch hinsichtlich der Ausbildung

---

<sup>53</sup> Ebd., S. 398.

<sup>54</sup> Ebd., S. 399.

<sup>55</sup> Ebd., S. 401.

<sup>56</sup> Ebd., S. 402.



eines revolutionären Bewusstseins – ließen sich „verhältnismäßig wenig Genossen dazu bewegen, die Konsequenz aus ihrer Einsicht zu ziehen“, nämlich „auf Alkoholgenuß zu verzichten, um sich nicht an der Erhaltung eines Übels zu beteiligen, das die Widerstandskraft des Proletariats mindert“.<sup>58</sup>

Hodanns Schlussfolgerung lautet, dass gerade in Zeiten, „in denen eine neue Welt um ihre Erlösung aus den Banden der alten ringt“, das Proletariat sich „um die Erziehung seiner Führer kümmern“ müsse.<sup>59</sup> Diese Erziehung müsse, sofern sie „Aussicht auf nachhaltige Wirkung haben“ solle, „in möglichst frühem Alter beginnen“.<sup>60</sup> Erste Schritte in diese Richtung seien zwar gemacht worden, allerdings sei „noch allzusehr [...] die ‚proletarische Kindererziehung‘ reine Fürsorge“. Dagegen könne „planmäßige Erziehung ungemein viel Kräfte entbinden, deren Zügelung wiederum nur Aufgabe eines disziplinierten und gefestigten Willens ist“.<sup>61</sup> An dieser Stelle verweist er auf die Publikation des oben thematisierten Nelson-Vortrags *Erziehung zum Führer*, in dem er die Voraussetzungen dieser „Planmäßigkeit der Erziehung“, die mehr als bloße Fürsorge sein müsse, skizziert sah.

## Rassenhygiene und „Verstaatlichung des ärztlichen Standes“

Für diese von Hodann geforderte „Planmäßigkeit der Erziehung“ waren eugenische Aspekte von entscheidender Bedeutung. Insbesondere am Beispiel der „Alkoholfrage“ wird deutlich, wie eng Erziehung und Eugenik ihm zufolge miteinander vermittelt waren. Ging er zum einen davon aus, dass der Konsum von Alkohol zu „Keimschädigungen“ führe und sich daher negativ auf das menschliche Erbgut auswirke, so musste die Eugenik für ihn zum anderen die Grundlage für die Festigung beziehungsweise Disziplinierung des Willens bil-

<sup>57</sup> Die „Alkoholfrage“ stellte einen der Schwerpunkte sozialistischer Sozialhygiene in der Weimarer Republik dar.

<sup>58</sup> Hodann, *Erziehungsarbeit und Klassenkampf* (wie Anm. 50), S. 397 f.

<sup>59</sup> Ebd., S. 403.

<sup>60</sup> Ebd., S. 400.

<sup>61</sup> Ebd., S. 403.

den – und somit für den konsequenten Verzicht auf Alkohol, wie er auch vom „Nelson-Bund“ propagiert wurde. Dementsprechend war seine Vorstellung von „Erziehungshygiene“ unabdingbar auf eine „proletarische Rassenhygiene“ angewiesen – die ihrerseits wiederum von Kautsky begründet worden war.<sup>62</sup>

Der diesbezügliche Ausgangspunkt war ein Artikel, den Kautsky 1892 unter dem Stichwort „Medizinisches“ in der von ihm geleiteten sozialdemokratischen Zeitschrift *Die Neue Zeit* publiziert hatte. Es handelte sich dabei um eine Besprechung einer kleinen Schrift, die der zu dieser Zeit noch weitgehend unbekannte Wilhelm Schallmayer (1857–1919) 1891 – in eben jenem Jahr also, in dem das Erfurter Programm verabschiedet worden war – veröffentlicht hatte.<sup>63</sup>

Ausgehend von der sozialdarwinistischen Überzeugung, dass die therapeutischen Leistungen der Medizin die „natürliche Zuchtwahl“ schwächen würden, hatte Schallmayer gefordert, diese müssten durch eine weitreichende präventive Hygiene ergänzt werden, die sich der – bisher sträflich vernachlässigten – Aufgabe zu stellen habe, „auf die menschliche Zuchtwahl bessernd einzuwirken“ [im Original gesperrt].<sup>64</sup> Konkret schlug Schallmayer, der heute gemeinsam mit Alfred Ploetz (1860–1940) als Begründer der Rassenhygiene in Deutschland gilt, etwa „gesetzliche Eehindernisse“ vor.<sup>65</sup> Da sich solche Maßnahmen jedoch „mit dem gegenwärtigen privatärztlichen System nicht gut vereinbaren“ ließen, bedürfe es der Verstaatlichung des Ärztestandes als Voraussetzung, die Medizin und Hygiene in den Dienst der „Vervollkommnung der menschlichen Gattung“ zu stellen.<sup>66</sup>

---

<sup>62</sup> Vgl. hierzu Mocek, *Biologie und soziale Befreiung* (wie Anm. 3), S. 222–239.

<sup>63</sup> Vgl. hierzu auch Alfons Labisch, *Das Krankenhaus in der Gesundheitspolitik der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg*, in: *Medizinische Soziologie*, 1 (1981), S. 126–151.

<sup>64</sup> Wilhelm Schallmayer, *Ueber die drohende Entartung der Culturmenschheit und die Verstaatlichung des ärztlichen Standes*, Berlin / Neuwied 1891, S. 9.

<sup>65</sup> Ebd., S. 31.

<sup>66</sup> Ebd., S. 24 f.

Die Kautsky-Rezension dieser Schrift war, wie Michael Schwartz konstatiert, zwar „keineswegs die erste sozialistische Stellungnahme zu eugenischen Belangen“, sehr wohl jedoch „die erste Stellungnahme eines prominenten Vertreters der deutschen Sozialdemokratie zu den frühesten Bestrebungen einer *Verwissenschaftlichung der Eugenik*“ – einer Verwissenschaftlichung, die im Kontext von Kautskys Konzeption des „wissenschaftlichen Marxismus“ betrachtet werden muss.<sup>67</sup>

Schallmayer, schreibt Kautsky, weise auf ein „Moment der Entartung“ hin, welches „bisher noch nicht beachtet worden“ sei: „*Die Fortschritte der Medizin und der Hygiene*“ [im Original gesperrt], die bewirken würden, „daß die unter diesen Einflüssen körperlich heruntergekommenen Individuen, die unter anderen Umständen rasch zugrunde gehen würden, ihre Existenz noch ein Weile hinschleppen und zur Fortpflanzung gelangen“.<sup>68</sup> Während Kautsky die von Schallmayer vorgeschlagene Maßnahme des Eheverbots als wenig erfolgversprechend ablehnt, hebt er anerkennend hervor, dass Schallmayer „unerschrocken die Konsequenz seines Vorschlags“ gezogen und zur „viel tiefer gehenden Forderung der *Verstaatlichung des ärztlichen Berufs*“ gelangt sei: „Was der Arzt hier im *Interesse des Wissenschaft* und seines Berufs fordert, ist dasselbe, was die Sozialdemokratie im *Interesse der unbemittelten Volksschichten* verlangt. Unter den Forderungen, die unser Programm“ – gemeint ist das Erfurter – „an den *heutigen Staat* [im Original gesperrt] stellt, findet sich auch die der unentgeltlichen ärztlichen Hilfeleistung“.<sup>69</sup>

Kautsky sah in der „Verstaatlichung des ärztlichen Berufs“ und der damit einhergehenden „Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung“ eine Form der menschlichen Solidarität, die im Sozialismus zum gesamtgesellschaftlichen Prinzip erhoben würde, das sich als solches notwendigerweise auch auf die menschliche Fortpflanzung auswirken wür-

<sup>67</sup> Schwartz, Eugenik (wie Anm. 3), S. 37.

<sup>68</sup> Karl Kautsky, Medizinisches, in: Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, 10 (1892), 21, S. 644–651, hier S. 645.

<sup>69</sup> Ebd., S. 647.

de. Damit würde es schließlich zu einem Garanten für eine gelungene „Zuchtwahl“, nämlich indem die Einzelnen ihre (reproduktiven) Interessen bedingungslos dem allgemeinen Wohl zu opfern bereit wären, sodass „alle kränklichen Individuen, die kranke Kinder zeugen können, auf die Fortpflanzung verzichten“ würden.<sup>70</sup> So resultierte aus Kautskys „revolutionärem Attentismus“ auch ein „eugenischer Attentismus“.<sup>71</sup> Mit derselben „Naturnotwendigkeit“, mit der die sozialistische Gesellschaft kommen müsse, werde sich innerhalb dieser auch die „Zuchtwahl“ durchsetzen. Auf diese Weise würde die evolutionäre Macht der „Solidarität“ die „Vervollkommnung der menschlichen Gattung“ quasi von selbst herbeiführen, ohne dass hierfür eugenische (Zwangs-)Maßnahmen nötig würden.

## Sexualerziehung und Eugenik

Wenn es nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zunehmend ärztliche Protagonisten waren, die den eugenischen Diskurs in der Linken bestimmten, so war es, wie Schwartz schreibt, insbesondere „der akademische Schülerkreis um Grotjahn“, der „zwar nicht die alleinige, jedoch eine wesentliche Rolle“ hierbei spielte.<sup>72</sup> Hodann – der späterhin prominenteste Grotjahn-Schüler – publizierte 1923 eine kleine Schrift mit dem Titel *Elternhygiene* und dem bezeichnenden Zusatz *Eugenik für Erzieher*, in der er seine wesentlichen Vorstellungen von Eugenik erläuterte, von denen er auch später nicht abrücken sollte.

Auch hier ist der Ausgangspunkt seiner Argumentation wieder die Betonung der unbedingten Notwendigkeit der Aufklärungsarbeit, sei doch „der Erfolg jeder erzieherischen Einwirkung in letzter Linie abhängig von der Verbreitung eugenischer Kenntnis und als deren Folge von dem Maße eugenischer Verantwortlichkeit, das sich in der Gesellschaft auswirkt“.<sup>73</sup> Allerdings war eine solche Aufklärung für Hodann

---

<sup>70</sup> Karl Kautsky, *Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft*, Stuttgart 1910, S. 264.

<sup>71</sup> Schwartz, *Eugenik* (wie Anm. 3), S. 44.

<sup>72</sup> Ebd., S. 72.

<sup>73</sup> Max Hodann, *Elternhygiene. Eugenik für Erzieher*, Rudolstadt 1928 [1923], S. 15.

zwar ein wichtiger, nicht aber der entscheidende Faktor einer effektiven Eugenik: „Wir brauchen mehr als Aufklärung, wir brauchen *Sexualerziehung!*“<sup>74</sup> [im Original gesperrt] Dies gelte zumal in einer Zeit, in der „äußere Mißstände die körperliche und seelische Widerstandskraft“ der Menschen erheblich gemindert hätten, wodurch „[d]ie Aufzucht eines gesunden, leistungsfähigen Nachwuchses [...] gefährdet“ sei.<sup>75</sup>

Ähnlich wie für Hodann die Aufklärungsarbeit allein zu kurz greift, relativiert er auch die Bedeutung der sozialen Bedingungen für die Minderung der „Spannkraft des Nachwuchses“. Es seien keineswegs nur diese Bedingungen, die die „Aufzucht gefährdeten“, sondern man müsse noch grundlegendere, nämlich erbbiologische Faktoren berücksichtigen:

Was man bestenfalls aus einem Menschen ‚machen‘ kann – diese Feststellung sollte uns vor einer Überschätzung der Milieuwirkungen bewahren –, ist in erster Linie bedingt durch das, was er bei der Geburt bereits mitbringt, durch den Anlagenbestand.

Man könne schließlich „nichts in einen Menschen ‚hineinerziehen‘“, sondern man könne „nur entwickeln, entwickeln zu helfen versuchen, was bereits der Anlage nach in ihm liegt“.<sup>76</sup> Gegenüber der „konstitutionelle[n] Bedingtheit“, die „von dem Erbgut, das der Mensch von seinen Eltern mitbekommen hat“, abhängig sei, würden „alle Einflüsse von außen an Bedeutung weit zurücktreten“.<sup>77</sup>

Diese Aussagen Hodanns könnten auf den ersten Blick insofern überraschen, als er sich verschiedentlich kritisch mit sozialdarwinistischen Vorstellungen auseinandergesetzt hatte. So etwa bereits in einem kleinen Text von 1918, in dem er sich insbesondere gegen jenes Prinzip gewandt hatte, dem er im Kontext der „Führererziehung“ entscheidende Bedeutung beimaß, nämlich dem der „Auslese“. Deren Funktion für die Entwicklung der Gattung werde von vielen Sozialdar-

<sup>74</sup> Ebd., S. 29.

<sup>75</sup> Ebd., S. 11.

<sup>76</sup> Ebd., S. 12 f.

<sup>77</sup> Ebd., S. 14.

winisten weit überschätzt, sei es doch eine Tatsache, „daß ‚Auslese‘ überhaupt niemals etwas Neues zu schaffen befähigt sein“ könne, „da alles, was ‚ausgelesen‘ wird, bereits vorhanden sein“ müsse.<sup>78</sup>

„Wenn wir im diesen Sinne gegen den ‚Darwinismus‘ Front machen“, konstatiert Hodann,

so nicht gegen Darwin; wenn gegen die Selektionstheorie, das Ausleseprinzip, die Idee des ‚Kampfes ums Dasein‘, gegen all dies als entscheidende Prinzipien der Entwicklung, so nicht gegen den Entwicklungsgedanken.<sup>79</sup>

Jedoch war dieser „Entwicklungsgedanke“ auch bei Hodann auf den übergeordneten Zweck der menschlichen Höherentwicklung ausgerichtet, der seinerseits in letzter Konsequenz ein wesentlich eugenischer war, insofern die Bedingung der Möglichkeit solcher Höherentwicklung für Hodann die „Gesundung der Bevölkerung“ war, welche wiederum „nicht möglich“ sei „ohne Gesundung ihrer Erbmasse“.<sup>80</sup>

Suchte sich Hodann einerseits von den Vorstellungen „begeisterter Darwinianer“<sup>81</sup> wie Schallmayer – der der „Daseinskonkurrenz der Stämme, Völker und Staaten“ das Wort rede<sup>82</sup> – abzugrenzen, so vertrat er andererseits ebenso wie dieser einen erbbiologischen „Aristokratismus“, den er auf das Proletariat anwandte.<sup>83</sup> So bemerkt er in der *Elternhygiene*, die

---

<sup>78</sup> Max Hodann, Wider die darwinistischen Schlagwörter (1918), in: ders., Sexualpädagogik. Erziehungshygiene und Gesundheitspolitik (Gesammelte Aufsätze und Vorträge 1916–1927), Rudolstadt 1928, S. 28–32, hier S. 31.

<sup>79</sup> Ebd., S. 28.

<sup>80</sup> Ebd., S. 32.

<sup>81</sup> Ebd., S. 29.

<sup>82</sup> Ebd., S. 30.

<sup>83</sup> Schallmayer hatte in einem mit „Rassehygiene und Sozialismus“ betitelten Artikel in der Neuen Zeit von 1906/07 sein eigenes „soziales Ideal“ insofern als „leistungsaristokratisch“ – und zugleich als „[d]emokratisch und sozialistisch“ – bezeichnet, als es die Forderung enthalte, „die äußeren Wettbewerbsbedingungen für die Jugend in jeder Hinsicht so viel wie nur irgend möglich gleich zu gestalten“. Dann nämlich wären „die Personen, die unter den gleichen äußeren Wettbewerbsbedingungen mehr leisten, entsprechend besser zu stellen, an Ehren, Einkommen und generativen Chancen“. Wilhelm Schallmayer, Rassenhygiene und Sozialismus, in: Die Neue Zeit, 25 (1907), 22, S. 731–740, hier S. 735.

Tatsache, daß die sozial besser gestellten Familien durchschnittlich weniger Kinder aufzuweisen haben als die übrigen Mitglieder des Volkes, wirkt im Sinne einer Verarmung der Gesellschaft an wertvollem Erbgut. Denn wenn auch in der heutigen Wirtschaftsordnung keineswegs jeder Aufstieg auf natürlicher Begabung beruht, so ist doch nicht zu bestreiten, daß die Begabteren nach oben drängen und im allgemeinen nicht völlig zu scheitern pflegen. Ihr Erbgut aber wird um so weniger erhalten, je höher sie steigen, je qualifizierter sie also sind.<sup>84</sup>

Nun solle damit aber „nicht etwa schrankenloser Vermehrung das Wort geredet werden“; angesichts der elenden Verhältnisse sei die Geburtenverhütung eine Art Selbsthilfe der unterdrückten „Masse“, die allerdings „bisher völlig unkontrolliert“ und „im wesentlichen ohne jede vernunftgemäße Regelung“ praktiziert werde.<sup>85</sup>

Hodanns Forderung nach „vernunftgemäßer“ Geburtenregelung war mit höchst ambivalenten Motiven verbunden: Ging es ihm einerseits darum, angesichts der „geschlechtlichen Ausbeutung der Frau“<sup>86</sup> – einer „Sklaverei“, der ein Ende gemacht werden müsse<sup>87</sup> – „[u]ngezählte Frauenleiden und erschreckend viele Todesfälle“ durch „künstliche Fehlgeburt“ oder „rasch aufeinanderfolgende Schwangerschaften“ zu verhindern,<sup>88</sup> so waren diese Motive aufs Innerste vermittelt mit seinen erbbiologisch-aristokratischen Vorstellungen. Für ihn stand fest, „daß unter gegebenen Umständen große Kinderzahlen, besser hohe Schwangerschaftsziffern bei einer Frau auf einen erheblichen Mangel an Denkfähigkeit schließen lassen“.<sup>89</sup> Daraus resultiere

ein Vorgang, der erbbiologisch betrachtet, notwendig zur Verarmung der Bevölkerung an Erbgut intelligenter Eltern und einer prozentual steigenden Bedeutung der unintelligenten und darum vermehrt anlehnungsbedürftigen [...] Schichten führen muß. Das kann die an fort-

<sup>84</sup> Hodann, Elternhygiene (wie Anm. 73), S. 35 f.

<sup>85</sup> Ebd., S. 36.

<sup>86</sup> Max Hodann, Was müssen unsere Genossen von der Eugenik wissen? (1924), in: ders., Sexualpädagogik (wie Anm. 78), S. 66–73, hier S. 72.

<sup>87</sup> Ebd., S. 73.

<sup>88</sup> Hodann, Elternhygiene (wie Anm. 73), S. 38.

<sup>89</sup> Max Hodann, Die Sexualnot der Erwachsenen, Rudolstadt 1928, S. 25.

schrittlicher Politik Interessierten nicht gleichgültig lassen. Denn die gekennzeichnete Bewegung kann [...] zu einer neuen Gegenreformation oder auch Gegenrevolution auf bevölkerungspolitischem Wege führen.<sup>90</sup>

Man müsse sich daher „überlegen, welche Möglichkeiten uns im Laufe der Zeit die Wissenschaft erschließt, um die Nachkommenschaft der Unintelligenten einzudämmen und so einen gesunden Ausgleich zu schaffen“.<sup>91</sup> Äußerte sich Hodanns biologistischer Elitarismus im Kontext der „Führerideologie“ unter anderem in der Auffassung, die Demokratie sei deswegen abzulehnen, weil sie den „Dümmsten“ die gleiche Macht gewähre wie den „Klügsten“, so hier in der eugenischen Forderung, die Geburt „unintelligenter“ Menschen – und damit die Ausbreitung des „Lumpenproletariats“ auf Kosten des „Bildungsproletariats“ – möglichst zu verhindern.<sup>92</sup>

In einem Aufsatz von 1924 mit dem Titel „Was müssen unsere Genossen von der Eugenik wissen?“ bemerkt Hodann, man werde nun „mit Recht fragen, ob die Gesundung der Bevölkerung, die Erhöhung der menschlichen Spannkraft schon erreicht ist bei hinreichender Berücksichtigung der Erbaussichten vor Eingehung von Geschlechtsbindungen und bei Ausschließung von Keimschädigungen“ – wobei für letzteres unter anderem der Verzicht auf Alkohol und Tabak entscheidend sei. Diese Frage werde „schon damit beantwortet, daß wir die Gegenfrage stellen: Wo wird die Vererbung heute bereits berücksichtigt, [...] und wer bemüht sich ernsthaft um Ausschaltung von Keimschädigungen?“. Schließlich meint Hodann, es werde „Sache der sozialistischen Gesellschaft nicht zuletzt sein, in eugenischer Hinsicht Maßnahmen zu treffen, um die Gesellschaft vor der Belastung durch minderwertige Nachkommen zu schützen“.<sup>93</sup>

Während Kautsky im Kontext seiner „attentistischen“ Vorstellungen Abstand von den Forderungen nach eugenischen (Zwangs-)Maß-

---

<sup>90</sup> Ebd.

<sup>91</sup> Ebd., S. 26.

<sup>92</sup> Vgl. hierzu Schwartz, „Proletarier“ und „Lumpen“ (wie Anm. 27), S. 557 f.

<sup>93</sup> Hodann, Was müssen unsere Genossen von der Eugenik wissen? (wie Anm. 86), S. 70 f.



nahmen und einer entsprechenden Erweiterung ärztlicher Kompetenzen nahm, war für Schallmayer die Eugenik selbst das wesentliche Mittel zur Schaffung einer „gesunden und leistungsstarken“ Gesellschaft. Hodann nun bewegte sich mit seinen Auffassungen gewissermaßen zwischen den Positionen Kautskys und Schallmayers. Für ihn waren eugenische Maßnahmen schon unter kapitalistischen Verhältnissen notwendig, sollten sie doch wesentlich zur Stärkung der „Spannkraft“ des Proletariats beitragen – und damit letztlich auch zu dessen Befähigung zum „Umsturz“, zur „Revolutionierung der heute geltenden gesellschaftlichen Ordnung“.<sup>94</sup> Dabei meldete er jedoch zugleich „schwere Bedenken“ gegen etwaige Sterilisierungs- und Verwahrungsgesetze innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft an, die als der Klassenjustiz dienende gerade der „am wenigsten verantworten können“, der solchen Maßnahmen „aus sozialhygienischen Gründen unter anderen gesellschaftlichen Verhältnissen seine Stimme geben würde“.<sup>95</sup> Während also innerhalb der „klassenmedizinischen Verhältnisse“ äußerste Vorsicht gegenüber derartigen Zwangsmaßnahmen geboten sei, könne in einer sozialistischen Gesellschaft diesbezüglich unbefangener und zugleich effizienter vorgegangen werden.

Wie weit schließlich Hodanns rassenhygienische Vorstellungen grundsätzlich reichten,<sup>96</sup> wird deutlich, wenn er in der *Elternhygiene*

<sup>94</sup> Max Hodann, Probleme der Sexualpädagogik (1926), in: ders., Sexualpädagogik (wie Anm. 78), S. 131–136, hier S. 136.

<sup>95</sup> Hodann, Elternhygiene (wie Anm. 73), S. 26.

<sup>96</sup> Den Begriff der „Rassenhygiene“ betrachtete Hodann mit einiger Skepsis. Diese teilte er mit vielen anderen sozialistischen Eugenikern, denen es im Gegensatz zur völkischen Rassenhygiene nicht um den Kampf zwischen „verschiedenwertigen Rassen“ ging, sondern um eine Höherentwicklung der gesamten Menschheit. Bei Hodann heißt es: „Wenn wir [...] von Eugenik oder, um den deutschen, von [Alfred] Ploetz geprägten Ausdruck zu verwenden, von ‚Rassenhygiene‘ sprechen“ – was Hodann, wenn auch nur vereinzelt, durchaus tat –, „so wünschen wir von vornherein, daß man diesen Ausdruck nicht im Sinne einer völkischen Zwangsvorstellung mißdeutet“ – einer Vorstellung, die für ihn in erster Linie in der Forderung nach „Rassenreinheit“ bestand. Ebd., S. 18. An anderer Stelle gibt Hodann eine positive Bestimmung des Begriffs: „Wir verstehen dabei unter ‚Rasse‘ nichts anderes als die Summe der in einem gesellschaftlichen Zusammenhang miteinander lebenden Menschen. So können wir für Eugenik auch ‚Rassenhygiene‘ sagen [...]. Es handelt sich dabei“ – und hier zitiert Hodann ausgerechnet den völkischen Rassenhygieniker Fritz Lenz (1887–1976) – „um eine Betrachtung“

eine Aussage des Anatomen Hermann Poll (1877–1939) zitiert, welcher man sich „ohne Bedenken [...] anschließen“ könne:

Wie der Organismus schonungslos entartete Zellen opfert, wie der Chirurg ein krankhaftes Organ schonungslos entfernt, beide um das Ganze zu retten: so sollten auch die höheren organischen Einheiten, der Sippschaftsverband, der Staatsverband sich nicht in übergroßer Ängstlichkeit vor dem Eingriff in die persönliche Freiheit scheuen, die Träger krankhaften Erbgutes daran zu verhindern, schädigende Keime durch die Generationen weiterzuschleppen. Die Grundsätze solchen Handelns hat ein neuer Zweig der Hygiene, der Rassenhygiene, auszuarbeiten begonnen, getreu dem alten Grundsatz der Gesundheitslehre, daß Vorbeugen besser ist denn heilen.<sup>97</sup>

### „Vereinheitlichung von Beratung und Behandlung“

Auch Hodanns eugenische Vorstellungen waren Ausdruck seiner Überzeugung, dass die „vorbeugende Fürsorge“ grundsätzlich „in der Gesundheitsfürsorge der wirtschaftlichere Weg“ sei.<sup>98</sup> Ebenso wenig wie die Erziehungsarbeit dürfe aber die Gesundheitsfürsorge *bloße* Fürsorge sein, sondern müsse stets auch die Möglichkeit der ärztlichen Behandlung umfassen. Jener „Planmäßigkeit“, die Hodann unter Berufung auf Nelson hinsichtlich einer „proletarischen Erziehung“ forderte, entsprach auf gesundheitspolitischem Gebiet die Forderung nach einer „Vereinheitlichung von Beratung und Untersuchung bzw. Behandlung“, wie er sie bereits 1919 in seiner Dissertation über die Tätigkeit von Beratungsstellen für Geschlechtskranke erhoben hatte. Hierbei hatte er sich auf seinen Betreuer Alfred Grotjahn berufen, der ihn zu dieser Arbeit angeregt hatte.<sup>99</sup> Hodann selbst bemerkte später zu seiner Dissertation:

---

tung der gesamten Lebensbedingungen, welche auf die Gestaltung der erblichen Veranlagung einer Bevölkerung von Einfluß sind“: Hodann, Was müssen unsere Genossen von der Eugenik wissen? (wie Anm. 86), S. 66.

<sup>97</sup> Zit. nach Hodann, Elternhygiene (wie Anm. 73), S. 25 f.

<sup>98</sup> Hodann, Was müssen unsere Genossen von der Eugenik wissen? (wie Anm. 86), S. 68.

<sup>99</sup> Vgl. Wolff, Hodann (wie Anm. 4), S. 32.

Das Ergebnis meiner Untersuchung war natürlich Wasser auf Grotjahn's Mühle, der von jeher, zum Verdruss der kleingewerbetreibenden Doktoren, für die Vereinheitlichung von Beratung und Untersuchung eingetreten war und sich nach dem Krieg für die eine Sozialisierung des Gesundheitswesens einsetzte.<sup>100</sup>

Diese Vereinheitlichung werde jedoch, wie Hodann in der Arbeit erläutert, durch das privatärztliche Konkurrenzprinzip weitgehend unterminiert. So seien auch die Beratungsstellen für Geschlechtskranke „von vornherein unter Ausschluß einer dort gebotenen Behandlung gedacht“ gewesen, „um auch den Verdacht einer Konkurrenz für die behandelnden Ärzte in den betreffenden Städten zu vermeiden“.<sup>101</sup> Neben einer „umfassende[n] Aufklärungspropaganda“ bezüglich der Wirksamkeit der Beratungsstellen bedürfe es daher eines Ausbaus „der Stellen in der Richtung [...], daß wenigstens in bestimmten Fällen im volkshygienischen Interesse die Behandlung mit der Beratung verbunden werden kann.“<sup>102</sup> In einem kleinen Text von 1920, der eine Art Kurzfassung seiner Dissertation darstellt, formuliert Hodann als Fazit seiner Untersuchung:

Die Beratungsstellen, so wie sie heute sind, [...] müssen als Übergangserscheinung gewertet werden im Rahmen der Entwicklung, die auf eine Verwirklichung jener Forderung des Erfurter Programms hinzielt: Für jeden Staatsbürger ‚Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung‘ in hinreichender Form sicherzustellen.<sup>103</sup>

An anderer Stelle schreibt Hodann mit Blick auf die ihm zufolge notwendige Schulreform:

Natürlich müssen wir dahin streben, die ärztliche Schulkinderaufsicht, genau wie die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge aus einer Beratungs- in eine Behandlungsinstitution umzuwandeln. Im Rahmen eines Aus-

<sup>100</sup> Zit. nach ebd., S. 33.

<sup>101</sup> Hodann, Die sozialhygienische Bedeutung der Beratungsstellen (wie Anm. 5), S. 6.

<sup>102</sup> Ebd.

<sup>103</sup> Max Hodann, Zur Frage der Beratungsstellen für Geschlechtskranke (1920), in: ders., Sexualpädagogik (wie Anm. 78), S. 33–41, hier S. 41.

baues der Familienversicherung unserer Krankenkassen ist diese Aufgabe nur zu lösen durch eine mehr oder weniger weitgehende Sozialisierung des Heilwesens.<sup>104</sup>

Je mehr nämlich „der in Frage kommende Arzt bzw. die ihm übergeordnete Verwaltung von privatkapitalistischen Ideen bestimmt ist“, desto eher würde „die Entscheidung im Sinne einer Ausschließung oder wenigstens einer Einschränkung der Behandlungsbefugnis des Schularztes fallen“; je mehr dagegen „sozialistische Tendenzen Einfluß gewinnen“, desto eher werde „man den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung tragen, sofort kostenlos ärztliche Hilfe zu erhalten“.<sup>105</sup>

War das Motiv der Vereinheitlichung von Beratung und Behandlung für Hodann wesentlich für Reformen in Richtung einer „Sozialisierung des Heilwesens“, so war es zugleich mit dem Anspruch verbunden, dass den Ärzten einflussreichere Positionen und größere Handlungsfelder innerhalb des Fürsorgewesens zuzuweisen wären. Dass etwa nach den Bestimmungen des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes „der Arzt keine führende Rolle“ spiele, sei „[e]in starker Beweis dafür, wie wenig noch die organisierte Gestaltung des Fürsorgewesens auf die Ärzteschaft als Mitarbeiter rechnen darf“, wodurch den Ärzten letztlich die Möglichkeit verstellt werde, ihrer „eigentlichen Bestimmung“ als „Gesundheitslehrer“ der Bevölkerung gerecht zu werden.<sup>106</sup>

Der in diesem Zusammenhang geforderte Ausbau des Sozial- bzw. Krankenversicherungssystems, das Hodann, wie viele seiner ärztlichen Genossinnen und Genossen, in seiner gegebenen Gestalt als eine Art Vorstufe zur „Sozialisierung des Heilwesens“ betrachtete, sollte dementsprechend nicht nur eine kostenfreie medizinische Versorgung, sondern zugleich eine effektivere und umfassendere sozialhygienische

---

<sup>104</sup> Max Hodann, Erziehungsreform und Gesundheit (1923), in: ders., Sexualpädagogik (wie Anm. 78), S. 47–50, hier S. 49.

<sup>105</sup> Max Hodann, Deutsche Schulreform und Gesundheitspflege (1926), in: ders., Sexualpädagogik (wie Anm. 78), S. 146–163, hier S. 156.

<sup>106</sup> Max Hodann, Mehr Planmäßigkeit bei der hygienischen Fürsorge! (1925), in: ders., Sexualpädagogik (wie Anm. 78), S. 82–86, hier S. 86.

Erziehung der Bevölkerung gewährleisten. Dabei schrieb Hodann den Krankenkassen eine entscheidende Funktion zu, indem sie dazu beitragen sollten, dass den Ärzten dort, wo bloße Aufklärung nicht hinreiche, auch die Anwendung disziplinarischer Maßnahmen ermöglicht werden sollte. So erläuterte er in einem 1925 im Rahmen eines Fortbildungskurses des Verbandes der Ortskrankenkassen gehaltenen Vortrag, dass seiner Ansicht nach die „caritative Tätigkeit der Landesversicherungsanstalten [...] in der Geschlechtskrankenfürsorge versagt“ habe und dass „[e]inzig die Krankenkassen mit ihrer organisatorischen Zwangsgewalt [...] hier etwas erreichen“ könnten – so etwa hinsichtlich der Überwachung und zwangsweisen Untersuchung von Unwilligen.<sup>107</sup>

Letztlich war Hodann davon „überzeugt, daß bei hinreichender Beachtung solcher Vereinheitlichungsmöglichkeiten mancher *im Interesse der Bevölkerung* gebessert werden könnte“.<sup>108</sup> Dass diesem Interesse, das für ihn als zuvörderst ökonomisches insbesondere auf die Leistungsfähigkeit des Einzelnen gerichtet war, nicht genügend Rechnung getragen werde, liege in erster Linie daran, dass der „Zusammenhang zwischen Gesundheit und Leistungsfähigkeit in Deutschland noch nicht hinreichend erkannt“ worden sei<sup>109</sup> – was nicht zuletzt darin zum Ausdruck komme, dass noch immer eine staatliche Organisation „auf dem Gebiete des gesundheitlichen Fürsorgewesens“ fehle.<sup>110</sup>

### „Sozialisierung des Heilwesens“

Im Dezember 1918 fand in Berlin eine Generalversammlung der Vereinigung der Hausärzte unter der Leitung des einflussreichen sozial-

<sup>107</sup> Max Hodann, Die sozialhygienische Fürsorge der Krankenkassen, insbesondere auf dem Gebiet der Geschlechtskrankheiten (1925), in: ders., Sexualpädagogik (wie Anm. 78), S. 121–130, hier S. 125.

<sup>108</sup> Hodann, Planmäßigkeit (wie Anm. 106), S. 86.

<sup>109</sup> Hodann, Schulreform (wie Anm. 105), S. 162.

<sup>110</sup> Hodann, Planmäßigkeit (wie Anm. 106), S. 83.

demokratischen Sozialhygienikers Julius Moses (1868–1942) statt,<sup>111</sup> auf der über die Notwendigkeit der Einrichtung eines zentralen Gesundheitsministeriums als Grundlage einer „Sozialisierung des Heilwesens“ debattiert wurde.<sup>112</sup> Im Anschluss daran wurde eine sechsköpfige Deputation gewählt, zu der neben Moses und Magnus Hirschfeld auch Hodann zählte. Die Deputation richtete unter anderem eine – auch von Grotjahn unterzeichnete – Eingabe an die „Volksbeauftragten der Deutschen Republik“, in der in eindringlichen Formulierungen die Schaffung eines Reichsgesundheitsministeriums gefordert wurde.

Schließlich wurde Hirschfeld mit der Ausarbeitung eines Dokuments beauftragt, in dem die Grundzüge der anvisierten Verstaatlichung des Gesundheitswesens dargelegt werden sollten. Er verfasste daraufhin eine Broschüre, die 1919 als Flugschrift des *Bundes Neues Vaterland* veröffentlicht wurde.<sup>113</sup>

Ausgehend von der grundsätzlichen Forderung nach einem zentralen Gesundheitsministerium schlägt Hirschfeld konkret die Schaffung von 15 „Hauptabteilungen“ vor – darunter etwa Abteilungen zur „Bekämpfung der *Volkskrankheiten*“, zur „Gemeinde-Hygiene“ und zur „Bevölkerungs- bzw. Sexualpolitik“. Für Letztere sei „vor allem das große Gebiet der *Eugenik*, d. i. die Hervorbringung gesunder, lebensstaunder Menschen durch Erforschung und möglichste Befolgung der Vererbungsgesetze“ von Relevanz.<sup>114</sup>

---

<sup>111</sup> Zu Moses vgl. Nadav, Moses (wie Anm. 3).

<sup>112</sup> Vgl. Kurt Nemitz, Die Bemühungen zur Schaffung eines Reichsgesundheitsministeriums in der ersten Phase der Weimarer Republik 1918–1922, in: *Medizinhistorisches Journal*, 16 (1981), S. 424–445; Nadav, Moses (wie Anm. 3), S. 154–158.

<sup>113</sup> Sie erschien damit im gleichen Jahr, in dem das von Hirschfeld gegründete Institut für Sexualwissenschaft in Berlin eröffnet wurde. An der Eröffnung war unter anderem der Psychiater und Psychotherapeut Arthur Kronfeld (1886–1941) beteiligt, der ebenso wie Hodann im IJB und ein enger Vertrauter Nelsons gewesen war und ebenso wie er langjähriger Mitarbeiter an Hirschfelds Institut wurde. Alle drei waren außerdem Mitglied im VSÄ, zu dem das Institut dementsprechend enge Kontakte pflegte.

<sup>114</sup> Magnus Hirschfeld, *Verstaatlichung des Gesundheitswesens* (= Flugschriften des Bundes Neues Vaterland, 10), Berlin 1919, S. 16.

Die Frage, ob in einem verstaatlichten Gesundheitswesen auch die Ärzte selbst als Beamte verstaatlicht werden sollten oder ob das „Privat-*arztsystem*“ in Teilen erhalten bleiben solle, lässt Hirschfeld offen. Keinerlei Zweifel lässt Hirschfeld allerdings an der *Bedeutung*, die seiner Ansicht nach den Ärzten innerhalb eines sozialisierten Heilwesens zukommen solle. Dem angestrebten Gesundheitsministerium würde „[w]ährlich eine Fülle von Aufgaben“ anvertraut, „wie sie kein Ministerium höhere zu lösen“ habe. In der „sozialen Republik“ würde dem Arzt

eine Bedeutung zuteil, die weit über die hinausreicht, die er im Militärstaat Preußen-Deutschland eingenommen hat. Gerade wir Ärzte, die wir besser den inneren Menschen kennen in seiner körperlichen und geistigen Beschaffenheit und daher wissen, wieviel mehr die Menschen eint als trennt, sollten anerkennen, wie gut und richtig es ist, daß endlich so viel künstlich zwischen den Klassen aufgerichtete Schranken fallen.

Weiter heißt es:

Es ist kein Zufall, daß derselbe sozialistische Staat, der die Trennung von Staat und Kirche als Grundsatz aufgestellt hat, einen engeren Zusammenschluß von Staat und Heilkunde anstrebt. Die Naturwissenschaft tritt an die Stelle der Theologie, die moderne Hygiene an die Stelle veralteter Moral. Naturforscher und Ärzte sollen, wie es schon einmal in grauer Vorzeit war, Priester, Beichtväter ihrer Volksgenossen sein. Dazu gehören aber Ärzte, die sich von denen des zusammengestürzten Staatssystems wesentlich unterscheiden: Naturforscher und Ärzte, die sich als mit dem Volksorganismus unlöslich verbundene Organe fühlen, für dessen Erhaltung sie ebenso notwendig sind, wie er für ihre Erhaltung notwendig ist.<sup>115</sup>

Diese Überzeugung, nach der „die Naturwissenschaft an die Stelle der Theologie treten“ und Ärzten demzufolge eine besondere Stellung innerhalb des „Volksorganismus“ zukommen müsse, ging auf das mo-

<sup>115</sup> Ebd., S. 16 f.

nistische Wissenschaftsverständnis Ernst Haeckels zurück, das für Hirschfelds und Hodanns Anschauungen von großer Bedeutung war.<sup>116</sup>

Schon bei Schallmayer – für den dies ebenfalls gilt – waren die rassenhygienischen Forderungen verbunden mit der nach der Aufhebung des Konkurrenzprinzips innerhalb des ärztlichen Standes und damit eben jenes Prinzips, das Schallmayer als Sozialdarwinist zugleich als grundlegendes und naturnotwendiges Prinzip des gesellschaftlichen Lebens betrachtete. Im Interesse der Rassenhygiene müsse der Ärztestand gewissermaßen eine „höhere Stufe“ im „Kampf ums Dasein“ repräsentieren, was jedoch durch das privatärztliche Konkurrenzverhältnis verhindert werde. Hodanns Vorstellungen kamen dieser Position Schallmayers insofern nahe, als ihr Ausgangspunkt ebenfalls die Forderung nach Aufhebung des privatärztlichen Konkurrenzprinzips war, wodurch den Ärzten eine einflussreichere Rolle für die gesellschaftliche Entwicklung zukommen sollte – seien sie doch, wie Hirschfeld in seiner Broschüre postuliert, als Experten für die Beschaffenheit der „menschlichen Natur“ zu betrachten und zugleich als Garanten für die Erhaltung des „Volksorganismus“.

Ausgehend von dem Motiv der Vereinheitlichung von Beratung und Behandlung sowie der Bedeutung der Krankenkassen für diese, verfasste schließlich auch Hodann selbst einen kleinen programmatischen Text zur „Sozialisierung des Heilwesens“, der 1926/27 in der Zeitschrift *Urania*<sup>117</sup> seines ärztlichen Genossen Julius Schaxel (1887–1943) erschien.

Es sei eine Tatsache, schreibt Hodann hier zunächst, „daß die organisatorische Frage der Versorgung des Volkes mit Heilmaßnahmen in angemessener Form unlösbar“ werde, weil „diese Frage gar nicht

---

<sup>116</sup> Der Haeckelsche Monismus war eine Weltanschauung, die sich der (natur-)wissenschaftlichen Erforschung und Durchsetzung der „ewig waltenden Naturgesetze“ verschrieben hatte. Sie vertrat den Anspruch, vermöge der Aufklärung noch die letzten „Welträtsel“ lösen zu können, vor denen die Religion in falscher Ehrfurcht erstarrt sei.

<sup>117</sup> „Urania“ war eine sozialistisch und lebensreformerisch ausgerichtete Monatszeitschrift für „Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre“, die auch der Jugendbewegung nahestand. Sie erschien zunächst von 1924 bis 1933 und wurde 1947 neu gegründet.



mehr direkt gestellt und untersucht“ werde, sondern „zu einer verworrenen und erbitterten Interessendiskussion zwischen Krankenkassen und Ärztevereinen“ geworden sei. Es seien „Angelegenheiten, die unter dem Sammelbegriff einer Sozialisierung des Heilwesens diskutiert werden müssen“.<sup>118</sup>

Grundsätzlich seien es, so Hodann weiter, anerkannte Forderungen, „daß jeder Bürger eines Staatswesens Anspruch auf genügenden Schutz vor gesundheitlichen Gefahren, andererseits auf hinreichende Heilbehandlung im Krankheits- oder Unfall- oder Invaliditätsfalle“ habe.<sup>119</sup> Um beides gewährleisten zu können, sei die Vereinheitlichung und der Ausbau des öffentlichen Fürsorgewesens unumgänglich. Es sei vor allem zu fordern, „daß der Personalbestand der öffentlichen Fürsorgen so vermehrt wird, daß wirklich verantwortliche Heilbehandlung, nicht nur vorbeugende Fürsorge geleistet werden kann“.<sup>120</sup>

Derlei Aufgaben könnten nur erfüllt werden, „wenn das ganze Land mit einem gleichmäßigen Netz von staatlich oder kommunal verantwortlichen Heilpersonen überzogen wird“. Gerade dagegen wehre sich aber die Ärzteschaft „am allermeisten, weil damit ‚die Standesfreiheit, ihr höchstes Gut‘ bedroht“ sei – eine „Standesfreiheit“, die Hodann zufolge vor allem dazu führe, dass „heute die Heilpersonen sich gegenseitig gelegentlich mit den unlautersten Mitteln Konkurrenz machen“, und die letztlich das Gegenteil von Freiheit sei:

In Wahrheit ist der heutige „freie Arzt“ Sklave der Wirtschaftsverhältnisse und Sklave seiner Patienten. Seine Freiheit ist ebenso problematisch wie die „Freiheit“ des „freien“ Arbeiters. Um das zu erkennen, müßten die Ärzte ein wenig mehr Volkswirtschaft treiben. Dann würden sie staunend sehen, daß der Inhalt des ersten Bandes des „Kapital“ von Marx auch auf sie Anwendung finden dürfte, daß sie also, mit anderen Worten, genauso Sklaven der herrschende Klasse sind wie die „freien Arbeiter“, daß sie demnach Seite an Seite mit diesen um ihre

<sup>118</sup> Max Hodann, Sozialisierung des Heilwesens, in: *Urania*, 3 (1926/27), 2, S. 57–59, hier S. 57.

<sup>119</sup> Ebd., S. 58.

<sup>120</sup> Ebd., S. 59.

Befreiung und damit auch für vernünftige Heilorganisation kämpfen sollten, anstatt sich im Lager der Reaktion darum zu bemühen, die Krankenkassen zu schmähen und Helfershelfer ihrer eigenen Unterdrücker zu sein.<sup>121</sup>

Nach Marx ist der Lohnarbeiter „doppelt frei“: Er ist zum einen frei an Produktionsmitteln und zum anderen ist er – im Gegensatz zum Leibeigenen – frei, seine Arbeitskraft zu verkaufen, was er jedoch zugleich tun *muss*, um überleben zu können. Ähnliches gelte, so Hodann, auch für den „freien Arzt“, „dessen Gebaren den Normen der kapitalistischen Wirtschaft“ folgen müsse, „wenn er nicht zugrunde gehen will“. Daraus sei den Ärzten an sich kein Vorwurf zu machen, sehr wohl aber aus der „Verschleierung des Sachverhaltes [...], indem sie ihr an und für sich durchaus ehrenhaftes und berechtigtes Gewerbeinteresse zu verstecken suchen hinter Phrasen von ‚höchstem öffentlichen Wohl‘ und ‚sittlichen Aufgaben ihres Standes‘.“<sup>122</sup>

## Im Verein Sozialistischer Ärzte

Mit diesen Ausführungen hatte Hodann zugleich einige der wesentlichen gesundheitspolitischen Vorstellungen des VSÄ skizziert, die von ihm über die gesamte Zeit seiner Existenz vertreten wurden.

Ende 1913 hatte sich auf Initiative von Ignaz Zadek (1858–1931), Karl Kollwitz (1863–1940) und Ernst Simmel (1882–1947) in Berlin der *Sozialdemokratische Ärzteverein* gegründet, der sich, als es mit dem Ende des Ersten Weltkrieg innerhalb der deutschen Sozialdemokratie zu Spaltungen kam, 1919 in *Verein Sozialistischer Ärzte* umbenannte. 1924 spalteten sich einige sozialdemokratische Ärzte vom VSÄ ab und gründeten zwei verschiedene Verbände, die ihrerseits 1926 in der *Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Ärzte* aufgingen. In dieser waren ausschließlich SPD-Mitglieder organisiert, wohinge-

---

<sup>121</sup> Ebd.

<sup>122</sup> Ebd., S. 57.

gen sich der VSÄ ausdrücklich als interfraktionelle sozialistische Vereinigung verstand.<sup>123</sup>

Wie Ernst Simmel 1925 in der ersten Ausgabe des Publikationsorgans des VSÄ erläutert,<sup>124</sup> sei es die für den Verein von Beginn an „vornehmste und dringendste Aufgabe“ gewesen, „das gegenseitige Verständnis zwischen Ärzten und Krankenkassen zu fördern“,<sup>125</sup> mit dem Ziel der „Beseitigung der Feindschaft zwischen Ärzten und Krankenkassen durch die Erkenntnis, daß sie Bundesgenossen“ seien „im Kampf um die Sozialisierung des gesamten Heilwesens“. <sup>126</sup> Weiter konstatiert Simmel: „Wie das im einzelnen zu geschehen hat, das hat unser Verein [...] in erster Linie durch seine Arbeit zu erweisen“<sup>127</sup> – eine Arbeit, die wesentlich von der Überparteilichkeit geprägt war, die dem VSÄ einerseits eine relativ große Bedeutung innerhalb der linken Ärzteschaft verlieh, andererseits aber auch immer wieder zu vereinsinternen Konflikten führte. Diese Konflikte gingen nicht zuletzt auf den Revisionismusstreit der Vorkriegszeit zurück, den Eduard Bernstein (1850–1932) um die Jahrhundertwende initiiert hatte und der sich auch auf die gesundheitspolitischen Debatten im VSÄ auswirkte, nicht zuletzt auf die um das Vereinsprogramm.<sup>128</sup>

Einer der ersten programmatischen Entwürfe wurde vom VSÄ ausgearbeitet, als er 1927 mit einer eigenen Liste, die sich „aus Mitgliedern aller sozialistischen Richtungen zusammensetzte“, bei der Berliner Ärztekammerwahl antrat.<sup>129</sup> Hodann, der auf Platz 8 der Liste

<sup>123</sup> Zur Geschichte des VSÄ vgl. Leibfried / Tennstedt, Berufsverbote (wie Anm. 3); Franz Walter, Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen in der Weimarer Republik (= Solidargemeinschaft und Milieu: Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik, Bd. 1), Bonn 1990, S. 131 ff.

<sup>124</sup> Es firmierte zunächst als „Mitteilungsblatt des VSÄ“ und wurde mit der zweiten Ausgabe in „Der sozialistische Arzt“ umbenannt.

<sup>125</sup> Ernst Simmel, Der sozialistische Arzt, in: Mitteilungsblatt des Vereins sozialistischer Ärzte, 1 (1925), 1, S. 2–5, hier S. 2.

<sup>126</sup> Ebd., S. 3.

<sup>127</sup> Ebd., S. 5.

<sup>128</sup> Vgl. Walter, Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen (wie Anm. 123), S. 149.

<sup>129</sup> N.N., Ärztekammerwahl, in: Der Sozialistische Arzt, 3 (1927), 3, S. 7–8, hier S. 8.

geführt wurde, wurde als Stellvertreter ins Ärzteparlament gewählt. Er gehörte zudem einer Kommission an, die das entsprechende Wahlprogramm des VSÄ prüfte und absegnete. „Der Leitgedanke und das Endziel der Sozialistischen Ärzteorganisation“, heißt es in dem Programm, sei „die ‚Sozialisierung des gesamten Gesundheitswesens‘“<sup>130</sup>, wobei die grundsätzliche Frage, ob dieses „Endziel“ innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse erreicht werden könne oder als Voraussetzung der sozialistischen Gesellschaft bedürfe, offen gelassen wurde.<sup>131</sup>

Schließlich hatte der Sozialdemokrat Georg Loewenstein (1890–1998)<sup>132</sup> auf der Reichstagung des VSÄ 1928 in Dresden sowie auf der folgenden 1929 in Chemnitz jeweils einen konkreten Programmentwurf vorgelegt, der jedoch beide Male zur weiteren Überarbeitung zurückgestellt wurde, unter anderem mit der Begründung, es solle vor der endgültigen Verabschiedung „alle[n] Richtungen vom weitesten Reformismus bis zum äußersten Leninismus“ Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden.<sup>133</sup> Diesen divergierenden Vorstellungen Rechnung tragend, formulierte Loewenstein in einem Kommentar zu seinem daraufhin überarbeiteten Entwurf im Anschluss an die Feststellung, dass die genannten Forderungen „für ihre Verwirklichung die Erreichung der Endziele des proletarischen Klassenkampfes zur Voraussetzung“ hätten:

---

<sup>130</sup> N.N., Programm des „Vereins Sozialistischer Ärzte“ für die Wahlen zur Ärztekammer, in: Der Sozialistische Arzt, 3 (1927), 3, S. 8–9, hier S. 8.

<sup>131</sup> Einen Eindruck sowohl von der Intensität und Vielfältigkeit der Diskussionsbeiträge und Aktivitäten Hodanns als auch von der großen Beachtung, die diesen innerhalb des VSÄ zuteil wurde, vermittelt etwa die Ausgabe Der Sozialistische Arzt, 3 (1927), 1–2, deren Inhalt zu einem nicht unerheblichen Teil aus Beiträgen von Hodann und Kommentaren zu dessen Aktivitäten besteht.

<sup>132</sup> Dazu die Lebenserinnerungen von Dr. med Georg Loewenstein (wörtliche Zusammenfassung mehrerer Interviews, die Stephan Leibfried Anfang Oktober 1979 in Clearwater Beach/Florida führte), in: Der Wert des Menschen. Medizin in Deutschland 1918–1945; hg. von der Ärztekammer Berlin in Zusammenarbeit mit der Bundesärztekammer; Redaktion: Christian Pross u. Götz Aly, Berlin 1989, S. 36–49.

<sup>133</sup> N.N., Die Reichstagung in Chemnitz, in: Der Sozialistische Arzt, 6 (1930), 1, S. 16–33, hier S. 31. Vgl. auch Walter, Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen (wie Anm. 123), S. 150.

Dieses Endziel kann entweder durch Ablösung der kapitalistischen Macht in allmählicher Entwicklung durch den wirklichen Volksstaat erfolgen, oder durch eine proletarische Revolution erreicht werden. Niemand kann voraussehen, welcher Weg der bessere ist. Die gesundheitspolitischen Forderungen des V.S.Ae. können nur als ein Teilprogramm im Rahmen der sozialen und politischen Forderungen des Proletariats angesehen werden und haben für ihre Verwirklichung einen weiteren Ausbau des Klassenkampfes zur Voraussetzung. Nur ein geringer Teil der in diesem gesundheitspolitischen Programm niedergelegten Forderungen läßt sich schon jetzt oder in naher Zukunft verwirklichen.<sup>134</sup>

In letzter Konsequenz waren die Differenzen zwischen den reformistischen und revolutionären Vorstellungen aber zumindest so groß, dass sie bis zum Verbot des VSÄ durch die Nationalsozialisten nicht in einem offiziell verabschiedeten einheitlichen Programm vermittelt werden konnten.<sup>135</sup> Nichtsdestoweniger lässt sich mit Schwartz konstatieren, dass dem Verein „eine nicht unbedeutende *diskursive Brückenfunktion* zwischen SPD und KPD im Bereich der Gesundheitspolitik“<sup>136</sup> zukam – eine Funktion, mit der sich gerade Hodann ausdrücklich identifizierte.

Mit seinen „unorthodoxen“ sozialistischen Anschauungen vertrat Hodann – auch wenn er den Erinnerungen Loewensteins zufolge „der geborene Revolutionär“ war, „mit hohen Idealen und angetrieben durch das Elend“<sup>137</sup> – eine jenseits dieser beiden Lager zu verortende Position. „Man kann nicht behaupten“, heißt es bereits in seinem Typoskript von 1921,

dass die von Bernstein [...] versuchte Revision der materialistischen Theorie die Lösung der Frage nach dem Verhältnis zwischen Sozialismus und Ethik – denn darum handelt es sich –, wesentlich gefördert

<sup>134</sup> Georg Loewenstein, Gesundheitspolitische Forderungen des V.S.Ae. Bericht der Kommissionsarbeit, in: Der Sozialistische Arzt, 5 (1929), 4, S. 153–157, hier S. 153.

<sup>135</sup> Vgl. Walter, Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen (wie Anm. 123), S. 148.

<sup>136</sup> Schwartz, Eugenik (wie Anm. 3), S. 116.

<sup>137</sup> Loewenstein, Lebenserinnerungen (wie Anm. 132), S. 38.

hätte [...]. In der Hauptsache lag das daran, dass man von der Frage der Begründung des Sozialismus auf Fragen der Taktik abglitt. Eine Lösung des eigentlichen Problems aber auf philosophischem Wege, dem einzigen, auf dem sie möglich ist, zu geben unternahm ernstlich niemand.<sup>138</sup>

Gegen den – seiner Ansicht nach auf Marx zurückgehenden – „ökonomischen Materialismus“ setzte Hodann einen „naturwissenschaftlichen Materialismus“, insofern er die „philosophische Ethik“, die allein eine Letztbegründung für die Rechtmäßigkeit des Sozialismus liefern könne, aus der Erkenntnis von Naturgesetzmäßigkeiten abzuleiten können glaubte.

Dabei konnte er sich wiederum auf Nelson berufen, der seine sozialistischen Vorstellungen als die eines „revolutionären Revisionismus“ bezeichnet hatte, nämlich im Sinne einer „Revision der Theorie, die uns aus den dogmatischen Fesseln befreit, ohne uns an den Opportunismus auszuliefern, kurz einer Theorie, die den Klassenkampf auf eine wirklich wissenschaftliche [...] Grundlage stellt.“<sup>139</sup> Ebenso wie für Nelson bedurfte für Hodann eine solche Theorie zum einen der naturwissenschaftlichen Erkenntnis und zum anderen einer Ethik, die sich in ihrer „wissenschaftlichen Strenge“ an jener Erkenntnis auszurichten habe. Als geschlossenes – und Absolutheit beanspruchendes – System versprach diese „wissenschaftliche Ethik“ einen festen theoretischen Halt angesichts der verschiedenen „offiziellen“ sozialistischen Strömungen, denen Hodann sich nicht anpassen konnte bzw. wollte.

War Hodann schon als Mitglied der USPD und dann der SPD nie parteipolitisch aktiv gewesen, so blieb er nach dem Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD gegen den IJB Ende 1925 parteilos, obgleich er sich zunehmend Positionen der KPD annäherte.<sup>140</sup> Als „unabhängiger“ Sozialist bzw. „Sozialist zwischen den Stühlen“ repräsentierte Hodann

---

<sup>138</sup> BArch, N 2210/235 (wie Anm. 22), S. 26.

<sup>139</sup> Leonard Nelson, Die bessere Sicherheit. Ketzereien eines revolutionären Revisionisten, Stuttgart 1927, S. 18.

<sup>140</sup> Herzer, Sexualpädagogik (wie Anm. 7), S. 87 f.

als politische Person gewissermaßen die überparteiliche Ausrichtung des VSÄ, was sich auch in seinem vereinspolitischen Verhalten ausdrückte – so etwa, als es 1929 zu einem „kommunistische[n] Spaltungsmanöver“ durch das KPD-Mitglied Richard Schmincke (1875–1939) kam.<sup>141</sup> Schmincke hatte unter anderem in der Berliner Ärztekammer „zum Kampf gegen das verräterische Verhalten der Sozialdemokratie“<sup>142</sup> aufgerufen und zudem auf der Generalversammlung des VSÄ eine oppositionelle Liste – mit sechs Kommunisten und einem parteilosen Sozialisten – zu den Vorstandswahlen eingereicht, was einen „Affront für die Majorität der SPD-Mitglieder im Ärzteverein“ darstellte.<sup>143</sup> Jener parteilose Sozialist auf der Liste war Hodann, der aber offenbar nicht um deren oppositionellen Charakter gewusst hatte und sich daher zu einer im *Sozialistischen Arzt* abgedruckten Erklärung veranlasst sah:

Daß mein Name in Verbindung einer bestimmten Liste vorgeschlagen werden sollte, war mir unbekannt. Ich hätte das jedenfalls nicht gebilligt, da ich stets für Ausgleichung und nicht für Zuspitzung bestehender Gegensätze eingetreten bin.<sup>144</sup>

Hodanns zunächst praktische und schließlich auch formale parteipolitische Ungebundenheit ging konform mit seiner ideologischen Vorstellung einer auf das „Führerprinzip“ auszurichtenden Erziehungsarbeit, wie er sie im Gefolge Nelsons vertreten und propagiert hatte. In seinem Vortragsmanuskript von 1920 heißt es diesbezüglich, die „Führererziehung“ würde „eine Abkehr von den politischen Tagesereignissen für die Zeit der Vorbereitung zu politischer Aktion rechtfertigen“. Im Gegensatz zur „heute alltäglichen Zersplitterung wertvoller Kräfte“ biete die „Führererziehung“

<sup>141</sup> Walter, Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen (wie Anm. 123), S. 169 ff.

<sup>142</sup> N.N., Reichstagung (wie Anm. 133), S. 27.

<sup>143</sup> Walter, Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen (wie Anm. 123), S. 170.

<sup>144</sup> Max Hodann, Erklärung zur Vorstandswahl, in: *Der Sozialistische Arzt*, 5 (1929), 1, S. 45.

trotz der vorläufigen Zurückhaltung von politischen Aktionen die Gewissheit, dass in dem Augenblick, in dem hinreichende, straff organisierte Kräfte gesammelt sind, die politische Aktion mit umso größerem Nachdruck in Angriff genommen werden wird.<sup>145</sup>

Aus dem konsequenten Festhalten an dieser Überzeugung ist nach der Darstellung Werner Links auch die Entscheidung Hodanns zu erklären, sich nach dem Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD vom IJB zurückzuziehen, da er sich mit seiner Forderung nach einer Umgestaltung des Bundes zu einer „Erziehungsgemeinschaft mit dem Verzicht auf unmittelbare parteipolitische Tätigkeit, jedoch unter Ausnutzung der Mitarbeitsmöglichkeiten in solchen Organisationen, die der sozialdemokratischen oder kommunistischen Partei nicht direkt angeschlossen waren“, nicht durchsetzen konnte.<sup>146</sup>

Eine dieser Organisationen war für Hodann der VSÄ. Gemäß seiner Überzeugung, dass Ärzte die „Massen“ zum gesundheitserhaltenden und -fördernden Lebenswandel anzuleiten und ihre Widerstands- und „Spannkraft“ zu stärken hätten – um so schließlich auch einen wesentlichen Beitrag zur Bereitung eines „revolutionären Bodens“ zu leisten –, konnte er hier seine aus der „Führerideologie“ resultierende Vorstellung von „Erziehungsarbeit“ auf sozialhygienischem Gebiet weiterführen. Insofern es ihm dabei auch um eine unmittelbare Verbesserung der Lebensumstände der arbeitenden Bevölkerung zu tun war, stand seine Vorstellung einer „proletarischen Sozialpolitik“ im genauen Gegensatz zu der seinerzeit unter Kommunisten und revolutionären Sozialisten verbreiteten „Verelendungstheorie“. „Vor allem in den 1920er Jahren“ wurde diese, wie Michael Heinrich erläutert, „auch als Revolutionstheorie verstanden: Im Kapitalismus verelendeten die Massen, so dass diese zwangsläufig einsehen würden, dass ihnen nichts anderes als die revolutionäre Abschaffung des Kapitalismus übrig bleibe.“<sup>147</sup> Hodann dagegen schrieb:

---

<sup>145</sup> BArch, N 2210/178 (wie Anm. 43), S. 35 f.

<sup>146</sup> Link, *Geschichte* (wie Anm. 16), S. 138.

<sup>147</sup> Michael Heinrich, *Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung*, Stuttgart 2004, S. 127.



Es ist nicht wahr, daß die Massen um so revolutionärer sind, je schlechter es ihnen geht. Das hat sehr seine Grenze. Gewiß eine Wirtschaftskrise, ein Krieg, eine Hungersnot können – zumindest bei kurzer Dauer – revolutionierend wirken. Aber werden Krise, Erwerbslosigkeit, Nahrungssorgen zum Dauerzustand, so pflegt Verzweiflung und Indifferenz die Massen zu ergreifen, und dann schwindet der Glaube daran, daß es besser werden könnte. Die vielleicht wichtigste Voraussetzung einer Revolution, das Selbstbewußtsein der Proletarier, wird erschüttert.<sup>148</sup>

Dementsprechend war für Hodann eine effektive Sozialhygiene – inklusive eugenischer Maßnahmen – unter kapitalistischen Verhältnissen unabdingbar – jedoch nicht als Alternative zu einem revolutionären Umsturz, sondern vielmehr als dessen Voraussetzung.

Während für den „Attentismus“ Kautskys die Solidarität die stärkste Waffe im Klassenkampf war, so für Hodann die Erziehungsarbeit – wobei die Sexualerziehung, mit der er sich schon im Kontext der Jugendbewegung auseinandergesetzt hatte, von besonderer Bedeutung für ihn war. So schreibt er – „die Forderung an die Jugendbewegung, politisch zu werden, wieder aufnehmend“<sup>149</sup> – in einer Hirschfeld gewidmeten Broschüre von 1928:

Gesellschaftliche Fragen sind Klassenfragen; der Kampf um die Lösung der Sexualfrage somit ein Teilgebiet des Klassenkampfes. Damit wird aus einem Problem, das zu behandeln und zu verstehen uns ursprünglich die individuelle Not des einzelnen Menschen gedrängt hat, ein Problem von gesellschaftlicher Bedeutung, das zu seinem Teile, vielleicht zu einer Verständigung der heute gespaltenen arbeitenden Massen wenigstens auf einem Gebiete führen kann: Zum einheitlichen Kampf gegen Klassenjustiz, Klassenmedizin und Priesterherrschaft, zum einheitlichen Kampf für proletarische Sozialpolitik.<sup>150</sup>

<sup>148</sup> Zit. nach Wolff, Hodann (wie Anm. 4), S. 144 f.

<sup>149</sup> Braun, Jugendbewegung (wie Anm. 9), S. 58.

<sup>150</sup> Hodann, Sexualnot (wie Anm. 89), S. 47.

## Sexualberatung

Jenem „Teilgebiet des Klassenkampfes“, dem „Kampf um die Lösung der Sexualfrage“, widmete sich Hodann insbesondere auf einem Gebiet, auf dem er sich im Laufe der 1920er Jahre durch sein intensives und vielfältiges Engagement zu einer der einflussreichsten Persönlichkeiten der Weimarer Republik entwickelte, nämlich dem der Sexualberatung: „Hodann war einer der Wortführer beim Ausbau der Ehe- und Sexualberatungsstellen und trieb deren Professionalisierung und Vernetzung voran.“<sup>151</sup> 1927 übernahm er die Leitung der Sexualberatungsstelle, die 1919 an Hirschfelds *Institut für Sexualwissenschaft* – als erste deutsche Einrichtung dieser Art – eröffnet worden war, und er war am Institut auch derjenige, „der grundlegende Vorstellungen zur Arbeit der Sexualberatungsstellen entwickelte“<sup>152</sup> und in die Praxis umsetzte.

„Die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Sexualberatungsstellen der Weimarer Republik“ war, wie Kristine von Soden zusammenfasst,

von Anbeginn eine Geschichte um die Kontroverse: Ehe- oder Sexualberatung? Gesundheits- oder Verhütungsberatung? [...] Nicht immer kamen die jeweiligen Positionen zur Ehe- und Sexualberatung gleichsam in reiner Form vor. Oft waren sie eng miteinander verwoben.<sup>153</sup>

Diese „Verwobenheit“ lässt sich auch für Hodanns Vorstellungen konstatieren. Er sprach sich dezidiert für die Bezeichnung „Sexualberatung“ aus, da der Begriff „Eheberatung“ „zu eng gefasst sei“,<sup>154</sup> und propagierte sowohl Gesundheits- als auch geburtenregelnde Verhütungsberatung, wobei er letzterer, auch unter eugenischen Gesichtspunkten, eine besondere Bedeutung beimaß: Auch wenn der Tätig-

---

<sup>151</sup> Rainer Herrn, *Der Liebe und dem Leid. Das Institut für Sexualwissenschaft 1919–1933*, Frankfurt a. M. 2022, S. 318.

<sup>152</sup> Kristine von Soden, *Die Sexualberatungsstellen der Weimarer Republik 1919–1933*, Berlin 1988, S. 72.

<sup>153</sup> Ebd., S. 58.

<sup>154</sup> Hodann, *Sexualnot* (wie Anm. 89), S. 43.

keitsbereich der Beratungen weit darüber hinaus gehe und letztlich alle das Sexualleben der Erwachsenen und Jugendlichen betreffende Angelegenheiten umfasse – so etwa auch hinsichtlich der Befriedigung sexueller Bedürfnisse –, stehe „an erster Stelle ihrer Aufgaben [...] die Beratung der Bevölkerung in Dingen der Geburtenregelung“.<sup>155</sup>

1926 veröffentlichte der preußische Minister für Volkswohlfahrt, Heinrich Hirtsiefer (1846–1941), einen Erlass, in dem nachdrücklich die Einrichtung von öffentlichen Eheberatungsstellen empfohlen wurde. Dass darin indes betont wurde, die Beratung solle sich „lediglich auf die ärztliche Prüfung von Ehebewerbern hinsichtlich ihrer gesundheitlichen Eignung“ erstrecken,<sup>156</sup> war für Hodann Ausdruck jenes „bürgerlichen Standpunkts“, nach dem durch die Anwendung von Verhütungsmitteln der Kampf gegen den Geburtenrückgang unterminiert und damit der Bestand der „industriellen Reservearmee“ gefährdet werde.<sup>157</sup> Demgegenüber vertrat Hodann eine neomalthusianische Position: Insofern man „unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen“ von einem „überbevölkerten Lande“ sprechen müsse, sei „es ein Gebot der Vernunft, den Nachwuchs zu beschränken im Interesse der *Qualität* der Kinder und der *Qualität* der Erziehung“.<sup>158</sup>

1927 hielt Hodann im Rahmen einer Veranstaltung des VSÄ einen diese Thematik betreffenden Vortrag. Daraufhin wurde eine Kommission gebildet, der neben Hodann unter anderem die VSÄ-Mitglieder Felix A. Theilhaber (1884–1956) – der 1913 die *Gesellschaft für Sexualreform* (GESEX) gegründet hatte –, Georg Loewenstein und Martha Ruben-Wolf (1887–1939) angehörten und die auf der Basis der Aus-

<sup>155</sup> Max Hodann, Der gegenwärtige Stand der wissenschaftlichen Geburtenregelung, in: Sozialistische Monatshefte, 34 (1928), 12, S. 1079–1082, hier S. 1080.

<sup>156</sup> Zit. nach Max Hodann, Über Notwendigkeit und Aussichten der Eheberatung (1927), in: ders., Sexualpädagogik (wie Anm. 78), S. 205–208, hier S. 205.

<sup>157</sup> Ebd., S. 206. Mit dem Begriff der „industriellen Reservearmee“ bezeichnete Marx die „Menge von Arbeitern und Arbeiterinnen, die bereit (bzw. gezwungen) sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, aber keinen Käufer finden“: Heinrich, Kritik der politischen Ökonomie (wie Anm. 147), S. 125. Als solche drücken sie nicht nur auf den Lohn der Beschäftigten, sondern stellen auch „eine ‚Reserve‘ für sprunghafte Ausdehnungen der Akkumulation dar“: Ebd., S. 127.

<sup>158</sup> Hodann, Über Notwendigkeit und Aussichten der Eheberatung (wie Anm. 156), S. 207.

führungen Hodanns „Leitsätze zur Ausübung der sog. Eheberatung“ erarbeitete.

In den „Leitsätzen“ – die „im wesentlichen die Grundgedanken“ des Vortrags enthielten<sup>159</sup> – wird die im Erlass erhobene eugenische Forderung, die Beratung und Prüfung habe sich auf die Frage zu konzentrieren, „ob und inwieweit bei der Ehe sowie bei der Erzeugung und Aufzucht, etwa vom Standpunkte der Vererbungslehre, gewisse Gefahren drohen“,<sup>160</sup> als realitätsfern kritisiert, da die meisten Klienten erst „nach Aufnahme geschlechtlicher Verbindungen die Beratung in Anspruch“ nähmen. „Die Realisierbarkeit“ sei daher auf „eine Einbeziehung der Fragen der Fortpflanzungsbiologie und Eugenetik in den Lehrplan der Schulen und Fortbildungsschulen“ angewiesen:

Erst wenn die notwendige Kenntnis von der Bedeutung der Vererbungslehre für die Praxis der Fortpflanzung in weitere Kreise gedrungen ist, besteht eine gewisse Aussicht, daß der ärztliche Eheberater nicht vor vollendete Tatsachen gestellt wird, sondern eine eugenetisch bestimmte Beratung vollziehen kann und vielleicht auch auf Befolgung der Ratschläge wird rechnen dürfen.<sup>161</sup>

Für Hodann kam diesem „aufklärerischen“ Motiv nicht zuletzt deshalb eine so große Bedeutung zu, da die entsprechenden Kenntnisse gerade bei den „Bevölkerungsschichten“ am wenigsten vorausgesetzt werden könnten, deren Fortpflanzung im bevölkerungspolitischen Interesse am wenigsten wünschenswert sei; umso dringlicher sei daher, zumal in „eugenisch ungünstig liegenden Fällen“,<sup>162</sup> die Verhütungsberatung. „Sowohl aus eugenetischen Gründen [...] wie aus wirtschaftlich-bevölkerungspolitischen“, heißt es dementsprechend in den „Leitsätzen“, sei „eine Einbeziehung der Präventivberatung in das

---

<sup>159</sup> Max Hodann, Leitsätze zur Ausübung der sog. Eheberatung, in: Der sozialistische Arzt, 3 (1927), 4, S. 12–16, hier S. 12.

<sup>160</sup> Zit. nach Hodann, Über Notwendigkeit und Aussichten der Eheberatung (wie Anm. 156), S. 205.

<sup>161</sup> Hodann, Leitsätze (wie Anm. 159), S. 12.

<sup>162</sup> Ebd.

Fürsorgebereich der Eheberatung [...] zu fördern“.<sup>163</sup> Diese eugenischen und „wirtschaftlich-bevölkerungspolitischen“ Gründe standen auch im Hintergrund der „neomalthusianischen“ Forderungen Hodanns, die ihrerseits mit seinen „erb-aristokratischen“ Vorstellungen vermittelt waren. So erläuterte er 1928 in einem Vortrag:

Wir alle wissen, daß der „Geburtenrückgang“ bei den besitzenden Schichten begonnen hat und sich von da aus in der sozialen Pyramide ständig nach unten hin ausgebreitet hat. Zweifellos aber haben gerade die sozialen Untervarianten, Familienstämme mit ausgesprochen minderwertigem Erbmaterial, bisher am wenigsten von dieser Entwicklung zu spüren bekommen. [...] Wer weiß, welche Belastung der Öffentlichkeit die Untervarianten der Gesellschaft bedeuten, wird ein erhebliches Interesse darin erkennen, durch Geburtenregelung einen gewissen Zahlenausgleich herbeizuführen [...].<sup>164</sup>

Hodann hielt diesen Vortrag im Rahmen eines Ärztekurses, den das 1928 gebildete „Komitee für Geburtenregelung“ im Dezember des Jahres abhielt. Mitglieder des Komitees waren, außer Hodann, die kommunistischen VSÄ-Mitglieder Richard Schmincke und Martha Ruben-Wolf, der sozialdemokratische Chefarzt der Ambulatorien der Berliner Krankenkassen Kurt Bendix (1880–1942) sowie die Frauenrechtlerin und Sozialdemokratin Helene Stöcker (1869–1943). Stöcker hatte 1905 den *Bund für Mutterschutz und Sexualreform* mitbegründet, in dem sich Hodann ebenfalls engagierte und der ab 1924 – bis dahin war die Beratungsstelle am Hirschfeld-Institut „konkurrenzlos geblieben“ – eigene Sexualberatungsstellen eröffnet hatte.<sup>165</sup> Das „Komitee für Geburtenregelung“, das seinerseits 1928 eine Beratungsstelle in Berlin-Neukölln einrichtete, formulierte Grundsätze zu einer „vernünftigen Geburtenregelung“, nach denen Schwangerschafts-

<sup>163</sup> Ebd., S. 13.

<sup>164</sup> Max Hodann, Gesundheitliche und gesellschaftliche Voraussetzungen der Geburtenregelung, in: Geburtenregelung. Vorträge und Verhandlungen des Ärztekurses vom 28.–30. Dezember 1928, hg. im Auftrage des Komitees für Geburtenregelung von Dr. Kurt Bendix, Berlin 1929, S. 25–29, hier S. 28.

<sup>165</sup> von Soden, Sexualberatungsstellen (wie Anm. 152), S. 64.

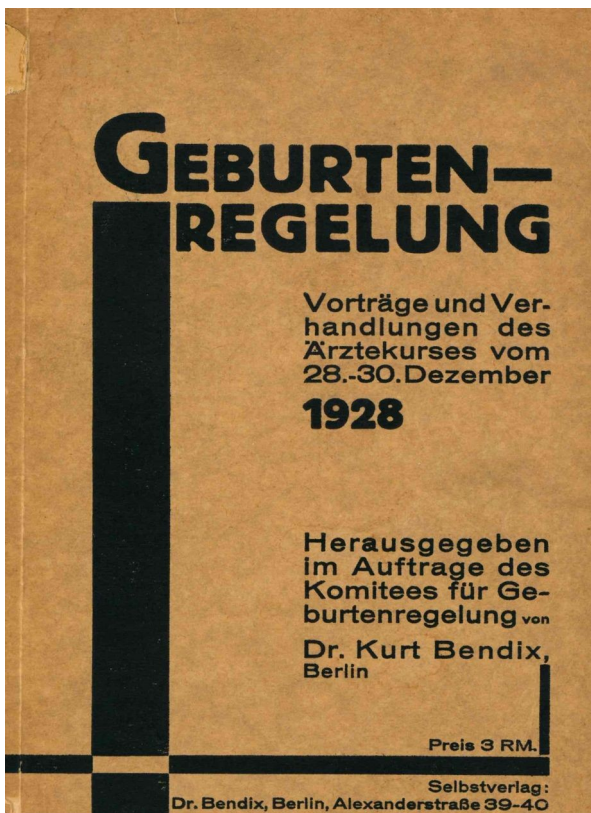


Abb. 3: Quelle: Sammlung S. Duckheim

verhütung aus medizinischen und sozialen Gesichtspunkten notwendig sei; darüber hinaus müssten „selbstverständlich eugenische Gründe als maßgebend für die Verhütung mutmaßlich minderwertigen Nachwuchses in Betracht kommen“.<sup>166</sup>

In direktem Zusammenhang mit der Sexualberatung stand der Kampf gegen das Abtreibungsverbot nach § 218 des Reichsstrafgesetzbuches (RStGB), der einen der Schwerpunkte der VSÄ-Aktivitäten

<sup>166</sup> N.N., Geburtenregelung, in: Der sozialistische Arzt, 4 (1928), 1–2, S. 34.

darstellte; auch an diesen war Hodann maßgeblich beteiligt.<sup>167</sup> Wie stets betonte, gehe es keineswegs darum, „die Unterbrechung der Schwangerschaft zu propagieren“, sondern in erster Linie darum, „die katastrophalen Folgen zu vermeiden, die der Paragraph anrichtet, indem er zwar nicht die Abtreibungen verhindert, wohl aber die Frauen der Puscherei und damit in vielen Fällen dem Tod in die Arme treibt“.<sup>168</sup> Dieses auf die individuelle Gesundheit der Frauen gerichtete Motiv war jedoch wiederum nicht frei von Bezugnahmen auf die ökonomischen und gesundheitlichen Interessen der Allgemeinheit, würden doch die vielen auf „verpöschte Abtreibungen“ zurückgehenden „langwierigen ‚Unterleibsleiden‘“ der Frauen zugleich „ein Maß von Verschwendung mütterlicher und volkswirtschaftlicher Kraft“ darstellen, „die jeden, der davon hört, zur Besinnung bringen sollte“.<sup>169</sup>

Entsprechend der Selbstverständlichkeit, mit der eugenische Gründe als „maßgebend“ für die „Verhütung mutmaßlich minderwertigen Nachwuchses“ ins Feld geführt wurden, wurde, so etwa im Rahmen des Ärztekursus, auch die Relevanz der „eugenischen Indikation“ bei Schwangerschaftsunterbrechungen erörtert. Hodann selbst betonte in seinem Vortrag, er brauche „substantiell nicht auf die einzelnen Vererbungstatbestände einzugehen, die hier“ – als Indikation – „in Frage kommen“. Indessen sei es aber auch wichtig,

darauf hinzuweisen, daß einmal die Kenntnis vererbungstheoretisch erforschbarer Zusammenhänge noch sehr in den Kinderschuhen steckt, dann aber selbst für den Fall, daß Befürchtungen betreffs der Qualität der Nachkommen die Ausschließung einer Schwängerung geboten erscheinen lassen, die Sterilisierung bei relativ jungen Frauen gelegentlich von [...] schweren psychischen Traumen begleitet ist [...].<sup>170</sup>

<sup>167</sup> 1926 kam es zu einer geringfügigen Gesetzesnovelle des 1871 im StGB des Deutschen Reiches verankerten § 218: Eine von der Schwangeren selbst oder mit ihrer Zustimmung vorgenommene Abtreibung galt nun nicht mehr als „Verbrechen“, sondern als „Vergehen“, das fortan „nur“ noch mit Gefängnisstrafe statt mit bis zu fünf Jahren Zuchthaus geahndet wurde. 1927 wurde der § 218 so reformiert, dass die „medizinische Indikation“ legalisiert wurde.

<sup>168</sup> Hodann, *Sexualnot* (wie Anm. 89), S. 43.

<sup>169</sup> Hodann, *Der gegenwärtige Stand* (wie Anm. 155), S. 1079.

<sup>170</sup> Hodann, *Gesundheitliche und gesellschaftliche Voraussetzungen* (wie Anm. 164), S. 26.

Angesichts dieser Vorbehalte würden „geburtenregelnde Mittel als das ärztlich einwandfreiere Mittel erscheinen“, <sup>171</sup> zumal die „ärztliche Präventivberatung“, wie es in den „Leitsätzen“ heißt, das „einzige Mittel“ sei, „dem unter der Wirtschaftsnot ständigen Ansteigen der Abtreibungsziffern vorzubeugen“. <sup>172</sup> Für Hodann stand außer Frage, dass die Geburtenregelung eine „ärztlich geleitete“ sein müsse. „Andernfalls“, erläuterte er, würde

uns jede vernünftige Geburtenregelung aus der Hand gleiten. Beachten Sie, daß heute schon umfangreiche Laienbünde bestehen, die das Problem der Geburtenregelung für ihre Mitglieder zu lösen in die Hand genommen haben, allerdings meistens der ärztlichen Beratung entbehren [...]. Die besonnenen Leiter solcher Verbände aber sehnen sich nach nichts mehr als nach der Kollektivarbeit mit aufgeklärten, sozial einsichtsvollen Ärzten, ohne die [...] das Problem gar nicht zu lösen ist. Beachten Sie bitte diese Entwicklung und nehmen Sie sich dieser Laienverbände beratender- und helfenderweise an: Es kann nur zum Nutzen der Bevölkerung sein. <sup>173</sup>

Hodann bezog sich damit auf aktuelle Entwicklungen in der Sexualreformbewegung: Kurz zuvor, im Sommer 1928, hatte sich der *Reichsverband für Geburtenregelung und Sexualhygiene* (RVfG) gegründet, ein Zusammenschluss verschiedener sexualreformerischer Laienverbände. Laut von Soden zählte der RVfG zunächst 12.000 Mitglieder und wuchs später auf über 20.000 Mitglieder an. „Mit 230 Ortsgruppen, von denen fast jede mindestens eine Beratungsstelle hatte, und 32 Schutzmittelstellen, wurde der R.V. in den 30er Jahren zum bedeutendsten Sexualreformverband.“ <sup>174</sup> Durch die Kontakte

---

<sup>171</sup> Ebd.

<sup>172</sup> Hodann, Leitsätze (wie Anm. 159), S. 14. Nach § 184 des StGB – dem sogenannten Unzuchtparagraphen – war die Verbreitung und Propagierung von Präventivmitteln seit 1900 unter Strafe gestellt. Eine Ausnahme bildete lediglich die rein medizinische Aufklärung.

<sup>173</sup> Hodann, Gesundheitliche und gesellschaftliche Voraussetzungen (wie Anm. 164), S. 27 f.

<sup>174</sup> von Soden, Sexualberatungsstellen (wie Anm. 152) S. 86. Wie Hartmut Rübner konstatiert, stieg „[d]ie Zahl der Ortsgruppen [...] stetig an. 1928 existierten 136 Ortsgruppen und 7.900 Mitglieder, 1930 wurden 15.526 Mitglieder in 192 Ortsgruppen gezählt, und im Frühjahr 1933 – kurz vor Ende der Organisation – existierten etwa 230 autorisierte Beratungsstellen des



zum VSÄ, insbesondere aber durch die Mitarbeit von Theilhabers GESEX konnte der Verband, „dem vornehmlich Neomalthusianer und Sozialisten“ angehörten,<sup>175</sup> von der Unterstützung durch zahlreiche linksgerichtete Ärzte und Sexualwissenschaftler profitieren.<sup>176</sup> Dabei war der RVfG aber stets auf seine Unabhängigkeit als Laienorganisation bedacht: Seine föderalistische und dezentrale Gliederung war an anarchosyndikalistische Organisationsstrukturen angelehnt und sollte den regionalen Gruppen größtmögliche Autonomie gewähren.<sup>177</sup> Seinem Selbstverständnis nach der Arbeiterklasse verpflichtet, vermied der RVfG – ähnlich wie der VSÄ – eine parteiliche Angliederung, um möglichst wenig von den Auseinandersetzungen innerhalb der Linken affiziert zu werden.<sup>178</sup> Diese Struktur stimmte in vielerlei Hinsicht mit Hodanns Vorstellungen von politischer Organisation überein, zumal er im RVfG eine Funktion ausüben konnte, die seinem politischen Selbstbild weitgehend entsprach. Aufgrund seiner „doppelten Autorität“ als Arzt und als prominenter, die Nähe der Bevölkerung suchende Aktivist der Arbeiterklasse war seine Mitarbeit in der RVfG sehr gefragt,<sup>179</sup> insbesondere als Redner bei den – stark frequentierten – Vortrags- und Versammlungsabenden, die die verschiedenen Verbandsgruppen regelmäßig organisierten. Zudem war Hodann ständiges Redaktionsmitglied der verbandseigenen Zeitschrift *Sexual-Hygiene*, „die von über 15.000 Abonnenten bezogen

RVfG“. Hartmut Rübner, *Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus* (= Archiv für Sozial- und Kulturgeschichte, Bd. 5), Berlin / Köln 1994, S. 228.

<sup>175</sup> von Soden, *Sexualberatungsstellen* (wie Anm. 152), S. 87.

<sup>176</sup> Atina Grossmann, *Reforming Sex. The German Movement for Birth Control & Abortion Reform, 1920–1950*, New York / Oxford 1995, S. 20.

<sup>177</sup> Rübner, *Freiheit* (wie Anm. 174), S. 227.

<sup>178</sup> Grossmann, *Reforming Sex* (wie Anm. 176), S. 20.

<sup>179</sup> Ebd., S. 29.

# SEXUAL - HYGIENE

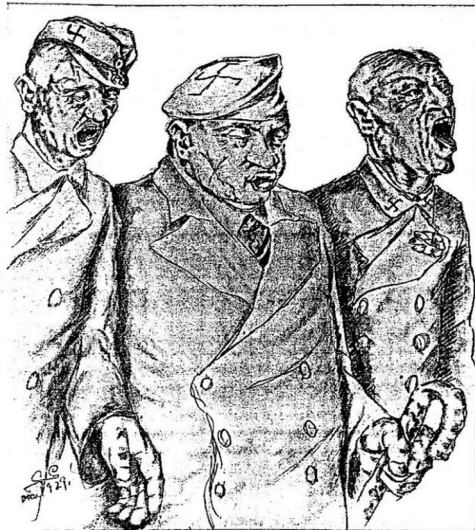
Offizielles Organ des Reichsverbandes für Geburtenregelung und Sexualhygiene

4. Jahrgang

Nr. 9 September 1932

Ständige Redaktionsmitglieder: Für Medizinisches: Stadtkr. Dr. med. Max Hedann; für Juristisches: Rechtsanwältin Hens Jäckel; für Volkswirtschaftliches: Dipl.-Volkswirt Dr. rer. pol. Walter Pohl, sämtliche in Berlin. — Haupt-Schriftleiter: Wilhelm Schöffler, Berlin N. 88, Stargarder Str. 32. Verlag: Reichsverband f. Geburtenregelung u. Sexualhygiene e.V., Sitz Berlin. Erscheint monatlich einmal. — Bezugspreis jährlich 3 Reichsmark, Ausland 4 Reichsmark, Einzelheft 0,30 Reichsmark. — Anzeigenpreise lt. Tarif. — Beilagen nach Vereinbarung.

## Die Rasseverbesserer des Dritten Reiches



Nach einem Original  
von G. Gruetz

Ein Dummkopf bleibt ein Dummkopf nur  
für sich, in Feld und Haus,  
doch wie du ihn zu Einfluss bringst,  
So wird ein Schurke drauss. (Grillparzer)

Sammlung Schöffler

Abb. 4. Quelle: Sammlung H. Rübner

wurde<sup>180</sup>. Darin hatte er eine eigene Ratgeberkolumne, in der er das Sexualleben betreffende Anfragen aus dem Leserkreis beantwortete.

<sup>180</sup> Lutz Sauerteig, Krankheit, Sexualität und Gesellschaft. Geschlechtskrankheiten und Gesundheitspolitik in Deutschland im 19. und frühen 20. Jahrhundert (= Medizin, Gesellschaft und Geschichte. Jahrbuch des Instituts für Geschichte der Medizin der Robert Bosch Stiftung, Bd. 12), Stuttgart 1999, S. 243.

Auf diese Weise boten sich Hodann gerade auf dem Gebiet der Sexualberatung, seinem Haupttätigkeitsfeld, vielfältige Möglichkeiten der „gesundheitlichen Volksbelehrung“, wie er sie in einem Text von 1925 skizziert hatte. Demnach sei es notwendig, „daß der sozialhygienische Popularisator und Erzieher der Massen die *Lebensbedingungen der Massen kennt*“ [im Original gesperrt] und dass er sich „nicht über diese Masse erhaben glaubt“, sondern „als Kamerad und helfender Freund in die Masse taucht und ihr Berater wird“. <sup>181</sup> Dabei müsse ihm stets bewusst sein, dass „die Masse [...] nur in sehr geringem Grade fähig zu abstrahieren“ sei, dass man „[p]raktisch genommen [...] Abstraktionsfähigkeit überhaupt nicht voraussetzen“ solle – und dass es daher Aufgabe der zur Abstraktion und damit zur Vernunftfeindsicht fähigen ärztlichen „Führerpersönlichkeiten“ sei, die „Masse“ zu „vernünftiger Geburtenregelung“ zu erziehen. <sup>182</sup>

Für Hodann war die Frage der „Sexualnot“, die seiner Überzeugung nach vor allem aus der weithin bestehenden Unkenntnis in sexuellen Dingen resultierte, eine genuin politische Frage. Neben dem Kampf „für eine Gleichberechtigung der Geschlechter“ – die die Voraussetzung dafür sei, „der wahrhaft durch Natur bedingten Differenzierung der Geschlechter die Bahn frei“ zu machen <sup>183</sup> – sowie dem Kampf gegen den § 218, müsse „alle Kraft der Propaganda vernünftiger Geburtenregelung“ gelten. <sup>184</sup> Diese Propaganda sollte schließlich auch die Bevölkerung veranlassen, durch „Druck auf ihre Kommunalbehörden“ die Einrichtung von öffentlichen Sexualberatungsstellen zu forcieren, „in denen die Frauen mit Verhütungsmitteln kostenlos auf Grund eingehender Untersuchung und Beratung versorgt werden können“. Ein solcher öffentlicher Druck sei nicht zuletzt aufgrund des Widerstandes der Ärzte notwendig, die sich, „trotz ihrer gegenteiligen

<sup>181</sup> Max Hodann, *Aus der Praxis der gesundheitlichen Volksbelehrung* (1925), in: ders., *Sexualpädagogik* (wie Anm. 78), S. 97–101, hier S. 100.

<sup>182</sup> Ebd., S. 98.

<sup>183</sup> Max Hodann, *Geschlecht und Beruf*. Vortrag gehalten im Institut für Sexualwissenschaft am 12. Mai 1926, in: ders., *Sexualpädagogik* (wie Anm. 78), S. 185–195, hier S. 195.

<sup>184</sup> Hodann, *Sexualnot* (wie Anm. 89), S. 43.

*Theorie*, gemeinhin gegen jede Einrichtung öffentlicher Gesundheitspflege“ wehren würden, „weil ihnen dadurch der Kreis der Privatpatienten beschnitten zu werden droht“.<sup>185</sup>

Im Hintergrund all dieser politischen Forderungen, die Hodann mit der Sexualberatung verband, stand eine – die gesamte Menschheit betreffende – „kulturelle Frage“: „So wichtig und unabweislich die sozialen Verpflichtungen des Sexualberaters im Hinblick auf sexualpsychologische Hilfe und Geburtenregelung sind“, bemerkte Hodann in der Einleitung zur zweiten Auflage der *Elternhygiene* von 1928, dürfe man „nicht übersehen, daß in der Propagierung eugenischer Gesichtspunkte eine kulturelle Aufgabe von hoher Bedeutung liegt“<sup>186</sup>, eine Aufgabe, die in Hodanns Theorie – darin dem Sozialdarwinismus seiner Zeit verhaftet, von dem er sich aber zugleich zu distanzieren suchte – dem Zweck der menschlichen Höherentwicklung unterstellt war.

Der Ausgangspunkt der gesundheitspolitischen Vorstellungen Hodanns war, wie er immer wieder hervorhob, das Motiv der Vereinheitlichung von Beratung und Behandlung. In der Überzeugung, dass, wie oben zitiert, „bei hinreichender Beachtung solcher Vereinheitlichungsmöglichkeiten mancher im *Interesse der Bevölkerung* [Hervorhebung des Verf.] gebessert werden könnte“, mussten dementsprechende Reformen für ihn am Anfang einer Entwicklung stehen, die schließlich in die Sozialisierung des gesamten Heilwesens münden müsse. Denn erst diese würde die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich ein einheitlicher, vom Konkurrenzprinzip befreiter und dem „Geiste des Fortschritts“ verpflichteter Ärztestand uneingeschränkt der ihm zukommenden Aufgabe der gesundheitlichen „Verbesserung“ der gesamten Bevölkerung widmen und damit jene Höherentwicklung gewährleisten könne.

---

<sup>185</sup> Ebd., S. 43 f.

<sup>186</sup> Hodann, *Elternhygiene* (wie Anm. 73), S. 9.

## Schluss

Die Vielfältigkeit der Positionen, von der die Geschichte der deutschen sozialistischen Bewegung bis 1933 geprägt war und die spätestens mit dem Ende des Ersten Weltkriegs zu tiefen Spaltungen führte, ließ, gleichsam naturgemäß, auch die Entwicklung der linken Sozialhygiene in Deutschland keineswegs unberührt. Einer ihrer prominentesten Vertreter war in den 1920er Jahren Max Hodann, dessen politische Sozialisation aufgrund verschiedener prägender Einflüsse von jener Mannigfaltigkeit unmittelbar affiziert war und der zugleich zeit seines politischen Lebens für die Überwindung der sozialistischen „Zersplitterung“ eintrat.

Ausgehend von der – im Ansatz sehr berechtigten – Kritik am 1891 im Erfurter Programm der SPD festgeschriebenen Geschichtsdeterminismus entwickelte Hodann im Gefolge Leonard Nelsons eine wissenschaftspolitische Anschauung, die durch eine Dialektik von Egalitarismus und Elitarismus charakterisiert war – eine Dialektik, die insbesondere im Motiv der „Führererziehung“ zum Ausdruck kam und die sich auch auf seine sozialhygienischen und gesundheitspolitischen Vorstellungen auswirkte. Entscheidend war dabei die Nelsonsche Konzeption einer „wissenschaftlichen Ethik“, die auf der Überzeugung beruhte, dass es objektive und verbindliche ethische Grundsätze jenseits der bestehenden ideologischen Anschauungen geben könne. Zwar seien diese „sittlichen Ideale“ der menschlichen Natur und damit prinzipiell *allen* Menschen gegeben, allerdings gelänge es nur einigen Wenigen, die Fähigkeit zu entwickeln, die Ideale auch zur „Vernunftseinsicht“ zu erheben und ihr Denken und Handeln an ihnen auszurichten. Diese Wenigen hätten demnach das Recht und die Pflicht, die „Massen“ gemäß den „wissenschaftlich-ethischen“ Idealen anzuleiten und schließlich die Revolution herbeizuführen. Die in diesem Kontext erhobene Kritik am Denken in Naturgesetzmäßigkeiten des „wissenschaftlichen Marxismus“ beruhte letztlich selbst auf der Annahme eines unhintergehbaren Naturgesetzes, nämlich, wie es

bei Nelson heißt, der „Tatsache, daß überall im Leben die stärkere Macht den Ausschlag“ gebe.

Dieses Motiv war auch wesentlich für Hodanns ambivalente Haltung gegenüber dem Sozialdarwinismus. Einerseits kritisierte er die Propagierung des „Auslese“-Prinzips für die „Höherentwicklung der Gattung“, andererseits stellte er diesen evolutionistischen Zweck selbst nicht infrage. In der Konsequenz vertrat er seinerseits sozialdarwinistische Motive, die er allerdings nicht als solche betrachtete. Der „Kampf ums Dasein“ etwa war auch für ihn ein basales Prinzip menschlichen Zusammenlebens, dem mit einer konsequenten Ausrichtung auf antidemokratisches politisches Handeln Rechnung getragen werden müsse. Der in diesem Zusammenhang von Hodann betonten Ablehnung rassistischer und nationalistischer Positionen der völkischen Rassenhygiene stand seine Unterteilung der Menschen in „tüchtige und untüchtige“, „kluge und dumme“, „begabte und unbegabte“, „Bildungsproletarier und Lumpenproletarier“ und letztlich „höherwertige und minderwertige“ gegenüber, die ihren extremen Ausdruck in seinen eugenischen Vorstellungen fand. Diese resultierten aus einer Art Dialektik der (Gesundheits-)Aufklärung: So wie der Einfluss der Aufklärung auf die „Masse“ durch den Mangel an Willenskraft begrenzt werde und daher um Erziehung ergänzt werden müsse, so bedürfe die „Erziehungsarbeit“ der unbedingten Berücksichtigung erb- und konstitutionsbiologischer Faktoren sowie entsprechender eugenischer Maßnahmen. Diese mussten für Hodann die Grundlage bilden, auf der allein Aufklärung und Erziehung effektiv durchführbar wären.

Auch die von ihm gemeinsam mit seinen ärztlichen Genossen und Genossinnen im VSÄ vertretene Idee der „Sozialisierung des Heilwesens“ war von weitreichenden Ambivalenzen geprägt. Die auf das Erfurter Programm zurückgehende Forderung nach „Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung“, die Betonung des Rechts aller Menschen auf gesundheitliche Versorgung sowie das Bedürfnis, der schwer leidenden Bevölkerung in ihrem Elend beizustehen, gingen einher mit einem übergreifenden ärztlichen Machtanspruch – nicht zuletzt zur

Durchsetzung sozialdisziplinierender Maßnahmen. Die im Kontext einer *Déformation professionnelle* zu interpretierende Überzeugung, nach der den Ärzten im Sinne einer „sozialhygienischen Erziehung“ der Bevölkerung eine entscheidende Funktion für die gesellschaftliche Entwicklung zukommen müsse – und die bei Hodann durch das Motiv der „Führererziehung“ eine übergeordnete ideologische Rechtfertigung erfuhr –, war auch für den VSÄ insgesamt von Bedeutung.

Während weite Teile der bürgerlich-konservativen Ärzteschaft der Weimarer Republik durch die Bestrebungen in Richtung einer „Sozialisierung“ bzw. „Verstaatlichung des Gesundheitswesens“ ihre freie Berufsausübung und ihren – aus historischer Perspektive gerade erst gewonnenen – gesellschaftlichen Status bedroht sahen,<sup>187</sup> verbanden viele sozialistische Ärzte mit ihr die Hoffnung, dass diese ihnen die Stellung im gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang gewährleisten würde, die ihnen im Interesse der „Volksgesundheit“ gebühre.<sup>188</sup>

Dabei blieben sie, insofern sie die zukünftige sozialistische Gesellschaft und deren „Organisationsstruktur“ als mit wissenschaftlich-technizistischen Mitteln zu realisierende betrachteten, weithin im Bannkreis der instrumentellen Naturbeherrschung befangen, ohne deren Überwindung eine emanzipierte Gesellschaft nicht zu denken ist. Dies zeigt sich zumal in der Übernahme von bürgerlich-kapitalistisch geprägten ökonomischen Kategorien, die „sozialistisch“ uminterpretiert

<sup>187</sup> Vgl. hierzu etwa Claudia Huerkamp, *Der Aufstieg der Ärzte im 19. Jahrhundert. Vom gelehrten Stand zum professionellen Experten: Das Beispiel Preußens* (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 68), Göttingen 1985; Gabriele Moser, *Ärzte, Gesundheitswesen und Wohlfahrtsstaat. Zur Sozialgeschichte des ärztlichen Berufsstandes in Kaiserreich und Weimarer Republik*, Freiburg 2011.

<sup>188</sup> Zwar wurden, wie Christine Böttcher konstatiert, „Forderungen nach Verstaatlichung der ärztlichen Tätigkeit nicht nur von Sozialisten gestellt, sondern gingen auch auf die Zeit der Medizinalreformbewegung zurück und erlebten am Ende des 19. Jahrhunderts im Zuge von Industrialisierung und der Einführung der Sozialversicherungen [...] eine Renaissance. Allerdings wurde von bürgerlichen Ärzten unter Sozialisierung der ärztlichen Tätigkeit im Allgemeinen nur Verbeamtung der Ärzteschaft verstanden, während Sozialisten mit ihren Sozialisationsforderungen die Grundlage einer anderen Gesellschaftsordnung schaffen wollten“. Christine Böttcher, *Das Bild der sowjetischen Medizin in der ärztlichen Publizistik und Wissenschaftspolitik der Weimarer Republik*, Pfaffenweiler 1998, S. 234 f. Vgl. hierzu auch Moser, *Ärzte* (wie Anm. 187), S. 43 ff.

wurden, anstatt sie *grundsätzlich* infrage zu stellen. Wenn Hodann schließlich explizit Sterilisierungs- und Verwahrungsgesetze – denen gegenüber er unter „klassenmedizinischen“ Gesichtspunkten immerhin „schwere Bedenken“ äußerte – in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft für angebracht hielt, um diese „vor der Belastung durch minderwertige Nachkommen zu schützen“, so ist dies als Ausdruck einer Weltanschauung zu betrachten, die einem Sozialismus, der irgend als emanzipatorisch bezeichnet werden kann, grundsätzlich entgegensteht.



---

*Hartmut Rübner*

## **Kommunistische Bewegung in der Weimarer Republik und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Neuere Untersuchungen und Forschungsschwerpunkte. Erster Teil\***

Für das Scheitern der Arbeiter/innenbewegung vor dem „Dritten Reich“ und die Errichtung des NS-Regimes ist von namhaften Historikern explizit der parteiförmige Kommunismus verantwortlich gemacht worden. Hans-Ulrich Wehler etwa konstatierte eine „unerschütterliche Borniertheit“ der KPD, die „auf ihre Weise“ zur Zerstörung der ersten deutschen Republik beigetragen habe.<sup>1</sup> Bei der einseitigen Schuldzuweisung an die Adresse der radikalen Linken sollte aber nicht die Gesamtperspektive aus dem Blick geraten. Was die Sozialdemokratie und die ihr verbundenen Gewerkschaften angeht, wird die Verantwortung für die ausbleibende Abwehr des Nazismus gewöhnlich deren Basis zugeschoben. Die Massenerwerbslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise und die damit einhergehenden miserablen Lebensbedingungen hätten das gemäßigt linke Lager nachhaltig demoralisiert. Deshalb seien dessen Anhänger/innen – ungeachtet der fortschreitenden Aushöhlung der Demokratie – in Passivität und Apathie verfallen.<sup>2</sup> Tatsächlich waren in Anbetracht der aufziehenden Diktatur weder die Spitzen der SPD noch

---

\* Teil 2 des Forschungsberichts wird in Heft 36 der Sozial.Geschichte Online (erscheint im Herbst 2023) veröffentlicht werden.

<sup>1</sup> Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003, S. 541. Inwieweit diese seit 1930/31 noch formaldemokratischen Ansprüchen genüge, ist eine ganz andere Frage. Seitdem der V. und VI. Reichstag am 4.6.1932 bzw. am 12.9.1932 jeweils aufgelöst worden war, existierte faktisch kein funktionierendes Parlament mehr.

<sup>2</sup> So z. B. Heinrich August Winkler, *Requiem für eine Republik*. Zum Problem der Verantwortung für das Scheitern der ersten deutschen Demokratie, in: Peter Steinbach / Johannes Tuchel (Hg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Berlin 1994, S. 54–67, hier S. 62.

jene der ihnen nahestehenden Gewerkschaften erkennbar darum bemüht, den ihnen gemeinsamen Imperativ des Legalismus, ihre Tolerierungspolitik sowie ihr „statisches Integrationsdenken zu überwinden“.<sup>3</sup> Weil Letzteres ebenfalls nicht selten für die Geschichtswissenschaft zutrifft, sollen im Folgenden aber nicht einmal mehr die jeweiligen historischen Schuldanteile der Akteure gegeneinander aufgerechnet werden. Es geht vielmehr um eine Bestandsaufnahme der Forschung zum Thema, wobei die unterschiedlichen Methodenzugänge – Totalitarismustheorie, Politikwissenschaft, Zeithistorie und Sozial- und Kulturgeschichte – reflektiert und hinsichtlich ihres Erklärungspotenzials ausgelotet werden sollen. In Anbetracht der Fülle an Publikationen können dabei nur wesentliche Schneisen gezogen werden. Daher sind Auslassungen und Lücken im Hinblick auf die Sekundärliteratur kaum zu vermeiden. Doch selbst in der Beschränkung auf das Grundlegende zeigt sich, dass innovative Ansätze in der jüngsten Zeit nicht mehr weitergeführt worden sind und die Fachdiskussion nach wie vor einem Lagerdenken verhaftet bleibt.

## **Totaler Kommunismus?**

Es ist nicht zu übersehen: Seit dem letzten Veröffentlichungsschub in den 1990er Jahren füllen die wissenschaftlichen Publikationen zum Kommunismus in Deutschland einige Regalmeter. Bis zum Ende des Systemkonflikts 1989/90 hatte die Geschichts- und Politikwissenschaft in West und Ost in der Regel entweder Gegnerforschung oder Herrschaftslegitimation betrieben. Obschon die überkommenen Konfliktlinien seit dem Mauerfall realgeschichtlich überwunden schienen, war doch weiterhin eine Tendenz hin zu normativen Deutungsmustern wahrnehmbar, die im weitesten Sinne auf eine Renaissance der Totalitarismustheorie hinauslief. Auch wurde vor einer kommunistischen Kon-

---

<sup>3</sup> Karl Heinz Roth, *Der Untergang der freien Gewerkschaften 1933*, in: Arno Klönne / ders. (Hg.), *Fluchtpunkte. Das soziale Gedächtnis der Arbeiterbewegung*, Hamburg 2003, S. 273–279, hier S. 276; auch Timothy Mason, *Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft*, 2. Aufl., Opladen 1978, S. 96 f.

taminierung der „SED-Nachfolgepartei“ durch deren diktatorische Herkunftsbezüge und Traditionsbestände gewarnt.<sup>4</sup> Im Nachgang der ideologischen Grabenkämpfe des Kalten Kriegs sah sich eine renommierte Riege unter den westdeutschen Historiker/innen schlechterdings außerstande, ihre gängigen Feindprojektionen aufzugeben. Abermals in den Jargon der ideologischen Gegnerforschung verfiel Hans-Ulrich Wehler, als er im Duktus offenbar unbefriedigter Rachegefühle mit dem Verweis auf den „kommunistischen Linkstotalitarismus“ die wohl rhetorisch gemeinte Frage stellte: „Warum bloß hat die erste deutsche Republik diesen fundamentalistischen Todfeind nicht mit allen verfügbaren Mitteln auszuschalten versucht?“<sup>5</sup> – gerade so, als sei die Eliminierung seiner Anhänger/innen seinerzeit nicht auf denkbar rigorose Weise exekutiert worden.<sup>6</sup>

Andreas Wirsching zufolge befand sich die Weimarer Republik zeit ihrer Existenz in einem Zustand „totalitäre[r] Spannung“, die dem „bürgerlichen Sekuritätsbedürfnis“ zuwiderlief. Darauf hätten die „bürgerlich mittelständischen Milieus“ 1918/19 unter Einsatz des „genuin bürgerlichen Notwehr- und Ordnungskonzeptes“ der „wehrhaften Demokratie“ reagiert. „Wehrhafte Demokratie“ sei gegen die „links-extreme[n] Gewaltpolitiker“ (hauptsächlich jene der KPD) auch konsequent „durch die staatlichen Organe umgesetzt worden“.<sup>7</sup> Einmal mehr plädiert Wirsching für „eine strikt totalitarismustheoretische

<sup>4</sup> Sigrid Koch-Baumgarten, Eine Wende in der Geschichtsschreibung zur KPD in der Weimarer Republik?, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (im Folgenden: IWK), 34 (1998), S. 82–89, hier S. 89; Dieter Nelles, Neuere Studien zur Geschichte des deutschen und internationalen Kommunismus, in: Sozialwissenschaftliche Literaturrundschau, 30 (2007), 1 [54], S. 47–54, hier S. 48.

<sup>5</sup> Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 4 (wie Anm. 1), S. 538 u. S. 909.

<sup>6</sup> Explizit dazu: Mark Jones, Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin 2017; Dietmar Lange, Massenstreik und Schießbefehl. Generalstreik und Märzkämpfe in Berlin 1919, Berlin 2012.

<sup>7</sup> Andreas Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd. 40), München 1999, S. 616. Dass dies und wie dies geschah, dürfte zu diesem Zeitpunkt der Forschung allenthalben bekannt gewesen sein. Im Zusammenhang der Niederschlagung der Rätebewegung wurden die Umstände unlängst noch einmal in allen Details dargestellt. Dazu die Hinweise in Anm. 6.

Perspektive, die zwar die Interdependenz und partielle innere Verwandtschaft zwischen Kommunismus und Faschismus bzw. Nationalsozialismus aufweist, zugleich aber auch ihre feindliche Äquidistanz zur liberalen Demokratie betont“.<sup>8</sup> Denn die Forschung habe „das autochthone antidemokratische Gewaltpotential der Kommunisten“ völlig unterschätzt. Der „antifaschistische[.] Verteidigungsreflex“ der Akteure sei mehr Legende als historische Realität. Aber deshalb gleich „die Gewalt der SA als notwehrhafte Gegenreaktion gegen kommunistischen Terror“ zu interpretieren, erscheint Wirsching dann doch zu kurzschlüssig.<sup>9</sup>

Zu einem ganz anderen Schluss kommt eine vergleichende Untersuchung über die politische Gewalt in der Weimarer Republik. Ihr zufolge hat der physische Konfliktaustrag der links-rechten Kontrahenten seit 1921 die Form eines „ritualisierten Terrainkampfes“ angenommen und sich infolgedessen sukzessive zu einem „ubiquitären, aber nicht unkontrollierbaren Phänomen“ entwickelt.<sup>10</sup> In dieser fixen Frontkonstellation wird die extreme Rechte als die „wesentliche treibende Kraft“ ausgemacht. Dagegen habe sich die Linke in Gestalt der KPD wegen ihrer „Dauerschwäche“ nur mehr reaktiv verhalten können.<sup>11</sup> Zu keinem Zeitpunkt habe in der Weimarer Republik die Gefahr eines Bürgerkrieges oder gar eines Umsturzes von links bestanden.<sup>12</sup> Eben darauf insistieren solche Darstellungen, die – mit Bezugnahme auf Ernst Nolte –, das

---

<sup>8</sup> Andreas Wirsching, „Kommunistischer „Antifaschismus“ in Berlin und Paris zwischen den Weltkriegen, in: Detlef Schmiechen-Ackermann (Hg.), *Anpassung – Verweigerung – Widerstand. Soziale Milieus, politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich*, Berlin 1997, S. 201–219, hier S. 209.

<sup>9</sup> Ebd. Der Verweis auf die angebliche Notwehr der SA bezieht sich auf eine Kernaussage von Christian Striefler, *Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik*, Berlin 1993.

<sup>10</sup> Dirk Schumann, *Politische Gewalt in der Weimarer Republik. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg*, Essen 2001, S. 359.

<sup>11</sup> Ebd., S. 11 u. 286.

<sup>12</sup> In Anbetracht der „harten“ Indikatoren, nämlich jener der Opfertoten, rät Detlef Lehnert dazu, die politische Gewaltkonfrontation am Ende der Weimarer Republik nicht zu überschätzen. Ders., *Die politische Konfrontation zwischen SPD und KPD im Jahr 1932 – ursächlich für „1933“?*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 70 (2022), 9, S. 709–728, hier S. 713 f.

„Bürgerkriegsparadigma“ der späten Weimarer Republik im Wirkungszusammenhang einer „fundamentale[n] ideologische[n] Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus“ kontextualisieren.<sup>13</sup> Das von der KPD seinerzeit ausgehende Gefahrenpotenzial für die parlamentarische Demokratie wird darin weit höher gewichtet. Zwar hätte die republikfeindliche Linkspartei seit 1918/19 konsequent auf den Bürgerkrieg hingearbeitet, nur wäre sie als soziale Bewegung und politische Kraft eben letztlich der NSDAP unterlegen.<sup>14</sup>

Inwiefern stimmte also eine angeblich derart vehement ausgetragene Konfrontation zwischen Links und Rechts bei einer identischen Stoßrichtung gegen „Weimar“ mit den programmatischen Vorgaben kommunistischer Observanz überein? Nach der auf dem VI. Weltkongress der *Kommunistischen Internationale* (Komintern) im Jahr 1928 aufgestellten Prognose, dass im Zuge der kommenden ökonomischen Krise eine neue Welle des Klassenkampfes einsetzen werde, gab die Zentrale in Moskau einen Leitsatz der kommunistischen Taktik vor, der politische Kampagnen in den Parlamenten und wirtschaftliche Streiks in den Betrieben mit „revolutionären Massendemonstrationen“ auf den Straßen verkoppelte, um auch die bis dato unorganisierten Anteile der Arbeiter/innenschaft und der bedrängten Mittelschichten für einen revolutionären Umsturz zu mobilisieren.<sup>15</sup> Überzogen wäre indes die

Meinung, die KPD bereite systematisch einen Umsturz vor, [...] ein groteskes Mißverständnis jener ultralinken ‚Generallinie‘ der Komintern, die zwar auf wachsende Zersetzung der kapitalistischen Gesellschaft abzielte, nicht aber auf die konkrete Organisation einer kommunistischen Revolution. Ein solche stand für Stalin erst dann auf der Tagesordnung, wenn die Sowjetunion stark genug war, der Umwälzung ihren Stempel aufzudrücken. Soweit war der „Aufbau des Sozialismus“ in

<sup>13</sup> Dirk Blasius, *Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930–1933*, Göttingen 2005, S. 12.

<sup>14</sup> Ebd., S. 18, 24, 28, 55 u. 57.

<sup>15</sup> Vgl. Nicholas N. Kozlov / Eric D. Weitz, *Betrachtungen über die Ursprünge der „Dritten Periode“: Bucharin, die Komintern und die politische Ökonomie der Weimarer Republik*, in: Theodor Bergmann / Mario Keßler (Hg.), *Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919–1943)*, Mainz 1992, S. 123–142.

seinem Lande Anfang der dreißiger Jahre noch nicht gediehen, daß Stalin eine deutsche Revolution mit allen ihren mutmaßlichen internationalen Folgewirkungen hätte wollen können. Die revolutionäre Rhetorik der deutschen Kommunisten war, so gesehen, objektiv scheinradikal.<sup>16</sup>

Stattdessen rückte das Konzept des politischen Massenstreiks stärker in den Fokus innerparteilicher Diskussion. Der kämpferische Duktus der Propaganda und die daraus folgende Praxis der Parteianhänger/innen waren primär gegen die Staatsgewalt gerichtet. Nachdem der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident, Karl Friedrich Zörgiebel, alle kommunistischen Massenkundgebungen (mit Ausnahme von Saalveranstaltungen) zum 1. Mai 1929 verboten hatte, entluden sich Spannungen in der Reichshauptstadt. Ungeachtet der behördlichen Verfügung hatte die KPD zur Beteiligung an Straßenprotesten aufgerufen, wobei die Teilnehmer/innenzahl von etwa 25.000 Personen (etwa 50.000 im übrigen Land) weit hinter den Erwartungen zurückblieb.<sup>17</sup> Als die staatlichen Ordnungskräfte die Menschenansammlungen mit unverhältnismäßiger Gewaltanwendung zerstreuten, errichteten offenbar „wilde Cliques“ zusammen mit der kommunistischen Parteijugend im Wedding und in Neukölln improvisierte Barrikaden. Daraufhin schlug die militariserte Schupo die spontanen Proteststreiks mit dem Einsatz von Panzerwagen und Maschinengewehren gewaltsam nieder. Dabei kamen 33 Demonstranten und Unbeteiligte zu Tode, 200 Personen wurden verletzt.<sup>18</sup> Außerdem wurden über 1.200 Verhaftungen gezählt, die kommunistische Presse mehrere Wochen verboten, die paramilitärische Vorfeldorganisation der KPD, der *Rote Frontkämpferbund*, auf Dauer.<sup>19</sup> Die

---

<sup>16</sup> Heinrich August Winkler, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933* (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts; Bd. 11), Berlin / Bonn 1987, S. 277.

<sup>17</sup> Mitte-Museum (Hg.), *Berliner Blutmai 1929. Eskalation der Gewalt oder Inszenierung eines Medienereignisses?*, Berlin 2009, S. 13; Eve Rosenhaft, *Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence*, Cambridge u. a. 1983, S. 34.

<sup>18</sup> Unter den mehrheitlich unbeteiligten Todesopfern befand sich der am Fenster seiner Wedding-er Wohnung von einer Polizeikugel tödlich getroffene Sozialdemokrat Max Gemeinhardt.

<sup>19</sup> Thomas Kurz, „Blutmai“. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929, Berlin 1988; Léon Schirmann, *Blutmai Berlin 1929. Dichtungen und Wahr-*

rigorose Repression einer ebenso symbol- wie traditionsbehafteten Kundgebung weckte Erinnerungen an die Freikorpsmassaker in der Anfangszeit der Republik. Sie ließ erahnen, wie die uniformierte Staatsgewalt künftig ähnliche Konflikte mit der radikalen Linken angehen würde.

Nach dem Debakel vom Mai 1929 verlagerte sich die gegen die Staatsgewalt gerichtete Frontstellung verstärkt hin zu den Nationalsozialisten, konkret jene in Gestalt der SA-Formationen. Dies unter der handlungsleitenden Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft!“ Weil die teilweise bewaffnet ausgetragenen Zusammenstöße nun alltäglich wurden, in ihrer Gewaltförmigkeit fortwährend eskalierten und in den Versammlungslokalen wie auf den Straßen immer neue Todesopfer forderten, ging die Parteileitung ab Mitte Juli 1930 auf Distanz zum militanten Antifaschismus, der sich zunehmend jenseits ihrer Kontrolle ausagierte.<sup>20</sup> Unter dem Druck der Komintern rückte das Zentralkomitee (ZK) der KPD – wohl auch, um einer Illegalisierung zu entgehen – vom „physischen Kampf“ ab. Eigeninitiierte Schlägereien mit politischen Gegnern und Angriffe auf die Polizei galten fortan als parteifeindlicher Akt: eine Kehrtwende, die an der aktivistisch eingestellten Basis Irritationen hervorrief und selbst in Teilen der Parteiführung auf Unverständnis stieß. Je mehr sich die Bekämpfung der wachsenden NS-Bewegung an Gefährlichkeit zuspitzte, desto mehr spreizte sich die Kluft zwischen dem auf den Fortbestand des legalen Status bedachten Zentralkomitee der KPD und den aktivistischen Anteilen ihrer Mitgliederbasis. In den Parteiformationen, so die Befürchtung der Parteispitze, könnten womöglich eigenmächtige Gewaltaktionen mehr und mehr das Handeln bestimmen, infolgedessen könnte sich die Basis verselbstständigen. Anzeichen dafür seien bereits erkennbar „im Entstehen terroristischer Stimmungen, der Anwendung von Einzelterror gegen die Faschisten, in der Durchführung von sinnloser Einzelaktionen und bewaffneter Einzelüberfälle, in abenteuerlichen Spielereien mit Spreng-

heit, Berlin 1991.

<sup>20</sup> Rosenhaft, *Beating the Fascists?* (wie Anm. 17), S. 26 f. u. S. 34.

stoff“ – eine „ernste Gefahr“ und „ein Bruch mit der Parteidisziplin“. <sup>21</sup> Auf Anweisung Stalins gab die Parteileitung schließlich am 10. November 1931 eine Direktive gegen den „individuellen Terror“ aus. Mit Ausnahme des „proletarischen Massenselbstschutzes gegen faschistische Überfälle“ war demnach jedes offensive Vorgehen gegen die SA untersagt. <sup>22</sup>

Dass größere Teile der Mitglieder die Beschlussfassung der Parteiführung der KPD ignorierten und ihren aktionistisch-konfrontativen Antifaschismus fortsetzten, ist auf ein grundsätzliches Kommunikationsproblem bei der Vermittlung von spezifischer Analyse, Taktik und Alltagserfahrung im kommunistischen Milieu zurückgeführt worden. <sup>23</sup> Denn

für viele Kommunisten war der „wehrhafte Kampf“ Ende 1931 zum Kampf gegen die unmittelbare Bedrohung von Leib und Leben geworden, in dem mit jeder neuen Konfrontation mehr auf dem Spiel stand. Das Problem war die SA, die Lösung ihre Beseitigung – mit den einfachsten, wirksamsten und vertrautesten Mitteln, die ihnen zur Verfügung standen. <sup>24</sup>

Diese ebenso reale wie alltägliche Bedrohungssituation ist von der Forschung unterschiedlich interpretiert worden. Im Vergleich zu den milieu- und sozialgeschichtlich orientierten Forschungsansätzen hat sich die auf politische Gewalt und das Normativ des „pluralistischen Systems“ der parlamentarischen Demokratie abstellende Totalitarismusforschung für die historische Forschung eher als erkenntnistheoretische

---

<sup>21</sup> Beschluß des Zentralkomitees der KP Deutschlands, 10.11.1931, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der KPD, 14 (1931), Nr. 206 v. 13. November, S. [1].

<sup>22</sup> Ebd.

<sup>23</sup> Conan Fischer, *The German Communists and the Rise of Nazism*, Basingstoke / London 1991, S. 115 ff.

<sup>24</sup> Eve Rosenhaft, *Die KPD in der Weimarer Republik und das Problem des Terrors in der „Dritten Periode“, 1919–1933*, in: Wolfgang J. Mommsen / Gerhard Hirschfeld (Hg.), *Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Gruppen im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1982, S. 394–440, hier S. 421. Vgl. auch: Bert Hoppe, *In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933* (= *Studien zur Zeitgeschichte*; Bd. 74), München 2007, S. 141–155 sowie Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?* (wie Anm. 7), S. 581 ff.



Barriere denn als fruchtbare Grundlage erwiesen; dies jedenfalls, sofern *der* Kommunismus nicht als soziale Bewegung *sui generis* wahrgenommen wird. Spätestens dann, wenn die demokratischen Strukturdefizite der frühen und der späten Weimarer Verfassungswirklichkeit ausgeblendet und die Verantwortlichkeiten für das Scheitern des parlamentarischen Betriebs ausschließlich an die Akteure an den politischen Rändern ausgelagert werden sollen, tritt mit aller Deutlichkeit die Unzulänglichkeit des antitotalitären Ansatzes zutage. Die durch formaldemokratische Engführungen bedingten Limitationen ihrer Perspektive – ein eklatanter Mangel an Analyse und ein Übergewicht von normativ gefilterter Deskription – lassen sich selbst mittels komparativer Perspektiverweiterung wie etwa durch einen Ländervergleich oder mittels der Einbeziehung sozialstatistischer Fakten kaum überwinden. Dies gilt umso mehr, wenn die normativen Urteile ohnehin von Beginn an feststehen und es nur mehr der Indikatoren zur Bestätigung vorangestellter Thesen bedarf.

Ein profundes Beispiel dafür, wie ein selektives Interpretationsschema in eine Sackgasse führt, gibt die Studie über das Gesamtphänomen „linker Antiparlamentarismus“ ab. Darin zitiert der Verfasser ein Sammelsurium markanter Aussagen aus dem Arsenal des disparaten linksradikalen Lagers, darunter Anarchisten, Linkssozialisten und Stalinisten, mit der Absicht, daraus eine extremistische Grundsubstanz zu destillieren, die dann als Amalgam eines gegendemokratischen Antiparlamentarismus präsentiert wird.<sup>25</sup> Dies zur Untermauerung der Behauptung, mit ihrer Ablehnung der demokratischen Regularien hätten das linke wie das rechte Lager gleichermaßen die Weimarer Republik absichtsvoll zerstört, woraus eine gemeinsame Verantwortung für die NS-Diktatur

<sup>25</sup> Die Bezeichnung „Linksradikalismus“ geht auf Lenins Invektiven gegen jene Strömungen der internationalen Arbeiter/innenbewegung zurück, die von den Leitlinien der Komintern insbesondere in Bezug auf die Beteiligung an den Parlamentswahlen sowie die Mitarbeit in den „reformistischen“ Gewerkschaften abwichen. Adressiert waren Anarchismus, Syndikalismus, Unionismus sowie der Räte- bzw. Linkskommunismus. Linke innerparteiliche Fraktionen in der KPD wurden hingegen als „Ultralinks“ etikettiert. Als „linke Zwischengruppen“ werden dagegen vor allem solche Gruppierungen ausgewiesen, deren Programmatik sich zwischen jenen der SPD und KPD einordnen lässt (etwa SAPD, KPO, Rest-USPD und der Internationale Sozialistische Kampfbund).

resultiere.<sup>26</sup> Entgegen dieser simplifizierenden Links-Rechts-Gleichsetzung kommt der Ländervergleich von Petra Weber – der, einer „politischen Sozialgeschichte“ verpflichtet, die sozialpolitische und arbeitsrechtliche Fundierung in den Blick nimmt sowie einen Schwerpunkt auf industrielle Konflikte setzt – zu ausgewogeneren Befunden; insbesondere, was das dialektische Verhältnis von staatlicher und politischer Gewalt anbelangt.<sup>27</sup> Weber zufolge ließen die

zeitweiligen bürgerkriegsähnlichen Zustände und die wirtschaftliche Katastrophe, die bei jeder größeren Streikbewegung drohte, [...] die Regierenden in Deutschland, einschließlich der Sozialdemokratie, Zuflucht zu einem Ausnahmezustand in Permanenz nehmen, währenddessen das Militär wieder die Rolle der innen-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ordnungsinstantz übernahm.<sup>28</sup>

Die bis dahin systemstabilisierend wirkende „Sozialpartnerschaft“ sei in der Endphase der Weimarer Republik an der intransigenten Haltung der Unternehmer zur Durchsetzung von Lohnsenkungen und der Regierungen, die ihnen dabei mittels Notstandsverordnungen sekundierten, gescheitert. Im Ergebnis hätten die verhängnisvollen „politischen Weichenstellungen“, unter anderem der Abbau des Sozialstaates im Zuge der „Notverordnungen“ in der Weltwirtschaftskrise, letztlich in die Diktatur geführt.<sup>29</sup>

---

<sup>26</sup> Ricardo Bavaj, Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik, Bonn 2005. In denunziatorischer Manier hat sich der Autor überdies den Biographien exponierter linksradikaler Literaten und Künstler genähert. Ders., „Die bestehende Welt restlos mit Gewalt beseitigen“. Der Künstler Franz W. Seiwert und sein Kampf gegen den Weimarer Staat, in: Geschichte im Westen, 22 (2007), S. 41–65; Ders., Linkskommunistischer „Gemeinschaftsrhythmus“ als antibürgerliche Herausforderung. Franz Jungs lebensideologisches Denken während der Weimarer Republik, in: Jahrbuch zur Kultur und Literatur der Weimarer Republik, 10 (2005/2006), S. 101–130; Ders., Lebensideologischer Kommunismus als Alternative. Heinrich Vogelers Utopie vom „neuen Leben“ im Krisendiskurs der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 55 (2007), 6, S. 509–528.

<sup>27</sup> Petra Weber, Gescheiterte Sozialpartnerschaft – gefährdete Republik. Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918–1933/39) (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd. 77), München 2010, S. 3 u. S. 1101 ff.

<sup>28</sup> Ebd., S. 1001.

<sup>29</sup> Ebd., S. 1110.

## Sozialfaschismus-Doktrin

Als ein wesentlicher Indikator für den antidemokratischen Totalitarismus der KPD gilt die wohl erstmals im Januar 1924 von dem Vorsitzenden der Komintern, Grigori Sinowjew, formulierte „Sozialfaschismus“-These, welche die Sozialdemokratie als den „linken Flügel des Faschismus“ einstufte.<sup>30</sup> Eine prioritäre Referenz bei der politischen Feindbestimmung erhielt die Sozialdemokratie spätestens seit dem Sommer 1929, als das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) auf ihrem 10. Plenum im Rahmen der „Klasse-gegen-Klasse“-Strategie jedwede Form einer Einheitsfront zwischen der KPD und der SPD mit dem Argument verwarf, die Sozialdemokratie sei zu einem „grundlegenden Träger der faschistischen Diktatur“ geworden:

An dieser Behauptung war immerhin zutreffend, dass die SPD tatsächlich *die* staatstragende Partei der Weimarer Republik darstellte. Da die tatsächlich faschistischen und völkischen Parteien seit dem Scheitern des Hitlerputsches im Jahre 1923 in der parlamentarischen Öffentlichkeit kaum eine Rolle gespielt hatten, störte es die Kommunisten nicht, mit dem Begriff ‚Faschismus‘ wenig differenziert zu agieren.<sup>31</sup>

Die Beschlusslage der Komintern in dieser Beziehung war fernerhin keine Folge innersowjetischer Fraktionskämpfe oder praktischer Umsetzungsprobleme bei der Kollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft, wie vielfach unterstellt worden ist. Vielmehr stand dahinter die taktische Absicht, die sozialdemokratische Parteispitze zu diskreditieren, um sie der Basis zu entfremden und darüber hinaus die sozialdemo-

<sup>30</sup> In der Komintern und auch in der KPD stieß die „Sozialfaschismus“-These zu diesem Zeitpunkt auf Kritik und wurde insofern 1924/25–1928 nicht kanonisiert. Vgl. Leonid Luks, *Kommunistische Faschismusanalyse zwischen dem IV. und dem V. Kongreß der Komintern (1922–1924)*, in: Helga Grebing / Klaus Kinner (Hg.), *Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung*, Essen 1990, S. 78–93, hier S. 88 f.; Bernd Faulenbach, *Zur Rolle von Totalitarismus- und Sozialfaschismus-„Theorien“ im Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten in der Weimarer Republik*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (im Folgenden: JHK), 2004, S. 98–110.

<sup>31</sup> Hoppe, In Stalins Gefolgschaft (wie Anm. 24), S. 163.

kratische Dominanz in den Freien Gewerkschaften aufzusprengen.<sup>32</sup> Dabei sollte die Abwanderung der sozialdemokratischen Mitgliederbasis zur Ausweitung der kommunistischen Anhänger/innenschaft beitragen und dadurch die „Einheitsfront der Arbeiterklasse“ unter kommunistischer Schirmherrschaft herstellen, was letzten Endes auf die Zerschlagung der SPD als Organisation hinauslief. Auf ihrem 12. Parteitag (9. bis 16. Juni 1929) sanktionierte die KPD die vom EKKI kurz zuvor proklamierte „Sozialfaschismus“-Doktrin unverzüglich. Bei dieser Gelegenheit hielt der Parteivorsitzende Thälmann sinngemäß fest, dass mit der aufziehenden Weltwirtschaftskrise eine (dritte) Periode des revolutionären Aufschwungs beginne, in der alle nicht-revolutionären Kräfte eine feste Front der Reaktion bilden würden – außenpolitisch in Richtung gegen die Sowjetunion, in wirtschaftlicher Hinsicht gegen die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern.<sup>33</sup> Weil die deutsche Sozialdemokratie hierbei als ausführendes Organ fungiere, welches die Interessen der Bourgeoisie gegen die revolutionäre Arbeiterklasse re-

---

<sup>32</sup> Andreas Dorpalen, SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (im Folgenden: VfZ), 31 (1983), 1, S. 77–107, hier S. 80. Die indifferente Haltung der „SPD-Führer“ bot der KPD dafür Ansatzpunkte. Etwa wenn sie in der Frage der Fürstenenteignung im Oktober 1926 vorgeblich den Forderungen der Basis nachkam, in der Realität aber „eine Kombination revolutionär klingender Phrasen in der öffentlichen Debatte und steter Kompromissuche an Verhandlungstischen“ verfolgte. Stephan Malinowski, Die Hohenzollern und die Nazis. Geschichte einer Kollaboration, Berlin 2021, S. 163–167, S. 166 zitierend.

<sup>33</sup> Nach der auf dem VI. Weltkongress der Komintern vom 17. Juli bis 1. September 1928 vorgestellten Lagebeurteilung war nach der revolutionären Phase bis 1923 und der relativen Stabilisierung des Kapitalismus ab 1924 zu diesem Zeitpunkt eine „dritte Periode“ eingetreten, welche durch wirtschaftliche und politische Erschütterungen der kapitalistischen Länder Europas und der Kolonien gekennzeichnet war. Damit gehe eine wachsende Kriegsgefahr einher, vor allem die Gefahr eines Überfalls kapitalistischer Länder auf die UdSSR. Vgl. Matthew Worley, Courting Disaster? The Communist International in the Third Period, in: ders. (Hg.), In Search of Revolution. International Communist Parties in the Third Period, London / New York 2004, S. 1–17. Zu den Implikationen für die KPD vgl. Hermann Weber, Zum Verhältnis von Komintern, Sowjetstaat und KPD, in: ders. / Bernhard H. Bayerlein / Jakov Drabkin / Aleksandr Galkin (Hg.), Deutschland, Russland, Komintern: I. Überblicke, Analysen, Diskussionen: Neue Perspektiven auf die Geschichte der KPD und die deutsch-russischen Beziehungen (1918–1943), Berlin / Boston 2014, S. 9–125, hier S. 77 ff.

präsentiere, müsse ihr ein fortschrittlicher Charakter grundsätzlich abgesprochen werden.<sup>34</sup>

Als die Nationalsozialisten am 17. September 1929 erstmals mit 13 Abgeordneten in die Berliner Stadtverordnetenversammlung einzogen und das Thema NSDAP expliziter auf die Agenda der Komintern rückte, zeigte sich, dass diese gar „nicht in der Lage war, die genuinen Züge des Nationalsozialismus zu analysieren oder ihn als *eigenständige* Bewegung überhaupt wahrzunehmen“.<sup>35</sup> Stattdessen wurden in erster Linie die politischen Aspekte, konkret: die instrumentellen Funktionen des Faschismus abgewogen. Etwa ob die Einbindung einer wie auch immer gearteten faschistischen Partei in eine Regierungskoalition wahrscheinlich sei und inwieweit sich eine solche dann als „Werkzeug der Bourgeoisie“ gebrauchen lassen könne. Unter diesem Gesichtspunkt rangierte der „Nationalfaschismus“ der NSDAP zu diesem Zeitpunkt, wegen ihrer „antikapitalistischen Elemente“ und ihrer „rebellischen“ Attitüden, deutlich hinter dem vermeintlichen „Sozialfaschismus“ der SPD. Deren Revanche ließ nicht lange auf sich warten. Auf einer sozialdemokratischen Massenveranstaltung im Berliner Lustgarten am 1. August 1930 eröffnete der SPD-Reichstagsabgeordnete Franz Künstler den Wahlkampf gegen die „Reaktion und ihre Helfershelfer, Nazis und Koziš“.<sup>36</sup>

Seit dem Scheitern der Koalitionsregierung unter Kanzler Hermann Müller (SPD) in der Reichstagswahl vom 14. September 1930 teilten SPD und KPD wieder die Oppositionsbänke. Realpolitisch kamen die Sozialdemokraten als die maßgeblichen Steigbügelhalter des Faschismus

<sup>34</sup> Vgl. u. a. Siegfried Bahne, *Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932–1935*, Frankfurt a. M. 1976, S. 12; Hermann Weber, *Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929–1933*, Düsseldorf 1982, S. 18 ff.; James Wickham, *Sozialfaschismus und Spaltung der Arbeiterbewegung: Arbeiter und politische Parteien im Raum Frankfurt 1929/30*, in: *Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit (im Folgenden: AGWA)*, 5 (1982), S. 27–56, hier S. 40; Klaus Kinner, *Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität*, Bd. 1: *Weimarer Zeit*, Berlin 1999, S. 71 f. u. S. 77.

<sup>35</sup> Hoppe, In Stalins Gefolgschaft (wie Anm. 24), S. 165.

<sup>36</sup> O. N., *Gegen Krieg und Sozialreaktion!*, in: *Vorwärts*. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der SPD, 47 (1930), Nr. 357, S. [1]–[2], hier S. [2]. In der sozialdemokratischen Presse standen „Koziš“ synonym für „Kommunisten“. Der Suchbegriff „Koziš“ ergibt im Webportal des „Vorwärts“ bis Ende November 1932 Treffer in 70 Ausgaben [<https://fes.imageaware.de/fes/web/>].

kaum mehr in Betracht. Für Hermann Remmele, eines der drei Mitglieder des Politsekretariats und seit 1930 Leiter des *Kampfbundes gegen Faschismus*, avancierte die NSDAP Ende 1929 zum Hauptgegner der linksgerichteten Arbeiterbewegung insgesamt. Als die KPD-Spitze dann aber die erste Notverordnung der neuen Regierung Brüning am 1. Dezember 1930 als den „Beginn der faschistischen Diktatur“ bezeichnete, war für die Komintern der Bogen überspannt.<sup>37</sup> Aus dem Politsekretariat wurden Thälmann und Neumann nach Moskau beordert, um dort von Stalin und der Komintern-Führung zur Revision ihrer als zu weit gehend missbilligten Resolution angehalten zu werden.<sup>38</sup>

Trotz dieser Maßregelung wich die deutsche Parteiführung von ihrer generellen Einschätzung der Situation nicht ab. Alle besonderen Anweisungen der Komintern mit Bezug auf den Faschismus in Deutschland begegnete die Parteispitze mit ostentativem Widerwillen und setzte die dementsprechenden Direktiven bestenfalls halbherzig um. Für die Moskauer Zentrale war das antifaschistische Mobilisierungspotenzial in Deutschland schon von vornherein ausgereizt, wenn man den Kampf gegen die Gestalt annehmende faschistische Herrschaftsform bereits in einem frühen Stadium faktisch bereits verloren gebe „oder aber diese ‚Diktatur‘ als bloße Variante der bisherigen Regierungen“ bagatellisiere.<sup>39</sup> Daher nimmt es kein Wunder, dass eine Parteiumfrage der KPD Anfang 1932 den überaus deutlichen Befund ergab, dass die widersprüchlichen Faschismus- beziehungsweise Diktaturdefinitionen von Komintern- und Parteispitzen die Parteibasis enorm irritiert hatten.<sup>40</sup>

---

<sup>37</sup> Horst Duhnke, *Die KPD von 1933 bis 1945*, Köln 1972, S. 23; Ben Fowkes, *Communism in Germany under the Weimar Republic*, London 1984, S. 162 f.

<sup>38</sup> Weil diese aus seiner Sicht die Gefahr einer Machtübernahme der NSDAP unterschätzten, geriet Heinz Neumann (1902–1937) seit 1931 mit Stalin und Thälmann aneinander. In den fraktionellen Auseinandersetzungen unterlag er im April 1932, wurde im Oktober 1932 von seinen Funktionen entbunden und verlor im November 1932 auch sein Reichstagsmandat. Vgl. Hermann Weber / Andreas Herbst, *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945*, Berlin 2004, S. 531–533.

<sup>39</sup> Hoppe, *In Stalins Gefolgschaft* (wie Anm. 24), S. 172.

<sup>40</sup> Demnach gaben von 1.000 befragten Funktionären nur fünf Prozent eine im Verständnis der Parteiführung korrekte Antwort. Vgl. ebd., S. 173.

Womöglich kam in der „schlichten Dichotomie von Weimarer System und zukünftigem Sowjetdeutschland, parteipolitisch umgesetzt: von ‚Sozialfaschismus‘ und Kommunismus“ durchaus die „Motivation der kommunistischen Massen, einer eher ‚linken‘ Parteilinie zu folgen“, zum Ausdruck. Vielfach waren es junge Erwerbslose, deren Wut – über den im Rahmen der Notverordnungen forcierten Abbau der Sozialfürsorge, über die zunehmende staatliche Repression wie die damit einhergehende antikommunistische Rhetorik führender Politiker – sich schließlich an die Adresse führender Sozialdemokraten richtete. Effektiv funktionierte das „Sozialfaschismus“-Konstrukt als Propaganda, indem es eine Kampfpapare mit substanziellen Inhalten auflud und zugleich an die Erfahrung einer sozialen Binnendifferenzierung in der Arbeiterklasse anknüpfte.<sup>41</sup> Dabei entwarf es eine konkrete Angriffsfläche und benannte Adressaten für ein Konfliktverhalten, das sich in zunehmendem Maß auch als Straßenmilitanz ausagierte.<sup>42</sup> Kurzum: Im kommunistischen Basismilieu bildete das „Sozialfaschismus“-Konstrukt keine abstrakte Leerformel, sondern ein „aus tiefsitzenden sozialen Erfahrungen herausdestilliertes Handlungsparadigma“.<sup>43</sup>

Dass der ultralinke Kurs der Jahre 1928/29 bis 1933 in einer überwiegend von erwerbslosen Mitgliedern getragenen Massenpartei überhaupt verding, dürfte auf zwei Gründe zurückzuführen sein: Wie bereits aus-

<sup>41</sup> Uta Stolle, *Arbeiterpolitik im Betrieb: Frauen und Männer, Reformisten und Radikale, Fach- und Massenarbeiter bei Bayer, BASF, Bosch und in Solingen (1900–1933)*, Frankfurt a. M. / New York 1980, S. 85.

<sup>42</sup> Fundiert: Rosenhaft, *Beating the Fascists?* (wie Anm. 17), S. 32 ff. u. Eric D. Weitz, *Creating German Communism, 1890–1919. From Popular Protest to Socialist State*, Princeton, New Jersey 1997, S. 160–187. Die in der kommunistischen Publizistik seit der zweiten Hälfte der 1920er Jahre verbreitete „Kampfkultur“ stellte auf eine maskuline Straßenmilitanz ab, die sich von der spontanen Massenmilitanz der Jahre 1918/19 unterschied, argumentiert Sabine Hake, *The Proletarian Dream. Socialism, Culture, and Emotion in Germany, 1863–1933*, Berlin / Boston 2017, S. 259 ff.

<sup>43</sup> Detlev Peukert, *Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945*, Wuppertal 1980, S. 47. Vgl. auch Weitz, *Creating German Communism* (wie Anm. 42), S. 270; Bernd Faulenbach, *Zur Rolle von Totalitarismus- und Sozialfaschismus-„Theorien“ im Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren*, in: Mike Schmeitzner (Hg.), *Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2007, S. 119–132, der darauf hinweist, dass die SPD ihrerseits die KPD bereits früh als Wegbereiterin des Faschismus ausgewiesen hatte. Vgl. ebd., S. 122 f.

geführt, diente das Feinddispositiv „Sozialfaschisten“ beziehungsweise „Arbeiterverräter“ als Kampfflosung der in der Wirtschaftskrise pauperisierten Bevölkerungsanteile gegen eine staatstragende Sozialdemokratie. Pejorative Schlagwörter dieser Art verbalisierten einen verbreiteten Zorn und formulierten insofern eine Antwort auf eine von Abstiegsängsten angetriebene Ausgrenzung und Entsolidarisierung innerhalb der Arbeiter/innenschaft; und, unter sozialpsychologischen Gesichtspunkten, vielleicht mehr noch: eine Reaktion auf den „Haß, mit dem die Sozialdemokratie das Lumpenproletariat verfolgte, sich empört dagegen wandte, mit dieser Paria-Schicht auf eine Stufe gestellt zu werden“.<sup>44</sup> Unter sozioökonomischen Gesichtspunkten war das polarisierte Organisationsverhältnis der KPD/SPD – wie die Fragmentierung der sozialistischen Arbeiter/innenbewegung insgesamt – der Ausdruck eines verschärften Interessengegensatzes „zwischen längerfristig Erwerbslosen und durch erstrittene gewerkschaftliche und interventionsstaatliche Abwehrpositionen nur begrenzt mitbetroffene[n] Beschäftigte[n]“.<sup>45</sup>

Andererseits zeugte die „gouvernementale [...] Orientierung“ der Sozialdemokratie, nämlich ihr Streben, als Volkspartei „zur herrschenden Kraft der Nation zu werden“, von ihrer Identifikation mit einem Staat, der den linksradikalen Bewegungen seit Beginn der Weimarer Republik stets mit exekutiver Gewalt entgegengetreten war.<sup>46</sup> So war die KPD auf Reichsebene vom 23. November 1923 bis März 1924, auf Länderebene teilweise noch darüber hinaus, verboten, in Bayern bis zum Februar 1926. Nach eigenen Angaben wurden 1924 bis Ende April 1925

---

<sup>44</sup> Harold Hurwitz / Klaus Sühl, Autoritäre Tradierung und Demokratiepotential in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung (= Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945; Bd. II), Köln 1984, S. 52. Vgl. dazu Michael Schwartz, „Proletarier“ und „Lumpen“. Sozialistische Ursprünge eugenischen Denkens, in: VfZ, 43 (1994), 4, S. 537–570.

<sup>45</sup> Lehnert, Die politische Konfrontation (wie Anm. 12), S. 712; Heinrich Potthoff, Freie Gewerkschaften und sozialistische Parteien in Deutschland, in: Archiv für Sozialgeschichte (im Folgenden: AfS), 26 (1986), S. 49–85, hier S. 57; desgl. Heidrun Homburg, Vom Arbeitslosen zum Zwangsarbeiter. Arbeitslosenpolitik und Fraktionierung der Arbeiterschaft in Deutschland 1930–1933, in: ebd., 25 (1985), S. 251–298.

<sup>46</sup> Hurwitz / Sühl, Autoritäre Tradierung und Demokratiepotential (wie Anm. 44), S. 75.



mehr als 7.000 Mitglieder wegen Umsturzeteiligungen verhaftet und mit Gerichtsverfahren überzogen. In 5.768 Fällen ergingen Strafen von insgesamt 969 Jahren Zuchthaus, 2.255 Jahren Gefängnis sowie 233.260 Mark Geldstrafe.<sup>47</sup> Angesichts solcher Fakten lässt sich die Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland auch als Repressionsgeschichte begreifen.

Abgesehen davon bleibt das Fazit: Mochte die Sozialdemokratie für aufgebrauchte Deklassierte auch ein fassbares Feindbild abgeben, letztlich blieb die „Sozialfaschismus“-Doktrin jedoch – trotz einer gewissen Popularität hauptsächlich innerhalb der jüngeren KPD-Anhänger/innenschaft (die ältere Generation hingegen entstammte oftmals dem Milieu der Vorkriegssozialdemokratie und war insofern tendenziell eher neutral eingestellt) – praktisch wirkungslos und politisch äußerst kontraproduktiv, weil sie geradewegs in die Isolation führte. Dieses Dilemma war sich die Parteiführung durchaus bewusst. Eben deshalb hielt sie die abstruse „Sozialfaschismus“-Doktrin zwar als Axiom aufrecht, nicht unbedingt aber als handlungsleitendes Paradigma. Den Alltag der KPD-Anhänger/innen bestimmte indes mehr und mehr die verschärfte Konfrontation mit dem immer aggressiver auftretenden Antikommunismus der Nazis, die ihrerseits auch die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen „Marxisten“ nicht verschonten.

Angesichts der sich für die Arbeiter/innenbewegung zuspitzenden Konfrontation mit den Nationalsozialisten musste man wohl oder übel zur Kenntnis nehmen, dass die Kampfparole „Sozialfaschismus“ nun öfters auf Unverständnis stieß. Im Frühjahr / Sommer 1932 kam es daher erneut zu einer vorsichtigen Kurskorrektur in Richtung einer Politik der „Einheitsfront von oben“. Doch die „von Stalin festgelegte ‚Sozialfaschismus‘-Doktrin [blieb] sakrosankt“ und bekam wieder Priorität, als der „Preußenschlag“ vom 20. Juli 1932 (Absetzung der legalen sozialdemokratischen Regierung Preußens durch Reichskanzler Franz von Papen, der dem Reichswehrminister per Notverordnung die voll-

<sup>47</sup> Bernd Kaufmann / Eckhard Reisener / Dieter Schwips u. a. (Hg.), *Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937*, Berlin 1993, S. 112 f.

ziehende Gewalt im Freistaat übertrug) bei Stalin erneut Erwartungen auf einen revolutionären Alleingang der KPD weckte.<sup>48</sup> Der Schlingerkurs der KPD-Führung bezüglich potenzieller Verbündeter sorgte an der Basis abermals für heillose Verwirrung und hinterließ in den Gewerkschaften und linken Kulturorganisationen untereinander verfeindete Lager.<sup>49</sup> Einer gemeinsamen Grundlage für einen antifaschistischen Aktivismus war damit der Boden entzogen. Die Arbeiter/innenbewegung war „nur auf eine gemeinsame Sprache und Rhetorik der proletarischen Öffentlichkeit reduziert; anderes blieb nicht mehr“.<sup>50</sup>

Ein vertracktes Verständnisproblem konnte für die Anhänger/innen der KPD überdies entstehen, wenn die hartnäckige Frontstellung der Parteiführung gegen die Sozialdemokratie mit einer nationalpopulistischen Aufweichung der Grenzen nach rechts einherging.<sup>51</sup> Die mit der instrumentellen Öffnung nach rechts verbundene Bereitschaft zur Kooperation mit der nationalsozialistischen Basis schlug sich durchaus in der Praxis nieder. Etwa in gemeinsamen Streikaktionen der *Revolutionären Gewerkschaftsopposition* (RGO) und der *Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation*.<sup>52</sup>

---

<sup>48</sup> Hoppe, In Stalins Gefolgschaft (wie Anm. 24), S. 308.

<sup>49</sup> Allein im Zusammenhang ihrer Gewerkschaftspolitik, werden der KPD zwischen 1918/19 und 1934/35 acht „Wendungen“ attestiert. Frank Deppe / Witich Roßmann, Kommunistische Gewerkschaftspolitik in der Weimarer Republik, in: Erich Matthias / Klaus Schönhoven (Hg.), Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984, S. 209–231, hier S. 210–213.

<sup>50</sup> Wickham, Sozialfaschismus und Spaltung (wie Anm. 34), S. 51.

<sup>51</sup> Dass die „Schwerpunktverschiebung“ der KPD für die „Sache der deutschen Nation“ ab 1930 nicht mit „der Linie des orthodoxen Marxismus“ übereinstimmte, sondern vielmehr aus taktischen Gründen erfolgte, um für Wähler/innen aus dem Mittelstand und der Landbevölkerung attraktiver zu werden und dadurch „den ‚Faschismus‘ [zu] schwächen“, ist bereits angemerkt worden. Louis Dupeux, Nationalbolschewismus in Deutschland 1919–1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, München 1985, S. 437–467, Zitatpassagen S. 437; die Motive und Perspektiven der Annäherung beider Lager behandelt auch Otto-Ernst Schüddekopf, Nationalbolschewismus in Deutschland 1918–1933, Frankfurt a. M. / Berlin / Wien 1972, S. 333–366.

<sup>52</sup> Das Zusammenwirken von RGO und NSBO beim BVG-Streik vom 3. bis 7. November 1932 in Berlin war kein singuläres Ereignis. Vgl. Norman LaPorte, Presenting a Crisis as an Opportunity: The KPD and the Third Period, 1929–33, in: Matthew Worley (Hg.), In Search of Revolution. International Communist Parties in the Third Period, London / New York 2004, S. 38–64, hier S. 55 ff.; zum BVG-Streik vgl. u. a. Winkler, Der Weg in die Katastrophe (wie Anm. 16), S. 765–773.

In einer Untersuchung über den ehemaligen Nationalsozialisten und KPD-Konvertiten Richard Scheringer (1904–1986) argumentiert Alexander Bischkopf jedoch gegen das totalitarismustheoretische Konstrukt einer links-rechten Konvergenz. Zwar habe zwischen den Anhänger/innen der radikalen Parteien eine gewisse „Einigkeit in der Negation“ der herrschenden Verhältnisse bestanden. Diese jeweils prinzipielle Systemfeindschaft entstammte „aber ganz unterschiedlichen Traditionen und Begründungszusammenhängen und war völlig verschiedenen Zielvorstellungen verpflichtet“. Eine politische „Identität beider Gruppen“ oder gar Deckungsgleichheit ihrer Interessenlagen ergebe sich daraus keineswegs. Vielmehr habe für das faktische Scheitern der Weimarer Republik eine Wechselwirkung der gesamten politischen Konstellation den Ausschlag gegeben:

Liberalen wie Sozialdemokraten, die auf beide Gegner der Republik – links wie rechts – ausgerichtet waren, versuchten das revolutionäre, staatszerstörende Image der KPD auch auf die NSDAP zu übertragen, um das nationalkonservative Bürgertum von ihren Plänen abzubringen, die Nationalsozialisten zu domestizieren und in ihre Herrschaftspläne zu integrieren. Dass sie dabei, um die Wirkung ihrer Intention zu verstärken, stets die sozialrevolutionären Ziele der NSDAP über Gebühr hervorhoben, hatte die KPD-Führung in ihrer Einschätzung, dass unter den Nationalsozialisten sozialistische Sehnsüchte verbreitet waren, weiter bestärkt. Das nationalkonservative Bürgertum hingegen machte einseitig gegen links Front und war bemüht, das Bedrohungspotential der KPD weit über Gebühr hervorzuheben und derart einen Popanz aufzubauen, mit dem sie ihre autoritäre Politik rechtfertigen konnten. Die KPD war Anfang der 30er Jahre kein ernstzunehmender Kombattant im Ringen um die Macht – im Gegenteil: zu keiner Zeit seit ihrer Gründung war die Partei so weit von der Auslösung der Revolution entfernt gewesen.<sup>53</sup>

<sup>53</sup> Alexander Bischkopf, „Aufbruch“ zwischen den Fronten? Der „Fall Scheringer“ in der Werbestrategie der KPD um das nationalsozialistische Wähler- und Mitgliederpotential, phil. Diss., TU Berlin 2013, S. 393.

## Zur sozialen Basis der KPD

Über die sozioprofessionelle Zusammensetzung der KPD-Basis können – auf der Grundlage punktueller Eigenerhebungen – bislang nur ansatzweise Aussagen getroffen werden. Was die quantitative Entwicklung der Partei anbelangt, liegen relativ belastbare Zahlen vor: 1919/20 zählte die KPD (S) erst etwa 70 bis 80.000 Mitglieder. Ende 1920, nach dem Zusammenschluss mit dem linken Flügel der *Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (USPD),<sup>54</sup> bewegten sich die Zahlen der im Jahresdurchschnitt abgerechneten Beitragszahler/innen der *Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands* (VKPD)<sup>55</sup> bis 1930 – mit Ausnahme der Jahre 1922 (167.000) und 1923 (184.000) – in einer Spanne zwischen etwa 120.000 und rund 130.000. In der Wirtschaftskrise war ein rapider Zuwachs zu verzeichnen: 1932 wurden etwas mehr als 282.000 Beitragszahler/innen registriert.<sup>56</sup> Ende des Jahres befanden sich unter den rund 360.000 eingeschriebenen Mitgliedern allerdings nur 252.000 Beitragszahler/innen. Also hatte man es mit einem erheblichen Anteil an „Karteileichen“ zu tun, zumindest aber mit einer gering ausgeprägten Beitragsdisziplin – was unter den Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit nur allzu verständlich ist.<sup>57</sup> Während der Weltwirtschaftskrise war die KPD, so Detlef Lehnert, faktisch „zu einer stark fluktuierenden Arbeitslosenpartei geworden“ und daher weit davon entfernt, die „Arbeiterklasse“ als Gesamtheit zu verkörpern.<sup>58</sup>

---

<sup>54</sup> Vgl. Manfred Scharrer, *Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung*, Stuttgart 1983; Andreas Braune / Mario Hesselbarth / Stefan Müller (Hg.), *Die USPD zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus 1917–1922. Neue Wege zu Frieden, Demokratie und Sozialismus?* (= Weimarer Schriften zur Republik, Bd. 3), Stuttgart 2018.

<sup>55</sup> Die Anfang 1919 eingeführte Parenthese „S“ für „Spartakusbund“ entfiel bereits 1920. Stattdessen war die Bezeichnung VKPD ab Dezember des Jahres für etwa zwei Jahre im Gebrauch; seit Ende 1922 hieß die Partei dann nur noch KPD.

<sup>56</sup> Ulrich Eumann, *Eigenwillige Kohorten der Revolution. Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik*, Frankfurt a. M. 2007, S. 62 f.

<sup>57</sup> Klaus-Michael Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt 1996, S. 87. Bis 1933 betrug die Zahl der abgerechneten Mitglieder durchschnittlich 78 Prozent aller registrierten Mitglieder.

<sup>58</sup> Lehnert, *Die politische Konfrontation* (wie Anm. 12), S. 713.

In den Jahren 1929 bis 1933 glich sie, wie Klaus-Michael Mallmann ausführt, „eher einem Taubenschlag als einer Festung“.<sup>59</sup> Beispielsweise standen 1930 rund 143.000 Neuaufnahmen 95.000 Austritten gegenüber.<sup>60</sup> Der Zulauf in der Wirtschaftskrise war

weniger ein Ausdruck von Fundamentalopposition und des bewussten Wechsels in die kommunistische Parallelwelt, sondern schlicht ein Akt des Protestes. Vielen Neuzugängen war das bolschewistische Konzept der Kaderpartei daher reichlich fremd und sie konnten sich in der ihnen neuen kommunistischen „Orgwelt“ nicht orientieren.<sup>61</sup>

Aus formalen Parteizugehörigkeiten und oberflächlichen Politisierungen ergaben sich infolgedessen nur ausnahmsweise nachhaltige Bindungen. Meist dauerten Mitgliedschaften eben nur wenige Monate und blieben allenthalben nur Episoden in den Biographien der Betroffenen.

Hinsichtlich der sozialen Herkunft und Altersstruktur ihrer Basis ist der KPD ein verhältnismäßig homogenes Profil zu attestieren: Nach der 1927 durchgeführten Mitgliederbefragung („Reichskontrolle“) lag der Altersschwerpunkt bei 31 bis 40 Jahren, was einem Anteil von 30 bis 40 Prozent an der Gesamtmitgliedschaft entsprach. Nicht einmal ein Prozent aller Parteigenoss/innen hatten eine Hochschule besucht, gerade 2,4 Prozent die Mittelschule.<sup>62</sup> Über eine Volksschulbildung verfügten rund 95 Prozent der Mitgliedschaft. Ihrem Anspruch nach und in ihrer sozioprofessionellen Zusammensetzung entsprechend war die KPD also tatsächlich eine proletarische Klassenpartei (nur mit quantitativen und qualitativen Abstrichen eine Arbeiterinnenpartei), die sowohl qualifizierte Facharbeiter als auch un- oder angelernte Arbeiter/innen anzog.

<sup>59</sup> Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik* (wie Anm. 57), S. 92; zuvor Duhnke, *Die KPD von 1933 bis 1945* (wie Anm. 37), S. 30.

<sup>60</sup> Hoppe, *In Stalins Gefolgschaft* (wie Anm. 24), S. 268; Bahne, *Die KPD und das Ende* (wie Anm. 34), S. 16.

<sup>61</sup> Hoppe, *In Stalins Gefolgschaft* (wie Anm. 24), S. 269; Udo Grashoff, *Gefahr von innen. Verrat im kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Göttingen 2021, S. 23 ff.

<sup>62</sup> Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik* (wie Anm. 57), S. 101.

Die Exklusivität als charakteristische Arbeiterpartei machte Zugewinne aus anderen Gesellschaftsschichten schwierig.<sup>63</sup> Etwa besaß die kommunistische Agrarprogrammatik für eine landwirtschaftliche Klientel wenig Attraktivität. Selbst die bedrängten Klein- und Mittelbauern verorteten ihre politische Heimat überwiegend in rechten Parteien wie der *Bayerischen Volkspartei* oder der *Deutschnationalen Volkspartei*. Um ihre ökonomischen Interessen zu bündeln, die nicht unbedingt mit den urbanen Konsumgemeinschaften der Arbeiter/innenbewegung übereinstimmten, assoziierten sich die kleineren Landwirte traditionell eher in konservativen Landvereinen oder -bünden abseits der proletarischen Milieus. Gerade 0,15 Prozent der KPD-Mitgliedschaft von 1927, mithin 200 Personen, gehörten dem Bauernstand an, dazu kamen noch 2,2 Prozent lohnabhängige Landarbeiter/innen.<sup>64</sup> Unter den 68 Prozent Mitgliedern, die als Industriearbeiter/innen eingestuft wurden und hauptsächlich männlichen Geschlechts waren, überwogen gelernte Facharbeiter, von denen 70 Prozent in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt waren.<sup>65</sup> Je nach Region schwankte der Anteil der Industriearbeiter/innen in der Partei zwischen 60 Prozent in Berlin-Brandenburg und 82 Prozent im Ruhrgebiet.<sup>66</sup>

Ungeachtet ihrer entschiedenen Gleichheitsforderungen in der Geschlechterfrage kultivierte die KPD althergebrachte männerbündische Habitusformen.<sup>67</sup> Selbst wenn die Parteipresse eine „Vermännlichung der Frauen“ präsentierte und dieses neue Geschlechtskonstrukt mit entsprechenden Bildmotiven als den Idealtypus einer neuen proletarischen

---

<sup>63</sup> Weitz, *Creating German Communism* (wie Anm. 42), S. 247.

<sup>64</sup> Vgl. Sebastian Zehetmair, *The KPD and Farmers: Approaches to a Neglected Research Problem*, in: Ralf Hoffrogge / Norman LaPorte (Hg.), *Weimar Communism as Mass Movement 1918–1933*, London 2017, S. 205–219. Diese Größenordnung, in diesem Fall etwa zwei Prozent, trifft für 1927 auch für den Anteil jener KPD-Mitglieder zu, die in den Freien Gewerkschaften organisiert waren. Vgl. Eva Schöck, *Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920–28*, Frankfurt a. M. u. a. 1977, S. 226 f.

<sup>65</sup> Fowkes, *Communism in Germany* (wie Anm. 37), S. 173 f.

<sup>66</sup> Eumann, *Eigenwillige Kohorten der Revolution* (wie Anm. 56), S. 69 ff.; Larry Peterson, *German Communism, Workers' Protest, and Labor Unions. The Politics of the United Front in Rhineland-Westphalia 1920–1924*, Dordrecht / Boston / London 1993, S. 257–298.

<sup>67</sup> Hake, *The Proletarian Dream* (wie Anm. 42), S. 177–192.

Frau inszenierte, blieb die kommunistische Version des weiblichen Rollenmodells im Alltag doch nach wie vor einem überkommenen Hausfrauendasein verhaftet. Dementsprechend wurden Frauen einmal mehr auf die familiäre Reproduktion oder/und bestenfalls auf ein Engagement in den Solidar- und Selbsthilfeverbänden verwiesen.<sup>68</sup> Anders als einige prominente Spitzenfunktionärinnen, die wie Rosa Luxemburg,<sup>69</sup> Clara Zetkin<sup>70</sup> oder Ruth Fischer<sup>71</sup> sowohl die Programmatik mitbestimmten als auch den Kurs der KPD zumindest zeitweise beeinflussten, agierten weibliche Mitglieder im Organisationsalltag der KPD bestenfalls an der Peripherie und waren in der Parteiöffentlichkeit alles in allem mal mehr, mal weniger akzeptiert. Ausweislich der „Reichskontrolle“ von Anfang 1929 belief sich der weibliche Anteil in der Partei zu diesem Zeitpunkt auf 16,5 Prozent. Davon waren wiederum 22 Prozent Betriebsarbeiterinnen, etwa drei Viertel dagegen Hausfrauen und dies zumeist als Ehepartnerinnen der Genossen.<sup>72</sup> Die weibliche Unterpräsenz fiel nicht nur an der Basis disproportional aus, sondern verengte sich von unten nach oben, vom erweiterten Führungskaderstamm bis in die höchsten Führungsspitzen. In dem von Andreas Herbst und Hermann Weber auf 1.400 Personen taxierten Führungskorps waren mit 129 Frauen ca. 8,5 Prozent vertreten, im Spitzengremium der KPD, dem Polbüro, be-

<sup>68</sup> Vgl. Weitz, *Creating German Communism* (wie Anm. 42), S. 188–232; Atina Grossmann, *German Communism and New Women: Dilemmas and Contradictions*, in: Helmut Gruber / Pamela Graves (Hg.), *Women and Socialism, Socialism and Women*, New York / Oxford 1998, S. 135–168; Doris Danzer, *Zwischen Vertrauen und Verrat. Deutschsprachige kommunistische Intellektuelle und ihre sozialen Beziehungen (1918–1960)*, Göttingen 2012, S. 94.

<sup>69</sup> Zuletzt: Ernst Piper, *Rosa Luxemburg. Ein Leben*, München 2018.

<sup>70</sup> U. a. Tânia Puschnerat, *Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus. Eine Biographie*, Essen 2003.

<sup>71</sup> Mario Keßler, *Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895–1961)*, Köln 2013.

<sup>72</sup> Klaus-Michael Mallmann, *Zwischen Denunziation und Roter Hilfe. Geschlechterbeziehungen und kommunistischer Widerstand 1933–1945*, in: Christl Wickert (Hg.), *Frauen gegen die Diktatur – Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland*, Berlin 1995, S. 82–97, hier S. 83; Weitz, *Creating German Communism* (wie Anm. 42), S. 246; Danzer, *Zwischen Vertrauen und Verrat* (wie Anm. 68), S. 94 ff.

fanden sich zwischen 1919/20 und 1939 unter den 59 Funktionären lediglich sieben Frauen.<sup>73</sup>

Einen höheren informellen Stellenwert bekamen Frauen erst in der Illegalität. Auch wenn Kommunistinnen bei der Konzeption und Planung des antifaschistischen Widerstands außen vor blieben, so waren sie dennoch – ungeachtet des Umstandes, dass ihnen in der Regel die „Kleinarbeit“ überlassen blieb, an nahezu allen Aktivitäten beteiligt und galten den Männern insofern als ebenbürtig.<sup>74</sup>

Was die politische Sozialisation ihrer Mitgliedschaft anbetrifft, konnte die KPD in einem hohen Maß von Fremdanteilen profitieren: Zwischen 30 und 40 Prozent der Mitglieder waren 1927 zuvor in der USPD und rund 30 Prozent in der SPD organisiert gewesen. In Anbetracht dieser politischen (Fremd-)Sozialisierung geht Mallmann davon aus, dass es sich bei „61 % aller Kommunisten um radikalisierte Sozialdemokraten handelte“. In dieser Beziehung bildet sich daher ein sozialistischer „Traditionsüberhang“ im kommunistischen Milieu ab, während sich die Quote der Rückkehrer aus der linkskonkurrierenden KAPD beinahe an der Nachweisgrenze bewegte (0,19 Prozent).<sup>75</sup> Über das Engagement in den linksproletarischen Kultur- und Selbsthilfeorganisationen gibt die Erhebung von 1927 ebenfalls Auskunft. Präferiert wurden demnach Verbände mit dezidiertem Unterstützungscharakter: *Rote Hilfe* (rund 56 Prozent), Genossenschaften (33 Prozent) und – aufgrund der Feuerbestattungsversicherung und dissidentischen Fürsorge – die Freidenkerbewegung (31 Prozent) sowie natürlich die Mieterschutzvereine (10 Prozent). In den proletarischen Sportvereinen waren ca. 16 Prozent aktiv; dies hauptsächlich in der *Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit*.<sup>76</sup>

---

<sup>73</sup> Weber / Herbst, *Deutsche Kommunisten* (wie Anm. 38), S. 33. In der erweiterten Zweitauflage (Berlin 2008) erhöhte sich der Anteil auf 163 Frauen unter den 1.675 Personeneinträgen.

<sup>74</sup> Vgl. z. B. Beatrix Herlemann, *Die Rote Kapelle und der kommunistische Widerstand*, in: Hans Coppi / Jürgen Danyel / Johannes Tuchel (Hg.), *Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Berlin 1994, S. 79–90, hier S. 84 f.; Marlies Coburger, *Die Frauen der Berliner Roten Kapelle*, in: ebd., S. 91–103, hier S. 99.

<sup>75</sup> Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik* (wie Anm. 57), S. 118.

<sup>76</sup> Eumann, *Eigenwillige Kohorten der Revolution* (wie Anm. 56), S. 75.



Dass die KPD im Zuge des Zulaufs von Erwerbslosen, nicht zuletzt aufgrund einer rigiden Entlassungspraxis in den industriellen Großbetrieben vor dem Hintergrund einer weiterbestehenden Sockelarbeitslosigkeit, spätestens 1928 zu einer ausgesprochenen Erwerbslosenpartei mutierte, hat schon Arthur Rosenberg betont.<sup>77</sup> Seine These ist seitdem wiederholt bestätigt und sozialstatistisch fundiert worden.<sup>78</sup> Zwischen 40 und 60 Prozent Erwerbslose waren es selbst unter wirtschaftlich günstigeren Konjunkturbedingungen, da die Konzernleitungen vor dem Hintergrund einer fortbestehenden Sockelarbeitslosigkeit im Zuge der Rationalisierung ihre Spielräume dazu nutzten, um „ihre Betriebe gezielt von radikalen Belegschaftsgruppen und unbequemen Betriebsräten“ zu „säubern“.<sup>79</sup> In der Weltwirtschaftskrise stieg die Erwerbslosenquote in manchen Regionen allenthalben auf bis zu 90 Prozent.<sup>80</sup> Mit ihrer „lär-

<sup>77</sup> Arthur Rosenberg, *Geschichte des Bolschewismus von Marx bis zur Gegenwart*, Berlin 1932, S. 219. Vgl. Siegfried Bahne, *Die Erwerbslosenpolitik der KPD in der Weimarer Republik*, in: Hans Mommsen / Winfried Schulze (Hg.), *Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung*, Stuttgart 1981, S. 477–496.

<sup>78</sup> Heinrich August Winkler, *Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930* (= *Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts*; Bd. 10), Berlin 1985, S. 447; Eumann, *Eigenwillige Kohorten der Revolution* (wie Anm. 56), S. 156; Weitz, *Creating German Communism* (wie Anm. 42), S. 169. – Gegen diese Typologisierung ist der Einwand erhoben worden, sie sei selbst für die Phase der Weltwirtschaftskrise nicht zutreffend, da sie suggeriere, dass „Erwerbslosigkeit [...] ein kommunistisches Spezifikum gewesen [sei], und systematisch ausblendet, daß dieses Schicksal massenhaft auch SPD- und ADGB-Mitglieder traf“. Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik* (wie Anm. 57), S. 104. Dieser Einwand ist zweifellos berechtigt, aber es darf dabei nicht aus dem Blick geraten, dass Propaganda und Agitation nicht zuletzt an die Erwerbslosen adressiert war. So z. B. Aktionsformen wie „proletarischer Einkaufsbummel“ (kollektiver Ladendiebstahl) oder Mieterstreiks. Vgl. Eve Rosenhaft, *The Unemployed in the Neighbourhood: Social Dislocation and Political Mobilisation in Germany 1929–33*, in: Richard J. Evans / Dick Geary (Hg.), *The German Unemployed. Experiences and Consequences of Mass Unemployment from the Weimar Republic to the Third Reich*, London / Sydney 1987, S. 194–227, hier S. 210 u. S. 216 ff. Zur ambivalenten Erwerbslosenpolitik der KPD und deren Praxisformen vgl. Anthony McElligott, *Mobilising the Unemployed: The KPD and the Unemployed Workers' Movement in Hamburg-Altona during the Weimar Republic*, in: ebd., S. 228–260.

<sup>79</sup> Thomas Welskopp, *Arbeit und Macht im Hüttenwerk. Arbeits- und industrielle Beziehungen in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie von den 1860er bis zu den 1930er Jahren*, Bonn 1994, S. 651.

<sup>80</sup> Peter Balthasar Berens, *Die „Atomisierung“ der KPD zwischen 1923–1927 am Beispiel des KPD-Bezirks Ruhrgebiet*, phil. Diss. Universität Duisburg-Essen 2016, S. 342; Eumann, *Eigen-*

menden Agitation, die ganz auf die Bedürfnisse utopisch-radikaler Erwerbsloser eingerichtet war“, habe sie, so Rosenberg, nun keine realistischen Aussichten mehr für Arbeiter/innen, Angestellte und die Mittelschichten eröffnen können.<sup>81</sup> Aufgrund der grassierenden Verelendungstendenzen in den Unterschichten gab es in der manifesten Wirtschaftskrise daneben (auch) in der KPD „einen schmalen Saum von Kleinkriminalität und Prostitution“.<sup>82</sup> Bei den Männern handelte es sich überwiegend um Eigentumsdelikte wie Diebstahl, Betrug, Unterschlagung und Hehlerei, aber auch um Körperverletzung, bei Frauen meist um voreheliche „Gewerbeunzucht“, also vorwiegend Armutsprostitution. Im Parteipparat waren außerdem kleinere, aber auch großangelegte Unterschlagungen von Beitragsgeldern keine seltenen Ausnahmefälle.<sup>83</sup>

## Parteibefehl von oben – Eigensinn dagegen unten

Mitte der 1990er Jahre beschäftigte die fachwissenschaftliche Auseinandersetzung über die historische Bedeutung der KPD noch immer die Frage, ob deren Stalinisierung infolge der externen Steuerung durch die Komintern früher einsetzte oder sich diese erst zu einem späteren Zeitpunkt unter der Ägide Thälmann manifestierte.<sup>84</sup> Im Wesentlichen

---

willige Kohorten der Revolution (wie Anm. 56), S. 156 f.

<sup>81</sup> Arthur Rosenberg, *Geschichte der Weimarer Republik* [1935], Frankfurt a. M. 1961, S. 199. Lokalbezogene Studien bestätigen diesen Befund. Vgl. Arne Andersen, „Lieber im Feuer der Revolution sterben, als auf dem Misthaufen der Demokratie verrecken!“ Die KPD in Bremen von 1928–1933. Ein Beitrag zur Bremer Sozialgeschichte, München 1987, S. 207–229 und Matthias Schartl, *Rote Fahnen über Flensburg. KPD, linksradikale Milieus und Widerstand im nördlichen Schleswig-Holstein 1919–1945*, Flensburg 1999, S. 104–115.

<sup>82</sup> Dazu und zum Folgenden: Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik* (wie Anm. 57), S. 101; explizit: Eve Rosenhaft, *Organising the ‘Lumpenproletariat.’ Cliques and Communists in Berlin during the Weimar Republic*, in: Richard J. Evans (Hg.), *The German Working Class, 1888–1933. The Politics of Everyday Life*, London 1982, S. 174–219.

<sup>83</sup> Eumann, *Eigenwillige Kohorten der Revolution* (wie Anm. 56), S. 150 f.; Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik* (wie Anm. 57), S. 158. Solche Unterschlagungen allein der KPD anzulasten, wäre indes verfehlt, denn es handelte sich um ein verbreitetes Phänomen in der Arbeiter/innenbewegung insgesamt.

<sup>84</sup> Formell waren die Mitgliedsorganisationen zur Einhaltung der vom Plenum des II. Weltkongresses der Komintern am 6. August 1920 angenommenen „21 Bedingungen für die Aufnahme in

schiene sich dabei die vor Jahrzehnten von Ossip K. Flechtheim und Hermann Weber vorgelegten bahnbrechenden Darstellungen zu bestätigen. Erst im Zuge der Kontroverse über die adäquaten Methoden der Parteigesichtsschreibung in diesem spezifischen Zusammenhang verschob sich die Forschungsperspektive von der Politikwissenschaft mit ihrer Perspektive nach „oben“ hin zu einer mehr differenzierenden Sozialgeschichte, die endogene sozioökonomische und kulturelle Faktoren einer realen Bewegung nicht nur berücksichtigte, sondern auch stärker gewichtete.<sup>85</sup> In Mikrostudien über die „roten“ urbanen Bezirke ist beispielsweise ein Bedeutungsverlust parteipolitischer Ideologien und Institutionen in proletarischen Nachbarschaftsmilieus festgestellt worden, deren Zusammenhalt sich zunehmend auf die Regeln und Rituale einer radikalen Kiezkultur stützte, die eigene Prioritäten setzte und somit das soziale Handeln der Akteure bestimmte.<sup>86</sup> Dabei hat die neuere

die Kommunistischen Internationale“ verpflichtet. Demnach waren alle Beschlüsse des Kominternkongresses und des EKKI für alle angeschlossenen Parteien „bindend“ (Bedingung 16). Die von den Mitgliedsparteien vorab auszuarbeitenden kommunistischen Programme waren genehmigungspflichtig (Bedingung 15). Die Presse-, Parlaments- und Gewerkschaftsarbeit der Ländersektionen waren den Beschlüssen der Komintern unterworfen (1, 2, 9, 18). Darüber hinaus waren die Ländersektionen dazu angehalten, ihre Mitglieder zur „eisernen Disziplin“ anzuhalten (12) und all jene abzurufen oder auszuschließen, die nicht konsequent genug für die revolutionäre Politik eintraten (1, 2, 7, 11, 13, 20, 21). Jede Ländersektion war gegenüber den „Sowjetrepubliken“ beistandspflichtig (14). Lenins 21 Punkte. Vgl. II. Kongress der III. Internationale in Moskau. Reden und Beschlüsse der Delegierten Lenin, Radek, Dr. Levi, Serrati, Berlin 1920. Zur internen Diskussion: Alexander Vatlin, *Das Jahr 1920. Der zweite Kongress der Kommunistischen Internationale*, Berlin 2019, S. 95–100.

<sup>85</sup> Kevin McDermott, Hermann Webers Konzept der „Stalinisierung“ der KPD und der Komintern. Eine kritische Bewertung, in: JHK, 2008, S. 197–206, hier S. 204; Norman LaPorte, „Something Old, Something New, Something Borrowed and Something Blue“: Recent Literature in Communist Studies, in: *Moving the Social. Journal of Social History and the History of Social Movements*, 55 (2016), S. 113–140, hier S. 135.

<sup>86</sup> Sozialräumlich mit dem Fokus auf Berlin-Kreuzberg Pamela E. Swett, *Neighbors and Enemies. The Culture of Radicalism in Berlin, 1929–1933*, Cambridge / New York 2004, S. 187. Swett zufolge war der politische Radikalismus in erster Linie eine lokale Reaktion auf die Aushöhlung kultureller Normen und Machtstrukturen in den Berliner Stadtvierteln und nicht das Produkt von Parteikontrolle oder Ideologie. Vgl. ebd., S. 294. Wie eine zunehmende Territorialisierung von Politik durch Gewalt das Misstrauen und Feindschaften in den nachbarschaftlichen Nahbeziehungen anfachte und damit zur Erosion des linken Basismilieus führte, zeigt exemplarisch Joachim C. Häberlein, *Kameradschaft mit dem Messer? Zum Zerfall des linksproletarischen Milieus in Leipzig am Ende der Weimarer Republik*, in: AfS, 53 (2013), S. 223–243.

Sozialgeschichte durchaus eigensinnige Verhaltensformen einer Mitgliedschaft festgestellt, in der die Bindungs- beziehungsweise Beharrungskräfte eines noch weitgehend kohärenten, tendenziell interfraktionellen linksproletarischen Milieus wirkten. Dadurch seien die strukturellen Einflussmöglichkeiten von „außen“ („Stalin“ und EKKI in Moskau) oder/und von „oben“ (Parteizentrale der KPD) beschränkt worden.

Zur Debatte stand in diesem Kontext wieder das Postulat eines Transformations- beziehungsweise Deformationsprozesses einer hinsichtlich ihrer Entscheidungsfindung anfänglich noch demokratischen Partei zur „Bolschewisierung“ und dann zu einer bürokratisierten Appartherrschaft, in der ein mittels Ausschließungen beziehungsweise Säuberungen gleichgeschalteter Kaderstamm regierte:

Stalinisierung heißt Veränderung der inneren Parteistruktur, Entstehung einer monolithischen, straff disziplinierten und zentralisierten Organisation, in der die Führung mit Hilfe des hierarchisch aufgebauten Parteiapparats (d. h. der hauptamtlichen, von der Partei bezahlten Funktionäre) die Mitglieder beherrscht und die Politik im Sinne und entsprechend den Weisungen der Stalinischen KPdSU bestimmt.<sup>87</sup>

Auf diese Weise sei im Zuge der Implementierung einer „Partei neuen Typs“ ab 1924 der innerparteiliche „demokratische Zentralismus“ nach dem Lenin'schen Modell sukzessive zugunsten einer bolschewistischen Kaderorganisation abgeschafft worden.<sup>88</sup>

Mallmann kritisierte das politikwissenschaftliche Paradigma einer von außen der KPD aufgezwungenen Stalinisierung als „ein Dogma ohne Menschen, einer Appartherrschaft ohne Subjekte“. Darin sei ausgeblendet worden, dass der Kommunismus kein „monolithisches, eindimensional definiertes System“ darstellte, sondern „eine soziale Massen-

---

<sup>87</sup> Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1969, S. 8; Brigitte Studer, *Stalinization: Balance Sheet of a Complex Notion*, in: Norman LaPorte / Kevin Morgan / Matthew Worley (Hg.), *Bolshevism, Stalinism and the Comintern. Perspectives on Stalinization, 1917–53*, Basingstoke / New York 2008, S. 45–65, hier S. 49 f.

<sup>88</sup> Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus* (wie Anm. 87), S. 97.

bewegung von ‚gewöhnlichen Leuten‘ gewesen ist“, welche die „Politik vor Ort nach ihren eigenen Maßstäben gestalteten“. Dem Diktat von Programm und Richtlinie habe – mal mehr, mal weniger – die „Eigengesetzlichkeit“ der Subjekte entgegenstanden. Mit ihrem Elitenkonzept und dem Primat der Politik habe die Forschung schlichtweg die „propagandistische Attitüde mit der Wirklichkeit“ verwechselt.<sup>89</sup>

Wirsching dagegen wandte sich gegen die Überbewertung der Eigengesetzlichkeit der parteiaffinen Milieus. Freiräume und individuelle Entscheidungsfreiheiten seien an der Parteibasis kaum vorhanden gewesen. Überhaupt müsse der KPD, die zudem als wesentlich frühzeitiger bolschewisiert einzuschätzen sei als bis dahin üblich, jedwede demokratische Qualität abgesprochen werden.<sup>90</sup> Von Anfang an sei es in den bürokratischen Machtstrukturen, außer um „persönliche Macht- und Einflußrivalitäten“, nur „um Fragen der politischen *Taktik* gegangen, nicht aber um grundsätzliche Alternativen zum gewaltsamen bolschewistischen Modell“.<sup>91</sup> Da sie wesentliche programmatische Aspekte einer Avantgardepartei negiere, wurde dieser These eine mangelnde Differenziertheit vorgeworfen. Im Prinzip habe Bolschewisierung auf einer Identifikation mit den ideologischen Prämissen des „demokratischen Zentralismus“ basiert. Genau diese Leitlinie sei eben „von den Beteiligten als Handlungsrichtschnur akzeptiert“ worden. Im Gegensatz dazu kennzeichne Stalinisierung eine besondere Form autoritärer Herrschaft, mittels derer sich Macht innerhalb des Organisationsgefüges von oben nach unten durchsetzen konnte. Stalinistische Herrschaft funktionierte insofern als personales Netzwerk innerhalb hierarchisierter Strukturen, in dem „[p]ersönliches Vertrauen, gegenseitiger Beistand und uneingeschränkte Loyalität“ eingefordert wurde, Abhängigkeiten ge-

<sup>89</sup> Klaus-Michael Mallmann, Milieu, Radikalismus und lokale Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 21 (1995), 1, S. 5–31, hier S. 5 f.

<sup>90</sup> Bolschewisierung und Stalinisierung stehen z. B. mehr oder weniger synonym bei Ossip K. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik* [1948], 4. Aufl., Hamburg 1986, S. 170 ff.

<sup>91</sup> Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?* (wie Anm. 7), S. 198.

schaffen wurden und direkte Kritik an der Führungsclique verpönt waren.<sup>92</sup>

Was Bolschewisierung und Stalinisierung indes einte, war die ihnen gemeinsame Tendenz zum zentralisierten Bürokratismus sowie eine auf einem befehlsförmigen Autoritarismus basierende Hegemonie der Funktionärsriege. Gleichwohl waren die Kommandostrukturen aber nicht durchgängig „top down“ auf die kommunistische Bewegung übertragbar und machten sich daher im Alltag nur oberflächlich bemerkbar. Zudem waren Bürokratismus, Zentralismus oder Autoritarismus beileibe kein parteikommunistisches Novum, sondern gleichermaßen in der deutschen Arbeiter/innenbewegung allgemein manifestiert. Schon in der alten „sozialdemokratischen Bewegung reproduzierten sich also – gewiß zwangsläufig, aber dennoch in unnötig breiter, vielfältiger und vor allem unbewußter Weise – die autoritären Sozialisationsmuster der Gesellschaft“.<sup>93</sup> In Familie, Schule und Lehrlingszeit prägte eine autoritäre primäre und sekundäre Sozialisation mit einem dementsprechend vermittelten Werte- und Bildungshorizont die mentalen Grunderfahrungen der unteren Klasse. Seit der frühen Industrialisierung bestimmten Repressalien und Reglementierungen den proletarischen Arbeitsalltag. Erst zaghaft vor, dann im sowie – verstärkt – nach dem Ersten Weltkrieg formierte sich erstmals eine aus den neu zusammengesetzten Belegschaften bestehende Basisbewegung gegen das patriarchale Disziplinarsystem in den Betrieben.<sup>94</sup> Wie bereits Robert Michels ausführte, bestand in der SPD des Kaiserreichs eine immanente Tendenz zur Oligarchie. Auch in der sozialdemokratischen Parteihierarchie wurden Organisationspatriotismus und Disziplin kultiviert, was eine „zentralistische[.] Lenkung und Füh-

---

<sup>92</sup> Hoppe, In Stalins Gefolgschaft (wie Anm. 24), S. 70 u. S. 72.

<sup>93</sup> Hurwitz / Sühl, Autoritäre Tradierung und Demokratiepotential (wie Anm. 44), S. 63.

<sup>94</sup> Vgl. Weitz, Creating German Communism (wie Anm. 43), S. 18 ff.; allgemein: Walter Sauer (Hg.), Der dressierte Arbeiter. Geschichte und Gegenwart der industriellen Arbeitswelt, München 1984; Peter N. Stearns, Arbeiterleben. Industriearbeit und Alltag in Europa, Frankfurt a. M. / New York 1980.

„rung“ voraussetzte und deshalb im Prinzip nicht zur Disposition stand.<sup>95</sup>

Stalinisierung indessen ging weit über die Begleiterscheinungen einer autoritär-formierten Bürokratisierung hinaus. Etwa wenn kommunistische Funktionäre auf idealtypische „bolschewistische Rollenbilder und Verhaltensweisen“ eingeschworen wurden, in denen Disziplin, Konspiration, einer „bolschewistischen Sprache“ sowie spezifischen Ritualen der Selbstkritik und der gegenseitigen Denunziation eine essenzielle Bedeutung zukam.<sup>96</sup> Eine ausgreifende Kontrolle des Alltagsverhaltens und die Begutachtung der Persönlichkeiten der Kader sollte die Befolgung der jeweils aktuellen Parteilinie garantieren. Der Aufrechterhaltung der Disziplin dienten auch die häufigen Versetzungen der Kader, die einer engeren Verbindung mit der Basis entgegenwirken sollten. Zudem beherrschte die Furcht vor einer Unterwanderung durch unerwünschte Neuzugänge aus der Sozialdemokratie oder durch potenzielle „Provokateure“ (Spitzel und V-Leute der Polizei und des politischen Gegners) das innere Klima – zwangsläufig war Misstrauen ein allgegenwärtiges Phänomen in der Partei. Kommunistische Funktionäre in Westeuropa stellte die Komintern-Führung quasi unter Pauschalverdacht: „Mit dem Aufbau der Kaderabteilungen und der Speicherung der Lebensläufe der einzelnen Funktionäre wurde dieses Misstrauen institutionalisiert.“<sup>97</sup>

Das sowjetrussische Kadermodell erwies sich zudem als nicht kompatibel mit den deutschen Verhältnissen. Denn hier gab es einen „Grundkonflikt zwischen dem Bedürfnis nach Massenrückhalt einerseits und elitärem Selbstverständnis andererseits“.<sup>98</sup> Sprachbarrieren und Verständigungsprobleme taten sich zwischen den obersten Instanzen und der Basis auf. Jenseits der Zugriffsmöglichkeiten der Zentrale wurden die Auswahlkriterien lascher und die Aufnahmepraxis weniger restriktiv gehandhabt:

<sup>95</sup> Hurwitz / Sühl, *Autoritäre Tradierung und Demokratiepotential* (wie Anm. 44), S. 55.

<sup>96</sup> Hoppe, *In Stalins Gefolgschaft* (wie Anm. 24), S. 249 f.

<sup>97</sup> Ebd., S. 264.

<sup>98</sup> Ebd.

Je niedriger die Ebene angeordnet war, auf denen kommunistische Funktionäre tätig wurden, desto stärker scheinen konkurrierende Identitäten, Lokalpatriotismus und alte Bindungen sowie auch abweichende Meinungen gewirkt zu haben.<sup>99</sup>

Dagegen waren die Beziehungen der höchsten hauptamtlichen Führungsgruppen untereinander – unabhängig von der stalinistischen Machtausübung – angeblich durch eine „hierarchische[.] Rangordnung“ bestimmt. Dadurch sei eine Atmosphäre „permanenter Konspiration“ entstanden, in der „Indifferenz zu allgemeinen Regel wurde“ und es vorrangig darum ging, „die Stufenleiter zu erklimmen“.<sup>100</sup> Neben „Rivalitäten“ um „Privilegien“ oder den „Machterhalt“ hätten „persönliche Abneigungen“, aber auch „Freundschaften“ die innerparteilichen Auseinandersetzungen bestimmt.<sup>101</sup> Ob die zugespitzte These eines durchweg amoralischen Funktionärskorps Allgemeingültigkeit beanspruchen kann und in ihrer Pauschalität generell für höhere Kader der KPD zutrifft, ist fraglich und bedarf einer gründlichen Untersuchung.

Obschon sich die linksstehenden Lager von SPD und KPD weiter verfestigten, was sich ab 1926/27 in einer zunehmend separierten Feiernkultur und Demonstrationspraxis niederschlug,<sup>102</sup> rangierte die bloße

Sicherung des Überlebens [...] für viele weit ‚vor‘ der jeweils richtigen (Partei-)Linie. Das hieß vieles – und dies gleichzeitig: Aushalten andauernder Existenzangst im konjunkturellen Auf und Ab; Balancieren zwischen vermehrten Angeboten einer kommerziellen ‚Massenkultur‘ und der zumal für Jüngere drückenden Abhängigkeit von besonders niedrigen Löhnen; Sich-Behaupten gegen die nicht selten harte Hand

---

<sup>99</sup> Ebd., S. 274.

<sup>100</sup> Giulio Ceretti zitiert nach: Georges Haupt, Internationale Führungsgruppen in der Arbeiterbewegung, in: Otto Brenner Stiftung (Hg.), Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung (= Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung; Bd. 5), Frankfurt a. M. / Köln 1976, S. 195–217, hier S. 206.

<sup>101</sup> Weber / Herbst, Deutsche Kommunisten (wie Anm. 38), S. 29 f.

<sup>102</sup> Nach 1928 waren keine gemeinsamen Mai-Demonstrationen von SPD/KPD mehr möglich. Arne Andersen, „Auf die Barrikaden, erstürme die Welt, du Arbeitervolk!“. Der 1. Mai, die Kriegslinke und die KPD, in: Inge Marßolek (Hg.), 100 Jahre Zukunft. Zur Geschichte des 1. Mai, Frankfurt a. M. / Wien 1990, S. 121–143, hier S. 140 ff.



expandierender Sozial-Verwaltungen in Kommunen und (Groß-)Betrieben. ‚Politische‘ Optionen blieben fast immer auf den Bereich formalisierter Politik beschränkt, blockierten also nicht wechselseitig Aus- und Nothilfe z. B. zwischen Familien, die entweder KPD oder Zentrum wählten.<sup>103</sup>

Zwar wurde durch die Oktroyierung des sowjetrussischen Idealtypus ein auf persönlichen Loyalitätsbeziehungen beruhendes Abhängigkeitsverhältnis befördert, doch selbst die unmittelbar involvierten Protagonisten handelten weder unabhängig davon, noch agierten sie als „willenlose Marionetten Moskaus“, wie Bert Hoppe mit Verweis auf den leitenden Funktionärsapparat der KPD anmerkt.<sup>104</sup> Dass das „Zentrum“ des sowjetischen Blocks keineswegs strikt „von oben“ bis in die „Peripherie“ durchregierte, weil in den Regionen sozioökonomische Spezifika und Problemstellungen die Willensbildung der Kader vor Ort bestimmten, ist inzwischen bestätigt worden.<sup>105</sup>

Ein grundlegendes Strukturelement der Bolschewisierung der KPD war die Reorganisation ihrer Basiseinheiten, was nicht zuletzt unter den Bedingungen einer künftig wieder zu erwartenden Illegalität als probate Maßnahme galt. Der seit dem Gründungsparteitag der KPD auf der untersten Ebene existierende Dualismus von Betriebs- und Wohnbezirksorganisationen<sup>106</sup> wurde bei der ersten Umstrukturierung der Partei im Mai 1920 zwar beibehalten, aber die Vorrangstellung bei der Mitgliedererfassung besaßen seither die Wohnbezirke, was der zwischenzeitlich

<sup>103</sup> Alf Lüdtke, *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*, Hamburg 1993, S. 231.

<sup>104</sup> Hoppe, In *Stalins Gefolgschaft* (wie Anm. 24), S. 14.

<sup>105</sup> Norman LaPorte, *Introduction: Local Communisms within a Global Movement*, in: *Twentieth Century Communisms: A Journal of International History*, 5 (2013), S. 7–20.

<sup>106</sup> In seinem auf dem Gründungsparteitag der KPD gehaltenen Organisationsreferat hatte Hugo Eberlein bereits für eine „elastische“ bzw. „aktionsfähige“ Organisationsform des Parteiapparats plädiert, die die Mitglieder vorzugsweise als Beschäftigte der Großbetriebe auf der Basis eines betrieblichen Vertrauensleutesystems zusammenführte. Dort, wo Wohnung und Arbeitsstätten weiter auseinanderlügen, sowie zur Integration der Erwerbslosen, könne die eingeführte Organisierung nach Wohnbezirken beibehalten werden. Vgl. Hermann Weber (Hg.), *Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/19*, Berlin 1993, S. 246 f.

getroffenen Entscheidung für die Beteiligung an den Parlamentswahlen Rechnung trug.<sup>107</sup> Erst im Zuge der Bolschewisierung wurde die seit dem Kaiserreich auch in der Sozialdemokratie zur Führung von Wahlkämpfen eingeführte Gliederung nach Wohnbezirksorganisationen aufgegeben. Die Umstellung auf Betriebszellen war ein deutliches Anzeichen dafür, dass nicht länger Wahl- sondern Wirtschaftskämpfe auf der obersten Agenda der Partei standen. Priorität hatte der Ausbau kommunistischer Stützpunkte in den Freien Gewerkschaften. Als „unterste organisatorische Einheit der Partei“ erhielten die Betriebszellen den Auftrag, „alle Arbeiter den gewerkschaftlichen Organisationen zuzuführen und durch die Eroberung des Funktionsapparates einer revolutionären Führung den Weg zu ebnen“.<sup>108</sup> Bis zur vollständigen Umsetzung dieser Vorgabe sollten Straßenzellen provisorisch die Wohnorganisation ersetzen.<sup>109</sup> Dass sich die als Interimseinrichtung für den Übergang gedachte Organisation auf nachbarschaftlicher Grundlage verstetigte, war dem Umstand geschuldet, dass die erwerbslosen Genossen und Genossinnen keinen Anschluss an die Betriebszellen fanden. Selbst die in Erwerbsarbeit beschäftigten Mitglieder bevorzugten die Straßenzellen, die sich – entgegen aller Bezirksdirektiven – in einigen Großstädten zu Sammelbecken aller Genossen entwickelten. Im Arbeitsalltag hingegen, insbesondere im Schichtsystem, erwiesen sich Betriebszellen für die Parteiaktivitäten ebenso wenig praktikabel wie für die ihnen vordringlich zugewiesene Aufgabe: die Beitragskassierung. Ihre übergeordnete Zielsetzung, von der bloßen Propaganda im öffentlichen Raum über die Standbeine in den Betrieben zur politischen Aktion zu gelangen, geriet unter den Bedingungen der Massenerwerbslosigkeit zur Leerformel. 1929 basierte die KPD nur zu rund 19 Prozent auf Betriebszellen, im Unterschied zu den 54 Prozent in den Straßen-

---

<sup>107</sup> Andersen, „Lieber im Feuer der Revolution sterben“ (wie Anm. 81), S. 47.

<sup>108</sup> Der Parteiarbeiter. Monatsschrift für die Praxis revolutionärer Organisationsarbeit, 3 (1925), Nr. 2 (Sonderbeilage), S. 5. Vgl. auch Paul Merker, Betriebszellen und Gewerkschaftsfraktion, in: ebd., 3 (1925), Nr. 1, S. 11–13.

<sup>109</sup> Die Rolle der Straßenzellen, in: Ebd., 3 (1925), Nr. 2, S. 39–42.

zellen ein Jahr zuvor.<sup>110</sup> Diese selbst verordnete Schwerpunktsetzung war sicherlich auf den Umstand der wachsenden Erwerbslosigkeit unter den Mitgliedern zurückzuführen, war aber auch ein Zugeständnis an die Befindlichkeiten der Basis. Auf die verordnete Revision der Parteistruktur reagierten nicht zuletzt die unteren Einheiten des Apparats mit Widerstreben; wobei sich vereinzelt sogar ein Befremden über den russischen Fremdimport artikulierte. Infolgedessen erhöhte sich von 1928 bis 1932 der Mitgliederanteil der Straßenzellen sprunghaft, während derjenige der Betriebszellen im Zusammenhang mit der Massenerwerbslosigkeit stetig abnahm.<sup>111</sup> Das Provisorium Straßenzellen war ein über Jahre kontrovers diskutiertes Thema und blieb ein ungelöstes Problem. Bis zum Ende der Partei konnte der strukturelle Dualismus der Organisationsform auf unterster Ebene nicht beseitigt werden.<sup>112</sup>

### **Eigengesetzlichkeit der links-proletarischen Milieus: Mythos oder Realität?**

Aus der formalen Erfassung der Basis, ob in Betriebs- oder Straßenzellen, lassen sich allerdings nur wenige Rückschlüsse auf die Lebenswelt und die sozialen Beziehungsverhältnisse in den Arbeiterquartieren ziehen. Nach Wirsching bildete das „kommunistische Milieu politisch, ökonomisch und kulturell eine radikale Gegenwelt zum demokratisch verfaßten und privatwirtschaftlich organisierten Weimarer Staat“.<sup>113</sup> Mallmann hingegen konturiert eine „Nischengesellschaft“, die sich nicht lebensweltlich absonderte, sondern sowohl innerhalb der proletarischen Milieus als auch partiell gesamtgesellschaftlich integrierte. Im Grunde widersprechen aber selbst jene Befunde, die der KPD eine mal mehr, mal weniger ausgeprägte Außensteuerung durch die Moskauer Zentralinstanz attestieren, keineswegs Mallmanns Auffassung einer intern

<sup>110</sup> Vgl. dazu Eumann, *Eigenwillige Kohorten der Revolution* (wie Anm. 56), S. 272 u. S. 280.

<sup>111</sup> 1930 wurden nur noch 14,70 Prozent der Mitglieder über Betriebszellen erfasst. Ebd., S. 272 u. S. 279.

<sup>112</sup> Vgl. ebd., S. 257–280; Weitz, *Creating German Communism* (wie Anm. 42), S. 155.

<sup>113</sup> Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?* (wie Anm. 7), S. 195.

durchexerzierten Machtpolitik. Nur habe eben „die Parteiwirklichkeit durchaus nicht bolschewistischen Maximen entsprochen“. <sup>114</sup>

In Anbetracht bis in die Kaiserzeit zurückreichender gemeinsamer nachbarschaftlicher Herkunftsbezüge und Beziehungsverhältnisse in einer sozial homogenen Lebenswelt, einer gemeinsamen Freizeitkultur und der sich überschneidenden Organisationserfahrungen habe die Partebasis wenig Neigung gezeigt, den „oben“ beschlossenen Direktiven ohne weiteres Folge zu leisten, insbesondere dann nicht, wenn sie ihren Eigeninteressen zuwiderliefen. <sup>115</sup> Nachhaltig wirksame Traditionsbindungen im einst gemeinsamen sozialdemokratischen Lager über mehrere Generationen hinweg, die intermediäre Stellung der USPD sowie die enorme Fluktuation zwischen den Arbeiter/innenparteien verstärkten den gemeinsamen Milieuhintergrund und boten demnach Optionen für Sonderwege. So etwa erhielt der leitende Sekretär des Polbüros, Heinrich Brandler, auf dem VIII. Parteitag der KPD, Ende Januar 1923, eine Mehrheit für seinen Antrag zugunsten einer erweiterten Einheitsfronttaktik. Gemeinsam mit den Sozialdemokraten gebildete Arbeiterregierungen seien seiner Meinung nach dazu geeignet, „im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf proletarische Organe und proletarische Massenbewegungen, Arbeiterpolitik zu treiben“. <sup>116</sup> In Sachsen und Thüringen, wo die linke Fraktion innerhalb der SPD und die „rechte“ Fraktion der KPD tonangebend waren, kam es daraufhin am 10. beziehungsweise am 16. Oktober 1923 jeweils zu rot-roten Koalitionsregierungen. Dagegen intervenierte Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) mittels einer Notverordnung, die eine Reichsexekution gegen die Länder Sachsen (29. Oktober) und Thüringen (6. November) verfügte, um mithilfe der Reichswehr den

---

<sup>114</sup> Klaus-Michael Mallmann, Gehorsame Parteisoldaten oder eigensinnige Akteure? Die Weimarer Kommunisten in der Kontroverse – eine Erwiderung, in: VfZ, 47 (1999), 3, S. 401–415, hier S. 411.

<sup>115</sup> Vgl. dazu auch Teresa Dapp, Kommunistische Milieus in der Weimarer Republik. Ein Forschungsbericht, in: AfS, 50 (2010), S. 503–540, S. 506 f.; Rosenhaft, *Beating the Fascists?* (wie Anm. 17), S. 17 f.

<sup>116</sup> Vom 10.–29.10.1923 amtierte Brandler als Leiter der Staatskanzlei der kurzlebigen sozialdemokratisch/kommunistischen Regierung in Sachsen.

unerwünschten Experimenten ein Ende zu setzen.<sup>117</sup> Kurz zuvor, am 13. Oktober, hatte die Regierung Ebert mit den Stimmen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein Ermächtigungsgesetz erlassen, das wesentliche sozialpolitische Errungenschaften seit der Novemberrevolution wie den Achtstundenarbeitstag abschaffte. Dass die kurzlebigen Projekte der Regierungsbeteiligungen auf Länderebene gegen den Willen von Teilen der Parteispitze umgesetzt werden konnten, ist wiederum auf eine „abschwächende Wirkung der Milieubeziehungen für den kommunistischen ‚Parteibefehl‘“ zurückgeführt worden.<sup>118</sup> Dabei war und ist nicht abschließend definiert worden, wie weit die Basis der Bewegung reichte und inwieweit diese insgesamt erfassbar ist: „In der Literatur gibt es keine einheitliche Ansicht darüber, ob die KPD-Wähler überhaupt zu den Kommunisten zu zählen sind, oder ob nur Parteimitglieder unter diese Kategorie fallen.“ Mehr noch: „Betrachtet man aber das Selbstverständnis des Einzelnen als grundlegend, so konnte auch Kommunist sein, wer nicht (mehr) der KPD angehörte und sie möglicherweise nicht einmal wählte.“<sup>119</sup>

In Anlehnung unter anderem an das von Mario Rainer Lepsius formulierte Axiom der sozialmoralischen Milieus hat Detlef Schmiechen-Ackermann den Versuch unternommen, den Stellenwert des soziokulturellen Beziehungssystems der Arbeiter/innenschaft näher zu ergründen

<sup>117</sup> Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, dass die Komintern im Zuge ihrer Aufstandsplanung der KPD am 1. Oktober den Eintritt der KPD in beide Länderkabinette telegraphisch anordnete, um eine strategisch günstige Ausgangsbasis für die für den Oktober 1923 geplante Aktion zu schaffen. Vgl. Werner T. Angress, *Stillborn Revolution – Die Kampfzeit der KPD*, Wien 1973, S. 436 f.; Marie-Luise Goldbach, *Karl Radek und die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1918–1923*, Bonn 1973, S. 130; Wolf-Dietrich Gutjahr, *Revolution muss sein. Karl Radek – die Biographie*, Köln / Weimar / Wien 2012, S. 585 u. 588.

<sup>118</sup> Stefan Kachel, *Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949*, Köln / Weimar / Wien 2011, S. 34; Timo Leimbach: *Parlamentarische Integration versus Stalinisierung? Die KPD-Fraktion im Landtag von Thüringen 1920–1932*, in: JHK, 2018, S. 43–60. Mit Bezug auf Sachsen: William Carl Mathews, *The Rise and Fall of Red Saxony*, in: David E. Barclay / Eric D. Weitz (Hg.), *Between Reform and Revolution. German Socialism and Communism from 1840 to 1990*, New York / Oxford 1998, S. 293–313; Norman LaPorte, *The German Communist Party in Saxony, 1924–1933. Factionalism, Fratricide and Political Failure*, Bern / Berlin / Frankfurt a. M. 2003, S. 18.

<sup>119</sup> Dapp, *Kommunistische Milieus* (wie Anm. 115), S. 509 u. S. 512.

und deren mentale Eindringtiefe sowie gesellschaftliche Reichweite auszuloten.<sup>120</sup> Im Zuge der fortschreitenden Industrialisierung hat sich demzufolge „entlang bestimmter konfessioneller, sozial-ökonomischer und regionaler Konfliktlinien“ in Abgrenzung zu den beiden großen, konfessionell und/oder weltanschaulich grundierten Gesinnungsgemeinschaften ein proletarisches Sozialmilieu herausgebildet und damit die Fragmentierung der Gesellschaft zementiert.<sup>121</sup> Wie jede andere Teilgruppe der Gesellschaft prägte das Proletariat unter den klassenspezifischen Lebens- und Arbeitsbedingungen eigenständige Lebensweisen aus – eine sozialistische „Arbeiterbewegungskultur“, die die Sphären von Politik und Alltag miteinander verknüpfte, indem sie „zwischen politischem Engagement und alltäglicher Lebenswelt“ vermittelte.<sup>122</sup>

Mit den sozialistischen Vorfeldorganisationen eröffnete sich dem „klassenbewußten Arbeiter“ eine eigene „Milieuwelt“, die sich „idealtypisch von der am Arbeitsplatz organisierten gewerkschaftlichen Interessenvertretung über den Nachbarschaftszusammenhang in einer sozialdemokratisch geführten Baugenossenschaft bis zu Freizeitaktivitäten im Arbeitersportverein, bei den Arbeitersängern oder den Naturfreunden erstreckte[.]“.<sup>123</sup> Dieses proletarische Beziehungsgefüge prägte und strukturierte einen klassenspezifischen „Kultursozialismus“, durch den, so der Befund, die „gewonnenen Sympathisanten enger an die Partei gebunden werden könnten“.<sup>124</sup> Diese „Gesinnungsgemeinschaft“

---

<sup>120</sup> Vgl. dazu die Definitionen des Milieubegriffs als analytische Kategorie von Detlef Schmiechen-Ackermann, Nationalsozialismus und proletarische Quartiersmilieus. Anpassungs- und Verweigerungsverhalten in großstädtischen Arbeitervierteln, in: *Comparativ. Zeitschrift für Globalgeschichte und Vergleichende Gesellschaftsforschung*, 9 (1999), 2, S. 43–56, hier S. 43 ff.

<sup>121</sup> Detlef Schmiechen-Ackermann, Nationalsozialismus und Arbeitermilieus. Der nationalsozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen (= Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 47), Bonn 1998, S. 437 ff.

<sup>122</sup> Ebd., S. 441. Dazu auch Wolfgang Kaschuba, Lebenswelt und Kultur der unterbürgerlichen Schichten im 19. und 20. Jahrhundert, München 1990, S. 31; Franz Walter / Helge Matthiesen, Milieus in der modernen deutschen Gesellschaftsgeschichte. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, in: Schmiechen-Ackermann (Hg.), *Anpassung – Verweigerung – Widerstand* (wie Anm. 8), S. 46–69, hier S. 51.

<sup>123</sup> Schmiechen-Ackermann, Nationalsozialismus und Arbeitermilieus (wie Anm. 121), S. 441.

<sup>124</sup> Ebd.

bildete spezifische „Milieustrukturen und -agenturen“, die durch fünf Grundelemente zusammengehalten wurden:

1. kollektive Erfahrungen und Problembewältigungsstrategien am Arbeitsplatz und in der gewerkschaftlichen Interessenvertretung, 2. Intensive nachbarschaftliche Bindungen in industriell und arbeiterkulturell geprägten Arbeiterwohnquartieren, 3. Kollektive Formen der Freizeitgestaltung in den Vereinen der Arbeiterbewegungskultur, 4. Die Bindung an spezifische, aus der Tradition der Arbeiterbewegung heraus entwickelte und in der Familie von Generation zu Generation weitervermittelte weltanschauliche Deutungsmuster [...], 5. Eine spezifische proletarische Fest- und Feiertagskultur.<sup>125</sup>

Infolge einer „Ausdifferenzierung des Organisationsnetzes und d[er] Ausdehnung des Personalbestandes“ hätten die Arbeiter/innenmilieus in der Weimarer Republik sogar noch „an Dichte, Stabilität, an Bindekräften, auch an materiellen Ressourcen und nicht zuletzt an weiter Resonanz“ hinzugewonnen und damit ermöglicht,

im größeren Umfang mit der Sozialisation der Kinder zu beginnen, die Frauen aktiv zu integrieren, Wohlfahrtsleistungen zu erbringen, fürsorglich tätig zu werden und sich eine eigene Infrastruktur [...] zu schaffen. Die Organisation und ihre Freizeitangebote wurden unentbehrlich, nicht nur für die sozialistischen Aktivisten, sondern auch Arbeiter, die von Erfurter und Heidelberger Programmen nichts verstanden und sich für die Flügelskämpfe in SPD und KPD nicht interessierten. Ihre ideologische Bindung reichte nicht tief, aber die Bindung im Milieu war da und hielt – durch die Vereine.<sup>126</sup>

In zahlenmäßiger Hinsicht spielten die beiden großen Linksparteien „keine dominierende Rolle“ in den sozialistischen Milieus. Eine quantitative Gewichtung der Organisationen des sozialistischen Arbeiter/innenmilieus nach dem Drei-Säulen-Modell – Gewerkschaften, Parteien sowie Milieuvereine einschließlich Genossenschaften – ergibt für das

<sup>125</sup> Ebd., S. 445.

<sup>126</sup> Walter / Matthiesen, Milieus in der modernen deutschen Gesellschaftsgeschichte (wie Anm. 122), S. 51.

Jahr 1932 folgende Relationen: rund 3,5 Mio. Mitglieder Freier Gewerkschaften gegenüber rund 332.000 der *Revolutionären Gewerkschafts-  
Opposition* (RGO); etwa eine Million SPD-Mitglieder gegenüber 360.000 (bei 252.000 Abgerechneten) auf Seiten der KPD; rund drei Millionen Genossenschaftler/innen; 543.000 sozialdemokratische und 153.000 kommunistische Freidenker; 600.000 Mitglieder von Arbeiter/innen-Jugendorganisationen sozialdemokratischer Ausrichtung gegenüber 65.000 mit kommunistischen Affinitäten; 1.280.000 im Arbeiter/innensport Aktive mit sozialdemokratischer Einstellung im Verhältnis zu etwa 113.000 Aktiven mit kommunistischen Bindungen.<sup>127</sup> Dabei war die Politik der KPD einerseits auf die Abspaltung vom traditionellen Milieuzusammenhang angelegt, zielte andererseits aber auch auf die Absorption der gewachsenen Milieubindungen ab, indem sie „konkret auf bestimmte ideologische Gehalte der traditionellen sozialistischen Gesinnungsgemeinschaft“ rekurrierte.<sup>128</sup> Sowohl in der „sozialdemokratischen Solidargemeinschaft“ als auch in der kommunistischen Gesinnungsgemeinschaft bildeten die Funktionäre der Parteien und ihrer Nebenorganisationen ein „sich ausbildendes Gravitätszentrum innerhalb des sozialistischen Milieus“.<sup>129</sup>

In den „idealtypisch rekonstruierten Milieus“ besetzten die Wähler/innen der Linksparteien die „eher angelagerten Randbereiche[.]“. Im Wähler/innenlager war zunächst „eine gewisse Präferenz für die sozialistische Gesinnungsgemeinschaft“ vorhanden, ebenso „eine gewisse Affinität zum sozialistischen Milieu“.<sup>130</sup> Strukturell ausdifferenziert, existierte im letzten Jahr der Weimarer Republik demnach eine sozialis-

---

<sup>127</sup> Schmiechen-Ackermann, Nationalsozialismus und Arbeitermilieus (wie Anm. 121), S. 756. Vgl. auch Hartmann Wunderer, Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890–1933), Frankfurt a. M. 1980; Wilfried van der Will / Rob Burns, Arbeiterkulturbewegung in der Weimarer Republik. Eine historisch-theoretische Analyse der kulturellen Bestrebungen der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft, Frankfurt a. M. / Berlin / Wien 1982; dies. (Hg.), Arbeiterkulturbewegung in der Weimarer Republik. Texte – Dokumente – Bilder, Frankfurt a. M. / Berlin / Wien 1982.

<sup>128</sup> Schmiechen-Ackermann, Nationalsozialismus und Arbeitermilieus (wie Anm. 121), S. 456.

<sup>129</sup> Ebd. Vgl. auch Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus (wie Anm. 87), S. 364 ff.

<sup>130</sup> Schmiechen-Ackermann, Nationalsozialismus und Arbeitermilieus (wie Anm. 121), S. 457.



tische *Milieubasis* (Mitglieder der Arbeiterkultur- und -sportvereine sowie sozialistische Genossenschaften) in einer Größenordnung von vier bis fünf Millionen Angehörigen, dazu ein aktiver *Milieukern* der Funktionäre der Parteien einschließlich der Akteure in den Milieuvereinen, von denen etwa 40–60.000 der KPD und 200.000 der SPD nahestanden. Dem Randbereich des sozialistischen Milieus, dem sozialistischen Wähler/innenlager, werden insgesamt rund 13,3 Millionen Stimmgeber/innen zugerechnet.<sup>131</sup>

Solch imposante Dimensionen formaler Zustimmung sagen an sich nichts über die mentalen Dispositionen und Bewusstseinslagen in der Arbeiter/innenbewegung aus. Tiefverwurzelte Überzeugungen (Stichwort „Klassenbewusstsein“), die das Handeln der Akteure motivieren, werden durch bloße Quantifizierungen natürlich nicht reflektiert. In einer qualitativen Studie hat Erich Fromm auf empirischer Grundlage die Bewusstseinsstrukturen der unteren und mittleren Gesellschaftsschichten bis 1932 untersucht und kam dabei zu einem ambivalenten Ergebnis:

Auf der einen Seite scheint die tatsächliche Stärke der linken Parteien weit geringer gewesen zu sein, als es sich zahlenmäßig auf den ersten Blick vermuten ließ. Auf der anderen Seite gab es jedoch einen festen Kern höchst zuverlässiger Kämpfer, der groß genug war, um die weniger Militanten unter bestimmten Bedingungen mitzureißen, nämlich dann, wenn eine fähige Führung und eine richtige Einschätzung der politischen Lage vorhanden waren.<sup>132</sup>

Die Grundsubstanz jener Linken, „die mit der sozialistischen Linie sowohl im Denken als auch im Fühlen übereinstimmten“,<sup>133</sup> wird hierbei auf 15 Prozent (antiautoritär) veranschlagt, 20 Prozent wiesen demnach eindeutig autoritäre Charakterstrukturen auf. Die Übrigen werden als

<sup>131</sup> Ebd. S. 457 u. 758. Zu den Parteipräferenzen des linken Wähler/innenlagers von 1919 bis 1932 vgl. Potthoff, *Freie Gewerkschaften und sozialistische Parteien* (wie Anm. 44), S. 53 f.

<sup>132</sup> Erich Fromm, *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung* [1980], in: Wolfgang Bonß (Hg.), *Erich Fromm Gesamtausgabe* in zwölf Bänden, München 1999, Bd. III, S. 1–224, hier S. 189.

<sup>133</sup> Ebd.

ambivalent eingeschätzt, wobei die politischen Einstellungen bei den Kommunisten durchweg konsistenter erscheinen als bei den Sozialdemokraten. Der offen-autoritäre Typus war unter den Kommunisten demnach weniger verbreitet als der rebellisch autoritäre. Bei der Analyse sowohl der engagierten Funktionäre und der eher weniger aktiven Mitglieder als auch jener der bloßen Wähler/innen ergaben sich indes deutliche Abweichungen. Der in den sozialdemokratischen wie den kommunistischen Lagern anzutreffende autoritäre Typus war zwar bei den einfachen Parteimitgliedern im Verhältnis zu den Funktionären jeweils zahlreicher und auch unter den Wähler/innen wesentlich stärker vertreten; in der Autoritätsskala wiesen diesbezüglich aber die Kommunisten die größten Unterschiede zwischen Funktionären und Wählern auf.<sup>134</sup>

## Aufspaltung der kommunistischen Bewegung

Ohne Zweifel ist die Geschichte des Kommunismus gelegentlich noch dazu geeignet, zumindest in wissenschaftlichen Kreisen fachliche Kontroversen auszulösen. Umso mehr kann es überraschen, dass trotz des ungebrochenen Forschungsinteresses und ungeachtet der angeblichen „Pluralisierung der methodischen Ansätze, der empirischen Befunde und der vorgelegten Interpretationen“<sup>135</sup> weiterhin enorme Erkenntnisdefizite bestehen, die insbesondere auf die Fokussierung auf die Parteigeschichte sowie im Allgemeinen auf die erkenntnisleitenden Untersuchungsmethoden beziehungsweise Forschungsansätze zurückgeführt werden können. Wenn sich Studien dem Kommunismus der Zwischenkriegszeit widmen, so ist die Perspektive in der Regel allein auf die KPD als Partei gerichtet, die als singulärer Bezugspunkt somit *pars pro toto* für das Phänomen überhaupt genommen wird. Inzwischen steht die KPD quasi synonym für *den* Kommunismus in der Weimarer Repu-

---

<sup>134</sup> Ebd., S. 190.

<sup>135</sup> Andreas Wirsching, „Stalinisierung“ oder entideologisierte „Nischengesellschaft“? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: VfZ, 45 (1997), 3, S. 449–466, hier S. 449.

blik.<sup>136</sup> Für die auffällige Ausblendung der Nebenströmungen sind freilich Verdrängungsleistungen erforderlich. Selbst in den Überblicksdarstellungen zur Geschichte der Arbeiter/innenbewegung wird gewöhnlich ein Faktum nicht unterschlagen: „Die KPD war im April 1920 indessen nicht mehr die einzige kommunistische Partei in Deutschland.“<sup>137</sup> Die anfangs sogar stärkere linke Opposition, von der sich die KPD (Spartakusbund) im Oktober 1919 auf dem Heidelberger Parteitag unter Anwendung verfahrenstechnischer Tricks formell trennte,<sup>138</sup> konstituierte sich Anfang April 1920 zur *Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands* (KAPD). Damit war die organisatorische Verselbständigung einer bereits seit den Anfängen der Partei existierenden Opposition manifest geworden. Die neue Parteikonkurrenz hinterließ in den vormaligen Hochburgen der KPD in Hamburg und Berlin nahezu ausgeräumte Ortsgruppen. Insgesamt verlor die KPD (S) über die Hälfte ihrer Mitglieder an die Linkskommunisten. Damit zeigte sich, dass der auf dem Gründungsparteitag der KPD Ende Dezember 1918 / Anfang Januar 1919 ausgehandelte Kompromiss zur Vereinigung der beiden initiativen Kerngruppierungen, des *Spartakusbunds* mit den *Internationalen Kommunisten Deutschlands* (IKD), fragil und nicht

<sup>136</sup> In der Studie von Eumann wird z. B. die KAPD nirgends erwähnt. Der Verfasser belässt es bei der Polemik gegen den Linkskommunisten Otto Rühle (1874–1943), den er für jene Abweichung von der von ihm anscheinend als einzig gangbar erachteten Generallinie der KPD verantwortlich macht, „die später Methode werden sollte, nämlich die Denunzierung jeglicher Zugeständnisse an die Realität“. Eumann, *Eigenwillige Kohorten der Revolution* (wie Anm. 56), S. 184. Über solcherart „hohle Arroganz“ gegenüber linken Protagonisten, die seinerzeit ihr Leben einsetzten und dafür Gefängnis riskierten oder exilieren mussten, hat sich vor Jahrzehnten entsetzt: Erhard Lucas, *Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung*, Frankfurt a. M. 1976, S. 261. Zur Rolle Rühles in der antiautoritären Arbeiter/innenbewegung vgl. u. a. Gottfried Mergner, *Arbeiterbewegung und Intelligenz*, Starnberg 1973.

<sup>137</sup> Heinrich August Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924* (= *Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts*; Bd. 9), Berlin / Bonn 1984, S. 347. Zur KAPD vgl. ebd. S. 347 ff. und S. 502 ff.

<sup>138</sup> Die Position der KPD (S) nachvollziehend: Marcel Bois / Florian Wilde, „Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion“? Der Heidelberger Parteitag der KPD 1919, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 6 (2007), 2, S. 33–46.

von Dauer war.<sup>139</sup> Schon während des Krieges hatten die Linksradikalen für eine wirtschaftliche und politische Einheitsorganisation auf der Grundlage einer betriebsbezogenen Basisorganisation plädiert. Der andauernde Disput über die maßgebenden Grundprinzipien einer sozialrevolutionären Bewegung ließ sich innerhalb der KPD (S) nicht austräumen und wurde deshalb außerhalb ausgetragen.<sup>140</sup>

Konkrete Streitpunkte waren nach wie vor die Beteiligung an den Parlamentswahlen, das Primat des Rätekonzepts sowie die Einstellung zu den Freien Gewerkschaften. Dazu kam die wechselhafte Haltung der Parteileitung in der Frage des Generalstreiks während des Kapp-Putsches Mitte März 1920. Während die KPD (S) – entsprechend der taktischen Vorgaben der Komintern – für die Reichstagswahlen und für ein Engagement ihrer Mitglieder in den Gewerkschaften optierte, setzte die KAPD auf die im Zuge der Generalstreikbewegung im Ruhrgebiet entstandenen *Arbeiterunionen* und konnte sich dadurch eine Massenbasis von bis zu 200.000 Anhängern sichern.<sup>141</sup> Aufgrund der exklusiven 21 Aufnahmebedingungen, die das Plenum des II. Weltkongresses der

---

<sup>139</sup> Die „Linksradikalen“ – neben einigen anderen lokalen Trägergruppen die „Bremer Linksradikalen“ um die Zeitung „Arbeiterpolitik“, die von Julian Borchardt organisierte linksradikale Berliner Zeitungsgruppe „Lichtstrahlen“ sowie die Hamburger Linksradikalen um Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim – hatten sich Ende 1915 zusammengeschlossen, zunächst als Internationale Sozialisten Deutschlands, sodann seit November als Internationale Kommunisten Deutschlands (IKD). Im Unterschied zu der von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht angeführten „Spartakusgruppe“ traten die „Linksradikalen“ für einen entschiedenen Bruch mit den Mehrheitssozialdemokraten ein. Als herausragender Kopf und Sprecher der „Linksradikalen“ fungierte der Niederländer Anton Pannekoek (1873–1960). Zu den „Linksradikalen“ vgl. Volker Ullrich, Die frühe Opposition in der Hamburger Arbeiterbewegung 1914/15, in: *IWK*, 28 (1992), 2, S. 210–222; Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik*, Darmstadt 1993, S. 66 ff. u. S. 87 ff.; Hermann Weber, Einleitung in: ders., (Hg.), *Die Gründung der KPD (wie Anm. 106)*, S. 9–48; Werner Müller, *Die KPD in ihrem ersten Jahr*, in: Alexander Gallus (Hg.), *Die vergessene Revolution von 1918/19*, Göttingen 2010, S. 160–186; Gerhard Engel, *The International Communists of Germany, 1916–1919*, in: Hoffrogge / LaPorte (Hg.), *Weimar Communism as Mass Movement (wie Anm. 64)*, S. 25–44, hier S. 40 f.

<sup>140</sup> Vgl. u. a. Peter Nettel, *Rosa Luxemburg*, Frankfurt a. M. / Wien / Zürich 1965, S. 674 ff.; Gerhard Engel, *Johann Knief – ein unvollendetes Leben*, Berlin 2011, S. 392–402; Gutjahr, *Revolution muss sein (wie Anm. 117)*, S. 380 ff.; Philippe Bourrinet, *The Dutch and German Communist Left (1900–68). 'Neither Lenin nor Trotsky nor Stalin!' – 'All Workers Must Think for Themselves!'*, Leiden / Boston 2017, S. 77–81.

Komintern am 6. August 1920 festgelegt hatte, kam eine Einigung der beiden jeweils parteinahen unionistischen Strömungen im September 1921 nicht zustande.<sup>142</sup>

Demgegenüber waren dem von der KPD betriebenen, letzten Endes auf die innere Übernahme der Gewerkschaften abzielenden Entrismus keine gravierenden Erfolge beschieden. Zwar dominierten kommunistische Einflussgruppen in einigen Branchenvertretungen einzelne Verbände, aber selbst wenn die kommunistischen Fraktionen zum Beispiel in der größten Einzelgewerkschaft innerhalb des *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes* (ADGB), dem *Deutschen Metallarbeiter-Verband*, in einigen Ortsausschüssen über eine solide Mehrheiten verfügten, konnten sie jedoch weder in diesen selbst noch, über diese hinausgehend, innerhalb der Gewerkschaftsbewegung insgesamt ihren Minderheitsstatus überwinden.<sup>143</sup> Auch wenn der Umstand berücksichtigt wird, dass im Funktionärsapparat der Mitgliederorganisationen des ADGB die engagierten KPD-Mitglieder in den unteren Ebenen überrepräsentiert waren, musste sich die kommunistische Gewerkschaftszentrale in puncto „Eroberung der Gewerkschaften von innen“ wohl oder übel einen Fehlschlag eingestehen. Allein die Zahlen des Jahres 1927 sprachen für sich: Unter Einbeziehung der Nichterwerbstätigen waren zwar beachtliche 61,7 Prozent der KPD-Mitglieder gewerkschaftlich organisiert, unter den 4.150.160 im ADGB organisierten Arbeiter/innen und Angestellten bildete die Kohorte von rund 70.000 eingeschriebenen

<sup>141</sup> Zur Fragmentierung der kommunistischen Bewegung und deren wechselhaften Verhältnis zu den Freien Gewerkschaften vgl. Larry Peterson, *German Communism* (wie Anm. 66). Zur Entstehung der Allgemeinen Arbeiterunion (AAU) und der daraus hervorgegangenen Allgemeinen Arbeiterunion – Einheitsorganisation (AAU-E) vgl. Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus* (wie Anm. 139), S. 188–224.

<sup>142</sup> Während die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) (UdHuK) der KPD nahestand, gehörte die Allgemeine Arbeiter Union (AAU) zum Wirkungskreis der KAPD. Reiner Tossorff, Profintern. *Die Rote Gewerkschaftsinternationale 1920–1937*, Paderborn u. a. 2004, S. 417.

<sup>143</sup> Werner Müller, *Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition“ (RGO) in Deutschland 1928 bis 1933*, Bonn 1988, S. 48 ff.

KPD-Mitgliedern jedoch nur eine statistische Marginalie von 1,72 Prozent.<sup>144</sup>

Um einen betrieblichen Einfluss überhaupt noch aufrechterhalten zu können, verfolgte die KPD phasenweise eine zweigleisige Strategie: Neben dem Aufbau von freigewerkschaftlichen Oppositionskernen, der das Ziel verfolgte, die „reformistischen“ Führungsgremien darin zu neutralisieren, wurden jene noch (formal) selbständigen, teilweise syndikalistischen und räteaffinen Organisationen, auf die man – ungeachtet Lenins Invektiven gegen den Linksradikalismus als „Kinderkrankheit des Kommunismus“ (1920) – angewiesen war, toleriert. Zu diesen Organisationen gehörte mit ca. 150.000 Mitgliedern im Jahr 1921 die insbesondere unter den Bergarbeitern im Ruhrgebiet erfolgreiche *Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation)* (UdHuK)<sup>145</sup> oder der *Deutsche Schifffahrtsbund* (1920/21 ca. 10.000–12.000 Mitglieder).<sup>146</sup> Beide schlossen sich zwar der *Roten Gewerkschaftsinternationale* (RGI) an, kamen jedoch erst 1925 den Anweisungen zur Fusionierung mit den freigewerkschaftlichen Branchenverbänden nach. Nach der Auflösung der bis dahin formal selbständigen oppositionellen Radikalgewerkschaften im Zuge ihrer Integration in den ADGB folgten bis Ende 1925 nach Angaben der Politischen Polizei etwa 170.000 bis 180.000 Mitglieder dem obligatorischen Eintrittsgebot in die Freien

---

<sup>144</sup> Vgl. Eumann, *Eigenwillige Kohorten der Revolution* (wie Anm. 56), S. 297 f.

<sup>145</sup> Die UdHuK ging ihrerseits aus der von der anarcho-syndikalistischen Freien Arbeiter-Union Deutschlands abgespaltenen Freien Arbeiter-Union – Gelsenkirchener Richtung hervor. Vgl. Stefan Goch, *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen 1848–1975*, Düsseldorf 1990, S. 276–286; Jochen Weichold, *Die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) – ein fast vergessenes Kapitel in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, I/2005, S. 99–106; Berens, *Die „Atomisierung“ der KPD* (wie Anm. 80), S. 74–98. Zeitweilig soll die UdHuK bis zu 250.000 Bergleute und Metallarbeiter organisiert haben. Realistischer erscheint indes eine Zahl zwischen 120.000 und 150.000. Vgl. ebd., S. 80 u. S. 82.

<sup>146</sup> Hartmut Rübner, *Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus* (= *Archiv für Sozial- und Kulturgeschichte*; Bd. 5), Berlin / Köln 1994, S. 90–123.

Gewerkschaften. Der kommunistische Anteil im ADGB wäre dadurch schätzungsweise von 1,4 auf etwa fünf Prozent gestiegen.<sup>147</sup>

Freilich gelang dem parteiförmigen Kommunismus niemals die Absorption sämtlicher Anteile des militanten Betriebsradikalismus. Nach Erhard Lucas standen sich im deutschen Arbeiterradikalismus grundsätzlich zwei unterschiedliche Typen gegenüber, die sich unter sozio-ökonomischen und soziokulturellen Gesichtspunkten wesentlich unterschieden und sich nur schwer miteinander verbinden ließen: der *Remscheider* und der *Hamborner Typus*. Im in der Klein- und Mittelindustrie des Bergischen Landes vorherrschenden *Remscheider Typus* überwiegen berufsstolze Facharbeiter, die eher langfristige Lebensperspektiven verfolgten und die oftmals über langjährige Erfahrungen mit gewerkschaftlichen Aushandlungsprozessen verfügten; von daher wiesen sie meist ein kontinuierliches Organisationsverhalten auf. Dagegen besaß der vor allem im Bergbau anzutreffende, vielfach aus ländlichen Regionen in das westliche Ruhrgebiet zugewanderte *Hamborner Typus* ein distanzierteres Verhältnis zur formellen Organisation. Er zielte vielmehr auf unmittelbar erreichbare Forderungen ab, war insgesamt mehr streik- als organisationsaffin und präferierte syndikalistische Aktionsformen.<sup>148</sup>

Deshalb war letzterer, der konfliktbereite *Hamborner Typus*, weder an der „betriebsabgewandte[n] ‚Zähmungspolitik‘ der etablierten Gewerk-

<sup>147</sup> Nach Angaben der politischen Überwachungsbehörden vom 1.2.1926, in: Staatsarchiv Bremen, 4,65/268, Bl. 202. Es integrierten sich die von der Politischen Polizei zahlenmäßig sicher zu gering eingestuften UdHuK Gruppen Bergbau (14.000) und Metall (6.683) sowie der Deutsche Schifffahrtsbund (1.400). Dazu kamen: Freie Eisenbahner-Verband (9.000), Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter (18.000), Verband der oppositionellen Buchdrucker (3.000), Verband der Chemiarbeiter Ludwigshafen (11.000), Verband der Land- u. Waldarbeiter (2.500), Bekleidungsarbeiterverband (4.000). Nach Angaben der RGI summierte sich die Mitgliederzahl der oppositionellen Gewerkschaften innerhalb des ADGB im Jahr 1928 auf 72.083. Vgl. Lore Heer-Kleinert, Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. / New York 1983, S. 435 (Anm. 460).

<sup>148</sup> Lucas, Zwei Formen von Radikalismus (wie Anm. 136), S. 250–256 u. S. 279–287; Welskopp, Arbeit und Macht im Hüttenwerk (wie Anm. 79), S. 21. Allgemein dazu: Larry Peterson, The One big Union in International Perspective: Revolutionary Industrial Unionism 1920–1925, in: Labour / Le Travail, 7 (1981), S. 41–66.

schaften<sup>149</sup> interessiert, noch ohne weiteres in eine zentralistisch von oben gesteuerte Organisationshierarchie integrierbar – und sicher nur schwer in eine nach „bolschewistischen“ Prinzipien straff disziplinierte Kaderpartei. Dem Unvereinbarkeitsbeschluss des Zentralausschusses der KPD, demzufolge jedem Mitglied der Ausschluss drohte, das nach dem 1. Februar 1925 nicht einer der für ihn/sie zuständigen ADGB-Gewerkschaft angehörte, widersetzte sich immerhin ein Teil jener Basis, der stattdessen – unter Führung ehemaliger KPD-Funktionäre – eine Reihe von eigenständigen *Industrieverbänden* in verschiedenen Branchen bildete. Diese erst ansatzweise erforschten *Revolutionären Industrieverbände* zählten Ende der zwanziger Jahre zwischen 40.000 und 50.000 Angehörige. Die RGO dagegen nahm die aufgrund der rigiden Ausschlusspraxis der Freien Gewerkschaften daraus geschassten Oppositionellen auf.<sup>150</sup> Mit den im Zuge der weiteren RGO-Politik in diversen Wirtschaftsbranchen ab 1930/31 gegründeten *Roten Einheitsverbänden* setzte die Gewerkschaftszentrale der KPD den *Industrieverbänden* ab 1930 eine selbständige Konkurrenz entgegen. Neben den *Einheitsverbänden* der KPD existierte die parteiunabhängige Basisbewegung der *Industrieverbände* noch bis 1933.<sup>151</sup>

Der aktuelle Fokus auf den Parteikommunismus hat also nicht nur oftmals die zweite kommunistische Partei neben der KPD ausgeblendet, sondern vielmehr auch jene Strömungen, die sich nicht vorrangig als Gewerkschaften, sondern als basisorientierte Räte- bzw. Betriebsorganisationen oder als wirtschaftspolitische Einheitsorganisationen verstanden. Mit diesem Anspruch behaupteten sie eine allerdings stets

---

<sup>149</sup> Welskopp, Arbeit und Macht im Hüttenwerk (wie Anm. 79), S. 641.

<sup>150</sup> Freya Eisner, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1977, S. 222 ff.; Heer-Kleinert, Die Gewerkschaftspolitik der KPD (wie Anm. 147); Andersen, „Lieber im Feuer der Revolution sterben (wie Anm. 80), S. 263 ff.; Müller, Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht (wie Anm. 143), S. 69 ff.

<sup>151</sup> Otto Langels, Die ultralinke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Zur Geschichte und Theorie der KPD-Opposition (Linke KPD), der Entschiedenen Linken, der Gruppe „Kommunistische Politik“ und des Deutschen Industrie-Verbandes in den Jahren 1924 bis 1928, Frankfurt a. M. u. a. 1984, S. 180–200; ders., Die revolutionären Industrieverbände. Gewerkschaftspolitik in der Weimarer Republik zwischen Freien Gewerkschaften und KPD, in: AGWA, 10 (1989), S. 41–60.



gefährdete und daher kaum gefestigte autonomistische Stellung gegenüber ihren affilierten „Mutterparteien“. Bis zur relativen Stabilisierung der Weimarer Republik ab 1924 wäre demnach auch das unionistische Lager in eine Gesamtdarstellung des zeitgenössischen Kommunismus einzubeziehen. Seit Mitte der zwanziger Jahre gehörten dazu auch die erwähnten *Industrieverbände*.

# express

ZEITUNG FÜR

SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



- **Abgetreten?** Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- **Alternativlos?** Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik
- **Absurd?** Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- **Ausgedient?** Nachrichten vom »Waren-Leben im Falschen« im »Betriebsspiegel«
- **Anachronistisch?** Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe
- **Antizyklisch?** Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie

## Probeexemplar gewünscht?

Einfach per Mail oder telefonisch bestellen

10 Ausgaben im Jahr – kompakte Hintergrundinformationen zu aktuellen, brisanten Themen der Arbeitswelt weltweit



Redaktion express  
Niddastraße 64  
60329 Frankfurt

Tel. (069) 67 99 84  
Email: [express-afp@online.de](mailto:express-afp@online.de)  
[www.express-afp.info](http://www.express-afp.info)

---

Ralf Hoffrogge

## Sozialpartnerschaft mit kurzer Tradition. Korporatismus, Voluntarismus und die „Varianten des Kapitalismus“ am Beispiel der Industriegewerkschaft Metall (IGM) und der Amalgamated Engineering Union (AEU)<sup>1</sup>

Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Unternehmen gilt als Erfolgsfaktor des „Modells Deutschland“. Es ist eine Formel, die sich seit 1976 vom SPD-Wahlkampfeslogan zum Buzzword zahlreicher Debatten um nationale Wettbewerbsfähigkeit verselbständigte.<sup>2</sup> In vergleichenden Studien zu Arbeitsbeziehungen gilt Deutschland als Idealtyp eines Korporatismus mit verhältnismäßig wenigen Streiks dank institutionalisierter Zusammenarbeit der Sozialpartner. Und nicht erst seit dem Brexit wird Großbritannien als Gegenmodell gefasst: ein Idealtyp voluntaristischer Arbeitsbeziehungen, gekennzeichnet durch Konflikt und geringe Verrechtlichung.<sup>3</sup> „Voluntarismus“ wird dabei unter anderem definiert als Beschränkung des Staats auf grundsätzliche Garantien wie etwa die des Eigentums und des Streikrechts. Lohnhöhe, Arbeitskämpfe oder Mitbestimmung sind Gegenstand freiwilliger Ver-

---

<sup>1</sup> Dieser Aufsatz ist eine überarbeitete und stark erweiterte Übersetzung meines Beitrages „Voluntarism, Corporatism and Path Dependency: The Metalworkers’ Unions the Amalgamated Engineering Union and IG Metall and their Place in the History of British and German Industrial Relations“, erschienen in: *German History*, 37 (2019), 3, S. 327–344, [<https://doi.org/10.1093/gerhis/ghz037>].

<sup>2</sup> Andreas Rödder, Das „Modell Deutschland“ zwischen Erfolgsgeschichte und Verfallsdiagnose, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 54 (2006) 3, S. 345–363.

<sup>3</sup> Allan Flanders, The Tradition of Voluntarism, in: *British Journal for Industrial Relations*, 12 (1974), 3, S. 352–370; Wolfgang Streeck, *Korporatismus in Deutschland: zwischen Nationalstaat und Europäischer Union*, Frankfurt a. M. 1999; Andrea Rehling, *Konfliktstrategie und Konsenssuche in der Krise: von der Zentralarbeitsgemeinschaft zur konzertierten Aktion*, Baden-Baden 2011.

einbarungen, etwa in Tarifverträgen oder informellen Gewohnheitsrechten. In Großbritannien basierte das Streikrecht über Jahrzehnte nur auf einer einzigen Gerichtsentscheidung, die Streikende vor Schadensersatzklagen schützte.<sup>4</sup> Weder die innere Verfasstheit von Gewerkschaften noch der Ablauf von Streiks waren gesetzlich reguliert. Auch Errungenschaften wie der „closed shop“, also Betriebe, in denen aufgrund der Stärke der Gewerkschaften nur deren Mitglieder eingestellt wurden, hatten einen informellen Charakter. Dabei gelten voluntaristische Arbeitsbeziehungen durch einen Mangel an Verrechtlichung als konflikthafter. Gewerkschaften und Belegschaften haben mehr Freiheiten in der Wahl ihrer Kampfmittel. Die Kehrseite sind allerdings fehlende Garantien etwa gegen eine Entlassung Streikender. Sie sorgen dafür, dass auch in dieser Form der Vertragsfreiheit der stärkere Partner meist seine Interessen wahren kann: die Unternehmen.

Korporatismus ist dagegen unter anderem definiert als stärkeres Eingreifen des Staats in die industriellen Beziehungen. Streik- und Arbeitsrecht sind rechtlich stärker kodifiziert. Dabei ist die Verrechtlichung nicht Kernmerkmal, sondern eher Mittel zum Zweck. Zweck eines jeden Korporatismus ist die „Einkörperung“, also die Integration widerstreitender Interessen von Kapital und Arbeit. Ihr Konflikt soll durch institutionelle Arrangements befriedet werden, unter staatlicher Vermittlung oder auch durch staatlichen Zwang. Ein Beispiel sind die deutschen Betriebsräte oder die in der Bundesrepublik garantierte Mitbestimmung von Gewerkschaften in Aufsichtsräten. Hier ansetzend sind auch informelle korporatistische Arrangements wichtig, etwa Gesprächsrunden wie die zwischen 1967 und 1977 praktizierte „Konzertierte Aktion“.

Die seit zwei Jahrzehnten populäre Typologie der „Varieties of Capitalism“ griff diese Unterscheidungen neu auf, und auch sie identifizierte Großbritannien als Modellfall einer „liberalen Marktwirtschaft“, während Deutschland als „koordinierte Marktwirtschaft“ gilt – womit so-

---

<sup>4</sup> Es handelt sich um den sogenannten „Taff-Vale“-Fall von 1901, bei dem eine walisische Eisenbahngesellschaft Schadensersatzansprüche gegen Streikende nicht durchsetzen konnte.

wohl der Wohlfahrtsstaat als auch eine aktive Industriepolitik hervorgehoben wurden, in der man sich nicht auf Marktmechanismen verlasse.<sup>5</sup> Beide Typologien sind sozialwissenschaftlichen Ursprungs, aber ihnen unterliegen zugleich doch historische Prämissen, denn sie beschreiben gewachsene Arrangements, wie etwa die Tradition starker Arbeitgeberverbände in Deutschland. Als Idealtypen beinhalten sie jedoch aus historischer Sicht auch fragwürdige Annahmen von nationalem Exzeptionalismus und langer historischer Kontinuität. Korporatismus oder Voluntarismus erscheinen auf dieser Grundlage als linear entwickelte, langfristig stabile Systeme.

Anhand eines Vergleichs der Metallgewerkschaften *Industriegewerkschaft Metall* (IGM), ihres Vorläufers *Deutscher Metallarbeiter-Verband* (DMV) und der britischen *Amalgamated Engineering Union* (AEU) sollen diese Annahmen im Folgenden hinterfragt werden. Beide Gewerkschaften zählten ihre Mitglieder nach Millionen und waren die größten ihrer Branche, wobei der Metallsektor wiederum eine Leitfunktion von der Industrialisierung bis in die Gegenwart einnimmt. Anhand dieser zwei „Leitgewerkschaften“ lässt sich, so meine These, nachweisen, dass in Deutschland und Großbritannien sowohl korporatistische als auch voluntaristische Tendenzen vorhanden waren. Ich argumentiere, dass die in beiden Länderfällen geteilten Momente auf geteilte globale Herausforderungen zurückgehen, die in beiden Systemen mitunter zu fast identischen Reaktionen führten. So gibt es schon auf den ersten Blick bis heute strukturelle Ähnlichkeiten, etwa ist die deutsche Tarifautonomie „voluntaristisch“, also vom Gesetzgeber bewusst nicht geregelt. Ein in der Literatur mitunter bis in die Zeit vor 1918 zurückverfolgtes Auseinanderdriften beider Systeme von Arbeitsbeziehungen ist, so argumentiere ich weiter, daher deutlich später anzusetzen, nämlich im Zeitraum zwischen 1973 und 1979. Mit dieser „Zeitenwende“

<sup>5</sup> Peter A. Hall / David Soskice (Hg.), *Varieties Of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford / New York 2001, S. 71–104; Peter A. Hall, *The Evolution of Varieties of Capitalism in Europe*, in: Bob Hancké / Martin Rhodes / Mark Thatcher (Hg.), *Beyond Varieties of Capitalism: Conflict, Contradiction, and Complementarities in the European Economy*, 1. Aufl., Oxford [u. a.] 2007, S. 44–48.

um den Amtsantritt Thatchers herum scheiterte die britische Sozialpartnerschaft endgültig,<sup>6</sup> während in der Bundesrepublik der noch junge Korporatismus im „Strukturbruch“ seine erste Krise überstanden hatte.<sup>7</sup> Er überlebte bis heute – als „defensive Sozialpartnerschaft“ mit weniger Spielraum für die gewerkschaftliche Seite.

## Gewerkschaften und Pfadabhängigkeit

Während korporatistische oder „koordinierte“ Marktwirtschaften in den späten 1980er Jahren als überholt erschienen, wurden sie ein Jahrzehnt später als komparativer Vorteil wiederentdeckt.<sup>8</sup> Das Motiv von modellhaftem Erfolg korrespondiert mit einem Leitmotiv der deutschsprachigen Gewerkschafts- und Sozialgeschichte: Mitbestimmung als Erfolg.<sup>9</sup> Trotz ihrer ethisch fragwürdigen Wurzeln im „Burgfrieden“ des Ersten Weltkrieges, trotz Aushöhlung und Beseitigung von Mitbestimmung zum Ende der Weimarer Republik dominiert eine Deutung als Erfolgs- und Kontinuitätsgeschichte, deren Genese mitunter bis zur Revolution von 1848 zurückverfolgt wird.<sup>10</sup> Diese Erzählung bestimmt auch die Erinnerungskultur deutscher Gewerkschaften: Sie feierten 2018 gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband BdA das Stinnes-Legien-Abkommen unter dem Titel „100 Jahre Sozialpartnerschaft – Erfolgreich in die Zukunft“.<sup>11</sup>

---

<sup>6</sup> Frank Bösch, *Zeitenwende 1979: Als die Welt von heute begann*, München 2019, S. 269–284.

<sup>7</sup> Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael, *Nach dem Boom: Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008.

<sup>8</sup> Martin Schröder, *Varianten des Kapitalismus. Die Unterschiede liberaler und koordinierter Marktwirtschaften*, Wiesbaden 2014 (Grundwissen Politik), S. 153–166; kritisch dazu Rehling, *Konfliktstrategie* (wie Anm. 3), S. 24–26.

<sup>9</sup> Werner Plumpe, *Betriebliche Mitbestimmung in der Weimarer Republik. Fallstudien zum Ruhrbergbau und zur chemischen Industrie*, München 1999.

<sup>10</sup> Werner Milert / Rudolf Tschirbs, *Die andere Demokratie: Betriebliche Interessenvertretung in Deutschland, 1848 bis 2008*, 1. Aufl., Essen 2012, S. 45–51, 107–167.

<sup>11</sup> 100 Jahre Sozialpartnerschaft – Erfolgreich in die Zukunft, Pressemitteilung des DGB vom 15. Oktober 2018, [<https://www.verbaende.com/news/pressemitteilung/100-jahre-sozialpartnerschaft-erfolgreich-in-die-zukunft-124882/>]; vgl. auch „100 Jahre Sozialpartnerschaft“ auf der Website des DGB, [<https://www.dgb.de/sozialpartner100>].

Der Nationalsozialismus wird in dieser Kontinuitätserzählung als Zwischenspiel ausgeklammert – obwohl sich doch durchaus eine Linie vom „Kriegssozialismus“ des Ersten Weltkrieges hin zur Volksgemeinschaftsideologie des NS ziehen ließe.<sup>12</sup> Politikwissenschaftliche Typologien unterscheiden daher, mit Blick etwa auf den italienischen Faschismus, einen „autoritären Korporatismus“ und seine „erzwungene Einbindung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Organisationen in hierarchische und autoritäre Entscheidungsverfahren“ von einem liberalen Korporatismus, bei dem eine Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Unternehmen freiwillig erfolge.<sup>13</sup>

Ein liberaler oder demokratischer Korporatismus ist für Deutschland mit Blick auf diese Unterscheidung erst nach 1945 denkbar. Betrachtet man die Geschichte der Einzelgewerkschaften AEU und IGM, sind jedoch auch im deutschen Fall Pfadabhängigkeiten seit dem späten 19. Jahrhundert nachzuweisen. Gemeint sind Organisationsstrukturen und -kulturen die, einmal eingespielt, nur mit großem Aufwand zu ändern waren.<sup>14</sup> Sie blieben daher über große Zeiträume wirkmächtig. In der AEU war das die föderale Struktur mit einem System von „checks and balances“ (oder, deutsch, einer „Gewaltenteilung“), also der gegenseitigen demokratischen Kontrolle verschiedener Gremien.

Hinzu kam die handwerklich-berufsgewerkschaftliche Tradition. Diese trug ihrerseits zum britischen „Multi-Unionism“ bei – der Präsenz von mehreren Gewerkschaften im selben Betrieb, die bis heute eine Konstante des britischen Gewerkschaftssystems darstellt.

Der *Deutsche Metallarbeiter-Verband* (DMV) dagegen war seit 1891 als zentralisierte Industriegewerkschaft aufgestellt und dominierte schon vor 1933 konkurrierende Verbände, seine Nachfolgerin IGM voll-

<sup>12</sup> Arno Klönne sieht das zeitweise Zusammenfließen sozialistischer und völkisch-nationaler Diskurse als Teil einer „Vorgeschichte des Nationalsozialismus“, siehe: Arno Klönne, *Die deutsche Arbeiterbewegung: Geschichte – Ziele – Wirkungen*, 1. Aufl., München 1989, S. 135–139.

<sup>13</sup> Stichwort Korporatismus, in: Klaus Schubert / Martina Klein, *Das Politiklexikon*, 7. Aufl., Bonn 2020. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, online: [<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17752/korporatismus/>].

<sup>14</sup> Zum Konzept der Pfadabhängigkeit vgl. Paul Pierson, *Politics in Time: History, Institutions, and Social Analysis*, Princeton, NJ 2004, S. 10.

endete das Industriegewerkschaftsprinzip, nach dem Verbot freier Gewerkschaften im NS, 1949 durch die Integration auch von Angestellten.

Solch lange Linien der Pfadabhängigkeit mögen das Verhältnis zu den Unternehmen oder zum Staat prägen, sie determinieren es jedoch keineswegs.<sup>15</sup> Bei genauer Betrachtung finden sich in der Geschichte beider Gewerkschaften sowohl lokalistische als auch zentralistische Praktiken. Beide nahmen seit den 1890er Jahren an Tarifverhandlungen mit starken Arbeitgeberverbänden teil, und beide waren insbesondere nach 1945 offen für korporatistische Kompromisse. Aber nur für Westdeutschland wurde mit dem Betriebsrätegesetz und der Montanmitbestimmung in den frühen 1950er Jahren ein solcher Kompromiss auch auf der institutionellen Ebene gefunden, während Versuche dazu in Großbritannien in den Jahren zwischen 1965 und 1979 scheiterten. Zusammengefasst existieren also Pfadabhängigkeiten, sowohl auf der Ebene von Einzelgewerkschaften als auch für das System der industriellen Beziehungen, es gab jedoch keine linearen Entwicklungen von Voluntarismus oder Korporatismus.

Meine These ist, wie bereits ausgeführt, dass dies nicht zuletzt durch globalhistorische Trends verursacht wurde, die durch ähnliche und teils synchrone Herausforderungen nivellierend wirkten. AEU und DMV/IGM arbeiteten innerhalb einer globalen Wirtschaft, seit Deutschland um 1860 auf dem Weltmarkt mit britischen Maschinenbauprodukten konkurrierte.<sup>16</sup> Beide Gewerkschaften suchten Antworten auf dieselben globalen Herausforderungen, und ein Transfer von Ideen und Praktiken begann schon Ende des 19. Jahrhunderts. Er wurde im Jahr 1900 formalisiert, als die britische Metallgewerkschaft dem *Internationalen Metallarbeiterbund* (später *Internationaler Metallgewerkschaftsbund*, IMB) beitrug, den der DMV 1893 mitgegründet hatte.<sup>17</sup> 1971 wurde der

---

<sup>15</sup> Die Ähnlichkeiten zwischen der britischen und der deutschen Arbeiterbewegung werden regelmäßig unterschätzt, s. auch Stefan Berger, *The British Labour Party and the German Social Democrats, 1900–1931*, Oxford 1994, S. 2.

<sup>16</sup> Marco Swiniartzki, *Der Deutsche Metallarbeiter-Verband 1891–1933: eine Gewerkschaft im Spannungsfeld zwischen Arbeitern, Betrieb und Politik*, Köln [u. a.] 2017, S. 36.

<sup>17</sup> Fritz Opel, *75 Jahre Eiserne Internationale, 1893–1968*, Frankfurt a. M. 1968, S. 33–41.



globale IMB durch den europäischen *Europäischen Metallgewerkschaftsbund* (EMB) ergänzt.<sup>18</sup> Beide entwickelten sich freilich nie zu einer transnationalen Organisationsform. Trotz ökonomischer Globalisierung blieb der Nationalstaat rechtlicher Rahmen für die Regulierung von Arbeitsbeziehungen, was nationale Besonderheiten von Gewerkschaften und Gewerkschaftssystemen konservierte. Zudem waren diese bei zunehmender Weltmarktkonkurrenz stets in Versuchung, das Bündnis mit der eigenen Regierung zu suchen. Die Globalisierung der Ökonomie hatte also alles in allem paradoxe Wirkungen: Sie beförderte einerseits die nationale Integration von Gewerkschaften, andererseits brachte sie ständigen Vergleich im Wettbewerb, der gewachsene nationale Institutionen infrage stellte.

## AEU und IGM in der Forschung

Die verbandseigene Geschichtsschreibung der *Industriegewerkschaft Metall* und ihres Vorgängers *Deutscher Metallarbeiter-Verein* erzählt Geschichten von Kontinuität und Erfolg.<sup>19</sup> 1891 als erste Industriegewerkschaft in Deutschland gegründet, wurde der DMV zur einflussreichsten Gewerkschaft der Weimarer Republik. Sowohl der DMV mit

<sup>18</sup> Der EMB entwickelte sich aus dem 1963 gegründeten, informeller arbeitenden „Metallauschuss“, vgl. Yves Clairmont, Vom europäischen Verbindungsbüro zur transnationalen Gewerkschaftsorganisation: Organisation, Strategien und Machtpotentiale des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes bis 1990 (Studien zur Geschichte der Europäischen Integration, Bd. 25), Stuttgart 2014, S. 101, 203; zum EMB nach 1990 vgl. Klaus Henning, Europäische Integration und Gewerkschaften: der EMB zwischen Interessenvertretung und transnationaler Solidarität, Wiesbaden 2013.

<sup>19</sup> Die offizielle Chronik der IGM wurde 1966 von Fritz Opel und Dieter Schneider zum 75. Jahrestag der Gewerkschaftsgründung erstellt und bis 1991 fortgeschrieben, die letzte Version ist: Kurt Thomas Schmitz / IG Metall, 100 Jahre Industriegewerkschaft: 1891 bis 1991; vom Deutschen Metallarbeiter-Verband zur Industriegewerkschaft Metall; ein Bericht in Wort und Bild, Köln 1991; Zum 125. Jahrestag erschien: Boris Barth / IG Metall Vorstand, Die IG Metall zwischen Wiedervereinigung und Finanzmarktkrise: ausgewählte Ereignisse der jüngeren Gewerkschaftsgeschichte, Freiburg / Basel / Wien 2016. Trotz Fortschrittselos im Titel differenzierter: IG Metall Bayern, Vom Wiederaufbau zur Arbeit 4.0: IG Metall Bayern: 70 Jahre Fortschritt durch Tarifpolitik, Hamburg 2017; sowie: Jörg Hofmann / Christiane Benner (Hg.), Geschichte der IG Metall: Zur Entwicklung von Autonomie und Gestaltungskraft, 1. Aufl., Frankfurt a. M. 2019.

seinen 1,6 Millionen Mitgliedern im Jahr 1919 als auch die heutige IGM mit 2,2 Millionen Mitgliedern beanspruchten den Titel der größten freien Gewerkschaft der Welt. Die Geschichtswissenschaft bestätigte dieses Narrativ lange, bezeichnete die IGM als „Vorhut“ der westdeutschen Arbeiterbewegung mit starker Kontinuität zum alten DMV und hob die industriegewerkschaftliche Tradition hervor.<sup>20</sup> Die neuere Forschung sieht dagegen auch für den frühen DMV ein „handwerklich-gewerkschaftliches“ Stadium.<sup>21</sup> Dieses handwerkliche Erbe verbindet den DMV mit der britischen *Amalgamated Society of Engineers* (ASE), die 1920 in die *Amalgamated Engineering Union* (AEU) umbenannt wurde. Sowohl die deutsche als auch die britische Metallgewerkschaft organisierten qualifizierte Arbeiter, hauptsächlich Dreher und Schlosser, und beide entwickelten sich bereits in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts zu den größten Verbänden der Branche und hielten diese Position über Jahrzehnte hinweg. Die AEU zählte 1964 eine Million Mitglieder, ihr Tarifvertrag mit dem Unternehmerverband *Engineering Employers Federation* (EEF) spielte eine ähnliche Vorreiterrolle für die britischen Löhne wie die Tarife der IGM für die alte Bundesrepublik. Trotz der Ähnlichkeiten wurden beide Gewerkschaften nur im Hinblick auf Fusionen mit anderen Gewerkschaften verglichen oder im Rahmen allgemeiner Vergleiche der Gewerkschaftslandschaften betrachtet.<sup>22</sup> Dabei wurden die Unterschiede betont: Hier die DMV als erste Industriegewerkschaft, die mit dem Ersten Weltkrieg in einen deutschen Korporatismus beziehungsweise eine entstehende „Sozialpartnerschaft“

---

<sup>20</sup> Andrei S. Markovits, *The Politics of the West German Trade Unions: Strategies of Class and Interest Representation in Growth and Crisis*, Cambridge; New York 1986, S. 179.

<sup>21</sup> Swiniartski, *Metallarbeiter-Verband*, (wie Anm. 17); vgl. auch Rudolf Boch, *Handwerker-Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft: lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870 bis 1914*, Göttingen 1985.

<sup>22</sup> Jeremy Waddington (Hg.), *Restructuring Representation: the Merger Process and Trade Union Structural Development in ten Countries* (Work & Society, Bd. 46), Bruxelles/ Berlin [u. a.] 2005, S. 120–121, 274–287; Wolfgang J. Mommsen, *Auf dem Wege zur Massengewerkschaft: die Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland und Großbritannien 1880–1914* (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 15), 1. Aufl., Stuttgart 1984; Christiane Eisenberg, *Deutsche und englische Gewerkschaften: Entstehung und Entwicklung bis 1878 im Vergleich*, Göttingen 1986.

hineinwuchs, dort die ASE/AEU als handwerklich geprägte „craft union“ in einem konfliktreichen Systems voluntaristischer Tarifverhandlungen ohne staatliche Intervention.<sup>23</sup>

## Handwerk und Klasse im 19. Jahrhundert

In Großbritannien begünstigte die kontinuierliche Legalität von Arbeitervereinen seit der 1824 erfolgten Aufhebung des faktischen Verbots von Gewerkschaften durch die „combination acts“<sup>24</sup> eine langsame Konzentration lokaler Handwerks-gewerkschaften, die 1851 zur Gründung der *Amalgamated Society of Engineers* führte, welche 1920 zur *Amalgamated Union of Engineers* wurde.<sup>25</sup> Diese Gewerkschaft organisierte vor allem Schlosser und Dreher im Maschinenbau; ausgenommen waren Stahl- und Gießereiarbeiter sowie Elektriker, die separate Gewerkschaften bildeten. Der Anreiz zur Zentralisierung ergab sich aus der Entstehung eines nationalen Arbeitsmarktes, brach aber nicht die Schranken zwischen den verschiedenen Berufen auf. Die ASE als „craft union“ zielte weiterhin auf ein betrieblich und regional durchzusetzendes Arbeitskräftemonopol von männlichen Facharbeitern, das Löhne und Arbeitsbedingungen sichern sollte – die sogenannte „craft control“.<sup>26</sup>

Als erste in einer Reihe von „New Model Unions“ arbeitete die ASE jedoch mit hohen Beiträgen und Leistungen sowie zentralisierter Gewerkschaftskasse. Sie zahlte Krankengeld, Arbeitslosengeld und bot mit dem „superannuation benefit“ sogar eine gewerkschaftliche Rentenversicherung. Die dafür nötigen hohen Beiträge schlossen ungelernete Arbeiter und Lehrlinge aus, und auch Frauen wurde der Zutritt verwehrt.

<sup>23</sup> Siegfried Mielke, Internationales Gewerkschafts-Handbuch, Opladen 1983, S. 497–408; Zur Unternehmenseite vgl. Wolfgang-Ulrich Prigge, Metallindustrielle Arbeitgeberverbände in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland: eine systemtheoretische Studie, Wiesbaden 1987.

<sup>24</sup> Die 1799 und 1800 erlassenen Gesetze erklärten die Vereinigung der Arbeitenden, also die Bildung von Gewerkschaften, für illegal. Sie wurden 1824 widerrufen.

<sup>25</sup> James Bavington Jefferys, *The Story of the Engineers: 1800–1945*, London 1945, S. 1–27.

<sup>26</sup> Vgl. Jeffrey Haydu, *Between Craft and Class: Skilled Workers and Factory Politics in the United States and Britain, 1890–1922*, Berkeley [u. a.] 1988.

Eine Generation später bildeten diese Ungelernten, inspiriert von sozialistischen Ideen des Fabianismus und des kontinentalen Sozialismus, „allgemeine“ Gewerkschaften mit niedrigeren Beiträgen und geringeren Leistungen.<sup>27</sup> Die Koexistenz dieser General Unions mit den vorherigen Craft Unions geht somit auf verschiedene Stadien kapitalistischer Entwicklung zurück: den handwerklichen Frühkapitalismus und den beginnenden Industriekapitalismus. Sie ist in Deutschland unbekannt, obwohl während der 1860er Jahre die britische Gewerkschaftsbewegung Vorbild für deutsche Gewerkschaftspioniere war.

Diese deutschen Gewerkschaftsbewegungen wurden von den sozialistischen Strömungen des Lassalleanismus und des Marxismus angeführt, die sich 1875 zu einer Partei zusammenschlossen – mitsamt einer angeschlossenen Metallarbeitergewerkschaft.<sup>28</sup> Die Repression folgte schnell. Im Jahr 1878 wurden sowohl Partei als auch Gewerkschaft durch Bismarcks antisozialistische Gesetze verboten. Die Repression wurde zur treibende Kraft für die Entwicklung von Industriegewerkschaften wie dem DMV. Sie schuf gemeinsame Erfahrungen und machte „Klassen“-Identitäten plausibler als handwerkliche Berufsidentitäten. Zudem konnten sich Fachvereine oder Berufsgewerkschaften durch das Verbot in Deutschland nicht organisatorisch festigen. Gleichzeitig entfielen durch die Einrichtung einer staatlichen Unfall-, Kranken- und Rentenversicherung zwischen 1883 und 1889 jene Versicherungsbedürfnisse, die britische Craft Unions erfüllten. Dies erlaubte dem DMV, niedrigere Beiträge zu verlangen und weniger Sozialleistungen zu bieten. Der 1891 gegründete Verband war deshalb in der Lage, ungelernete Arbeitende, darunter auch die schlechter bezahlten Frauen, im Statut zu berücksichtigen, auch wenn der tatsächliche Organisationsgrad dieser Gruppen gering war.<sup>29</sup> Mit der Industriegewerkschaft hatte der DMV

---

<sup>27</sup> Eric J. Hobsbawm, *Der New Unionism – Eine komparative Betrachtung*, in: Wolfgang J. Mommsen / Hans-Gerhard Husung (Hg.), *Auf dem Wege zur Massengewerkschaft – Die Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland und Großbritannien 1880–1914*, Stuttgart 1984, S. 19–45.

<sup>28</sup> Schmitz, *IG Metall* (wie Anm. 20), S. 49–84.

<sup>29</sup> 1,4 Prozent Frauen 1891, 7 Prozent im Jahr 1914, 21 Prozent im Jahr 1917. *IG Metall, Der DMV (Deutscher Metallarbeiter-Verband) in Zahlen*, Nachdr. [der Ausg. von] 1932, Berlin 1987;

einen Anspruch formuliert, der sich durchsetzen sollte. In Großbritannien dagegen führte die Existenz verschiedener Gewerkschaftstypen zum „Multi-Unionism“, dem Nebeneinander verschiedener Gewerkschaften in jedem Betrieb. So war in einem britischen Metallbetrieb nicht nur die ASE vertreten, sondern auch die eigenständige Craft Union der Elektriker. Und da sich beide für den Niedriglohnssektor aus Arbeiterinnen und ungelernten Arbeitern nicht interessierten, gab es zusätzlich mindestens eine General Union im Betrieb. Die einzelnen Unions führten ihre Arbeitskämpfe entweder unabhängig oder koordinierten sich in betrieblichen Komitees von Vertrauensleuten.

Trotz dieser wichtigen Unterschiede gab es Gemeinsamkeiten zwischen DMV und ASE. Eine war die zentralisierte Streikkasse. Auslöser für deren Einrichtung war in Deutschland eine Reihe von Aussperrungen seit 1890 durch den starken *Gesamtverband deutscher Metallindustrieller*. Die Gründung der deutschen Arbeitgeberverbände war eine Reaktion auf die Legalisierung der Gewerkschaften, statt Verboten setzten die Unternehmen auf Verdrängung.<sup>30</sup> Stattdessen bewirkten die Aussperrungen eine Zentralisierung sowohl der Gewerkschaftskassen als auch der Streikhoheit: Berlin war 1907 der letzte DMV-Bezirk, der sich häufende Arbeitskämpfe nicht mehr alleine finanzieren konnte und seine Streikautonomie an den Vorstand abgab.<sup>31</sup>

In Großbritannien machte die ASE ähnliche Erfahrungen: Eine landesweite Aussperrung 1898 durch die *Engineering Employers Federation* (EEF) traf den Verband hart. Die EEF war nach deutschem Vorbild aufgebaut, Leiter ihres starken Londoner Zweiges war Alexander Siemens aus der deutschen Unternehmerdynastie.<sup>32</sup> Auch die Arbeiterbewegung reagierte transnational: Eleanor Marx, Tochter des berühm-

vgl. Brigitte Kassel, *Frauen in einer Männerwelt: Frauenerwerbsarbeit in der Metallindustrie und ihre Interessenvertretung durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband (1891–1933)*, Köln 1997, S. 198–216.

<sup>30</sup> Ralf Hoffrogge, *Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland und Österreich: von den Anfängen bis 1914*, 2., erw. Aufl., Stuttgart 2017, S. 117–123.

<sup>31</sup> Dirk H. Müller, *Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918: ein Beitrag zur Geschichte des Lokalismus, des Syndikalismus und der entstehenden Rätebewegung*, Berlin 1985, S. 246–250.

ten Philosophen, organisierte eine Solidaritätskampagne, und deutsche Gewerkschaften spendeten 14.000 £ für die britischen Streikenden.<sup>33</sup> Dieser Transfer zeigt die Globalität der Herausforderungen, denen sich ASE und DMV gleichermaßen stellen mussten.

Obwohl die EEF sich festigte, entstanden in anderen britischen Industriezweigen keine starken Arbeitgeberverbände, und es gab wenig Druck für britische Gewerkschaften, sich zu Industriegewerkschaften zusammenzuschließen. Lediglich die sozialistische und syndikalistische Gewerkschaftslinker propagierte das neue Konzept: Der Sozialist Tom Mann kandidierte 1891 auf einer Reformplattform mit diesem Ziel für das Amt des ASE-Generalsekretärs.<sup>34</sup> Er setzte sich jedoch nicht durch. Während der DMV seine handwerklich-patriarchale Organisation aus dem Statut verbannt hatte und nur noch informell praktizierte, blieb die ASE auch offiziell eine Bruderschaft von Facharbeitern. Jenseits dieser Strukturunterschiede machten DMV und ASE ähnliche Erfahrungen: Beide waren auf harten Widerstand der Arbeitgeber gestoßen, beide waren nicht in den Staat integriert – eine Kultur des Korporatismus ist in dieser Phase nicht zu erkennen. Man könnte daher beide voluntaristisch nennen. Dies wäre jedoch ahistorisch für die Phase vor 1914, da weder Staat noch Unternehmen ein Interesse an der Inkorporierung von Arbeiterinteressen hatten.

## Zusammenarbeit in Kriegszeiten – Syndikalismus in Kriegszeiten

Der Erste Weltkrieg war ein Wendepunkt für DMV und ASE. Nun wurden beide vom Staat gedrängt, sich einem klassenübergreifenden Bündnis anzuschließen. Der vom DMV-Generalsekretär Alexander Schlicke geleitete *Internationale Metallarbeiterbund* hatte dem nichts

---

<sup>32</sup> Jefferys, *The Story of the Engineers* (wie Anm. 25), S. 144; zu Alexander Siemens (1847–1928), Direktor der „Siemens Brothers and Company Limited“: Edward J. Bristow, *Individualism Versus Socialism in Britain, 1880–1914*, New York 1987, S. 240.

<sup>33</sup> Rachel Holmes, *Eleanor Marx: A Life*, London 2014, S. 421.

<sup>34</sup> Jefferys, *The Story of the Engineers* (wie Anm. 25), S. 107–114.

entgegenzusetzen – die Organisation pausierte und mit ihr der gewerkschaftliche Internationalismus.

Die Reaktionen der Gewerkschaften auf die Kriegslage waren auffallend ähnlich: Die Vorstände von AEU und DMV schlossen sich den Kriegsanstrengungen an, doch in beiden Verbänden begannen um 1917 Rebellionen der ehrenamtlichen Vertrauensleute. Diese organisierten Massenstreiks und gründeten Netzwerke, die sich zu einer alternativen Führung entwickelten: die „Revolutionären Obleute“ im DMV, der *National Administrative Council of Shop Stewards* in der ASE.<sup>35</sup>

Während die britischen Shop Stewards Teil von gewerkschaftsübergreifenden Betriebskomitees waren, dienten die Vertrauensleute der DMV als Bindeglied zwischen Funktionären und Mitgliedern.<sup>36</sup> Sie erlaubten die Kombination handwerklicher „craft control“ mit den Ressourcen des Gewerkschaftsapparates. Die DMV-Führung verzichtete bereits zu Kriegsbeginn unaufgefordert und ohne Zugeständnisse auf Streiks, erst 1916 wurde der Streikverzicht im „Vaterländischen Hilfsdienstgesetz“ festgeschrieben. Der Staat zwang im Gegenzug die Unternehmen, Gewerkschaften anzuerkennen und „Arbeiterausschüsse“ zu akzeptieren – eine noch nie dagewesene Neuerung. Der DMV hatte nun Zugang zur Schwerindustrie im Ruhrgebiet, wo frühe Organisationsbemühungen aufgrund unternehmerischen Widerstandes, aber auch durch rationalisierte Produktionstechniken und den weitgehenden Einsatz von ungelernten Arbeitskräften vergeblich gewesen waren.<sup>37</sup> Das Hilfsdienstgesetz war eine der Quellen, aus denen sich die Institutionen der Mitbestimmung in Deutschland entwickelten.<sup>38</sup> Jedoch war das Gesetz unpopulär, weil es Arbeit militarisierte und der Arbeitsplatz ohne Zustimmung des Unternehmers nicht mehr gewechselt werden

<sup>35</sup> James Hinton, *The first Shop Stewards' Movement* (Studies in social history), London 1973; Günther R. Degen, *Shop Stewards: ihre zentrale Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien*, Frankfurt [u. a.] 1976, S. 54–118.

<sup>36</sup> Müller, *Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie* (wie Anm. 32), S. 226–239; Swiniartzki, *Metallarbeiter-Verband* (wie Anm. 17), S. 177–184.

<sup>37</sup> Swiniartzki, *Metallarbeiter-Verband*, (wie Anm. 17), S. 286.

<sup>38</sup> Milert / Tschirbs, *Demokratie* (wie Anm. 11), S. 109–110.

konnte. In Kombination mit dem Streikverbot wurden den Arbeitenden alle Möglichkeiten genommen, Löhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Wilde Streiks waren die Folge, und bis 1917 hatte ein Teil der Vertrauensleute des DMV eine eigene Struktur gebildet, die bereits erwähnten „Revolutionären Obleute“. Dieses klandestine Netzwerk organisierte Massenstreiks und bereitete den Berliner Aufstand im November 1918 vor.<sup>39</sup>

Die Entwicklungen in Großbritannien waren ähnlich. Die ASE hatte einige Monate vor dem Krieg dem „York Memorandum“ zugestimmt, einem Rahmenabkommen für Tarifverhandlungen.<sup>40</sup> Als die Feindseligkeiten begannen, verpflichtete sich die ASE als Teil eines *War Emergency Workers' National Committee* zum Arbeitsfrieden. Aber innerhalb der Basis wuchs die Unzufriedenheit wegen der sich verschlechternden Arbeits- und Lebensbedingungen. In der Rüstungsindustrie brachen wilde Streiks aus, ebenfalls durch Vertrauensleute organisiert. Eine syndikalistische Praxis etablierte sich, geboren aus der mit dem Streikverzicht der Führung entstandenen Repräsentationslücke.<sup>41</sup> In Großbritannien war das Zentrum der Unruhen jedoch nicht die Hauptstadt, sondern Coventry und die schottische Clyde-Region. Die Bewegung wurde nicht von der ASE dominiert, sondern entwickelte sich aus gewerkschaftsübergreifenden Vertrauensleutekomitees, wie sie in vielen Betrieben bestanden. Der koordinierende *National Administrative Council of Shop Stewards* arbeitete nach ersten Repressionsversuchen seit 1917 legal,<sup>42</sup> während sein deutsches Pendant im Untergrund blieb.<sup>43</sup> Eine britische Novemberrevolution stand jedoch

---

<sup>39</sup> Ralf Hoffrogge, Richard Müller: *der Mann hinter der Novemberrevolution*, 2. erw. Aufl., Berlin 2018, S. 42–66.

<sup>40</sup> Edmund Frow / Ruth Frow, *Engineering Struggles: Episodes in the Story of the Shop Stewards' Movement*, Manchester 1982, S. 473.

<sup>41</sup> Degen, *Shop Stewards* (wie Anm. 36), S. 54–88.

<sup>42</sup> Hugh A. Clegg, *A History of British Trade Unions since 1889*, Bd. 2, 1911–1933, Oxford 1964, S. 209; Francis W. Carr, *Engineering Workers and the Rise of Labour in Coventry 1914–39*, Warwick 1978, S. 87–95.

<sup>43</sup> Degen, *Shop Stewards* (wie Anm. 36), S. 68–83; Hoffrogge, Richard Müller (wie Anm. 40), S. 42–66.



aus verschiedenen Gründen nicht auf der Tagesordnung. Die wichtigsten Ursachen waren die Organisationsfreiheit, die Perspektive eines Regierungswechsels durch Wahlen und die Tatsache, dass die britischen Arbeiterinnen und Arbeiter 1918 auf der Siegerseite standen.

In Deutschland hielt die DMV-Führung auch nach Kriegsende an ihrem wirtschaftsfriedlichen Kurs fest. Mitten in der Revolution wurde der DMV-Funktionär Hans Böckler Sekretär einer neuen „Zentralarbeitsgemeinschaft“ aus Unternehmern und Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsführungen wurden zu Verhandlungspartnern auf Augenhöhe und bekamen den Achtstundentag zugesichert. Gleichzeitig gaben sie alle Bemühungen um eine Kontrolle der Industrie auf.<sup>44</sup> Dieser Kurs entsprach jedoch nicht mehr dem Mehrheitswillen der Mitglieder. Als auf dem ersten Verbandstag nach Kriegsende im Oktober 1919 der Kriegsgegner und Sozialist Robert Dißmann zum DMV-Vorsitzenden gewählt wurde, verließ der DMV die Zentralarbeitsgemeinschaft. Zu diesem Zeitpunkt war die Rätebewegung bereits am Abklingen, auch wenn es im März 1919 noch einmal zu Massenstreiks für Sozialisierung und Räteystem kam.<sup>45</sup> Tatsächlich wurden 1920 auf Unternehmensebene Betriebsräte institutionalisiert. Diese waren einerseits Überbleibsel der Rätebewegung, andererseits durch die Verpflichtung auf Zusammenarbeit mit den Unternehmen durch die „Arbeiterräte“ von 1916 geprägt. Die erste Institution des deutschen Korporatismus hatte somit eine Doppelnatur: Sie verpflichtete Arbeit und Kapital zur Zusammenarbeit, trug jedoch ein syndikalistisches Gegenstück in sich. Viele Mitglieder der ersten Betriebsräte hofften noch, dass diese als Basis für eine zweite Revolution oder die Sozialisierung der Schlüsselindustrien dienen würden.<sup>46</sup>

<sup>44</sup> Rehling, *Konfliktstrategie*, (wie Anm. 3), S. 143–168.

<sup>45</sup> Dietmar Lange, *Massenstreik und Schießbefehl: Generalstreik und Märzkämpfe in Berlin 1919*, Münster 2012.

<sup>46</sup> Ernst Jacobi / Richard Oehring/ *Rätegenossenschaft für Wirtschaftlichen Aufbau*, *Wirtschaftliches Kampfbuch für Betriebsräte*, Hg. v. d. Rätegenossenschaft f. wirtschaftlichen Aufbau, Berlin 1920.

In Großbritannien wurde der „Kriegssyndikalismus“ ebenfalls 1920 institutionalisiert, allerdings nicht durch Betriebsräte, sondern innerhalb der ASE. Eine von der Radikalisierung seit 1917 und dem Prinzip der Industriegewerkschaft inspirierte zweite Fusion mit kleineren Verbänden verwandelte die ASE in die *Amalgamated Engineering Union* (AEU). Sie brachte eine Erweiterung auf 460.000 Mitglieder und ein neues Statut. In diesen Regeln, die mit Anpassungen bis 1992 in Kraft bleiben sollten, überlebte ein syndikalistisches Erbe: Alle Funktionäre wurden von der Basis gewählt, ein nationales Komitee (*National Committee*, NC) aus 52 Laienmitgliedern kontrollierte den Vorstand (*Executive Committee*, EC), Präsident und Generalsekretär bildeten eine Doppelspitze. Die AEU verfügte damit über das demokratischste Regelwerk im britischen Gewerkschaftswesen.<sup>47</sup> Jedoch hatte es die Shop-Steward-Bewegung nicht vermocht, eine Industriegewerkschaft zu schaffen. Die Arbeitenden in Gießereien und in der Stahlindustrie blieben dem neuen Verband fern, innerhalb des Maschinenbaus koexistierte die AEU mit General Unions und Berufsverbänden wie der Elektrikergewerkschaft. Zudem blieben weiterhin die Frauen außen vor; sie durften der AEU nicht beitreten, obwohl Reformen dies schon vor dem Krieg gefordert hatten. Das Ergebnis entsprach kaum der „one big union“ für die Metallindustrie, die der sozialistische Reformen Tom Mann als erster Generalsekretär der AEU propagiert hatte.<sup>48</sup>

Insgesamt hatte der „Große Krieg“ ASE und DMV in ähnliche Widerspruchs-konstellationen gedrängt. Erstmals war eine korporatistische Integration möglich geworden, jedoch waren die realen Gewinne dabei für viele Mitglieder nicht überzeugend. Es entstand daher als Protest

---

<sup>47</sup> Eine ganze Reihe politik- und sozialwissenschaftlicher Studien widmeten sich der AEU-Verfassung, vgl. J. David Edelstein, *Democracy in a National Union: the British AEU*, in: *Industrial Relations*, 4 (1965) 3, S. 105–125; J. D. Edelstein / Malcolm Warner, *Comparative union democracy*, London 1975, S. 265–266; T. R. Undy (Hg.), *Change in trade unions: the development of UK unions since the 1960s.*, London [u. a.] 1981, S. 55; Larry James, *Power in a Trade Union: the Role of the District Committee in the AUEW* (Management and Industrial Relations Series, Bd. 5), Cambridge [u. a.] 1984, S. 20–40.

<sup>48</sup> Tom Mann, *One big Union of Boiler Makers, Foundry Men, Engineers, and Steel Workers*, London 1920.

gegen das Bündnis von Unternehmen, Staat und Gewerkschaften ab 1917 in beiden Staaten ein syndikalistisches und revolutionäres Moment. Am Ende verwirklichten sich jedoch in beiden Staaten weder die revolutionären Hoffnungen noch entstand eine längerfristig andauernde Sozialpartnerschaft. Bereits Mitte 1920 führte eine ökonomische Krise dazu, dass Massenstreiks dysfunktional wurden. Daraufhin verloren Unternehmen und Staat schnell jedes Interesse an einer Zusammenarbeit und orientierten sich auf eine Restauration der Vorkriegsverhältnisse.

## Verweigerter Korporatismus in der Zwischenkriegszeit

In Großbritannien scheiterte 1919 eine Bewegung von Metallarbeitern für die 40-Stunden-Woche.<sup>49</sup> Vor 1918 betrug die Arbeitszeit durchschnittlich 54 Wochenstunden, kurz nach Kriegsende einigten sich die ASE-Führung mit Unternehmen und Staat auf 47 Wochenstunden – erstmals wurde damit eine feste Wochenarbeitszeit festgelegt. In einer Urabstimmung nahm eine Mehrheit der Mitglieder den Vorschlag an, es gab jedoch eine starke Minderheit, die stattdessen eine 40-Stunden-Woche forderte. In der schottischen Clyde-Region wurde daraufhin zu einem Generalstreik aufgerufen, der jedoch nur in einzelnen Regionen Schottlands befolgt wurde. Die Regierung reagierte mit der Ausrufung des Kriegsrechts in Glasgow und ließ führende Mitglieder des Streikkomitees verhaften – es gelang, die Bewegung niederzuschlagen.<sup>50</sup> Diese Niederlage, aber auch ein Nachkriegsboom der britischen Wirtschaft in den Jahren 1919 und 1920 führte zu einem Abebben der Mobilisierung. Der Kern der Vertrauensleutebewegung ging 1920 in der neuen *Communist Party of Great Britain* (CPGB) auf.<sup>51</sup>

<sup>49</sup> Degen, *Shop Stewards* (wie Anm. 36), S. 84–86.

<sup>50</sup> Ebd., S. 85.

<sup>51</sup> Roderick Martin, *Communism and the British Trade Unions: 1924–1933; a Study of the National Minority Movement*, Oxford 1969, S. 16–19; Jörg Streiter, *Von der Shop-Stewards-Bewegung zum National Minority Movement: die britische Gewerkschaftsopposition zwischen Syndikalismus und Kommunismus, 1919–1924*, Freie Universität Berlin 1982, S. 92–131; Degen, *Shop Stewards* (wie Anm. 36), S. 101–103.

Ein ähnlicher Prozess fand in Deutschland statt: Die revolutionären Vertrauensleute schlossen sich im Oktober 1920 der *Kommunistischen Partei Deutschlands* (KPD) an und bildeten deren „Reichsgewerkschaftszentrale“. <sup>52</sup> Diese Wandlungen waren Teil eines transnationalen Prozesses: Überall schlossen sich Radikale der Kriegszeit hoffnungsvoll der neuen kommunistischen Bewegung an. Doch die meisten von ihnen verließen sie bald wieder aus Enttäuschung; vor allem die syndikalistisch orientierten Teile blieben selten über das Jahr 1921 hinaus in der KP. <sup>53</sup>

Es war jedoch erst die Krise im Anschluss an den kurzen Nachkriegsboom, die die Militanz in beiden Staaten brach und die Geländegewinne der Gewerkschaften zunichte machte. In Deutschland begann diese Krise 1919 und war durch wechselnde Wellen von Arbeitslosigkeit und Inflation gekennzeichnet. Während die Inflation die Exporte ankurbelte, entwertete sie zwischen 1919 und 1923 nicht zuletzt auch das Geld in den Kassen der Gewerkschaften. Gleichzeitig lief das Tarifsysteem ins Leere: Lohnerhöhungen wurden bereits nach einigen Wochen, später schon nach wenigen Tagen, durch Preissteigerungen aufgefressen. Streiks mussten immer häufiger organisiert werden, verloren aber an Durchsetzungskraft. Aus Sicht der DMV-Mitglieder verebbte so die deutsche Revolution in einer einzigen erfolglosen Lohnbewegung. <sup>54</sup> Aufgrund dieser widrigen Umstände gerieten auch Robert Dißmann und die neue linke Führung des DMV unter Druck, kostspielige Kämpfe zu vermeiden. Die DMV hatte die „Zentralarbeitsgemeinschaft“ verlassen, konnte aber keine neue Strategie finden. Lohnkonflikte waren aussichtslos, politische Streiks schienen angesichts militärischer Gewalt gegen Streikende in den Jahren 1919/20 riskant. Der DMV-Vorstand verließ sich am Ende auf die staatliche Schlichtung. Diese war jedoch nicht einmal willens, den Achtstundentag zu sichern.

---

<sup>52</sup> Hoffrogge, Richard Müller (wie Anm. 40), S. 151–153.

<sup>53</sup> Reiner Tosstorff, *The Red International of Labour Unions (RILU) 1920–1937*, Leiden 2016, S. 238–296, 446–492.

<sup>54</sup> Lothar Wentzel, *Inflation und Arbeitslosigkeit: gewerkschaftliche Kämpfe und ihre Grenzen am Beispiel des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, 1919–1924* (Texte zur Arbeiterbewegung), Hannover 1981, S. 73–90, 148–160.

Er wurde 1924 nicht nur in der Metallindustrie faktisch abgeschafft. Als die Berliner Metallarbeiter in einem erfolglosen Abwehrstreik dagegen aufbegehrten, blieben sie bis 1928 ohne Tarifvertrag.<sup>55</sup> Korporatismus war das nicht: Nur staatlicher Zwang in Form von Notverordnungen hielt das Tarifsysteem aufrecht, stoppte jedoch nicht den Machtverlust der Gewerkschaften. Im Gegenteil – zwar zwang der Staat die Unternehmer, Tarifverträge zu akzeptieren, Inhalt dieser Verträge war jedoch eine Restauration der Vorkriegs-Kräfteverhältnisse.

Eine ähnlicher Machtverlust der Arbeiterbewegung war in Großbritannien zu beobachten. Als der Nachkriegsboom im Winter 1920 endete, war jedoch nicht Inflation, sondern Arbeitslosigkeit das disziplinierende Element. Die Arbeitslosenquote der AEU-Mitglieder lag von April 1921 bis Januar 1923 in jedem einzelnen Monat über zwanzig Prozent.<sup>56</sup> Die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung musste ausgesetzt werden, die Unternehmer nutzten die Notlage im Sommer 1922 für eine Aussperrung. Die AEU musste Lohnkürzungen hinnehmen und verlor alle informelle Macht über die Betriebsabläufe. Die „power to manage“ der Unternehmer galt wieder unbeschränkt.<sup>57</sup> Die Mitgliederzahl der AEU fiel von 460.000 im Jahr 1920 auf 234.000 im Jahr 1925.<sup>58</sup> Der Verband konnte keine wirksame Antwort auf die Massenarbeitslosigkeit finden. Generalsekretär und Vorstand verließen sich auf die „procedure“ des York-Memorandums, jenes Rahmentarifvertrags, der kurz vor Kriegsbeginn erstmals den Ablauf von Streiks und Tarifverhandlungen in der Metallindustrie geordnet hatte.

Der Rahmen blieb hängen, aber das Bild war nun schief. Lohnkürzungen in den Tarifen definierten zwar weiterhin Untergrenzen und verhinderten das Lohndiktat einzelner Firmen. Doch ähnlich wie die Zwangstarife der Weimarer Republik regelten die Tarifverträge von

<sup>55</sup> Ebd., S. 164–174.

<sup>56</sup> AEU Monthly Journal, April 1921–January 1923.

<sup>57</sup> Jonathan Zeitlin, *The internal Politics of Employer Organization: the Engineering Employers' Federation, 1896–1939*, in: ders. / Steven Tolliday (Hg.), *The Power to Manage? Employers and Industrial Relations in Comparative Historical Perspective*, New York 1991, S. 46–70.

<sup>58</sup> Jefferys, *The Story of the Engineers* (wie Anm. 25), S. 296.

EEF und AEU eine Verschlechterung. Mit dem Unterschied, dass in Deutschland der Staat die Unternehmen zu Tarifverträgen zwingen musste, während die britischen Unternehmer sie aus eigenem Antrieb für ein geordnetes Herabdrücken von Löhnen und Arbeitsbedingungen heranzogen. Sowohl DMV als auch AEU beendeten die Nachkriegskrise damit als abhängige Partner in einem formal intaktem Tarifsystem, das jedoch durch den Druck des Arbeitsmarktes faktisch einem Unternehmerdiktat entsprach.

Die Krise von 1919/20 bis 1924 war ein globales Phänomen und wurde von einem kurzen wirtschaftlichen Aufschwung zwischen 1924 und 1930 abgelöst. Sowohl der DMV als auch die AEU erholten sich in dieser Phase etwas, erlangten aber nicht mehr ihre Stärke der Jahre nach dem Ersten Weltkrieg. Beide hatten Vertrauensleute in den Betrieben verloren, die in Zeiten der Arbeitslosigkeit als erste von den Unternehmen herausgedrängt wurden. Vor allem kommunistische Vertrauensleute verloren ihre Arbeit, im DMV sahen sich diese zudem mit dem Ausschluss durch die sozialdemokratische Führung konfrontiert.<sup>59</sup> Beide Verbände agierten betriebsferner, ihre Vorstände festigten ihre innerorganisatorische Stellung, weil sie mit den Unternehmern verhandeln konnten. Letzteres war besonders in Großbritannien wichtig, wo der Unternehmerverband EEF trotz gegenteiliger Behauptungen 1922 die AEU nie „zerschlagen“ wollte.<sup>60</sup> Die Unternehmer bevorzugten eine schwache, aber zuverlässige Gewerkschaft.

In Großbritannien wurde das Muster der passiven Vertretung im Jahr 1926 durch einen Generalstreik unterbrochen – in einem konjunkturellen Zwischenhoch gelang eine Allianz mehrerer Gewerkschaften zur Unterstützung eines Bergarbeiterstreiks. Sie zerbrach jedoch auf dem Höhepunkt des Ausstandes, ohne ihr Ziel erreicht zu haben. Das Zeitfenster für solche Ausbrüche war kurz: Mit der Weltwirtschaftskrise setzte 1930 die disziplinierende Wirkung der Arbeitslosigkeit heftiger als je zuvor ein. In dieser Zeit lebte die dezentrale „craft control“ der

---

<sup>59</sup> Wentzel, *Inflation und Arbeitslosigkeit* (wie Anm. 55), S. 108–116.

<sup>60</sup> AEU (Hg.), *The Attempt To Smash the A.E.U. – Part of a General Attack*, London 1922.

AEU in Nischen wieder auf. Bei Eisenbahnen, Militär und Werften, die weniger von der Krise betroffen waren, erreichten die Stammebelegschaften Zugeständnisse, weil Betriebe Facharbeiter halten wollten. Für den DMV konnten die Betriebsräte teilweise ebenfalls Zugeständnisse aushandeln: im Ergebnis kamen „craft control“ und betrieblicher Korporatismus zu ähnlichen Ergebnissen im Rückzugsgefecht.

Politisch hatte bereits die Krise von 1919 bis 1924 in beiden Ländern einen Rückzug des Staates bedeutet. Zwar erzwang dieser in Deutschland das Weiterbestehen des Tarifsystems – verweigerte aber jede Absicherung der Inhalte der Zentralarbeitsgemeinschaft, darunter insbesondere des Achtstundentags. Auch korporatistische Institutionen jenseits der Betriebsräte wurden nicht geschaffen, obwohl dies ein Verfassungsauftrag war. Schließlich sah die Weimarer Reichsverfassung nicht nur Betriebsräte vor, sondern auch regionale Wirtschaftsräte und einen nationalen „Reichswirtschaftsrat“. Hier sollten Arbeiter und Angestellte beteiligt sein, aber auch auch „Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volkskreise“.<sup>61</sup> Dies war Korporatismus pur, der jedoch nie umgesetzt wurde.

Nach ersten Anläufen wie dem „Reichskohlenrat“ hatten Arbeitgeber und Staat das Interesse Ende 1920 bereits verloren. Der DMV besetzte mit den Betriebsräten also nur betriebliche Überbleibsel eines Entwurfs, der ursprünglich viel größer gedacht gewesen war. Aber auch diese Betriebsräte erwiesen sich in der Dauerkrise der Zwischenkriegszeit als unfähig, eine Kultur der Sozialpartnerschaft zu entwickeln, zugleich konnten sozialdemokratische Regierungen eine solche Partnerschaft nicht „von oben“ erzwingen.

Dies zeigte der Ruhreisenstreit von 1928, eine Aussperrung in der Schwerindustrie, die 200.000 Metallarbeiter in die Arbeitslosigkeit schickte – sie hatten 15 Pfennig mehr Lohn pro Stunde gefordert. Ein Schlichterspruch des SPD-Arbeitsministers Rudolf Wissell wurde vom DMV akzeptiert, nicht aber von den Unternehmen. Mehrere Gerichte

<sup>61</sup> Weimarer Reichsverfassung, Artikel 165, vgl. auch Rehling, *Konfliktstrategie* (wie Anm. 3), S. 169–191.

weigerten sich, seine Schlichtung durchzusetzen. Das Parlament unterstützte Wissell, aber am Ende kamen die Unternehmer in einem zweiten Schiedsverfahren mit nur sechs Pfennigen Lohnerhöhung durch. Sie erreichten darüber hinaus 1929 ein Gerichtsurteil, in dem Schlichtungen generell für unverbindlich erklärt wurden.<sup>62</sup> Der „Ruhreisenstreit“ zeigte, dass der DMV für den in der Verfassung vorgesehenen Tripartismus offen war – einer Partnerschaft von Staat, Unternehmen und Gewerkschaften. Dieser wurde jedoch von Arbeitgebern und Justiz boykottiert – von jenem Teil des Staates, der von den Ereignissen von 1918 am wenigsten berührt worden war.

## Weltkrieg und neue Wirtschaftsordnungen

Nach der Niederlage im „Ruhreisenstreik“ und einem letzten großen Metallarbeiterstreik in Berlin 1930 ging der DMV geschwächt in die letzten Jahre der Weimarer Republik. Das erfolglose Hoffen auf staatliche Schlichtung verstärkte die Betriebsferne, nicht einmal gegen die Auflösung des Verbandes 1933 wurde mobilisiert.<sup>63</sup> Ein Aufruf zur Beteiligung am 1. Mai 1933, den die Nationalsozialisten zum „Tag der nationalen Arbeit“ erklärt hatten, belegt stattdessen Hoffnungen in der DMV-Führung, durch Wohlverhalten die Organisationsstruktur des Verbandes im Faschismus zu erhalten. Wie alle Gewerkschaften wurde auch der DMV jedoch schon am Tag darauf verboten.<sup>64</sup> Der Versuch der freien Gewerkschaften, sich Ende April 1933 gemeinsam mit den christlichen und liberalen Gewerkschaften durch Bildung eines „Führerkreises der Vereinigten Gewerkschaften“ an das NS-Regime anzubieten, zeigt zudem, dass Bereitschaft bestand, sich in etwas einzufügen, was die Sozialwissenschaft später als „autoritären Korporatismus“ bezeichnete. Eine erzwungene Partnerschaft von Arbeit und Kapital unter Bedingungen einer Diktatur, in der die gewerkschaftliche Seite

---

<sup>62</sup> Bernd Weisbrod, *Schwerindustrie in der Weimarer Republik: Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise*, Wuppertal 1978, S. 415–456.

<sup>63</sup> Swiniartzki, *Metallarbeiter-Verband* (wie Anm. 17), S. 413.

<sup>64</sup> Schmitz, *IG Metall* (wie Anm. 20), S. 278–288.



bestenfalls minimale Handlungsspielräume, wie etwa in der Sozialpolitik, besessen hätte.

Als gewerkschaftliche Erfahrungsschablone für den Anpassungskurs und die Unterschätzung des NS werden mitunter Bismarcks Sozialistengesetze von 1878 genannt. Doch die näherliegende Erfahrung war der „Burgfrieden“ von 1914–1918. Auch im Ersten Weltkrieg war Deutschland de facto eine Militärdiktatur, die Gewerkschaften hatten diese Zeit durch Kooperation mit dem Kriegsregime überstanden. Doch Hitler regierte anders als Bismarck oder Hindenburg und Ludendorff. Das NS-Regime war nicht bereit, der Arbeiterbewegung Spielräume oder Nischen zu gestatten.

Statt einer Übernahme und völkischen Perversion der alten Gewerkschaften, die 1933 durchaus möglich gewesen wäre, entschloss sich der NS-Staat dazu, die Gewerkschaften in ihrer alten Form zu zerschlagen. Er verbot alle Verbände und baute nach einigen Jahren die *Deutsche Arbeitsfront* (DAF) als Gegenorganisation auf. Hier waren offiziell Unternehmer, Angestellte und Arbeiterschaft vertreten, es war also formal eine korporatistische Organisation. In der Praxis hatte dieser Korporatismus jedoch eine vor allem ideologische Funktion, ähnlich wie das Adjektiv „sozialistisch“ im Parteinamen der NSDAP. Die DAF sollte die Arbeiterklasse symbolisch integrieren, faktisch galt jedoch in den Betrieben das „Führerprinzip“. Alle Mitbestimmungs- oder auch nur Versammlungsrechte waren suspendiert. Ein völliger Lohnstopp zu Kriegsbeginn 1939 demonstrierte endgültig die Durchgriffsmöglichkeiten des Regimes. Korporatismus im Sinne einer Integration eigenständiger Arbeiterorganisationen hat es also zwischen 1933 und 1945 in Deutschland nicht gegeben, auch wenn es durchaus eine ideologische Linie vom Burgfrieden der Jahre 1914 bis 1918 zur DAF und der Volksgemeinschaftsideologie des NS gibt.

Viele DMV-Mitglieder widersetzten sich danach dem NS-Regime, neuere biografische Forschungen haben zahlreiche Akte des Widerstan-

des in die Erinnerung gerufen.<sup>65</sup> Aber dies waren Taten von Einzelpersonen oder Netzwerken – als Organisation dagegen hatte der DMV versagt.

Während der DMV zerschlagen wurde, profitierte die britische AEU auf paradoxe Weise vom deutschen Militarismus: 1934 begann die Wiederbewaffnung, Metallarbeiter wurden gebraucht, einschließlich der einst mit schwarzen Listen herausgedrängten Radikalen. Erneut wurden Aufrüstung und Krieg zum Katalysator für eine Welle von Arbeitermilitanz. Aber wo während des Ersten Weltkriegs eine syndikalistische Praxis entstanden war, dominierte in den 1930er Jahren die britische Kommunistische Partei. Sie war ein wichtiger Protestfaktor, trat aber seit Hitlers Überfall gegen die Sowjetunion 1941 aktiv gegen Streiks auf.<sup>66</sup> Es kam weder zu Revolten noch zu Massenstreiks. Arbeiterprotest ordnete sich einem Produktionsparadigma unter – es galt, die Rüstungsproduktion in jedem Fall sicherzustellen. Nach dem Krieg wurde die britische KP gemeinsam mit linken Sozialdemokraten zum Kern einer gewerkschaftslinken Strömung im AEU-Wahlssystem, der „broad left“. Während die britische KP bei Parlamentswahlen eine erfolglose Splitterpartei blieb und im Kalten Krieg auch gesellschaftlich isoliert wurde, blieb die seit den 1930er Jahren aufgebaute Verankerung in den Gewerkschaften bestehen.

In Deutschland stellte sich 1945 die Frage des gewerkschaftlichen Neuanfangs. Ergebnis war die Gründung der *Industriegewerkschaft Metall* (IGM) 1949. In der neuen Einheitsgewerkschaft fanden nicht nur die Mitglieder ehemals eigenständiger kommunistischer, liberaler und christlicher Minderheitsgewerkschaften Platz, sondern auch die Angestellten der Metallindustrie. Wie schon 1890 hatte die (diesmal ungleich härtere) Verfolgung im NS zu einer Zentralisierung der deutschen Gewerkschaftslandschaft geführt. Wo der ADGB in der Vorkriegszeit 52 Mitgliedsgewerkschaften hatte, startete die neue Dach-

---

<sup>65</sup> Heinz Stefan, Funktionäre des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins im NS-Staat: Widerstand und Verfolgung, Berlin 2012.

<sup>66</sup> Richard Croucher, *Engineers at War*, London 1982.

organisation *Deutscher Gewerkschaftsbund* (DGB) unter der Führung von Hans Böckler mit nur 16 Mitgliedern, die meisten davon Industriegewerkschaften.<sup>67</sup> Auch in der DDR wurde zentralisiert – freilich in einer parteinahen Einheitsgewerkschaft, in deren Rahmen die IGM-Ost kein wirkliches Streikrecht und somit keine Durchsetzungsmittel besaß.

Obwohl die westdeutsche IGM große Hoffnungen auf eine Sozialisierung der Schlüsselindustrien und auf Wirtschaftsdemokratie setzte, blockierten konservative Mehrheiten im Bundestag und alliierte Resentiments diese in der jungen BRD – ebenso wie das Zögern von IGM und DGB, ihre Mitglieder voll zu mobilisieren.<sup>68</sup> Insbesondere das Jahr 1948 mit dem bisher größten Generalstreik in der deutschen Geschichte erscheint als vertane Chance. Der Protest kam von unten und richtete sich gegen die Freigabe der Preise im Vorfeld der Währungsunion – bei Beibehaltung des Lohnstopps aus der NS-Zeit. Die Streiks erzwangen einige materielle Zugeständnisse und die Umfirmierung der von Ludwig Erhard ursprünglich geplanten „freien Marktwirtschaft“ zu einer „sozialen Marktwirtschaft“.<sup>69</sup> Doch weitergehende Forderungen konnten nicht durchgesetzt werden, weil die sich neu formierenden Gewerkschaften über keine Strategie zur Durchsetzung ihrer Forderung nach Neuordnung der Wirtschaft verfügten. Ein Minimalziel war eine paritätische Besetzung der Aufsichtsräte großer Unternehmen – die später treffend als „halbe Macht“ bezeichnet wurde.<sup>70</sup> Die Parität in den Aufsichtsräten erreichten IGM und DGB 1951 im Zuge der Montanunion zumindest in der Kohle- und Stahlindustrie. In allen anderen Branchen galt nach dem 1952 erlassenen Betriebsverfassungsgesetz nur eine Drit-

<sup>67</sup> Die ostdeutsche IG Metall war keine selbständige Gewerkschaft, sondern eine Sektion des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB). Aber nicht dieser Unterschied, sondern die Kontrolle durch die SED und das faktisch nicht bestehende Streikrecht machten die IGM Ost zu einer abhängigen Organisation. Die Metallgewerkschaften in BRD und DDR hatten während des Kalten Krieges keine Verbindungen, 1990 beschloss die IGM statt einer Fusion die Auflösung der IG Metall Ost, ihre Mitglieder konnten einzeln der IGM beitreten.

<sup>68</sup> Uwe Fuhrmann, *Die Entstehung der „Sozialen Marktwirtschaft“ 1948/49: eine historische Dispositivanalyse*, Konstanz / München 2017, S. 73–77.

<sup>69</sup> Ebd.

<sup>70</sup> Karl Lauschke, *Die halbe Macht: Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie; 1945 bis 1989*, 1. Aufl., Essen 2007.

telbeteiligung der Gewerkschaften in den Aufsichtsräten. Zudem bot das Gesetz eine aktualisierte Version der Betriebsräte aus den 1920er Jahren und vereinheitlichte damit nach 1945 in regional unterschiedlichen Varianten etablierte betriebliche Vertretungen. Die Betriebsräte waren eine reine Vertretung der Arbeitenden, aber dem Betriebswohl verpflichtet. Da sie zudem kein Streikrecht besaßen (und bis heute keines besitzen), zielte ihre Einrichtung auf eine Befriedung innerbetrieblicher Konflikte durch Mitsprache gewählter Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitenden – eine liberal-korporatistische Institution also.

Anders als in Weimar stabilisierten sich die korporatistischen Institutionen in der Bundesrepublik. Dies wurde möglich durch ihre Akzeptanz seitens der Unternehmerverbände und in allen Teilen des Staatsapparates. Hans Böckler erlebte als DGB-Vorsitzender, was er als Sekretär der Zentralarbeitsgemeinschaft 1919 verfehlt hatte: eine Kultur des Korporatismus. Doch die Mitbestimmung hatte ihren Preis: Die Betriebsräte hatten keinen Einfluss auf Produktions- oder Investitionsentscheidungen. Wurden ihre Rechte verletzt, blieb ihnen statt des Streiks nur die Klage vor Gericht – was langfristig eine Entpolitisierung durch Verrechtlichung bewirkte. Aus konservativer Rechtsprechung ergaben sich zudem in der Folge weitere Beschränkungen. Bis heute gibt es in Deutschland kein Arbeitsgesetzbuch, das mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch vergleichbar wäre.<sup>71</sup> Eine Sammlung von vielfältigen Rechtsquellen regelt die Arbeitsbeziehungen, die dem britischen „case law“ ähnlicher ist als der systematischen kontinentalen Rechtstradition. Einschneidend war etwa ein Urteil von 1958, in dem die IGM zu einem Schadensersatz von 100 Millionen DM an die Arbeitgeber verpflichtet wurde, weil ein Streik formal gegen eine noch laufende Vereinbarung verstieß.<sup>72</sup> Das Urteil und die daraus folgende Konstruktion der „Frie-

---

<sup>71</sup> Artikel 30 des Einigungsvertrages zwischen DDR und der BRD forderte 1990 die Kodifizierung eines einheitlichen Arbeitsrechtes, wurde aber nie umgesetzt.

<sup>72</sup> Markovits, *The Politics of the West German Trade Unions* (wie Anm. 31), S. 193.

denspflicht“ während der Laufzeit von Tarifverträgen hat bis heute eine disziplinierende Wirkung für die deutsche Gewerkschaftsbewegung.

Anders als die meisten DGB-Gewerkschaften gab jedoch die IGM ihre wirtschaftsdemokratischen Forderungen aus der Gründerzeit der Bundesrepublik nie auf. Bis heute fordert sie in ihrem Programm die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, entwickelte aber seit dem Nachkriegsboom keine politische Praxis mehr, die diese Forderung gestützt hätte. Tarifverhandlungen dagegen wurden hart geführt und stetig professionalisiert. Seit den 1950er Jahren werden sie von der IGM regional geführt, indem ein Bezirk als „Pilot“ einen Tarifvertrag aushandelt, der dann bundesweit übernommen wird.<sup>73</sup> Im Boom folgte daraufhin oft eine weitere lokale betriebliche Verhandlungsrunde, in denen starke Betriebsräte übertarifliche Leistungen aushandelten und mitunter auch wilde Streiks für „außertarifliche“ Lohnerhöhungen oder Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse sorgten. Die gut laufende Wirtschaft hatte so eine dezentralisierende Wirkung, und die IGM debattierte bis weit in die 1960er Jahre hinein über „betriebsnahe Tarifpolitik“.<sup>74</sup>

Rein betriebliche Lohnfindung sollte jedoch vermieden werden: Otto Brenner, Vorsitzender von 1956 bis 1972, befürchtete eine Atomisierung der IGM.<sup>75</sup> Ziel des Vorstandes bei der betriebsnahen Tarifpolitik war es stets, die mächtigen Betriebsräte der Großunternehmen in Schach zu halten. Bis 1956 hatte die IGM als Gegengewicht zu diesen Betriebsräten auch ihr System von Vertrauensleuten wieder aufgebaut.<sup>76</sup> Das formell regionale, aber durch die „Pilotbezirke“ effektiv zentralistische System der Tarifverhandlungen war für die IGM vor allem in Bezug auf Arbeitszeitverkürzung effektiv: Als erste westdeutsche Gewerkschaft setzte die IGM 1966/67 – ohne Arbeitskampf – die 40-Stun-

<sup>73</sup> Ebd., S. 174–179.

<sup>74</sup> Peter Birke, *Wilde Streiks im Wirtschaftswunder: Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark*, Frankfurt 2007, S. 158–190; Udo Achten, *Flächentarifvertrag & betriebsnahe Tarifpolitik: vom Anfang der Bundesrepublik bis in die 1990er Jahre*, Hamburg 2007, S. 25–88.

<sup>75</sup> Markovits, *The Politics of the West German Trade Unions* (wie Anm. 31), S. 187.

<sup>76</sup> Ebd.

den-Woche durch. Schon im Jahr zuvor hatte die IGM die „Meinhold-Formel“ akzeptiert, die Lohnerhöhungen an die Produktivität band. Auch wenn die IGM später wieder eine „Umverteilungskomponente“ forderte, hatte sie damit ihren Platz in einem deutschen Korporatismus gefunden. Es gab dabei jedoch immer wieder Ausbruchsversuche, wie eine Serie von wilden Streiks im Jahr 1969, die vor allem Proteste gegen zu moderate Lohnabschlüsse waren. Sie brachten die IGM kaum in revolutionäres Fahrwasser, machten aber deutlich, dass weder ein „Arbeitsfrieden“ nach Schweizer Vorbild noch eine staatliche Lohnplanung in der IGM durchsetzbar waren. Auch sozialistische Forderungen blieben in der Mitgliedschaft präsent. 1983 etwa verlangte der IGM-Gewerkschaftstag fast einstimmig eine Sozialisierung der bundesdeutschen Stahlindustrie, um die Stahlkrise zu lösen – alle Konzepte des Vorstandes, die auf einen Ausbau paritätischer Planungsgremien bei Erhalt des Privateigentums zielten, wurden damit abgelehnt.<sup>77</sup>

Diese Verstaatlichung wurde nie verwirklicht, die Episode zeigt aber ein Unbehagen der Arbeiterschaft gegenüber dem Korporatismus. Dies bestand im übrigen auch auf Unternehmensseite – die Tarifautonomie wurde hier stets gegen staatliche Eingriffe wie etwa die Festsetzung von Mindestlöhnen verteidigt. Im bundesrepublikanische Korporatismus blieb also der Staat auf dem Rücksitz und griff nur dann ein, wenn das Fahrzeug ins Schlingern geriet. Es gab staatliche Garantien für Gewerkschaften und Betriebsräte, aber anders als in der Weimarer Republik war der Staat nie Teil der Tarifverhandlungen. Außerhalb der Tarifrunden gab es zwar immer wieder industriepolitische Verabredungen in Wirtschaftskrisen: von der „Konzertierten Aktion“ zwischen 1967 und 1977 über das „Bündnis für Arbeit“ 1998 bis hin zur „Hartz-Kommission“ 2002 oder den Maßnahmen gegen die Finanzkrise 2008/2009, wo die IGM mit der „Abwrackprämie“ ein zentrales Element beisteuerte. Diese tripartistischen Formate waren jedoch informell, ohne bindende Be-

---

<sup>77</sup> Ralf Hoffrogge, Stahlwerk Jetzt. Wie die IG Metall 1983 einen großen Teil der Schwerindustrie vergesellschaften wollte – und was wir daraus lernen können, in: *Analyse & Kritik*, 674 (2021), [<https://www.akweb.de/gesellschaft/wie-die-ig-metall-1983-die-stahlindustrie-vergesellschaften-wollte/>].

schlüsse und seit 1977 nicht mehr auf Dauer angelegt, sondern anlassbezogen. Auch wenn sich die Anlässe häuften, garantierte der Staat nur betriebliche Mitbestimmung langfristig, verhandelte überbetriebliche Industriepolitik ad hoc und wehrte überbetriebliche Mitbestimmung komplett ab. Dies traf auf christdemokratische wie sozialdemokratische Regierungen zu – auch die Regierungen Brandt und Schmidt enttäuschten gewerkschaftliche Erwartungen nach mehr Mitbestimmung oder gar Wirtschaftsplanung. Mit Forderungen nach „Investitionslenkung“ stand die IGM bis in die 1980er Jahre stets alleine da.

Insbesondere die Tarifautonomie war so stark verankert, dass es in Deutschland bis 2015 keinen Mindestlohn gab. Der deutsche Korporatismus trug damit ein voluntaristisches Element in sich. Wie bereits gesagt, war dieser gesellschaftliche Kompromiss nicht unumstritten: Die wilden Streiks im September 1969 und noch einmal im Jahr 1973 zeigten, dass spontane und konflikthafte Bewegungen nicht erledigt waren.<sup>78</sup> Anders als in Großbritannien wurde diese dem Wirtschaftsboom geschuldete neue Militanz in Deutschland jedoch schnell integriert: Die IGM gab ihre Mäßigung in Lohnfragen auf und errang 1970 eine Lohnerhöhung von elf Prozent, wobei sie nun die Meinhold-Formel ignorierte. Jedoch versuchte die IGM nicht mehr, die von der „Friedenspflicht“ gesetzten Grenzen zu durchbrechen.

## Das Scheitern der Sozialpartnerschaft in Großbritannien nach 1945

In Großbritannien war die Arbeitermilitanz in der Boomphase deutlich stärker. Die AEU, die sich nach einer Fusion 1971 in *Amalgamated Union of Engineering Workers* (AUEW) umbenannte, wurde 1972 von einer Welle der Militanz erfasst, die auch Fabrikbesetzungen einschloss.<sup>79</sup> Doch war auch in Großbritannien nach 1945 das Fenster für

<sup>78</sup> Birke, *Wilde Streiks* (wie Anm. 75), S. 218–248, 274–304.

<sup>79</sup> Ken Coates, *Introductory Review – Converting the Unions to Socialism*, in: *Trade Union Register*, 3 (1973), S. 34–37; Alan G. Tuckman, *Industrial Action and Hegemony: Workplace Occupation in Britain 1971–1981*, Hull 1985.

Korporatismus weit geöffnet. Die Labour-Regierung hatte zwischen 1945 und 1950 einen Streikverzicht mit dem Dachverband *Trades Union Congress* (TUC) vereinbart und lieferte im Gegenzug einen Wohlfahrtsstaat und die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien. Sie versäumte es aber, den Arbeitsfrieden zu institutionalisieren, und verließ sich auf ihre „besonderen Beziehungen“ zu den Gewerkschaften. Die AEU stand in den 1950ern einem starken Arbeitgeberverband gegenüber. Mit dem York-Memorandum galt nach wie vor ein Rahmen für Tarifverhandlungen, in dem Ecklöhne festgesetzt wurden – die „procedure“ war ein Jahrhundertabkommen, sie wurde von 1914 bis 1989 angewendet. Man könnte argumentieren, dass dieses Verfahren durch seine Kontinuität viel eher zum Korporatismus neigte als das gescheiterte Tarifsysteem der Weimarer Republik. Zwar führten Arbeitskräftemangel, die föderale Struktur der AEU und die Legalität gewerkschaftlich nicht unterstützter Streiks ab den 1950er Jahren zu einer Dezentralisierung, bei dem der EEF-AEU-Tarifvertrag als Rahmen in den Hintergrund rückte. Betriebliche Lohnkämpfe waren oft erfolgreich, Unternehmer beklagten einen „Lohndrift“ nach oben. Ähnliche Tendenzen gab es jedoch auch im deutschen System, wie Otto Brenners Angst vor Kontrollverlust durch „atomisierte“ Lohnfindung belegt.

Aus genau diesen Erwägungen lehnte der AEU-Vorstand Versuche, das britische Tarifsysteem gesetzlich zu ordnen, zunächst nicht prinzipiell ab. Sowohl Konservative als auch Labour-Regierungen hatten jedoch ein einseitiges Konzept von Regulierung: Streiks und Lohndrift sollten begrenzt werden, um britische Exporte zu stützen, die hinter die des Wirtschaftswunder-Deutschlands zurückfielen. Als die Sozialdemokratin Barbara Castle 1969 ihren Vorschlag „In Place of Strife“ veröffentlichte, war die AEU gespalten. 16 von 17 AEU-Abgeordneten im Unterhaus<sup>80</sup> befürworteten eine gesetzliche Regulierung der Gewerkschaften, AEU-Generalsekretär John Boyd wollte verhandeln. Doch als die Regierung im Gegenzug für Regulierung keine Angebote

---

<sup>80</sup> Die AEU verfügte in der Föderalen Labour Party über hohes Gewicht und durch die Finanzierung von Wahlkämpfen über eine eigene parlamentarische Gruppe in der Labour-Fraktion.



machte, setzte sich AEU-Präsident Hugh Scanlon mit einer kritischen Linie durch.<sup>81</sup> Er und Jack Jones als Sekretär der *Transport und General Workers Union* (TGWU) wurden zur Speerspitze des Protests gegen jede Regulierung der Gewerkschaftsrechte, die sie als Beschneidung von Handlungsmöglichkeiten empfanden. Denn wo die Bundesrepublik bei richterlich erzwungener Friedenspflicht Betriebsräte und Mitbestimmung garantierte, wollten die britischen Regierungen stets Arbeitsfrieden ohne korporatistische Garantien und Institutionen. Ein Kompromiss war nicht möglich, und der Konflikt verhärtete sich. Kurzfristig gewann die AEU: Sie wehrte nicht nur Barbara Castle ab, sondern auch den Versuch des konservativen Premierministers Edward Heath, 1971 ein neues Arbeitsgesetz zu erlassen.

Ein Gegenangebot der AEU, das bereits 1965 unterbreitet worden war, war der freiwillige Zusammenschluss zur Industriegewerkschaft. Dies sollte das Nebeneinander verschiedener Gewerkschaften in der Metallindustrie und die hohe Zahl von Streiks beenden. Doch der Plan scheiterte. Die AEU fusionierte zwar 1971 mit der Gießereigewerkschaft und der Angestelltengewerkschaft *Technical, Administrative and Supervisory Section* (TASS) sowie der Baugewerkschaft zur *Amalgamated Union of Engineering Workers* (AUEW). Aber diese Föderation blieb eine Dachorganisation für vier Gewerkschaften, die sich nie auf ein gemeinsames Statut einigen konnten. Spätestens als sich die TASS 1985 abspaltete, war der Zusammenschluss gescheitert. Inmitten der zu diesem Zeitpunkt bereits eingesetzten Deindustrialisierung verlor die 1986 in AEU zurückbenannte Gewerkschaft jede Chance, die Angestellten der Metallbranche zu organisieren. Bereits zuvor hatte die *National Union of Vehicle Builders* (NUVB) 1969 eine Fusion abgelehnt – das Konzept einer britischen Metall-Industriegewerkschaft war damit tot. Während die IGM als alleinige Gewerkschaft in der deutschen Automobilindustrie immer stärker wurde, schrumpfte die AEU selbst in ihrer Kernbranche zur Minderheit.

<sup>81</sup> Irving Richter, *Political Purpose in Trade Unions*, London 1973, S. 241–243.

## Strukturbruch und Dauerkrise ab 1973

Als das Ende der Nachkriegsprosperität in ein Zeitalter der wirtschaftlichen Unsicherheit übergang, verlor die AUEW beziehungsweise AEU ihre Stärke in den Betrieben. Hätte die Gewerkschaft 1969 oder 1971 einen korporatistischen Deal ausgehandelt, hätten die Dinge vielleicht anders ausgesehen. Abgesehen von den einseitigen Regulierungsversuchen des Staates, die nie ein echtes Angebot waren, machte jedoch gerade die Stärke der Gewerkschaft eine Sozialpartnerschaft unwahrscheinlich. Als die Thatcher-Regierung 1979 ins Amt kam, schloss sich das Zeitfenster für Kompromisse. Die in kleineren Paketen ab 1980 verabschiedeten Gewerkschaftsgesetze zielten auf eine Schwächung der Verbände. Gewerkschaften sahen sich danach einem langen politischen Ausschluss gegenüber, während ihre betriebliche Macht in einer neuen Welle von Massenarbeitslosigkeit erodierte. Die in die Enge getriebene AEU reagierte ab 1985 mit einem Experiment betrieblicher Sozialpartnerschaft: Partnerschaftsvereinbarungen mit multinationalen Konzernen. Diese „single union deals“ garantierten ihr das Alleinvertretungsrecht im Unternehmen sowie ein Konsultationsrecht. Im Gegenzug erklärte man, auf Streiks zu verzichten.<sup>82</sup> Die AEU hoffte, dieses Konzept mit einer eventuellen Labour-Regierung zum Standard zu machen. Als Tony Blair 1997 an die Macht kam, weigerte er sich jedoch, das Sozialpartnerschafts-Experiment durch gesetzliche Institutionalisierung zu verstetigen. Die Partnerschaftsabkommen betrafen nur eine Minderheit der Unternehmen, und selbst von diesen wurden die vereinbarten Konsultationsrechte zunehmend missachtet. Die Gewerkschaft beendete daher ihren Streikverzicht unter dem Druck der Basis Anfang der 2000er Jahre.

Eine zweite, dauerhaftere Überlebensstrategie der AEU bestand aus einer Reihe von Fusionen: 1986 vollendete sie den Zusammenschluss mit den Bau- und Gießereigewerkschaften, 1992 fusionierte sie mit der

---

<sup>82</sup> Ralf Hoffrogge, *Engineering New Labour: Trade Unions, Social Partnership, and the Stabilization of British Neoliberalism, 1985–2002*, in: *Journal of Labor and Society*, 21 (2018), 3, S. 301–316.

Elektrikergewerkschaft, 2001 mit den Finanzangestellten und 2007 mit der *Transport & General Workers Union* (TGUW). In beispiellos kurzer Zeit sprengten die Fusionen alle Reste des aus dem 19. Jahrhundert geerbten Sektionalismus, der bisher die gewerkschaftliche Organisation in Branchen und Berufe geteilt hatte. Die vor allem aus organisationspolitischer Verzweiflung angesichts von Mitglieder- und Machtverlust geborenen Fusionen hielten den Verband freilich letztlich kaum über Wasser. Die „engineers“ zählten 1970 1,1 Millionen Mitglieder allein in der Metallverarbeitung. Ihre letzte Inkarnation, *Unite – the Union*, wies 2015 noch 1,3 Millionen Mitglieder auf, obwohl sie in fast allen britischen Industrien und Dienstleistungsberufen präsent war. Die AEU war nunmehr Geschichte, sie hatte sich in einer Multibranchengewerkschaft aufgelöst, ohne den Mitgliederschwund aufhalten zu können.

Die IGM dagegen war als Industriegewerkschaft im Metallbereich weiterhin ohne Konkurrenz und erweiterte ihren Radius, als ihr 1998 und 1999 die kleineren Industriegewerkschaften der Textil- und Holzbranche beitraten.<sup>83</sup> Sie besetzte korporatistische Institutionen, die trotz Erosion etwa der Montanmitbestimmung im Strukturwandel von staatlicher Seite nicht angetastet wurden. Die Erinnerung an eine Verbindung von Massenarbeitslosigkeit und dem Aufstieg des Faschismus sowie die Präsenz des „anderen“ sozialistischen Deutschlands ohne Arbeitslosigkeit hielten die deutschen Konservativen bis weit in die 1980er Jahre auf einem korporatistischen Kurs.<sup>84</sup>

Als 1973 die Ölkrise das Ende des Nachkriegsbooms signalisierte, trat die IGM allerdings in eine neue Phase ein, die ich im folgenden als „defensive Sozialpartnerschaft“ bezeichne. Ab 1973 wurde infolge der Deindustrialisierung bei Werften, Stahl und anderen Branchen eine neue Arbeitslosigkeit zum Dauerzustand in Westdeutschland, die sich nach

<sup>83</sup> IG Metall Bayern, Wiederaufbau (wie Anm. 20), S. 115–131.

<sup>84</sup> Andreas Wirsching, „Neoliberalismus“ als wirtschaftliches Ordnungsmodell? Die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er Jahren, in: Werner Plumpe / Joachim Scholtzky (Hg.), *Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft: vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik*, Stuttgart 2012, S. 139–150.

der Wiedervereinigung vertiefte.<sup>85</sup> Rationalisierung und die Automatisierung der Automobilindustrie hielten Produktivität und die Exporte in den 1980er Jahren hoch und erhielten damit der IGM ihre Schlagkraft, sie bedeuteten aber ein Wachstum ohne neue Arbeitsplätze. Markovits argumentiert daher, dass 1974 eine „Ära der Mobilisierung“ endete.<sup>86</sup> Ich würde hinzufügen, dass erst in dieser Periode wirtschaftlicher Instabilität „Sozialpartnerschaft“ für die IG Metall dominant wurde. Denn von 1949 bis 1969 hatten Debatten über „betriebsnahe Tarifpolitik“ und wilde Streiks in dieser konfliktorientiertesten der DGB-Gewerkschaften sowohl den Zentralismus als auch die Lohnzurückhaltung infrage gestellt. De facto war die IGM korporatistisch, aber die Sozialpartnerschaft blieb umkämpft und angefeindet. Erst nach 1974 wurde sie zu einer wiederkehrenden Politik, die vielen alternativlos erschien. Durch das Schrumpfen von Stahl und Schiffbau gewannen in der IGM die Betriebsräte der exportorientierten Automobilindustrie die Oberhand, und mit ihnen die Praxis, Arbeitsplätze durch Lohnzurückhaltung und andere Zugeständnisse zu „schützen“. Diese defensive Sozialpartnerschaft war nicht tripartistisch, sondern hatte betriebliche Wurzeln und war ein Ergebnis der Tarifautonomie. Nur in größeren Krisen gab es vom Staat initiierte oder moderierte Absprachen – die „Konzertierte Aktion“ bis 1977 oder das „Bündnis für Arbeit“ 1998. Zu nennen wäre auch die staatliche Subventionspolitik in den Bereichen Stahl, Schiffbau und Automobil – bei denen die IG Metall bis weit in die 1980er Jahre immer eine Bindung der Subventionen an staatliche Investitionslenkung und Mitbestimmung forderte, was Unternehmen und Regierung jedoch ablehnten. Anders als etwa in Frankreich blieb staatliche Industriepolitik ein umstrittenes Instrument. In Krisen nahmen die Unternehmen zwar gerne Subventionen – wiesen jedoch spätestens in der nächsten Konjunktur jede „Einmischung“ empört zurück. Tarifautonomie und die Diskontinuität staat-

---

<sup>85</sup> Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael, Nach dem Boom: Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.

<sup>86</sup> Markovits, *The Politics of the West German Trade Unions* (wie Anm. 31), S. 236.

licher Industriepolitik formten die defensive Sozialpartnerschaft. Die Abwesenheit von Wirtschaftsplanung band die Gewerkschaften an die jeweiligen Erfolge „ihrer“ Betriebe, betriebliche Mitbestimmung wurde unter Globalisierungsbedingungen zum Teil eines internationalen Standortwettbewerbes.

Offensive Kämpfe unterbrachen jedoch die Ära der defensiven Sozialpartnerschaft: Die 35-Stunden-Woche war 1984 für die IGM noch einmal ein großer Erfolg. Aber sie wurde nie vollständig umgesetzt – und der Preis für die Verkürzung der Arbeitszeit war Flexibilisierung: systematische Überstunden, unterbrochen von Perioden kürzerer Arbeitszeiten, wenn die Nachfrage gering war. Die Wiedervereinigung verstärkte diesen Trend zur betrieblichen Flexibilisierung. 1993 war die erste „Härtefallklausel“ Teil eines Tarifvertrags für die gebeutelte ostdeutsche Metallindustrie. Sie erlaubte es den Betriebsräten, Tariflöhne zu unterschreiten, um Firmen vor dem Konkurs zu retten. Im Jahr 2004 wurde dies mit dem „Pforzheimer Abkommen“ auf nationaler Ebene institutionalisiert. Tarifverträge wurden nun regelmäßig auf betrieblicher Ebene „geöffnet“ und erlaubten niedrigere Löhne oder mehr Leiharbeit – auch ohne drohenden Konkurs. Diese Öffnung wird mitunter als Ende des Korporatismus der alten BRD gesehen.<sup>87</sup> Ein Missverständnis, denn auch hier handelte es sich um einen langsam ausgehandelten Prozess, bei dem die IGM an jedem Schritt des Weges zustimmte. Es kam nie zu einem Ausschluss oder einer Konfrontation wie im britischen Fall. Deregulierung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse stehen nicht im Widerspruch zur Sozialpartnerschaft – sie sind ihr trauriges Ergebnis. Defensive Sozialpartnerschaft beschränkte sich nicht auf die Betriebe, sondern es häuften sich die Neuauflagen einer konzentrierten Aktion. So etwa in der Finanzkrise 2009, in der die IGM in die Entwicklung eines Konjunkturprogrammes eingebunden war, das auf Kaufprämien für Neuwagen und großzügigen Kurzarbeitsregelungen basierte. Kaufprämien und Kurzarbeit prägten auch die Maßnahmen

<sup>87</sup> Wolfgang Streeck, Nach dem Korporatismus: Neue Eliten, neue Konflikte, in: Max Planck Institut für Geschichte Working Papers, 5 (2005).

zur Bewältigung der Corona-Krise 2020, freilich mit staatlichen Zuschüssen nur noch für Elektroautos.

## Fazit

Vergleicht man die Metallarbeitergewerkschaften DMV/IGM in Deutschland und ASE/AEU in Großbritannien, so wird sichtbar, dass sich die nationalen Kulturen des Korporatismus beziehungsweise des Voluntarismus langsamer und erratischer entwickelt haben als oft angenommen. In beiden Ländern zeigten sich in der Kriegswirtschaft des Ersten Weltkriegs Ansätze für einen tripartistischen Korporatismus, doch gaben Staat und Arbeitgeber die Zusammenarbeit in der Nachkriegskrise von 1920 bis 1924 wieder auf, als die Gewerkschaften durch Massenarbeitslosigkeit oder Inflation geschwächt waren. Erst in den 1950er Jahren erreichte die deutsche IG Metall ein funktionierendes, korporatistisches Arrangement – das meist ohne zentralstaatliche Moderation auskam und während der Boomjahre auch durch wilde Streiks und dezentrale Lohnverhandlungen in den Betrieben von unten herausgefordert wurde. Alternativlos erschien dieser Korporatismus erst später, als defensive Sozialpartnerschaft nach dem „Strukturbruch“ der 1970er Jahre. Paradoxerweise war damit der deutsche Korporatismus erst zu einem Zeitpunkt gefestigt, als er den Gewerkschaften nur noch begrenzte Vorteile brachte.

Versuche britischer Regierungen, durch Regulierung von oben ein ähnliches System befriedeter Arbeitsbeziehungen zu schaffen, scheiterten während des Nachkriegsbooms. Sie wurden mit Antritt der Regierung Thatcher 1979 nicht weiterverfolgt und auch von Folgeregerungen nicht aufgegriffen. Der eigentliche Scheidepunkt zwischen zwei Systemen von Arbeitsbeziehungen in Deutschland und Großbritannien ist somit erst für die Phase zwischen 1973 und 1979 anzusetzen: Während die IGM Korporatismus defensiv umformulierte, wurden in Großbritannien Gewerkschaften aus der politischen Sphäre ausgeschlossen.

## **Migration and Work – Theoretical Perspectives under the Impression of Multiple Crises<sup>1</sup>**

### **Introduction**

The COVID-19 crisis has brought to light conflicts surrounding the exploitation of migrant labor in sectors of the economy which are relevant to the maintenance of everyday life.<sup>2</sup> The first lockdown in spring 2020 was followed by closures of the EU's internal borders, and this created labor shortages (including in Germany and Austria) in such essential sectors as agriculture and care work. Only a short time later, mass infections in industries that employ a large number of migrants became public. Migrant workers protested against the impossibility of social distancing in their accommodation, on the assembly line or in the fields. Online retail, harvest or meat industry workers demanded a reduction of their workload, fair and full payment, and the right to housing or access to social benefits.<sup>3</sup> Since then, heightened by other crises trig-

---

<sup>1</sup> We thank Jens Beckmann and Alexander Gallas for their useful comments.

<sup>2</sup> For an early discussion in this journal see, among many others: Blauer Montag, Vom Notstand der Arbeitsgesellschaft, in: *Sozial.Geschichte Online*, 27 (2020), pp. 97–120; Cf. Maria L. Cook / Madhumita Dutta / Alexander Gallas / Jörg Nowak, Ben Scully, Times of Upheaval and Uncertainty: The Year in Review, in: *Global Labor Journal*, 11 (2020), 3, pp. 202–205; Corona-Monitor (eds.), *Corona und Gesellschaft. Soziale Kämpfe in der Pandemie*, Wien 2021. The debate on labor and migration in the Corona crisis was not least conducted in this journal, see: Dorothea Biaback Anong, Die perfekte Migration?: Saisonarbeit in der deutschen Landwirtschaft vor und während der Corona-Pandemie, in: *Sozial.Geschichte Online*, 30 (2021), pp. 115–160; Peter Birke, Die Fleischindustrie in der Corona-Krise. Eine Studie zu Migration, Arbeit und multipler Prekarität, in: *Sozial.Geschichte Online*, 29 (2021), pp. 41–87, [[https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico\\_mods\\_00074351](https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00074351)]. For an overview see: [<https://sozialgeschichte-online.org/dossiers/arbeit-in-der-pandemie/>].

<sup>3</sup> Peter Birke, *Grenzen aus Glas. Arbeit, Rassismus und Kämpfe der Migration in Deutschland*, Wien / Berlin 2022, pp. 249–312. A detailed German-Austrian comparative paper, focusing em-

gered by events such as Brexit and the war on Ukraine, labor shortages in transport and logistics, as well as in food production, domestic services or hospital care, remain a much contested topic and are having a lasting impact on work processes and labor disputes in the sectors mentioned above.

The present article discusses structures and policies that have led to this contested constellation. In a first step, we attempt to develop a more fundamental view of how conflicts over migrant labor, as well as over labor-migration regimes, can be systematically understood. In this respect, we start with the thesis that concepts and insights from the sociologies of labor and migration may helpfully be brought together in order to understand, in particular, the dynamics and meaning of labor processes and labor struggles (section 1). We therefore discuss and combine concepts from both fields of research: ‘fragmentation’ (section 2), ‘differential inclusion’ (section 3), and finally the relation between ‘valorization’ and ‘racialisation’ (section 4). In section 5, we relate our conceptual explorations – at this stage very briefly – to our own empirical findings on labor and migration in the COVID-19 crisis by referring to the meat processing industry and care work as exemplary sectors.<sup>4</sup>

## 1. A blind spot, briefly illuminated

Looking at the evolving class relations in the societies of the global north, there is an urgent need to understand migrant labor as a significant feature in the (re-)composition of the workforce. In our opinion, the shortage of labor in essential sectors, visible today, cannot be understood adequately without understanding why low-paid work in many

---

pirically on migrant labor struggles and union organizing, will be published by the authors of this text in Spring 2023. Cf. Neva Löw, *Arbeitskämpfe im Migrationsregime nach 2015. Ein Streik bei Amazon*, in: Buckel, Sonja et al.: *Kämpfe um Migrationspolitik nach 2015*, Bielefeld 2021.

<sup>4</sup> Johanna Neuhauser / Marwa El-Roumy / Yannik Wexenberger, *„Als ich diese Halle betreten habe, war ich wieder im Irak.“ Migrantische Systemerhalter\_innen bei Hygiene Austria und der Post AG*, Working Paper, Arbeiterkammer, Wien 2020; Felix Bluhm / Peter Birke / Thomas Stieber, *Hinter den Kulissen des Erfolgs. Eine qualitative Untersuchung zu Ausbildung und Erwerbsarbeit von Geflüchteten (SOFI WP 2020-21)*, Göttingen 2021.



sectors is almost entirely given to people without German or Austrian passports. In those sectors, it is quite obvious that there is a connection between the construction of fields of work as ‘migrant’ and their precarization. For this reason, objects that have long been understood as separate and delimited areas, especially in German-language research, must, in our view, be viewed more closely in their context and inter-relatedness. However, while the conditions of migrant workers have received increased attention during the pandemic, the underlying social division of labor has barely been addressed.

This does not mean that migrant workers are continuously and always invisible. Though their plight mostly stays in the shadows, it is from time to time dramatically illuminated.<sup>5</sup> For a short period after March 2020, public debate on this topic in our two countries was in some ways ahead of academic discourse. At the height of the pandemic, there was a growing understanding that many sectors in which a large part of the workforce labors without a German, Austrian or European passport have an ‘essential’ significance. This was the case for the food industry and agriculture, which were highly visible in public discourse, as well as for areas of indispensable care work (24-hour care, elderly people’s homes, parts of the health care system). At the same time, migrant workers<sup>6</sup> were repeatedly constructed as an ‘outside’ that does not belong to the community, and Corona hotspots were connoted as ‘migrant’ in a racist way.<sup>7</sup> As a consequence of this public attention, the im-

<sup>5</sup> Cf. Peter Birke, Coesfeld und die Folgen. Arbeit und Migration in der Pandemie. In: *Sozial.Geschichte*, 27 (2020), pp. 137–157, p. 127, [[https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico\\_mods\\_00072003](https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00072003)].

<sup>6</sup> Migrant workers are most often defined as those who have come in search of work. However, we also include those who have entered under other streams such as asylum, study or family reasons and who participate in the labor market. It is worth noting that migrants are also working in highly skilled fields, and in this sense too play an increasing role in the labor market and at workplaces. However, we find a growing polarization between the integration of migrants into high-skilled and low-skilled sectors, with a tendency that even highly qualified “newcomers” are confronted with problematic and exploitative working conditions. Since such constellations make up the largest share, we focus primarily on migrants in low-skilled and low-wage work, whatever the future trajectories of the recognition of their skills may allow them (or not).

<sup>7</sup> Birke, *Grenzen*, (see note 2), pp. 258–266.

portance of the political regulation of migration became evident during the crisis, be it in the form of opening and closing borders, a seemingly spontaneously developing system of defining labor as ‘necessary,’ or in the definition (and often expansion) of permissible working hours and desired/undesired employment relationships.

In contrast to the relevance of migrant work visible in current public discourse, however, many social scientific analyses of changes in the world of work have not, until recently, addressed migration at all. Even in research on Germany and Austria that focused directly on sectors and fields of work where migrant labor plays a significant part, migration was sometimes completely absent.<sup>8</sup> And though more empirical work has been done in recent years on the intersection between labor and migration, blind spots remain – these in some way reflect the connection that exists between the incomplete, fragile and hierarchized public discourse and migration research. This is particularly evident in those thematic conjunctures to which researchers, including of course the authors of this text, must orient themselves in order to ultimately generate institutional resources for their own work: a veritable wave of projects arose after 2015, but these were often quite instrumental, focused on topics such as ‘integration’ and ‘shortage of skilled workers.’ Or, more recently, on the immediate management of the mass flight from the Russian state’s attack on Ukraine. Very rarely, and only with a lot of effort, do researchers manage to work on these agendas against the grain.

A few examples can illustrate this. Recent studies had been dedicated to the subject of migration from the perspective of labor market segmentation and the transformation of industrial relations.<sup>9</sup> In addition,

---

<sup>8</sup> A first indication of this is that in most introductions to sociology of work, migration is not represented as a specific field to be studied (exception: Ludger Pries, *Internationalisierung von Arbeitsmobilität durch Arbeitsmigration*, in: Fritz Böhle / Günter G. Voß / Günther Wachtler (eds.), *Handbuch Arbeitssoziologie*, Wiesbaden 2010, pp. 729–750).

<sup>9</sup> Moritz Altenried / Manuela Bojadzijev / Leif Höfler / Sandro Mezzadra / Mira Wallis (eds.), *Logistische Grenzlandschaften: das Regime mobiler Arbeit nach dem Sommer der Migration*. Münster 2017. Cf. Bridget Anderson, *Migration, Immigration Controls and the Fashioning of Precarious Workers*, in: *Work, Employment and Society*, 24 (2010), 2, pp. 300–317. There is also a

studies on the integration of specific ethnic groups into the labor market have increasingly emerged, though their insights often merely illustrate quantitative aspects of the segmented labor markets.<sup>10</sup> Many of the new studies on migration and work refer, as mentioned, to the period of refugee migration after 2015.<sup>11</sup> This means, however, that ‘internal’ EU migration, whose striking significance has become evident in the aforementioned conflicts surrounding the COVID-19 crisis, has so far largely remained under-explored.<sup>12</sup> Another blind spot is, still, the relation between segmentation in the labor market and in the labor process: while some studies do combine sociological questions of labor and migration, they focus primarily on the segmentation of the market and exclude questions of control and social conflict in and around the labor process. Moreover, recently completed research, if it investigates questions of the labor process at all, is often based on the concept of ‘in-

relatively developed discussion on migrant labor struggles on the international scene, see recently among others Carlotta Benvegnù / Bettina Haidinger / Devi Sacchetto, *Restructuring Labour Relations and Employment in the European Logistics Sector: Unions’ responses to a Segmented Workforce*, in: Virginia Doellgast et al. (eds.), *Reconstructing Solidarity: Labour unions, Precarious work, and the Politics of Institutional Change in Europe*, Oxford 2018, pp. 83–103. Virginia Doellgast et al., *Reconstructing Solidarity: Labour unions, precarious work, and the politics of institutional change in Europe*, Oxford 2018.

<sup>10</sup> For Austria see Gerlinde Titelbach / Marcel Fink / Raphaela Hyee / Katharina Valkova, *Beschäftigungsentwicklung von Inländer/innen und Ausländer/innen am österreichischen Arbeitsmarkt*. AMS Projektbericht, Wien 2018, [[https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/4910/1/2018-ihs-report-titelbach-fink-hyee-Valkova-beschaeftigungsentwicklung-oesterreichischen-arbeitsmarkt.pdf](https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/4910/1/2018-ihs-report-titelbach-fink-hyee- Valkova-beschaeftigungsentwicklung-oesterreichischen-arbeitsmarkt.pdf)], for Germany see Jonas Felbo-Kolding / Janine Leschke / Thees F. Spreckelsen, *A division of labour? Labour market segmentation by region of origin: the case of intra-EU migrants in the UK, Germany and Denmark*, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 45 (2018), 15, pp. 2.820–2.843.

<sup>11</sup> In Germany, special attention is paid to the studies of the Institute for Labor Market and Occupational Research of the Federal Employment Agency (IAB); see for example Herbert Brücker et al., *Fünf Jahre “Wir schaffen das.” Eine Bilanz aus der Perspektive des Arbeitsmarktes (IAB-Forschungsbericht 11)*, Nürnberg 2020. In Austria, the annual integration report also includes data on the situation of migrants in the labor market: *Expertenrat für Integration, Integrationsbericht 2020 – 10 Jahre Integrationsbericht*, Wien, [<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/integration/integrationsbericht.html>].

<sup>12</sup> One exception is the study of Riedner, who conducted participatory observation in a worker center in Munich: Lisa Riedner, *Arbeit! Wohnen! Urbane Auseinandersetzungen um EU-Migration*, Münster 2018. See also Felbo-Kolding et al., *Division of Labor*, (see note 10). On intra-European South-North migration in the wake of the 2008 crisis: Jean-Michel Lafleur / Mikołaj Stanek (ed.), *South-North Migration of EU Citizens in Times of Crisis*, Wiesbaden 2017.

tegration,' which has been widely questioned in critical migration research.<sup>13</sup>

In our opinion, a conceptual connection between labor and migration processes is of great interest, not least on the basis of recent studies from German-language labor and migration research. The aforementioned blind spots of current research do, of course, need empirical work, but they also need an analytical compass. Here we view the concept of 'fragmentation,' as spelled out in the sociology of labor, as an interesting starting point. On this basis, in section 3, we will justify why we consider it important to combine this concept with that of 'differential inclusion' from migration research.

## 2. Fragmentation

Apart from the question of whether migration plays a role at all, it is also interesting how migration is conceptualized. Is there a systematic approach to the topic, and if so, what does it look like? After all, it is not only precarity in general that has been a central theme in recent decades, but also the process of fragmentation of employment relationships.<sup>14</sup> Many recent works even ascribe an almost epochal valence to this latter concept. 'Fragmentation' has been associated with various tendencies, whose 'point zero' ['Nullpunkt'] is often identified as the early 1980s.<sup>15</sup> Unsurprisingly, if one thinks of the classics of labor sociology after 1945, the automotive industry is typically perceived as the

---

<sup>13</sup> Werner Schmidt, *Geflüchtete im Betrieb: Integration und Arbeitsbeziehungen zwischen Ressentiment und Kollegialität*, Bielefeld 2020. Other studies consider labor market integration as a goal in itself: Brücker, *Fünf Jahre* (see note 11).

<sup>14</sup> Hajo Holst (eds.), *Fragmentierte Belegschaften. Leiharbeit, Informalität und Soloselbständigkeit in globaler Perspektive*, Frankfurt / New York 2017. See also: Mick Marchington / Damian Grimshaw / Jill Rubery / Hugh Willmott (eds.), *Fragmenting Work: Blurring Organizational Boundaries and Disordering Hierarchies*, Oxford, New York 2005.

<sup>15</sup> Harald Wolf, *Auf der Suche nach der fragmentierten Arbeit. Über produktive Irritationen im Sekundäranalyselabor*. In: *Arbeits- und Industriesoziologische Studien*, 11 (2018), 1, pp. 76–90, p. 81.

concrete historical site of this starting point. Since the last two decades of the 20th century, the auto industry has experienced a gradual process that combines the decentralization of production units with the globalization of value chains. Keywords are lean production and the reduction of vertical integration, profit centers as a form of managerial control, group work and ‘self-organized’ forms of work, and outsourcing and subcontracting. It is noteworthy that not only the traditional over-emphasis on automobile factories, but also new forms of operational management, were central to the development of the debate on fragmentation.<sup>16</sup> Since the 1990s, the observation that labor relations were becoming marketized has also been the inspiration for the debate on the ‘subjectification’ of labor.<sup>17</sup> However, each of these debates has been conducted without a closer look at how the observed changes affect migration and vice versa.

In our opinion, the debate on ‘fragmentation’ currently conducted in the sociology of work also offers a starting point for linking research on work/work processes with work on migration.<sup>18</sup> We find it particularly

<sup>16</sup> This specific beginning could also be one explanation why migration is still rather secondary within that discourse, given the ideology of “universalism” of the working class, which is strongly represented in studies of the automobile industry, cf. Schmidt, Geflüchtete, (see note 13).

<sup>17</sup> New insights were also provided by the debate on precarization associated with the work of Robert Castel and the reconceptualizations that emerged in the work of Klaus Dörre and others at the University of Jena. See as an overview Klaus Dörre, Prekarität als Konzept kritischer Gesellschaftsanalyse – Zwischenbilanz und Ausblick, in: Ethik und Gesellschaft, 2/2015, [[http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-2-2014\\_Doerre.pdf](http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-2-2014_Doerre.pdf)].

<sup>18</sup> Of course, there is a lot of literature on fragmented labor markets, both with regard to historical processes and unfree labor, with regard to the dynamics of the re-composition of the working class, and as analyses of the relevance of labor migration. Cf., among many others: Karl Heinz Roth / Marcel van der Linden, *Beyond Marx, Theorising the Global Labour Relations of the Twenty-First Century*, Leiden 2014. Lisa Carstensen, *Unfree Labour, Migration and Racism: Towards an Analytical Framework*, in: *Global Labor Journal* 12 (2021), 1, [<https://mulpress.mcmaster.ca/globallabour/issue/view/422>]. While the aim here is not least to relate the existing transnational debate about the significance of segmented labor markets and fragmented workforces (i. e., ultimately about the connection between exploitation, migration, and labor relations) to the standards and concepts of German-language sociology of work, it must also be noted that even in English-speaking introductions to the field, “race” is often treated merely as a “special topic” and / or field of research, apart from the mainstream of industrial relations, labor processes etc. (critically see e. g. Satnam Virdee, *Racialized Capitalism: An account of its contested origins and consolidation*, in: *The Sociological Review*, 67 (2019), 1, pp. 3–27. Thus, an examination of

revealing that fragmentation contributes to the precarization of work by splitting what were once (formally) homogeneous workforces into several groups with different employers, employment contracts, and employment and working conditions.<sup>19</sup> The concept of ‘fragmentation’ has recently marked a turning point in labor and industrial sociology: it gradually moved away from placing the central analytical focus on that part of labor processes whose quasi-natural environment is assumed to be the workplace. Wolf describes this readjustment as a renewed consideration of the “division of labor on a large scale.” One is “no [longer] primarily aiming at the disaggregation of work within companies, but at the splitting off, redistribution and recomposition of a multitude of work processes within and between companies and industries.”<sup>20</sup>

We share the view that labor and employment relations must be examined in the context of changes within the division of labor as a whole, i. e., as a reconfiguration of power relations. At the same time, our hypothesis is that these changes cannot adequately be described without consideration of migration dynamics, because to leave those relations aside is to disregard an element that is crucial to the reconfiguration of the division of labor. Accordingly, the obvious question of how fragmentation processes are interwoven with inequalities along migration/ethnic and gender lines has remained largely underexamined in research on fragmentation.<sup>21</sup>

---

the significance of migration at the point of production, but also in class relations, would be an important topic in the sociology of work in general.

<sup>19</sup> Marchington, *Fragmenting Work*, (see note 14); Jörg Flecker, *Fragmenting Labour: Organisational restructuring, employment relations and the dynamics of national regulatory frameworks*, in: *Work Organisation, Labour and Globalisation*, 4 (2010), 1, pp. 8–23.; Rosemarie Batt / Eileen Appelbaum, *The Networked Organisation: implications for jobs and inequality*, in: Damian Grimshaw / Colette Fagan / Gail Hebson / Isabel Tavora, *Making Work More Equal*, Manchester 2017, pp. 70–89.

<sup>20</sup> Wolf, *Fragmentierte Arbeit*, (see note 15), p. 77 (our translation).

<sup>21</sup> In this regard, Batt / Appelbaum (*Networked Organisation*, see note 19) consider the following in their critical review of the state of research on fragmentation: “[...] we lack deep empirical investigations at the intersection of organizational restructuring on the one hand, and race, gender and ethnicity on the other” (p. 83).

If we consider labor migration, what we see first is that their regulation has become more diverse. Several forms can be identified in Germany and Austria (as well as in many other countries). On the one hand, there are regulations reminiscent of the guest worker regime, through which workers in so-called ‘shortage occupations’ are recruited abroad for specific areas of work in a targeted and systematic manner, whereby residence permits are often tied to a specific employer.<sup>22</sup> On the other hand, the expansion of the EU since the first decade of the 21st century has brought about formal freedom of movement, which is, however, undermined by the denial of social benefits.<sup>23</sup> In Germany, the 2016 Integration Act linked the right of residence more closely to the willingness to be available for gainful employment of any kind.<sup>24</sup> In Austria, the release of the Red-White-Red Card in 2011 introduced a criteria-based immigration system for labor migration from third countries, which is intended to provide so called skilled workers in shortage occupations in addition to highly qualified workers on a demand-driven basis. Unlike the points systems of classic immigration countries such as Canada, however, permanent residence is not granted; instead, residence and employment permits are initially limited to one year.<sup>25</sup> Finally,

<sup>22</sup> In this regard, consider the early developments that have been discussed in Germany since the Immigration Act (2004/2005), cf. Serhat Karakayali / Vassilis Tsianos, Mapping the Order of New Migration. Undokumentierte Arbeit und die Autonomie der Migration, in: *Peripherie*, 25 (2005), 97/98, pp. 35–64.

<sup>23</sup> An example of this in Austria is the indexation/cutting of family allowances for people working in Austria whose main place of residence is abroad. The measure was initiated by the ÖVP-FPÖ government and particularly affects 24-hour caregivers: *Parlament aktiv, Parlamentskorrespondenz Nr. 1160 vom 24.10.2018. Nationalrat stimmt Indexierung der Familienbeihilfe zu*, Wien 2018, [[https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2018/PK1160/](https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK1160/)].

<sup>24</sup> On the development of the different moments of an “exploitation-oriented” but at the same time differentially organized migration regime in Germany, see for instance Lisa Carstensen / Lisa Riedner / Lisa Marie Heimeshoff, *Der Zwang zur Arbeit. Verwertungslogiken in den umkämpften Regimen der Anwerbe-, Flucht- und EU-Migration*, in: *Sozial.Geschichte Online*, 23 (2018), pp. 235–269, [[https://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-46215/08\\_Carstensen\\_et\\_al\\_Zwang\\_zur\\_Arbeit.pdf](https://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-46215/08_Carstensen_et_al_Zwang_zur_Arbeit.pdf)].

<sup>25</sup> Torben Krings, *Von der „Ausländerbeschäftigung“ zur Rot-Weiß-Rot-Karte: Sozialpartnerschaft und Migrationspolitik in Österreich*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 42 (2013), 3, pp. 263–278, pp. 269 et seq.

in both countries, restrictive rules on entry from third countries and the right of asylum are more or less directly linked to an expansion of informalized employment and undocumented work.<sup>26</sup>

Clearly, border regimes, the welfare state, and labor and residence laws are all factors that need to be considered in studying the transnational fragmentation of the movements of capital and labor. Accordingly, Hürtgen, among those who have long proposed a transnationalization of labor studies, has pointed to the strong connection between economic integration and social fragmentation. The “splitting of the production process into a multitude of internal and external elements, which in turn are flexibly combined according to the current market situation,”<sup>27</sup> presupposes a transnational distribution of production as well as a transnational recruitment of labor. This ‘cuts through’ nation-state modes of regulation. It is therefore one of the essential elements of the renewal of the social division of labor. We consider this understanding of migration as part of a broader dynamics of transnational labor recruitment to be extremely important.<sup>28</sup> Nevertheless, we would argue that, with respect to the rich body of research on GPNs and

---

<sup>26</sup> As Trimikliniotis and Fulas-Souroulla show on the basis of interviews conducted in eleven EU countries, female migrants are particularly affected by this situation. Undocumented migrants of both sexes mostly work in low-skilled sectors, such as construction, agriculture, catering or cleaning and housekeeping services: Nicos Trimikliniotis / Mihaela Fulas-Souroulla, *Informalisation and Flexibilisation at Work: The Migrant Woman Precariat Speaks*, in: Maria Kontos et al. (eds.), *Paradoxes of Integration: Female Migrants in Europe. International Perspectives on Migration*, vol 4., Dordrecht 2013.

<sup>27</sup> Stefanie Hürtgen, *Zur Politischen Ökonomie transnational fragmentierter Arbeitskraft*, in: *Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen*, 3 (2019), pp. 23–31, p. 25 (our translation).

<sup>28</sup> Recent works in the tradition of “global labor history” discuss migrant labor as part of vulnerable arrangements in global commodity chains and production networks: Karin Fischer, *Global Labor and Labor Studies—Breaking the Chains*, in: Andrea Komlosy / Goran Musić (eds.), *Global Commodity Chains and Labor Relations*, Leiden 2021, p. 367. For a recent overview of the state of research, see Komlosy / Musić, *Global Commodity Chains and Labor Relations*, *ibid.* In addition, research that focuses on the concept of the “new international division of labor,” which was already established in the 1970s, offers valuable insights; see Folker Fröbel / Jürgen Heinrichs / Otto Kreye, *Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer*, Reinbek bei Hamburg 1977.



GPVs,<sup>29</sup> migration should be theorized more systematically, as a driving force of fragmentation and thus of the division of labor. Although globalization has meant that labor markets are no longer exclusively national and employment has become increasingly transnational, the regulation of migration and labor law continues to take place mainly within a national framework. However, state migration policies are to be understood “less as consistent policies than as an unstable web of compromises between different political, social and economic interests.”<sup>30</sup> In other words, migration labor policies are socially contested and historically develop very different and sometimes contradictory manifestations.

### 3. Differential Inclusion

One of the reasons why migration is insufficiently addressed in the literature on precarization and fragmentation processes is that the sociology of work and the field of migration studies often operate without referring to each other. We therefore suggest that the analytical interest of the sociology of work in the social division of labor at the workplace and beyond should be related to perspectives from migration studies. This seems obvious insofar as the observation of the emergence of a precarious world of work, which operates beyond the social demands that otherwise (continue to) prevail in Western Europe, does not surprise anyone who has dealt empirically with migration relations in recent years. In this respect, too, the COVID-19 crisis has merely made existing tendencies visible and increasingly public. Even outside an academic audience, the observation that there is a ‘migrantized’ precarity in parcel services or 24-hour care is common sense. These are areas in which hardly any people with German/Austrian passports work anymore. From our point of view, the question is therefore not so much whether migration and precarity have a (quantitatively) regular connec-

<sup>29</sup> I. e. “Global Production Networks” and “Global Value Chains.”

<sup>30</sup> Altenried, *Logistische Grenzlandschaften* (see note 9), p. 47.

tion – we consider this to be sufficiently proven. Rather, we are concerned with the question of how this connection is constituted within the social division of labor and how it is related to strategies of capitalist exploitation on the one hand and state regulation on the other.

If one aims at conceptualizing labor and migration together, reference can also be made to another strand of research. As early as the 1970s, the question of the segmentation of labor relations was explicitly related to the connection between migration and the under-stratification of labor.<sup>31</sup> As Piore emphasizes in his standard work on the U.S. context, segmentation is to be understood as an expression of alternative capital valorization strategies. In addition to rationalization or social compromises with core workforces, Piore argues that a central strategy of corporate management is to recruit new underclasses on the basis of unequal access to rights and resources defined by citizenship.<sup>32</sup> By taking over the unstable jobs at the bottom of the social hierarchy that are shunned by local workers, immigrants (and other workers ‘new’ to some specific labor market) cushion economic fluctuations and implicitly secure more stable working conditions in the primary segment of the labor market. Due to the low social status of so-called ‘migrant jobs,’ this does not change much even in times of greater labor surpluses. In this respect, segmentation theory approaches can explain well why, even in times of crisis, migrants (women, black people, etc.) do not (necessarily) compete with non-migrants for the same jobs and why there are hardly any workers with German/Austrian passports in certain sectors and areas of activity.<sup>33</sup>

Despite the valuable insights provided by classical segmentation theories, their focus has to be extended to labor relations beyond production

---

<sup>31</sup> Michael Piore, *Birds of Passage: Migrant labor and industrial societies*, Cambridge 1979, Stephan Castles / Godula Kosack, *Immigrant Workers and Class Structure in Western Europe*. London 1973, for a more detailed discussion, see Johanna Neuhauser, *Die Funktion migrantischer Arbeit – Zur Aktualität klassischer Segmentationstheorien*, in: *Kurswechsel: Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen*, 3 (2019), pp. 13–22.

<sup>32</sup> Piore, *Birds of Passage* (see note 31), pp. 36, 39.

<sup>33</sup> Martin Ruhs / Bridget Anderson, *Who Needs Migrant Workers? Labour shortages, immigration, and public policy*, Oxford 2010, pp. 44 et seq.

and the (assumed) temporariness of migration as the most dynamic factor of segmentation by citizenship or ethnicity.<sup>34</sup> Moreover, segmentation theories – despite their extension to migration – tend to remain within the nation-state framework, neglecting transnational processes of the regulation of labor and migration. While Piore still assumes individual capitalists, who choose between different capital valorization strategies, the fragmentation and globalization of value chains have today produced models of labor exploitation that are less based on individual (intentional) capitalist corporate strategies, but are, as outlined, a systematic part of increasingly transnationalized capital valorization structures. Devalued migrant employment finds its place in the realm of ‘newly’ valorized services. This is equally true for 24-hour care, for the new ‘hubs’ of the food industry as well as for parcel services and online commerce. Thus, what appears, in the labor-sociological debate on ‘Digital Taylorism,’ as a new form of management and control evident in, for example, distribution centers and warehouses, can hardly be understood without considering the social re-composition of the working class as a whole and thus also the new forms of ‘migrantized’ segmentation. Entire branches and industries are thereby being removed from what used to be considered ‘normal employment relations’ and are being brought closer to what is the international standard of informalized employment relations.<sup>35</sup>

It is striking that the perspectives of the sociology of work, which have been gradually broadened in recent decades, as discussed here with regard to the concept of fragmentation, have also been addressed in migration research. For example, Mezzadra and Neilson emphasize the ‘differential inclusion’ of new migrants, which assumes a pluralization of legal forms and a differentiation into various categories for which the borders of states and confederations, as well as the borders of labor markets, are more or less penetrable or impenetrable.<sup>36</sup> The idea that the

<sup>34</sup> Neuhauser, Segmentationstheorien (see note 31).

<sup>35</sup> Birke, Grenzen, (see note 3), pp. 75–103.

<sup>36</sup> Sandro Mezzadra / Brett Neilson, *Border as Method, or, the Multiplication of Labor*: New York 2013; Sandro Mezzadra, *The Gaze of Autonomy: Capitalism, migration and social struggles*,

aim of current border and migration regimes is not simply to exclude migrants, but to filter, select, and hierarchize transnational mobilities, seems central to us.<sup>37</sup> On the one hand, the concept captures the fact that under the pressure of the flexibilization of labor markets, processes of fragmentation and precarization have become part of migration management and thus of the definition of citizenship on a global scale (for example, points systems, green cards, residence on probation, etc.). On the other hand, the stratification and multiplication of systems of entry, residence, and social rights promotes the diversification of migrant subject positions and leads to a ‘multiplication of labor.’<sup>38</sup> Mezzadra and Neilson prefer this concept to that of an (international) division of labor, as it allows them to emphasize the increasing heterogeneity of labor relations, which cannot be contained within simple hierarchies such as North-South or center-periphery. By contrast, we argue in favor of keeping the concept of the division of labor as a theoretical horizon in order not to lose sight of structural relations of inequality and dependency. At the same time, the perspective of ‘differential inclusion’ draws attention to the tensions and frictions between the (autonomous) practices and movements of migrants and the migratory regime, rather than one-sidedly resolving them.<sup>39</sup>

This debate in migration studies, which has been developing steadily since the 2000s, is particularly useful for broadening the perspectives of the sociology of work in that it highlights the importance of citizenship for the fragmentation and precarity of labor and employment relationships.<sup>40</sup> Thus, an increasingly “exploitation-oriented migration regime”

---

in: Vicky Squire (ed.), *The Contested Politics of Mobility: Borderzones and irregularity*, London 2011, pp. 121–142; Emmanuel Terray, *Illegale Arbeit ist rentabel*, in: *Archipel* 9 (2002), 3, pp. 1–2.

<sup>37</sup> Mezzadra / Neilson, *Border as Method*, (see note 36), p. 165.

<sup>38</sup> *Ibid.*, pp. 91, 164 et seq.

<sup>39</sup> *Ibid.* See also Squire, *Contested Politics* (see note 36).

<sup>40</sup> Migrants’ vulnerability is amplified by their legal and political status, even when they formally acquire social entitlements in the context of their employment relationships: Hannah Lewis et al., *Hyper-precarius Lives: Migrants, work and forced labour in the Global North*, in: *Progress in Human Geography*, 39 (2015), 5, pp. 580–600. This produces a situation in which labor rights, even when they exist on paper, are often ignored (e. g. when working hours exceed the legally defined measure of a ten-hour day).

and the “marketization of citizenship” are mutually complementary.<sup>41</sup> Our thesis is that the connection between research on the (transnational) fragmentation of labor, which focuses on political-economic restructuring, and the concept of ‘differential inclusion’, which is primarily based on migratory movements and migration regimes, contributes to a better understanding of the increasing ‘migrantization’ of particularly precarious sectors. And this in turn is one of the preconditions for any qualified discussion of the consequences of ‘migrantization’ for the (re-)composition of the working class in general, and the scope for collective organization.

#### 4. Valorization and Racialization<sup>42</sup>

In this context, racializing attributions must be seen as a constitutive element of fragmentation policies. In the U.S. debate, the concept of racialization of labor was introduced thirty years ago from the perspective of the ‘long history’ of postcolonial class societies, and primarily intended to mean the use and naturalization of ascribed ethnic differences in labor processes to divide workers.<sup>43</sup> In particular, authors of postcolonial studies have drawn attention to the fact that colonial relations such as slavery “rather than an aberration that can be addressed through strategies of criminalization by protective statecraft, [are ...] part of how capitalism advances across uneven terrain.”<sup>44</sup> Despite the rich body of work by intellectuals such as W. E. B. Du Bois, Frantz

<sup>41</sup> The term “marketization of citizenship” has been coined mainly in Anglo-Saxon citizenship studies: Ayelet Shachar, *The Marketization of Citizenship in an Age of Restrictionism*, in: *Ethics & International Affairs*, 32 (2018), 1, pp. 3–13.

<sup>42</sup> With the concept of racialization we refer to Robert Miles, *Racism*, London / New York 2002 [1989], who defines it as a dialectical process by which meaning is assigned to certain markers (conceived as ‘biological,’ ‘cultural,’ etc.) through which individuals become a generalized category of persons (ibid., p. 76). Racialization and racism are thus historically variable but not random: on the one hand, it is important to identify the dynamic content of racism, its fluidity, but on the other hand, it cannot be understood without reference to historical continuities (ibid., p. 84).

<sup>43</sup> David R. Roediger, *The Wages of Whiteness: Race and the making of the American working class*. Rev. ed., London / New York 2007. Edna Bonacich / Sabrina Alimahomed / Jake B. Wilson, *The Racialization of Global Labor*, in: *American Behavioral Scientist*, 52 (2008), 3, pp. 342–355.

Fanon, Stuart Hall, Angela Davis or Cedric Robinson, “the examination of how race functions in structural and agential ways, integrally reproducing raced markets and social conditions,”<sup>45</sup> has accorded relatively less critical attention in mainstream labor relations research than gender and class.<sup>46</sup> In this context, labor research could benefit from precisely those studies that reveal how capitalism deploys strategies for extraction or accumulation based on ethnic or racial hierarchies.<sup>47</sup> Such a perspective could contribute to dismantling Eurocentric sociologies by demonstrating how colonial legacies have always informed labor relations and migration policies.

Racialization is part of a set of strategies of capital valorization that, from an intersectional perspective, must be linked to other strategies associated with the social division of labor. Feminist approaches to social reproduction have shown in numerous ways that feminization and devaluation of work domains are mutually dependent.<sup>48</sup> Moreover, particularly feminists of color have analyzed the interlocking of race and gender in the division of labor.<sup>49</sup> In terms of reproductive labor, Evelyn Nakano Glenn points, for example, to a hierarchization between so-called emotional labor on people, which is valued more highly and performed by a majority of ‘white’ women, and physical labor on things/spaces, such as cleaning, which is mostly performed by black

---

<sup>44</sup> Adelle Blackett, *Slavery is not a Metaphor*, Review of Bunting / Quirk, *Contemporary Slavery*, in: *The American Journal of Comparative Law*, 66 (2018), 4, pp. 927–35, p. 933.

<sup>45</sup> Lisa Tilley / Robbie Shilliam, *Raced markets: An introduction*, in: *New political economy*, 23 (2018), 5, pp. 534–543.

<sup>46</sup> *Ibid.* As Virdee argues for the British context, this marginalization of black scholars and racism studies is not only true for labor studies, but is actually characteristic of the genesis of the discipline of sociology: Satnam Virdee, *Racialized capitalism: An account of its contested origins and consolidation*, in: *The Sociological Review*, 67 (2019), 1, pp. 3–27, p. 4.

<sup>47</sup> Cf. Jackie Wang, *Carceral Capitalism: South Pasadena 2018*; Gargi Bhattacharyya, *Rethinking Racial Capitalism*, Lanham, MD 2018; Virdee, *Racialized capitalism* (see note 42).

<sup>48</sup> Cf. Barbara Laslett / Johanna Brenner, *Gender and Social Reproduction: Historical Perspectives*, in: *Annual Review of Sociology*, 15 (1989), pp. 381–404; V. Spike Peterson, *Global Householding Amid Global Crises*, in: *Politics & Gender*, 6 (2010), 2, pp. 271–281.

<sup>49</sup> Cf. Tithi Bhattacharya (ed.), *Social Reproduction Theory: Remapping class, recentring oppression*, London 2017.

women.<sup>50</sup> Patterns of gender classification of labor ('feminization')<sup>51</sup> are thus structurally related to racializing or ethnicizing constructions, although they do not merge. In this vein, qualitative studies show that the specific 'suitability' of migrants for certain jobs is often justified by employers in terms of their particularly 'flexible attitude,' which functions as an ethnicized and also gendered construction of a special 'migrant work capacity.'<sup>52</sup> Migrants are often stylized as paradigmatic neoliberal subjects who embody values such as flexibility, competitiveness and discipline and are thus particularly well suited to the demands of liberalized labor markets.<sup>53</sup>

For employers, these constructions serve to legitimize segmentation-oriented recruitment strategies and differences in pay and conditions for different groups of workers. They are thus a constitutive component of divide-and-rule strategies in capitalism.<sup>54</sup> Since classical theories of segmentation – and recent works on fragmentation – focus on political economy, they often neglect the very processes by which certain groups of workers are distributed among different employment relationships.<sup>55</sup> In this context, the attribution of certain characteristics on the basis of citizenship, so-called ethnic origin or gender is closely linked to the question of the evaluation (recognition/denial) of qualifications.<sup>56</sup> The recognition of a particular ability of certain groups can also be a form of

<sup>50</sup> Evelyn Nakano Glenn, *From Servitude to Service Work: Historical continuities in the racial division of paid reproductive labor*, in: *Signs: Journal of women in culture and society*, 18 (1992), 1, pp. 1–43.

<sup>51</sup> With Peterson, *Global Householding* (see note 48), p. 274, we understand feminization as a classification and hierarchization principle through which certain work is devalued as reproductive / unskilled / of lower economic value. Cf. Johanna Neuhauser / Johanna Sittel / Niko Weinmann, *Frühes Plädoyer für eine relationale Analyse von Arbeit und Geschlecht*. in: Johanna Neuhauser et al., *Arbeit und Geschlecht im Wandel. Impulse aus Lateinamerika*, Frankfurt am Main et al. 2019, pp. 21–30.

<sup>52</sup> Cf. Roger Waldinger / Michael I. Lichter, *How the Other Half Works: Immigration and the social organisation of labor*, Los Angeles 2003.

<sup>53</sup> Olena Fedjuk / Paul Stewart, *Inclusion and Exclusion in Europe: Migration, work and employment perspectives*. Rowman & Littlefield International, London 2018.

<sup>54</sup> Harald Bauder, *Origin, Employment Status and Attitudes Towards Work: Immigrants in Vancouver, Canada*, *Work, Employment and Society*, 20 (2006), 4, pp. 709–729.

<sup>55</sup> Neuhauser, *Segmentationstheorien* (see note 31).

racism, for example, when it is emphasized that certain groups of migrants are particularly hard workers, extremely nimble or particularly kind in their dealings with the elderly, etc., and are thus constructed as particularly suitable for certain precarious areas of work. While the perspective of ‘differential inclusion’ focuses in particular on hierarchizations through citizenship – and thus on the level of government – we argue for taking greater account of the social processes of racialization and feminization as crucial moments of the exploitation of migrant labor, and thus of a relevance for the division of labor at the micro-level and at the point-of-production (or, of course, point-of-service).

On this basis, racification is much more than just an individual ‘attribution,’ but an organized, structured phenomenon, here for example as part of the management of labor relations. The observation that both ethnicizing devaluations and supposed valorizations are part of racial management is also central to our analysis of the COVID-19 crisis: It makes clear that it is merely a further variant of invisibilization, namely the disappearance of working people and their rights in the construction of their supposedly special, personal characteristics. At this point, a correction, or rather, a differentiated assessment, of the image of the ‘visibility’ of migration after March 2020 must also be made. In a seemingly paradoxical way, the short-term recognition and thus ‘visibility’ of ‘essential’ migrants had, in its consequences, a doubly invisibilizing effect: public attention was focused only on a specific (because in the short-term ‘useful’) part of precarious and migrant employment, while others remained out of view. The emphasis on the ‘essential necessity’ of these workers simultaneously confirmed (and still confirms) the functionality of their permanent downgrading and allocation to devalued areas of work.

---

<sup>56</sup> In their case study of a London hotel, Dyer et al. found that certain activities are assigned to certain groups. In this context, racialized attributions change permanently and can also contradict each other immanently: Sarah Dyer / Linda McDowell / Adina Batnitzky, *The Impact of Migration on the Gendering of Service Work: The Case of a West London Hotel*, in: *Gender, Work and Organization*, 17 (2010), 6, pp. 635–657.



## 5. Migrant Labor in the COVID-19 Crisis

If we consider the quantitative empirical evidence on migrant work in the COVID-19 crisis, an ambivalent picture emerges. On the one hand, it can be said that migrants are more at risk of unemployment and relative impoverishment.<sup>57</sup> On the other hand, there are studies that point to numerous examples of high workloads, increased stress in work processes as well as a greater risk of infection in view of the impossibility of working from a home office.<sup>58</sup> In the following, we will show that this observation is not surprising with regard to the structures of the social division of labor, since the ‘roller coaster’ of unemployment and overwork is one of the results of the fragmentation of labor we spoke of in section 2 of this article. Within this fragmentation of labor, exploitation and devaluation complement each other.<sup>59</sup> Unemployment is thus a reflection of overexploitation. However, the specific situation of migrants only becomes visible if one considers their ‘differential inclusion’ in devalued fields of work on the basis of the racialization processes described above and their ‘multiple precarity’ (precarious

<sup>57</sup> Quantitative data confirm that migrant workers are particularly affected by the disastrous consequences of the pandemic on the labor market, as they are more likely to have unstable employment conditions. This is particularly the case in sectors such as hospitality and food services, which have seen a sharp drop in employment during the pandemic. At the same time, migrants are at significantly higher risk of COVID-19 infection due to their structural vulnerabilities (higher poverty rates, precarious housing and employment conditions in which social distancing is not possible, cf. OECD, What is the Impact of the COVID-19 Pandemic on Immigrants and their Children? OECD policy responses to Coronavirus (COVID-19), Paris 2020, [<http://www.oecd.org/coronavirus/policy-responses/what-is-the-impact-of-the-covid-19-pandemic-on-immigrants-and-their-children-e7cbb7de/>].

<sup>58</sup> Bridget Anderson / Bernd Poeschel / Michael Ruhs, Rethinking Labour Migration: Covid-19, essential work, and systemic resilience, in: Comparative migration studies, 9 (2021), 1, pp. 1–19; Hajo Holst / Agnes Fessler / Steffen Niehoff, Covid-19, Social Class and Work Experience in Germany: Inequalities in work-related health and economic risks, in: European Societies, 23 (2021), pp. 495–512; see too the vast global data collection published by the IOM: [<https://www.migrationdataportal.org/themes/migration-data-relevant-covid-19-pandemic/>].

<sup>59</sup> Karl Marx, Capital: a critique of political economy, New York 1906, section 25 (“The General Law of Capitalist Accumulation”).

residential status, precarious housing situation, precarious social security).

Data collected in Germany show that precarious employment increases the likelihood of contracting COVID-19 and losing income, including for non-migrants. Those who suffer most from the consequences of the COVID-19 crisis belonged and belong to the lower social classes. Health and economic risks intersect at the lower end of the employment hierarchy and reinforce existing class inequalities. Moreover, international research has shown that migrants are particularly affected by pandemics. On a global scale, COVID-19 has caused migrants even greater hardship, evidenced in a variety of ways, from increased discrimination and xenophobia to food insecurity, layoffs, worsening working conditions including wage reductions or loss, cramped or inadequate housing, and increasing restrictions on movement or forced return.<sup>60</sup> Since migrants often represent a disproportionate share of workers in essential (public and private) services, their role in contributing to the continued satisfaction of fundamental needs of the population ('systemic resilience') has to be considered.<sup>61</sup> Moreover, the crisis has made visible gaps in the social protection of non-standard and self-employed workers,<sup>62</sup> but also for workers crossing international borders and thereby labor and migration regimes. As we have argued, precarity in terms of employment and migration status often overlap. The challenge that arises in this context is that of understanding precarity and fragmentation as general dynamics of the labor market ("precarity is everywhere"),<sup>63</sup> without either failing to consider

---

<sup>60</sup> International Labour Organization (ILO), *Protecting Migrant Workers During the COVID-19 Pandemic: Recommendations for policy-makers and constituents*. Geneva 2020, [[www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/--ed\\_protect/---protrav/---migrant/documents/publication/wcms\\_743268.pdf](https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/--ed_protect/---protrav/---migrant/documents/publication/wcms_743268.pdf)].

<sup>61</sup> Anderson, *Rethinking* (see note 58).

<sup>62</sup> Slavina Spasova / Dalila Ghailani / Sebastiano Sabato / Stéphanie Coster / Boris Fronteddu / Bart Vanhercke, *Non-standard Workers and the Self-employed in the EU: Social Protection During the Covid-19 Pandemic*, in: ETUI Research Paper 02, Brussels 2021, [[https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=3802372](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3802372)].

<sup>63</sup> Pierre Bourdieu, *Prekarität ist überall*, in: id., *Gegenfeuer*, Hamburg 1998, pp. 96–102.

the specifics of the ‘migrantization’ of precarity or confusing the effects of the pandemic with long standing tendencies that structure neoliberal capitalism.

Since structural contradictions intensify during crises,<sup>64</sup> multiple lines of social division are deepening, as they have done during previous crises. Research suggests, for example, that even in pandemic-free times, there is a connection between low-paid, precarious work, insecure living conditions and health risks.<sup>65</sup> This crisis, like other crises in the past, has only exacerbated this connection. The concept of the ‘permanent crisis’ of feminized and migrant employment,<sup>66</sup> which experienced a brief boom in the social sciences in the aftermath of 2007/8, seems particularly revealing with regard to migrant labor in essential but precarious areas of work. It could be explored in three ways: in terms of the connection between shocks in different social fields (‘multiple crisis’),<sup>67</sup> in terms of the development of insecure working and living conditions, and in terms of the return, under altered circumstances, of ‘historical’ experiences of crisis. With regard to the question of labor migration,

<sup>64</sup> Alex Demirović / Andrea Maihofer, *Vielfachkrise und Geschlecht – Überlegungen zu einigen gesellschaftstheoretischen Herausforderungen*, in: Hildegard Nickel / Andreas Heilmann (eds.), *Krise, Kritik, Allianzen. Arbeits- und geschlechtersoziologische Perspektiven*, Weinheim 2013, pp. 30–48, pp. 31 et seq.

<sup>65</sup> Michal Quinlan / Claire Mayhew / Philip Bohle, *The Global Expansion of Precarious Employment, Work Disorganization, and Consequences for Occupational Health: a review of recent research*, in: *International journal of health services*, 31 (2001), 2, pp. 335–414.

<sup>66</sup> Sara Farris, *Femotionalism and the ‘Regular’ Army of Labor Called Migrant Women*, in: *History of the Present*, 2 (2012), 2, pp. 184–199; Johanna Neuhauser, *Die Dauerkrise migrantischer Arbeit. Eine gendertheoretische Analyse von Krisenwahrnehmungen lateinamerikanischer Arbeitsmigrant\_innen in Spanien*, in: *Assoziation kritische Gesellschaftsforschung* (eds.), *Alltägliche Grenzziehungen. Das Konzept der imperialen Lebensweise, Externalisierung und exklusive Solidarität*, Münster 2019, pp. 186–205. The 2007/8 crisis led to an increased externalization of crisis costs to the reproductive sphere. Migrant and feminized care work is not only rendered more precarious during crises, but – as feminist work on social reproduction in particular shows – this externalization is constitutive of capitalist socialization as such: Brigitte Aulenbacher, *Reproduktionskrise, Geschlechterverhältnis und Herrschaftswandel. Von der Frage nach Krisenherden über die Gesellschaftskritik zum Problem der Allianzen*, in: Hildegard Nickel / Andreas Heilmann (eds.), *Krise, Kritik, Allianzen. Arbeits- und geschlechtersoziologische Perspektiven*, Weinheim 2013, pp. 14–29; Silvia Federici, *Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution*, Münster 2015.

<sup>67</sup> Cf. Demirović / Maihofer, *Vielfachkrise* (see note 63).

such a debate would have to examine which concrete forms the outlined empirical observation of a ‘combined’ exploitation / devaluation of migrantized labor assumes within (and after) the crisis.

The current COVID-19 crisis has further exacerbated this problem. The permanent shortage of labor in precarious areas of work, which has become particularly apparent in the course of border closures and travel restrictions, indicates that – in line with the ‘differential inclusion’ outlined above – there will be less of a halt to migration in the future than a further differentiation of the entry, residence and employment conditions of migrants – with the effect of a permanent downgrading of the status of migrant labor, and especially of ‘newcomers,’ be they skilled workers or not.<sup>68</sup> As a consequence, since the fragmentation of labor and employment is a key cost-cutting strategy, it is likely that dynamics of precarization and informalization of work will continue to intensify, despite political lip service being paid to combating temporary employment or contract-for-work relationships. In the following, we will illustrate this using the examples of the care work sector in Austria and the meat industry in Germany.

## Care work in Austria

Studies have shown that considerable hazards are associated with health care and nursing.<sup>69</sup> Both the risk of infection and the high workload of employees must be considered. The staff shortage in hospitals and nursing homes has been acute for a long time,<sup>70</sup> but the COVID-19

---

<sup>68</sup> The current debate in the EU, for example, shows this. Rather than the formulation of a consensus on migration, it is an expression of a struggle between the option of closing inner and outer borders and the need for the labor power of newly arriving migrants, especially in north-west European countries, cf. *Süddeutsche Zeitung*, EU-Kommission: Mehr Arbeitsmigration gegen Fachkräftemangel, 17.4.2022, [<https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-eu-kommission-mehr-arbeitsmigration-gegen-fachkraeftemangel-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220427-99-65297>].

<sup>69</sup> Wolfgang Hien / Hubertus von Schwarzkopf, *Corona-Gefährdung im Erleben von Pflegekräften – eine explorative Studie mit Hinweisen auf erweiterte Gesundheitsschutzkonzepte*. Working Paper, Bremen 2020, [<http://www.wolfgang-hien.de/download/Pflege-2020.pdf>].

<sup>70</sup> For Germany: Jutta Mohr / Gabriele Fischer / Nora Lämmel / Tanja Höß / Karin Reiber, *Pflege im Spannungsfeld von Professionalisierung und Ökonomisierung*, in: Bundeszentrale für

crisis has exacerbated this.<sup>71</sup> A kind of vicious circle is emerging: where social needs are greatest, the burden is greatest – a situation that reveals a fundamental and long-term need for reform vis-à-vis a privatized and capitalized care economy.<sup>72</sup> There has been a tendency in care labor, not only but particularly in Austria, to fragment the workforce, with an increasing differentiation between ‘qualified’ and ‘unqualified’ (or ‘semi-skilled’) activities.<sup>73</sup> Those areas in which the share of migrants is particularly high, such as 24-hour care, are especially precarious.<sup>74</sup> Since they have officially counted as self-employed one-person businesses in Austria since 2007, the protective standards of labor law, such as a minimum wage under collective bargaining agreements, paid sick leave and union representation, do not apply to this category of workers.<sup>75</sup> At the same time, self-employment is only a pretense, as there is a high degree of dependence on private and often non-transparent placement agencies.<sup>76</sup> As demanded by the representatives of 24-hour care workers, these developments must be countered with increased regulation of the agencies and the improvement of working conditions. Moreover, the

politische Bildung (ed.), *Pflege. Praxis – Geschichte – Politik*. Bonn, pp. 203–213; for Austria: Peter Bleses / Britta Busse, *Digitalisierung der Pflegearbeit in der ambulanten Pflege: Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten guter Arbeitsqualität*, in: Peter Bleses / Britta Busse / Andreas Friemer (eds.), *Digitalisierung der Arbeit in der Langzeitpflege als Veränderungsprojekt*, Berlin / Heidelberg 2020, pp. 49–64.

<sup>71</sup> BMSGPK (ed.), *COVID-19 in Alten- und Pflegeheimen, 2020*, [[https://goeg.at/COVID-19\\_APH](https://goeg.at/COVID-19_APH)].

<sup>72</sup> Hildegard Theobald / Marta Szebehely / Maren Preuß, *Arbeitsbedingungen in der Altenpflege*, Berlin 2013.

<sup>73</sup> Brigitte Aulenbacher / Maria Dammayr, *Zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Zur Ganzheitlichkeit und Rationalisierung des Sorgens und der Sorgearbeit*, in: Brigitte Aulenbacher / Birgit Riegraf / Hildegard Theobald, *Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime*, Baden-Baden 2014, pp. 129–146.

<sup>74</sup> Brigitte Aulenbacher / Helma Lutz / Karin Schwiter (ed.), *Gute Sorge ohne gute Arbeit? Live-in-Care in Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Weinheim 2021.

<sup>75</sup> Almut Bachinger, *24-Stunden-Betreuung in Österreich – Die Nutzung migrantisierter Arbeitskraft. Vorzeigemodell oder Arbeitsausbeutung?*, in: *Femina Politica*, 25 (2016), 1, pp. 39–51.

<sup>76</sup> In the care sector in Germany, too, a targeted recruitment of migrants reminiscent of the guest worker regime has been evident in recent years, as has a sectoral hierarchization within which a disproportionate share of migrant workers are to be found in particularly unpopular jobs (e. g. privatized nursing homes). For details, see Robert Pütz / Maria Kontos / Christa Larsen / Sigrid Rand / Minna-Kristiina Ruokonen-Engler, *Betriebliche Integration von Pflegefachkräften aus dem Ausland*, Hans-Böckler-Stiftung, 416 (February 2019).

transfer of workers, as salaried employees, to the public sector is demanded.<sup>77</sup> As shown by the association of Romanian and Slovakian 24-hour care workers – the so-called Interest Group of 24-hour Care Workers (IG24), founded during the pandemics –, the crisis has not only increased the vulnerability of care workers, but also their collective articulations and political organization.

## Meat processing in Germany

In other areas, too, an increase in the visibility of labor relations in the media is not synonymous with a general improvement of working and living conditions. This is true even for sectors that were at the center of public debate for weeks during the crisis. For example, the abolition of subcontracting [Werkverträge] for the slaughter and carving of meat, effective since January 1, 2021, and agreed by the German parliament as a result of mass infections in the spring and summer of 2020, is certainly a step forward.<sup>78</sup> However, it is at the same time only ‘half’ a reform, because it refers only to the core area of slaughter and carving of meat in companies with more than fifty employees. Activities such as removal of the animal from chicken coops or industrial cleaning are excluded. It should also be asked why, in sectors with comparably poor working conditions (parcel services, catering, etc.), subcontracts are allowed to continue to play a central role. With regard to the social division of labor, a result of the reform might be that women are more likely to be employed in ‘nimble’ and ‘auxiliary’ work, while men are more likely to be employed in rough-cutting and controlling activities, which tend to be considered ‘indispensable.’<sup>79</sup> A revaluation of the latter activities could correspond to a further devaluation of the former and thus further promote divisions based on gender. In addition, a new under-

---

<sup>77</sup> Magdalena Miedl, 24-Stunden-Pflege: Auf die Füße stellen, laut werden, solidarisch sein, 10.08.2020, [<https://www.arbeit-wirtschaft.at/reportage-24-stunden-pflege/>].

<sup>78</sup> Gerhard Bosch / Frederic Hüttenhoff / Claudia Weinkopf, Corona-Hotspot Fleischindustrie: Das Scheitern der Selbstverpflichtung, Institut Arbeit und Qualifikation: IAQ-Report 2020–07, Duisburg-Essen. Cf. Birke, Fleischindustrie (see note 2), Grenzen (see note 3).

<sup>79</sup> Ibid., pp. 272–292.

stratification can be seen in the replacement of established workers by newcomers from third countries and/or refugees.<sup>80</sup> In this vein, recruitment of Ukrainian women at the Polish-Ukrainian border by German meat processing companies in April 2022 has led to a significant public discourse about the ethical dubiousness of this undertaking.<sup>81</sup>

Thus, regulation in a sub-sector of production – as much as it is to be welcomed – can foster an intensification of pressure, and this can lead to an increased reshaping (in terms of ‘migrantization’ as well as ‘feminization’) of the upstream and downstream sectors.<sup>82</sup>

The example of meat processing in Germany shows that current labor regulations do not dissolve fragmentation policies, but often merely shift them, in conjunction with the ‘differential inclusion’ of new workers from third countries, into particularly devalued areas of work. This also shows how important it is to think about combining labor law reforms with the regulation of migration, and in particular residence law, in order to effectively combat the precarization of labor.<sup>83</sup>

<sup>80</sup> The fight against a re-stratification is also an issue in attempts at a systematic collective organization and at collective bargaining (especially in spring 2021) by trade unions and NGOs. Ibid., and Birke, *Fleischindustrie* (see note 2), pp. 45–47. A detailed discussion of industrial relations and union organizing in the meat industry is given elsewhere, cf. Serife Erol / Torsten Schulten, *Neuordnung der Arbeitsbeziehungen in der Fleischindustrie. Das Ende der ‚organisierten Verantwortungslosigkeit‘?*, in: WSI-Report, 61 (2020), [<https://www.econstor.eu/bitstream/10419/226165/1/1737450135.pdf>].

<sup>81</sup> Eiken Bruhn, *Tönnies wirbt ukrainische Geflüchtete an: Aus der Not Profit schlagen*, in: *Tageszeitung*, 31.3.2022, [<https://taz.de/Toennies-wirbt-ukrainische-Gefluechtete-an/!5845384/>].

<sup>82</sup> Contrary to official statements contrasting the Austrian meat industry with “German conditions,” exploitation in this industry is also an Austrian problem. As trade union representatives have long pointed out, up to 90 percent of the workforce is not employed by the companies themselves, but by so-called temporary employment agencies. In addition, many also work as “self-employed” workers on the basis of special-order contracts and are therefore not entitled to paid vacation, unemployment benefits or statutory sick leave, cf. Veronika Bohrn Mena, *Ausbeutung in der Fleischindustrie: Der Profit steht über Tier und Mensch*, in: *Kontrast.at*, 7.7.2020, [<https://kontrast.at/fleischindustrie-schlachthoefe-arbeitsbedingungen/>].

<sup>83</sup> Both examples also show that it is not only state policy which structured the social conflicts over labor during the pandemic: the prehistory of the regulation of the meat industry also includes the massive protest of workers against their working and living conditions, actions at Romanian airports, on German asparagus fields, and wildcat strikes in meatpacking: Birke, *Coesfeld* (see note 2). Last but not least, the self-organization of workers (e. g. in the I-24 in Austria) as well as solidarity-based consultation (e. g. through *Faire Mobilität / Fair Mobility in Germany*) is the

## Migrant work and austerity politics

It is to be expected that austerity policies, which are usually implemented in the aftermath of crises, will lead to further aggravation of precarious employment in general and migrant employment in particular. Clearly this is a phenomenon which is deeply connected to the above-mentioned ‘multiple’ and ‘overlapping’ character of the crisis of capitalist reproduction: today, austerity politics is a neoliberal ‘custom,’ widely disregarded in the present, but a seemingly unavoidable feature of a future that is sharpened by the costs of ecological crisis and militarization. As for the crisis, there seems to be no ‘aftermath’ anymore. Currently, millions of people fleeing the war on Ukraine are perceived as a new sub-strata of the working classes in the center of Europe. There are demands on the part of employers and their representatives to specifically integrate Ukrainian refugees in sectors with labor shortages, such as hospitality, care work / social services or food production.<sup>84</sup> These developments reveal that the connection between migration and labor regimes and exploitation will increasingly gain in importance. And the current development shows that ‘migrantization’ might remain a central feature of industrial relations and working conditions in expanding (service) sectors of the economy of the global north.

What the examples of care work and the meat industry have in common is that, in both, a continuous demand for (migrant) labor coincides with a fragmentation of workforces. This has constituted a specific mode of labor exploitation which depends on both aspects, on the continuity of demand as well as on the ‘multiple precarity’ that affects

---

starting point for today’s heated debate about the financing and working conditions of outpatient care for the elderly, e. g. Jennifer Steiner, Räume des Widerstands in der Live-in-Betreuung: Care-Arbeiter\* innen organisieren sich, in: Aulenbacher, Gute Sorge (see note 74), pp. 174–193.

<sup>84</sup> For Austria, see e. g. Der Standard, Hoffnung auf 10.000 Jobs in IT, Gastro und Sozialdiensten für ukrainische Flüchtlinge in Österreich, 4.4.2022, [<https://www.derstandard.at/story/2000134662718/hoffnung-auf-10-000-jobs-in-it-gastro-und-sozialem>]; for Germany: Bruhn, Gerangel (see note 81); cf. Julia Dahm / Nikolaus J. Kurmayer, Das große Gerangel um ukrainische Arbeitskräfte, in: Euractiv, 20.4.2022, [<https://www.euractiv.de/section/finanzen-und-wirtschaft/news/das-grosse-gerangel-um-ukrainische-arbeitskraefte/>].



work / employment and housing conditions and is characterized by a lack of access to general social entitlements and residence rights. The persistence of demand for migrant labor in these sectors is caused, on the one hand, by an increased demand for certain goods and services during the crisis and, on the other hand, by the permanent ‘fundamental economic’ need to provide certain services. What is at stake are empirical perspectives that analyze the relationship between processes of valorization, the reproduction of labor power, and what we call the ‘migrantization’ of precarious labor.

## Conclusion

Many of the conceptual issues discussed here have yet to be empirically investigated. Nevertheless, as we have argued in this paper, it is already possible to identify some tendencies that are evident in the COVID-19 crisis, such as the significantly different ways in which people without German / Austrian passports are affected by processes of overexploitation and impoverishment. Other questions, however, such as the precise significance of border closures and emergent new border regimes for the mobility and agency of migrants, have still to be explored, also given the fact that the war on Ukraine is a major event that might change and shape new border regimes in the present and the very near future. In addition, the ‘migrantization’ of precarious jobs, which we have outlined as a constitutive part of a fragmented labor policy, would have to be examined against the background of an evaluation of the longer-term consequences of the crisis.

Against this background, the present paper is to be understood first and foremost as an invitation to reflect on conceptual questions and identify desiderata. In our view, combining the perspectives of critical sociologies of labor and migration in empirical studies is a necessary step toward pointing out the blind spots of a social science that is primarily interested in the regulatory context of the nation-state; the approach we propose might help with the development of alternative

research programs. For an integrated analysis of work and migration, it seems crucial to us to consider how inequalities induced by citizenship – as highlighted in migration studies – are constitutive of a fragmenting labor policy. The aim would be to better understand how processes of workforce fragmentation and the ‘differential inclusion’ of migrants are mediated, and how both are simultaneously deployed and shaped in labor processes. We have also argued that it is necessary to look at the social processes of racialization and feminization through which workers are allocated to different positions, qualifications are constructed, and areas of activity are valorized or devalued – and, of course, how and why those tendencies are permanently contested by the struggles of (migrant) workers.

Our perspective is also linked to a political concern. Until exploitation shaped by the fragmentation of employment relations and the associated ‘migrantization’ of particularly devalued sectors is abolished, reform initiatives in the field of precarious employment will only be short-term symbolic shifts. In this context, the general recognition of a part of migrant workers as ‘essential’ remains a double-edged sword. The (limited) visibility of these workers can go hand in hand with an attribution that only this group of workers is able to perform the corresponding activities, and consequently specific – usually precarious – positions are established. In this way, discursive valorizations of migrant labor can also ultimately be part of racializing attributions, which, as experience has shown, only have a positive connotation for significant parts of the public as long as these workers quietly fulfill their role and do not make any demands for social rights and entitlements. Thus, the valorization and devaluation of migrant labor remain two sides of the same ‘othering’ construction of a special ‘migrant labor capacity,’ which supports the processes of fragmentation and segregation we have described. The assertion of social rights and claims, on the other hand, is a long, contested process in which migrant self-organization plays as important a role as trade union and anti-racist struggles. This also calls for an academic and political critique of the social division of labor

that goes beyond national borders. For only if we succeed in changing the unequal distribution of labor on a global scale and in revaluing migrantized and feminized industries will the recognition of ‘essential’ workers not fizzle out in a short burst of applause.

# ARBEIT ■ BEWEGUNG ■ GESCHICHTE

ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN

**ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE** widmet sich der



Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen in Deutschland und der Welt. Die Zeitschrift präsentiert Aufsätze, biografische Skizzen, Dokumente und Diskussionsbeiträge. Das Themenspektrum reicht von der Global Labour History bis hin zur Regional-

und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie die Geschichte des Staatssozialismus. Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

**ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE** erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai und September) im Berliner Metropol Verlag. ISSN: 2366-2387 • Einzelheft 14 €, zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 35 € (Ausland 45 €) • Ab 1. 1. 2022: 39 € (49 €) einschl. Porto • Bestellungen an den Metropol Verlag: [veitl@metropol-verlag.de](mailto:veitl@metropol-verlag.de)

**[www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de](http://www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de)**  
**[www.metropol-verlag.de](http://www.metropol-verlag.de)**

---

*Christian Sperneac-Wolfer*

## **Die multiple Prekarität rumänischer Bauarbeiter in Deutschland**

### **Einleitung**

„Hungerstreik“ stand auf den Transparenten, die rumänische Arbeiter auf Baustellen in Hamburg und in Düsseldorf zeitgleich am 27. Juli 2022 hochhielten. Die Aktion initiierte Berichten zufolge deren Arbeitgeber selbst. Seine rumänische Firma war als Subsubunternehmen in beiden genannten Städten tätig und wartete bis dahin vergeblich auf die Zahlungen des sie beauftragenden Subunternehmens. Publik wurde die Aktion unter anderem erst durch die Hamburger Initiative „Knallt am dollsten“, die sich für eine solidarische Entwicklung eben jenes Areals einsetzt, auf dem die rumänischen Arbeiter am Bau eines neuen, hochpreisigen Quartiers beteiligt gewesen sind. Als die Stadtteilinitiative versuchte, Kontakt mit den Beschäftigten aufzunehmen, verhinderte dies die Security der Baustelle. Am Tag darauf waren die streikenden Arbeiter nicht mehr anzutreffen, Berichten zufolge erhielten sie zumindest einen Teil ihres Lohnes nach ihrem Arbeitskampf und reisten daraufhin ab.<sup>1</sup>

Im Sommer 2022 streikten zudem rumänische und polnische Bauarbeiter auf der dänischen Baustelle des Fehmarnbelt-Tunnels, da sie versprochene Prämien nicht erhalten hatten und ihr Stundenlohn geringer gewesen sei als der ihrer dänischen Kollegen. Letztere solidarisierten

---

<sup>1</sup> Gaston Kirsche, Am Ende der Nahrungskette. Lohnbetrug und Subunternehmen auf deutschen Baustellen, in: *JungleWorld*, 32 (2022); Theo Bruns, Pleite-Adler. Der Immobilienskandal um das Hamburger Holsten-Areal gipfelte jüngst in einem Hungerstreik rumänischer Arbeiter, in: *analyse & kritik*, 7 (2022); weitere Berichte sind auf LabourNet zu finden, u. a. zu Hamburg [<https://www.labournet.de/?p=203144>] sowie zu Düsseldorf [<https://www.labournet.de/?p=203081>].

sich in dem schlussendlich erfolgreichen Arbeitskampf, der einen wilden Streik umfasste.<sup>2</sup> Eine öffentliche Spendenkampagne fing die Strafzahlungen auf, die als Folge des Streiks gemäß dänischem Arbeitsrecht verhängt wurden.<sup>3</sup>

Solche Kämpfe um Lohn sind keine Einzelfälle. Seit Jahren kommt es immer wieder zu Arbeitsunruhen osteuropäischer, oftmals rumänischer Arbeiter in Deutschland und Westeuropa. In Offenbach errichteten Arbeiter 2018 eine symbolische Mauer vor dem Büro des Generalunternehmers, denn für 200 Stunden Arbeit hatten sie lediglich 220 Euro erhalten.<sup>4</sup> Im Vereinigten Königreich demolierte ein rumänischer Arbeiter neugebaute Häuser, um ein Zeichen zu setzen. Einem Bericht zufolge begründete er seine Aktion wie folgt: „I hope you are happy with that and this is a good lesson for you to understand – next time, you pay your boys, your hard workers.“<sup>5</sup> Denn der Auftraggeber hatte weder ihn noch die von ihm direkt Beschäftigten entlohnt. In Berlin erhielt eine Gruppe rumänischer Arbeiter keinen bzw. einen viel zu geringen Lohn für den Bau der *Mall of Berlin*. Mit Unterstützung der *Freien Arbeiter\*innen-Union* (FAU) zogen einige von ihnen bis vor das Bundesarbeitsgericht – schlussendlich erfolglos.<sup>6</sup>

Der Grund für diese offenen Arbeitskämpfe rumänischer Beschäftigter in der deutschen und europäischen Bauwirtschaft ist Arbeitsausbeutung. Diese reicht von der Schlechterbehandlung im Vergleich zu einheimischen Kolleg\_innen auf der gleichen Baustelle bis hin zu Lohn-

---

<sup>2</sup> Für weitere Informationen über die Hintergründe ist das Dossier auf LabourNet aufschlussreich [<https://www.labournet.de/?p=202280>].

<sup>3</sup> Siehe: [<https://www.firefund.net/strikefundfernern>].

<sup>4</sup> Frank Sommer, Rumänische Bauarbeiter um Lohn geprellt, in: Frankfurter Rundschau, 26. November 2018, [<https://www.fr.de/rhein-main/rumaenische-bauarbeiter-lohn-geprellt-10949977.html>]. Vgl. das Dossier auf LabourNet [<https://www.labournet.de/?p=140782>].

<sup>5</sup> Colin Drury, Unpaid builder filmed himself destroying five homes in dispute over wages, in: Independent, 6. März 2019, [<https://www.independent.co.uk/news/uk/home-news/daniel-neagu-digger-video-home-destroyed-hertfordshire-a8810621.html>].

<sup>6</sup> Hendrick Lackus / Olga Schell (Hg.), *Mall of Shame. Kampf um Würde und Lohn, Rückblicke, Hintergründe und Ausblicke*, Berlin 2020. Vgl. Emal Ghamsharick / Leila Saadna / Nadiye Ünsal, *Mall of Shame – Pay your workers! An Interview with Bogdan Droma*, in: *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung*, 3 (2017), 1, S. 223–228.

raub und umfasst auch schlechte Unterbringung, tägliche Arbeitszeiten von bis zu zwölf Stunden sowie mangelnden Arbeitsschutz. Diese Arbeitsausbeutung ist für viele rumänische Bauarbeiter in Deutschland Alltag, wie unter anderem in Berichten des Beratungsnetzwerkes Faire Mobilität, des PECO-Instituts, des Europäischen Vereins für Wanderarbeiterfragen (EVW)<sup>7</sup> sowie in weiteren Untersuchungen gezeigt wird.<sup>8</sup>

Im Fokus der Debatte steht dabei oftmals die hochgradig unsichere und ausbeuterische Arbeit. Weit weniger Beachtung haben hingegen die weiteren Probleme gefunden, mit denen rumänische Bauarbeiter konfrontiert sind, etwa die oft miserable Unterbringung oder ein mangelnder bzw. gänzlich verwehrtter Zugang zu sozialer Absicherung. Für die Arbeitsausbeutung relevant sind diese jedoch, da sie die Vulnerabilität der Arbeitenden erhöhen. Sichtbar werden diese Dimensionen in der Perspektive einer „multiplen Prekarität“,<sup>9</sup> einem Ansatz, der neben der Arbeit an sich auch die weiteren, potenziell verunsichernden Kontexte

<sup>7</sup> Vgl. bei Faire Mobilität [<https://www.faire-mobilitaet.de/faelle>] sowie beim Beratungsnetzwerk Gute Arbeit [<https://www.arbeitundleben.de/arbeitsfelder/beratungsnetzwerk>]. Siehe auch Europäischer Verein für Wanderarbeiterfragen e. V., Arbeitsmigration in der Bauwirtschaft: Ein Überblick. Informieren. Beraten. Bilden. Handeln, Berlin 2022, [[http://www.emwu.org/wp-content/uploads/2022/10/EMWU-Arbeitsmigration-in-der-Bauwirtschaft\\_web.pdf](http://www.emwu.org/wp-content/uploads/2022/10/EMWU-Arbeitsmigration-in-der-Bauwirtschaft_web.pdf)].

<sup>8</sup> Alexandra Voivozeanu, Precarious Posted Migration: The Case of Romanian Construction and Meat-Industry Workers in Germany, in: Central and Eastern European Migration Review, 8 (2019), 2, S. 85–99; Gerhard Bosch / Frederic Hüttenhoff, Der Bauarbeitsmarkt: Soziologie und Ökonomie einer Branche, Frankfurt am Main u. a. 2022, S. 261 f.; Kathrin Birner / Stefan Dietl, Die modernen Wanderarbeiter\*innen. Arbeitsmigrant\*innen im Kampf um ihre Rechte, Münster 2021; Lackus / Schell, Mall of Shame (wie Anm. 6); Matthias Jobelius, Zwischen Integration und Ausbeutung: Rumänen und Bulgaren in Deutschland: Bilanz nach einem Jahr Arbeitnehmerfreizügigkeit, Berlin 2015, [<https://library.fes.de/pdf-files/id-moe/11176.pdf>]; Michaela Daelken, Grenzenlos faire Mobilität? Zur Situation von mobilen Beschäftigten aus den mittel- und osteuropäischen Staaten. Expertise im Auftrag des Projektes Faire Mobilität, Berlin 2012, [<http://www.migration-online.de/beitrag.html?id=8505>].

<sup>9</sup> Peter Birke / Johanna Neuhauser, Migrantisierung von Prekarität – Am Beispiel der Fleischindustrie, Logistik und Maskenproduktion in Deutschland und Österreich, Beitrag zum Momentum-Kongress 2021, S. 7, [[https://www.momentum-kongress.org/system/files/congress\\_files/2021/paper\\_momentum\\_birke\\_neuhauser.pdf](https://www.momentum-kongress.org/system/files/congress_files/2021/paper_momentum_birke_neuhauser.pdf)]; vgl. Johanna Neuhauser / Peter Birke, Migrantische Arbeit unter Covid-19: Leerstellen in der Arbeitssoziologie, in: AIS-Studien 14 (2021), 2, S. 59–69, [<https://www.arbsoz.de/ais-studien-leser/351-migrantische-arbeit-unter-covid-19>]; Peter Birke, Grenzen aus Glas. Arbeit, Rassismus und Kämpfe der Migration in Deutschland, Wien / Berlin 2022.

von migrantischen Beschäftigten in den Blick nimmt. Nach einer kurzen Bestimmung, was migrantische Beschäftigte in Deutschland erwarten können, stellt der Beitrag das Konzept der multiplen Prekarität vor. Anschließend führt er die relevantesten Dimensionen der multiplen Prekarität auf, die sich gegenseitig verstärken. Er endet mit einigen groben und suchenden Vorschlägen zu einer Verbesserung der Situation.

Das Material, das ich hier vorstelle, entstammt aus dem durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekt „Rumänische Wanderarbeiter\_innen in der deutschen Baubranche. Eine klassifikationstheoretische Studie“. <sup>10</sup> Im Projektrahmen wurden bisher 26 semi-narrative Interviews mit rumänischen Bauarbeitern in Deutschland geführt sowie weitere 14 mit deren Angehörigen in Rumänien. Zusätzlich wurden teilnehmende Beobachtungen über insgesamt anderthalb Jahre in den Unterkünften der Beschäftigten, bei Arzt- oder Jobcenterbesuchen sowie in den Wohnorten ihrer Familien in Rumänien ange stellt. Und schließlich sind auch acht Interviews mit Expert\_innen in beiden Ländern in das Sample eingegangen. Die Auswertung erfolgt nach dem qualitativen Verfahren der *Grounded Theory*. <sup>11</sup>

## 1. Rumänische Bauarbeiter in Deutschland und das Konzept der multiplen Prekarität

Als EU-Bürger\_innen dürfen rumänische Beschäftigte im deutschen Arbeitskontext nicht schlechter behandelt werden als ihre deutschen

---

<sup>10</sup> Das Projekt ist am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main angesiedelt und wird von Ferdinand Sutterlüty, Andrei Botorog und dem Verfasser durchgeführt. Beiden danke ich für die gemeinsame Arbeit und Diskussion. Ebenso danke ich Theo Bruns für ein sehr informatives Gespräch zu den Vorkommnissen in Hamburg, Alexandru Firus für vielfältige Einblicke und Peter Birke sowie der Redaktion von Sozial.Geschichte Online für äußerst hilfreiche Überarbeitungsvorschläge. Alle Details und Namen, die zu einer Identifizierung von Personen oder Städten führen könnten, sind anonymisiert, um die Forschungsteilnehmer\_innen zu schützen, etwa vor Repressalien ihrer Arbeitgeber\_innen oder Vermieter\_innen.

<sup>11</sup> Juliet M. Corbin / Anselm L. Strauss, *Basics of Qualitative Research: Techniques and Procedures for Developing Grounded Theory*, 4th revised edition, Los Angeles, CA 2015. Vergleiche für die teilnehmende Beobachtung und das Verfassen von Feldnotizen auch Robert M. Emerson / Rachel I. Fretz / Linda L. Shaw, *Writing Ethnographic Fieldnotes*, Chicago 1995.



Kolleg\_innen. Auch deshalb spricht der Beitrag daher entweder von migrantischen Beschäftigten, rumänischen Bauarbeiter\_innen oder Arbeiter\_innen mit rumänischem Pass.<sup>12</sup> Auf ihre wie auf die Arbeitskraft von weiteren Migrant\_innen ist die deutsche Bauwirtschaft in ihrem gegenwärtigem Boom angewiesen: Seit 2009 etwa stellten Migrant\_innen „fast de[n] gesamten Zuwachs an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung“ im Baugewerbe, und viele der Neueingestellten haben eine EU-Staatsbürgerschaft.<sup>13</sup>

Die Anwerbung migrantischer Arbeiter\_innen hat in der Bundesrepublik eine längere Tradition: Aufgrund des Booms und eines zunächst sektoralen und später allgemeinen Arbeitskräftemangels wurden seit etwa Mitte der 1950er Jahre verstärkt Menschen ohne deutschen Pass von Unternehmen nachgefragt.<sup>14</sup> Auf dem Papier hatten die damals angeworbenen Beschäftigten das Recht auf gleichen Lohn wie ihre deutschen Kolleg\_innen,<sup>15</sup> jedoch wurden sie oftmals aus der betrieblichen Altersvorsorge exkludiert, erhielten keine Sonderzahlungen, waren teils in Baracken untergebracht und hatten nur kurzfristige Aufenthaltsgenehmigungen.<sup>16</sup> Schon zu Beginn der Anwerbungen stand demnach eine Diskriminierung migrantischer Beschäftigter, die bis heute anhält, wenn auch auf mitunter andere Art und Weise.

Für den Zeitraum bis 1973 spricht der Historiker Ulrich Herbert von Migrant\_innen als „Flexibilitätsreserve“,<sup>17</sup> mit welcher der Arbeitskraft-

<sup>12</sup> In dem Projekt wurden nur mit Bauarbeitern Interviews geführt; folglich wird, wo sie im Fokus stehen, von Bauarbeitern die Rede sein; wo es um Beschäftigte im Bausektor im Allgemeinen geht, spricht der Artikel von Bauarbeiter\_innen.

<sup>13</sup> Bosch / Hüttenhof, *Der Bauarbeitsmarkt* (wie Anm. 8), S. 296. Es kommen entsandte Arbeitskräfte dazu, d. h. dort, wo Unternehmen außerhalb Deutschlands Aufträge im Gebiet der Bundesrepublik übernehmen. Auch nicht erfasste informelle Beschäftigte sind zu berücksichtigen. Im Bereich des Hochbaus sind 35 Prozent der Beschäftigten – Angestellte ausgenommen – Fachkräfte aus dem Ausland: [<https://www.bauindustrie.de/zahlen-fakten/auf-den-punkt-gebracht/fachkraeftesituation-im-bauhauptgewerbe>].

<sup>14</sup> Bosch / Hüttenhof, *Der Bauarbeitsmarkt* (wie Anm. 8), S. 261.

<sup>15</sup> Etwa Bosch / Hüttenhof, *Der Bauarbeitsmarkt* (wie Anm. 8), S. 263, vgl. auch S. 262 ff.

<sup>16</sup> Ulrich Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, Unveränderter Nachdruck, 2. Auflage. München 2017, S. 209–212.

<sup>17</sup> Herbert, *Geschichte der* (wie Anm. 16), S. 206.

bedarf im konjunkturellen Aufschwung gestillt wurde. Im Falle eines geringen Bedarfs an Arbeitskräften sollten diese Beschäftigten wieder entlassen werden. In diesem Kontext ist der Begriff „Gastarbeiter\_in“ entstanden, der wie kaum ein anderer den ordnungspolitischen Wunsch ausdrückt, Arbeiter\_innen zu haben, die, nachdem sie in den besten Jahren ihres Lebens die Wirtschaft angetrieben haben, das Land wieder verlassen. Aufgrund dieser Konnotation bezeichne ich rumänische Beschäftigte in der deutschen Baubranche im Folgenden nicht als Gastarbeiter\_innen.

In der öffentlichen Diskussion ist zudem häufig die Rede von „Wanderarbeiter\_in“. Dieser Begriff geht zurück auf eine Übersetzung der englischsprachigen Definition von „migrant worker“ durch die International Labour Organisation (ILO) aus dem Jahre 1949. Aufgrund von mindestens zwei problematischen Konnotationen findet aber auch das Konzept Wanderarbeiter\_innen hier keine Verwendung: Erstens sind nicht alle migrantischen Bauarbeiter so hochmobil, wie das Wort ‚wandern‘ nahelegt; so arbeiten etwa einige der von uns Befragten seit rund zehn Jahren in derselben Stadt.<sup>18</sup> Problematisch an dieser Klassifikation ist zweitens, dass sie schnell Assoziationen weckt, wonach es mehrere Gruppen von Arbeiter\_innen mit je unterschiedlichen Rechten gebe – eben „Wanderarbeiter\_innen“ und die einheimischen Arbeiter\_innen. Dem ist aber nicht so, zumindest nicht im Arbeitskontext. So garantiert Paragraph 45 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) Unionsbürger\_innen die Freizügigkeit innerhalb der EU. Unmissverständlich besagt Absatz 2:

Sie (die Freizügigkeit) umfasst die Abschaffung jeder auf der Staatsangehörigkeit beruhenden unterschiedlichen Behandlung der Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten in Bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen.<sup>19</sup>

---

<sup>18</sup> In unserem Untersuchungsort leben auch mehrere ehemalige Arbeiter, die nunmehr arbeitsunfähig sind und trotzdem weiterhin dort wohnen.

<sup>19</sup> § 45, Absatz 2 AEUV.

Aus dem Umstand der Arbeitsaufnahme in einem EU-Land ergeben sich umfassende Rechte für Beschäftigte, dies gilt unabhängig davon, ob Arbeiter\_innen nur zwei Monate, ein ganzes Jahr oder zehn Jahre in Deutschland tätig sind.<sup>20</sup> Es ist daher instruktiv, auf einige Regularien der Baubranche zu blicken, die auch für migrantische Beschäftigte erfüllt sein müssten, wie etwa das Urlaubsverfahren.

Die stark regulierte Bauwirtschaft weist im Vergleich zu anderen Branchen einige Besonderheiten auf. Hierzu zählt das Urlaubskassenverfahren der Sozialkassen Bau (SOKA BAU), welches entwickelt wurde, um Nachteile für Beschäftigte und Arbeitgeber\_innen bezüglich des Urlaubsanspruches zu vermeiden, die durch häufige Betriebswechsel entstehen können. In dem Verfahren führen Betriebe monatlich eine Abgabe in Höhe von 15,2 Prozent des Bruttogehaltes an die SOKA BAU ab, die den Betrag auf einem Arbeitnehmer\_innenkonto hinterlegt.<sup>21</sup> Nimmt der Beschäftigte einen Teil seines dreißigtägigen Jahresurlaubs in Anspruch, überweist die SOKA BAU dem Betrieb anteilig das Urlaubsgeld. Gehen die Beschäftigten hingegen nicht in den Urlaub, können sie sich nach Ablauf einer Frist ihr Urlaubsgeld ausbezahlen lassen. Bis zum Scheitern der Verhandlungen zwischen IG BAU und den Arbeitgeberverbänden des Baugewerbes 2022 stellte der Baumindestlohn eine weitere Besonderheit dar.<sup>22</sup> Er garantierte eine allgemeingültige Mindestentlohnung für alle Tätigkeiten im Bauhauptgewerbe, ausdifferenziert nach Ost und West sowie nach dem Aufgabenprofil. Die Lohngruppe 1 etwa sah 12,85 Euro pro Stunde für einfache Tätigkeiten nach Anweisung ohne eine besondere Qualifizierung vor, die nur in den westdeutschen Bundesländern und in Berlin geltende Lohngruppe 2 setzte 15,70 Euro (in Berlin 15,55 Euro) als Mindestentloh-

<sup>20</sup> Für den Zugang zu Sozialsystemen hingegen spielen Aufenthaltszeit und Arbeitsdauer eine Rolle, beispielsweise in der Frage, ob eine Kommune eine Notunterbringung organisieren muss oder nicht.

<sup>21</sup> Vgl. [<https://www.soka-bau.de/arbeitgeber/teilnahme-beitraege/beitraege/gewerbliche-arbeitnehmer>].

<sup>22</sup> Zum Scheitern der Verhandlungen vgl. [[https://www.lohn-info.de/mindestlohn\\_bauhauptgewerbe.html](https://www.lohn-info.de/mindestlohn_bauhauptgewerbe.html)].

nung für „fachlich begrenzte Arbeiten (Teilleistungen eines Berufsbildes oder angelernte Spezialtätigkeiten) nach Anweisung“ fest.<sup>23</sup> Mittlerweile bildet der gesetzliche Mindestlohn von derzeit 12 Euro die allgemeine Einkommensuntergrenze. Bei Betrieben mit Tarifbindung sind die Lohnansprüche der Beschäftigten teils erheblich höher.<sup>24</sup> Eine weitere Besonderheit der Branche ist das Saison-Kurzarbeitergeld. Dieses erhalten die Beschäftigten, wenn von November bis März Arbeiten aufgrund der Witterungsverhältnisse nicht möglich sind, etwa bei starkem Sturm oder tiefen Temperaturen.<sup>25</sup>

Zudem gelten allgemeine Arbeitsschutzregelungen, Maximalarbeitszeiten sowie das Recht auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auch in dieser Branche, auch müssen Überstunden entlohnt werden. Die auf das Arbeitsverhältnis bezogenen Regeln eignen sich gut als normativer Maßstab zur Bewertung der Situation rumänischer Bauarbeiter, die für die deutsche Gesellschaft Häuser, Windkraftanlagen oder Universitäten errichten. Ebenso wichtig ist es jedoch, zudem auf die Wohnsituation der Beschäftigten zu blicken wie auch auf deren Einbettung in das Sozialsystem, denn beide Faktoren haben insbesondere im Feld der migrantischen Arbeit sehr direkte, bisher eher wenig untersuchte Konsequenzen für die Arbeit und ihr Leben.

Das Konzept der „multiplen Prekarität“ legt nahe, einen umfassenden Blick auf diese Zusammenhänge zu werfen.<sup>26</sup> Denn, wie Peter Birke und Johanna Neuhauser betonen, speist sich „die Verunsicherung der Lebenssituation [...] nicht nur aus den prekären Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen und dem belastenden Charakter der verrichteten Tätigkeiten, sondern auch aus der prekären Aufenthalts- und/oder Wohnsituation.“<sup>27</sup> Schon mit der Ausweitung auf die Aufenthalts- und

---

<sup>23</sup> Siehe [<https://www.dgb.de/schwerpunkt/mindestlohn/+ +co+ +8d230242-cb39-11e1-4164-00188b4dc422#BAUGEWERBE>].

<sup>24</sup> Vgl. etwa die Tariftabelle im Bauhauptgewerbe West, [<https://igbau.de/Binaries/Binary17332/01-BAU-BHG-Tarifkarte-West-2021.pdf>].

<sup>25</sup> Bosch / Hüttenhof, Der Bauarbeitsmarkt (wie Anm. 8), S. 204 ff.

<sup>26</sup> Birke / Neuhauser, Migrantisierung (wie Anm. 9), S. 7.

<sup>27</sup> Ebd.

Wohnsituation geht dieser Ansatz weiter als ein auf Erwerbsarbeit eingengerter Prekaritätsbegriff und eignet sich daher besonders zur Thematisierung der spezifischen Probleme, vor denen migrantische Beschäftigte stehen, Probleme, die sonst unsichtbar blieben. Verunsicherungen können sich zudem auch aus der Einbettung in das Sozialsystem und aus diskriminierend-institutionalisierten Jobcenterpraktiken gegenüber EU-Bürger\_innen ergeben, wie etwa Lisa Riedner in einer Untersuchung gezeigt hat.<sup>28</sup> Mittels des Konzepts der multiplen Prekarität stellt der Beitrag nun einzelne Bereiche vor, die zu der vielfältigen Unsicherheit rumänischer Beschäftigter beitragen und ihre Vulnerabilität für Arbeitsausbeutung erhöhen. Im Zentrum stehen hierbei Arbeiter aus einer Stadt in Westdeutschland, die im Mittelpunkt unserer Studie steht und die seit Jahren einen Bauboom erfährt: Ich nenne sie im Folgenden „Echsberg“.

## **2. Dimensionen der multiplen Prekarität rumänischer Beschäftigter im Bausektor**

Dass es auf dem Bau häufig zu Arbeitsausbeutung kommt, zeigt beispielsweise der Bericht einer Beratungsstelle, demzufolge an jedem Arbeitstag des Jahres ein rumänischer Arbeiter oder eine Gruppe von Arbeitern anrufe, weil Löhne nicht vollständig oder gar nicht ausgezahlt wurden. Aber Lohnbetrug ist nur ein Aspekt der Ausbeutung. Auf weitere, besonders relevante Aspekte gehe ich im Folgenden ein.

### **2.1 Prekäre Beschäftigungsverhältnisse**

In Echsberg sind rumänische Bauarbeiter größtenteils bei kleinen Unternehmen angestellt. Diese übernehmen als Subunternehmen einzelne Aufträge von Generalunternehmen, welche sich wiederum auf große Ausschreibungen bewerben und den Gesamtbauprozess überwachen. Auch geben Subunternehmen Aufträge an Subsubunternehmern weiter,

<sup>28</sup> Lisa Riedner, Arbeit! Wohnen! Urbane Auseinandersetzungen um EU-Migration. Eine Untersuchung zwischen Wissenschaft und Aktivismus, Münster 2018.

mit dem Resultat langer Auftragsketten, wie sie in der deutschen Bau-  
branche zu finden sind.<sup>29</sup> Dieses gegenwärtige System ist das Ergebnis  
eines dreißigjährigen Umbauprozesses der Branche, und der dafür mit-  
verantwortliche Unterbietungswettbewerb bei den Preisen hält bis  
heute an.<sup>30</sup>

Für migrantische Beschäftigte ergeben sich aus den langen Ketten im  
Konfliktfall negative Konsequenzen. Wenn etwa der Lohn nicht gezahlt  
wird, muss der Verbleib des Geldes in der Auftragskette erst mühevoll  
geklärt werden, wie eine Beratungsstelle im Gespräch mitteilt. Auch im  
Hamburger und Düsseldorfer Fall zahlte augenscheinlich das Subunter-  
nehmen nicht die vereinbarte Summe an das Subsubunternehmen.<sup>31</sup>  
Ist der Anspruch geklärt, kann es auch zu einer plötzlichen Insolvenz  
des Subunternehmens kommen, sodass die Arbeiter auf ihren Lohn-  
forderungen sitzen bleiben. Nicht immer wissen die Beschäftigten  
selbst, bei welcher Firma sie überhaupt angestellt sind, manchmal ken-  
nen sie nur den Namen ihres Arbeitgebers, der auch mehrere Baufirmen  
besitzen kann. In all diesen Fällen muss bei Lohnbetrug zunächst die  
dafür verantwortliche Firma ermittelt werden.

Probleme bereiten diese langen Ketten auch bei der Durchsetzung  
der Generalunternehmerhaftung. Theoretisch haften Generalunterneh-  
men für nicht bezahlte Sozialversicherungsabgaben sowie für nicht  
bezahlte Mindestlöhne. Muss jedoch erst festgestellt werden, an welcher  
Stelle der Lohn nicht weitergeleitet wurde, dann kann die Notwendig-  
keit einer Prüfung ein Verfahren erheblich verlängern. Im Streitfall wer-  
den ebenso Sub- oder Generalunternehmen aktiv. Arbeiter aus Echsberg  
berichten im Gespräch, wie ein Generalunternehmer sie unter Vorspie-  
gelung falscher Tatsachen aufforderte, Dokumente zu unterschreiben,  
denen zufolge alle Ansprüche bereits abgegolten seien.

In diesem Dickicht von Firmen und Personen ist es für die Beschäf-  
tigten zudem teilweise unklar, wer im Konflikt- oder Krankheitsfall

---

<sup>29</sup> Bosch / Hüttenhof, *Der Bauarbeitsmarkt* (wie Anm. 8), S. 43.

<sup>30</sup> Zu dem Wandel vgl. Bosch / Hüttenhof, *Der Bauarbeitsmarkt* (wie Anm. 8), S. 20. Siehe auch  
Uwe Hunger, *Globalisierung auf dem Bau*, in: *Leviathan*, 29 (2001), 1, S. 70–82.

<sup>31</sup> Kirsche, *Am Ende* (wie Anm. 1).

ansprechbar ist. In einem Fall kam die mehrmals postalisch gesendete Krankschreibung zurück, da das Subunternehmen seine Adresse geändert hatte, ohne dies den Beschäftigten mitzuteilen. In diesem Geflecht kommt es ebenso zu Fällen wie bei Ionel, einem Arbeiter, der plötzlich auf seiner Gehaltsabrechnung ein weiteres Einkommen aus einem Minijob bei einer anderen Firma vorfand, die ebenfalls seinem Chef gehörte. Dieser forderte ihn auf, ihm das erhaltene Geld für den Minijob in bar wieder auszuhändigen. Kommt es zu einem Konflikt, kann es vorkommen, dass ein Subunternehmen unvermittelt Insolvenz anmeldet. In Echsberg sind viele der rumänischen Beschäftigten in dieser mitunter schwer überschaubaren Gemengelage angestellt.

## 2.2 Falsche Eingruppierung

Rumänische Beschäftigte am Bau werden nahezu flächendeckend als Bauhelfer geführt, obwohl viele von ihnen über höhere Qualifikationen oder über entsprechende mehrjährige Arbeitserfahrung in ihren Tätigkeitsprofilen verfügen.<sup>32</sup> In Echsberg betrifft dies ebenso Stahlbetonbauer, Zimmermänner und Eisenflechter, die in Rumänien eine entsprechende Ausbildung abgeschlossen haben, wie auch Arbeiter, deren jahrelange Arbeitserfahrung sie zur Ausübung von Facharbeit in diesen und weiteren Tätigkeitsprofilen qualifiziert.<sup>33</sup> Einige dieser Arbeiter erhalten sogar die Aufgabe, neue Arbeiter einzuweisen und anzulernen. Die Vergütung entspricht jedoch weder ihrem Qualifikationsniveau noch ihrem Tätigkeitsprofil: In der Regel werden Bauhelfer arbeitsvertraglich mit einem Stundenlohn von 12,85 Euro vergütet, mitunter lediglich mit dem Mindestlohn von 12 Euro, selten nur finden sich Ver-

<sup>32</sup> Ab und an ist von migrantischen Beschäftigten am Bau insbesondere als unqualifizierten Arbeiter\_innen die Rede. Zumindest für Echsberg ist dies falsch, und auch in anderen Städten lässt sich fragen, ob ganze Gebäude das Ergebnis von unqualifizierter Arbeit sind oder ob sie viel eher von qualifizierten Arbeitern\_innen errichtet worden sind, die um Teile ihres ihnen zustehenden Lohnes betrogen wurden.

<sup>33</sup> Für viele Lohngruppen im Baugewerbe liegt eine der Regelqualifikationen in „durch längere Berufserfahrung erworbene[n] gleichwertige[n] Fertigkeiten“ vor, vgl. hierzu Bundesrahmentarifvertrag für das Baugewerbe (BRTV) vom 28. September 2018, S. 14, [[https://www.sokabau.de/fileadmin/user\\_upload/Dateien/Arbeitgeber/tarifvertrag\\_brtv.pdf](https://www.sokabau.de/fileadmin/user_upload/Dateien/Arbeitgeber/tarifvertrag_brtv.pdf)].

träge über 14 Euro. All diese Beträge liegen deutlich unter den Sätzen, mit denen qualifizierte Beschäftigte rechnen könnten und sollten – für körperliche Schwerstarbeit.

Schon durch die Einstellungs- und Entlohnungspraxis der Arbeitgeber\_innen entgehen den Beschäftigten somit teilweise erhebliche Summen. Dies ist auch der Fall bei einigen Subunternehmen, die in Arbeitgeberverbänden organisiert sind: Statt Tariflohn erhalten hochqualifizierte Beschäftigte prinzipiell nur 12,85 Euro pro Stunde. In der Zeit des Baumindestlohnes kam es auch regelmäßig vor, dass Beschäftigte falsch eingruppiert wurden: Durch die Einstufung in Stufe 1 statt Stufe 2 wurden sie zu Beschäftigten zweiter Klasse. Die Falscheinstufung als Bauhelfer ist weit verbreitet und auch den Sozialkassen bekannt. Nach eigenem Bekunden fragen diese kritisch nach, wenn etwa in einem Betrieb mit zwanzig Arbeitern alle von ihnen lediglich als Bauhelfer gemeldet sind.<sup>34</sup> In Echsberg jedoch haben solche Kontrollen bisher kaum Wirkung gezeigt.

Nicht nur in ökonomischer, sondern auch in symbolischer Hinsicht verlieren gut qualifizierte Arbeiter mit rumänischem Ausweis viel auf deutschen Baustellen. Anstatt Anerkennung für ihre Abschlüsse und ihr Können zu erfahren, lernen sie, dass ihre erworbenen Qualifikationen und Diplome in Deutschland keinen Wert haben. Vor dem Hintergrund solcher Missachtungserfahrungen fragte ein Arbeiter uns im Gespräch, wie es sein könne, dass die rumänische Gesellschaft die Ausbildung bezahlt, aber die deutsche nicht einmal bereit ist, einen guten Lohn zu zahlen. Ein anderer sagte, er fühle sich wie Dreck behandelt, weil er nur als ein Helfer anerkannt werde.

### 2.3 Arbeitsvertrag und Gehaltsabrechnung

Die Arbeitsverträge und die Gehaltsabrechnungen sind eine weitere Quelle der Prekarität. Der Arbeitsvertrag ist zentral für Arbeitsverhältnisse, da er die formale Beziehung zwischen Arbeitgeber\_in und Arbei-

---

<sup>34</sup> Bosch / Hüttenhof, Der Bauarbeitsmarkt (wie Anm. 8), S. 294.



ter\_in regelt. Von hoher Bedeutung ist dieses Dokument, zusammen mit der monatlichen Gehaltsabrechnung, zudem für den Zugang zu Sozialleistungen.

Die Arbeitsverträge in Echsberg sind durchgängig befristet. Viele davon umfassen lediglich sechs Monate, wodurch sich die Betroffenen praktisch während des gesamten Beschäftigungszeitraums in der Probezeit befinden. Dadurch entfallen Kündigungsfristen, und zudem enden die Verträge ohne eine Kündigung nach recht kurzer Zeit „automatisch“. Auch sonst werden Arbeitsverträge schnell gekündigt, häufig nur mündlich und unter Nichteinhaltung von Fristen: Geht ein Arbeiter mit Rückenschmerzen zum Arzt und erfährt dies der\_die Arbeitgeber\_in, so kann es durchaus vorkommen, dass er eine rückdatierte Kündigung im Briefkasten findet. In einem anderen Fall erhielt ein Arbeiter die Kündigung, während er im Krankenhaus lag. Ein weiterer Arbeiter berichtet, wie sein Chef ihm am Abend mitteilte, „morgen musst du nicht mehr kommen, ich habe keine Arbeit mehr für dich“. Insbesondere bei einem Schwanken der Auftragslage kommt es zu diesen kurzfristigen Entlassungen. Viele erhalten keine schriftliche Kündigung.<sup>35</sup> Die Unsicherheit schlägt sich bei einigen Beschäftigten in einer großen psychischen Belastung nieder, denn sie wissen nicht, ob sie in der kommenden Woche noch Arbeit haben oder nicht.<sup>36</sup>

Die Arbeitsverträge umfassen oft eine geringe Stundenanzahl, mitunter nur 20 Stunden pro Woche, obwohl die tatsächliche Arbeitszeit pro Woche 50 bis 60 Stunden umfasst. Auch auf der Gehaltsabrechnung ist oft nur die vereinbarte, geringe Stundenzahl dokumentiert. In der Folge unterschlagen Arbeitgeber\_innen de facto Sozialabgaben für die Beschäftigten, da sich diese Abgaben nach dem Bruttoverdienst richten. Die restlichen Stunden werden auf andere Weisen entlohnt. Hier treten oft Probleme auf, etwa dass nicht alle Überstunden entlohnt werden

<sup>35</sup> Dies ist, wie sich zeigen wird, insbesondere für die Beantragung von Sozialleistungen nachteilig.

<sup>36</sup> Andere hingegen vertrauen drauf, dass sie in solch einem Fall schnell Arbeit bei einem anderen Subunternehmer finden werden.

oder dass deren Bezahlung überhaupt nicht stattfindet. In solchen Fällen wird selbst der Mindestlohn teils erheblich unterschritten.

Für die Beschäftigten können sich gravierende Konsequenzen aus dieser Konstellation ergeben, etwa im Falle einer Krankheit oder bei einem der in der Baubranche häufig vorkommenden Arbeitsunfälle:<sup>37</sup> Da das offizielle Bruttoeinkommen ausschlaggebend für die Höhe des Kranken- oder Verletztengeldes ist, fallen die Summen mitunter so niedrig aus, dass die Absicherung im Krankheitsfall zum Teil außer Kraft gesetzt wird. Die Höhe des Kranken- und Verletztengeldes beträgt 70 Prozent des Bruttoarbeitsentgeltes, wobei es nicht über 90 Prozent des letzten Nettoarbeitsentgeltes liegen darf.<sup>38</sup> Bei einem Arbeitsvertrag und entsprechender Gehaltsabrechnung von 20 Stunden pro Woche und einer Bezahlung nach Mindestlohn wäre rechnerisch ein Bruttogehalt von 960 Euro anzulegen, was einem Krankengeld von ungefähr 600 Euro im Monat entspricht.<sup>39</sup> Entsprechend gering fallen zudem Arbeitslosengeld 1, Urlaubsgeld wie auch die Rente aus, da deren Höhe sich jeweils nach dem Bruttoarbeitsentgelt richtet, von dem die jeweiligen Abgaben entrichtet werden.

Auf manchen Gehaltsabrechnungen ist der Auskunft von Experten zufolge auch die Ausbezahlung von Corona-Prämien oder einer Energiepauschale aufgeführt, die die Arbeitgeber entweder nie überwiesen oder direkt in bar zurückgefordert haben.

Eng mit der Gehaltsabrechnung verbunden ist der Urlaubsdiebstahl.<sup>40</sup> Unternehmen nutzen hierfür die Urlaubsregelung im Baugewerbe aus und melden fälschlicherweise an die SOKA BAU, dass ihr Beschäftigter Urlaub genommen habe. Diese überweist daraufhin das anteilige Urlaubsgeld für jene Tage, welche auch auf der Gehaltsabrechnung ausgewiesen werden. Da die Beschäftigten an diesen Tagen arbeiten, werden

---

<sup>37</sup> Bosch / Hüttenhof, Der Bauarbeitsmarkt (wie Anm. 8), S. 38.

<sup>38</sup> § 47 SGB V.

<sup>39</sup> Vgl. einen beliebigen Krankengeldrechner wie etwa [<https://www.aok.de/pk/leistungen/arbeitsunfaehigkeit/krankengeld/>].

<sup>40</sup> Auch Faire Mobilität berichtet vom Urlaubsdiebstahl als einem vorkommenden Phänomen: [<https://www.faire-mobilitaet.de/baugewerbe/>].

sie auf diese Weise mit ihrem eigenen Urlaubsgeld bezahlt, und auf der Gehaltsabrechnung finden sich dann monatlich mitunter zwei bis drei Urlaubstage.<sup>41</sup> Manchmal werden aber auch die Urlaubstage am Stück ‚abgerechnet‘. Da die Gesamtsumme des Urlaubsgeldes sich bei mehreren Unternehmenswechseln aus der Gesamtheit verschiedener Urlaubsansprüche bildet, kann ein\_e Arbeitgeber\_in sich auf diese Weise Urlaubsgelder ausbezahlen lassen, die der Arbeiter bei seinem\_r vorherigen Arbeitgeber\_in erworben hat. Wenn hingegen ein Arbeiter einen längeren Urlaub bei seiner Familie machen möchte, bleibt diese Zeit oftmals unbezahlt. In einigen Fällen kommt es dann zur Kündigung vor Urlaubsantritt oder zur Abmeldung von der Krankenkasse, ohne dass die Beschäftigten dies von ihren Arbeitgeber\_innen erfahren.

Arbeiter haben nur einen äußerst beschränkten Einfluss auf die Ausgestaltung ihrer Arbeitsverträge; die Einstufung wie die Arbeitszeit entzieht sich ihrer Kontrolle. Manche Arbeitgeber\_innen führen inoffizielle Lohnverhandlungen, in denen Beschäftigte einen oder auch zwei Euro mehr pro Stunde erlangen können. Überschritten wird das eingespielte Lohnniveau in Echsberg hierbei aber letztlich nicht. Um dem Urlaubsklau zu begegnen, bleibt oft als einzige Alternative der Wechsel zu eine\_r Arbeitgeber\_in, die den Ruf hat, vollständig und stets komplett alle Leistungen zu bezahlen.<sup>42</sup> Eine Garantie ist jedoch auch dies nicht.

<sup>41</sup> Theoretisch ist es möglich, den Arbeitgeber zur Korrektur zu zwingen. Hierfür braucht es jedoch Nachweise für exakt jene Urlaubstage, bestenfalls in Form von Bildern und Aussagen von Kollegen. In Echsberg erstellen einige Arbeiter solche Nachweise, indem sie Fotos von sich auf der Baustelle machen. Auch in solchen Konflikten müssen sie mit einer Kündigung als Gegenmaßnahme des Arbeitgebers rechnen.

<sup>42</sup> Sie verwenden in solchen Fällen ihre Mobilität als Teil des Arbeitskampfes, vgl. hierzu auch Peter Birke / Felix Bluhm, Arbeitskräfte willkommen. Neue Migration zwischen Grenzregime und Erwerbsarbeit, in: *Sozial.Geschichte Online*, 25 (2019), S. 11–44. Eine weitere Möglichkeit besteht freilich darin, frühzeitig die eigene Arbeitszeit durch verdeckt aufgenommene Fotos auf der Baustelle zu dokumentieren, um im Nachhinein gegen einen Arbeitgeber vorzugehen. Dies erfordert ebenso Planung wie Unterstützung. Zu solchen und weiteren Formen eines verdeckten Widerstandes, die den Boden für kommende offene Konflikte bereiten, vgl. auch Christian Sperneac-Wolfer, Der verdeckte Widerstand rumänischer Bauarbeiter in Echsberg, in: Ferdinand Sutterlüty / Almut Poppinga (Hg.), *Verdeckter Widerstand in demokratischen Gesellschaften*, Frankfurt am Main / New York 2022, S. 239–262.

## 2.4 Belastende Tätigkeiten

Auf dem Bau wird Schwerstarbeit geleistet. Zu der ohnehin körperlich herausfordernden Arbeit kommen bei rumänischen Beschäftigten stark verdichtete Tätigkeiten sowie ausgedehnte Arbeitszeiten hinzu. Beschäftigte berichten von langen Arbeitstagen, während derer ihre Vorgesetzten sie unentwegt zur Arbeit antreiben. Hinzu kommen oftmals unzureichende Arbeitsschutzmaßnahmen und vertuschte Arbeitsunfälle.

Der durchschnittliche Arbeitstag in Echsberg umfasst zehn Stunden sowie am Samstag fünf; im Sommer und bei Termindruck wird länger gearbeitet. Zwar sind auf dem Bau längere Arbeitszeiten im Sommer üblich, die Arbeitszeit rumänischer Beschäftigter von im Schnitt ca. 55 Stunden pro Woche überschreitet weit die tarifvertraglich vereinbarte durchschnittliche Arbeitszeit von 40 Stunden.<sup>43</sup> Wie deutschsprachige Bauarbeiter berichten, sind ihre rumänischen Kollegen bereits da, wenn sie kommen, und bleiben, wenn sie in den Feierabend gehen. Migrantische Beschäftigte berichten, dass sie selbst bei sehr schlechter Witterung und bei niedrigen Temperaturen im Winter arbeiten müssen, während die deutschen Kollegen längst nach Hause gegangen sind.<sup>44</sup>

Eines der Haupteinsatzgebiete ist der Hochbau. Dort arbeiten als Bauhelfer angestellte rumänische Bauarbeiter etwa in den Aufgabenprofilen von Maurern, als Zimmermänner oder als Stahlbetonbauer. Ein Großteil der Arbeit findet im Freien statt, beginnend in der Baugrube, wo diese Arbeiter Armierungseisen anbringen, die Schalung montieren und den Beton gießen, mit dem sie Wände, Decken und tragende Säulen errichten. Das Arbeitstempo ist sehr hoch. Das Bild, welches einer der Arbeiter wählt, spricht hierbei Bände: Es sei so stressig gewesen,

---

<sup>43</sup> Vgl. Bosch / Hüttenhof, Der Bauarbeitsmarkt (wie Anm. 8), S. 121, und Bundesrahmentarifvertrag (wie Anm. 33), S. 5.

<sup>44</sup> Ähnlich gelagerte Fälle, in denen migrantische Beschäftigte unter widrigeren Umständen als ihre Kolleg\_innen arbeiten müssen, finden sich zuhauf, wie etwa bei der österreichischen Post. Vergleiche hierzu Johanna Neuhauser / Marwa El-Roumy / Yannic Wexenberger, Als ich diese Halle betreten habe, war ich wieder im Irak. Migrantische Systemerhalter\_innen bei Hygiene Austria und der Post AG, in: Working Paper Reihe der AK Wien – Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft, 227 (2021), S. 31, [<http://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/pdf/AC16357630/AC16357630.pdf>].

dass er nicht einmal Zeit gehabt habe, „mit seinen Augen zu gähnen“: Sobald er nur kurz um sich geblickt habe, sei sein Chef aufgetaucht und habe ihn zur Arbeit angetrieben. Der Arbeitsschutz bleibt dabei oft auf der Strecke. Viele Unfälle gehen auf das hohe Tempo zurück. Entweder macht der Vorgesetzte Druck durch anfeuernde Rufe oder, etwas subtiler, durch die Frage, ob etwa Material fehle. Eng terminierte Betonlieferungen erhöhen zusätzlich die Geschwindigkeit. Das Tempo der Arbeit macht es zum Teil unmöglich, mit Schutzmaske zu arbeiten, etwa bei anfallenden Abrissarbeiten. Gerade bei kleineren Baustellen fehlen zudem weitere Arbeitsschutzmaßnahmen: Scharfe Kanten sind ungesichert und Baustellen unaufgeräumt.

Manche Unfälle werden einfach vertuscht. In einem Fall fiel einem Arbeiter eine kiloschwere Betonplatte auf den Hinterkopf, weil die Baustelle mangelhaft gesichert war. Der Mann überlebte schwerverletzt. Sein Chef fuhr ihn nach Hause, forderte ihn auf, seine Arbeits- durch Freizeitkleidung zu ersetzen und brachte ihn dann in ein fünfzig Kilometer entferntes Krankenhaus. Auf der Fahrt drohte er ihm, alle Kollegen zu entlassen, sollte dieser im Krankenhaus nicht angeben, dass der Unfall ein privater war. In diesem Fall traute sich der Arbeiter erst Monate später, den Unfall als Arbeitsunfall bei der Berufsgenossenschaft nachzumelden, welche ihrerseits den Chef kontaktierte. Dieser bestritt alles und weigerte sich, Namen von etwaigen Zeugen herauszugeben.

Solche Vertuschungen von Arbeitsunfällen haben direkte Konsequenzen. Den Arbeitern entgehen die Leistungen der Berufsgenossenschaft wie etwa Verletztengeld, Übergangsgeld sowie der Anspruch auf Verletztenrente, wenn die Erwerbsfähigkeit um 20 Prozent oder mehr gemindert ist. So stellt die Tätigkeit selbst eine weitere Quelle der Verunsicherung dar, und der ohnehin gefährvolle Arbeitsprozess auf der Baustelle wird durch mangelnden Arbeitsschutz und starke Arbeitsverdichtung noch riskanter.

## 2.5 Die Rolle der Generalunternehmer

Zu Recht erfahren Subunternehmen viel öffentliche Aufmerksamkeit, wenn es um Arbeitsausbeutung am Bau geht, denn sie sind die direkten Verursacher von Urlaubs- oder Lohndiebstahl. Kaum diskutiert wird jedoch die Rolle der Generalunternehmer.

Christopher Kelleys Studie zum Wandel des Bauhauptgewerbes in der Schweiz liefert hierzu erste Einsichten. Wie auch in Deutschland, hat sich der Bauarbeitsmarkt in der Schweiz ausdifferenziert. Generalunternehmer holen auch dort Aufträge ein, planen den Bauprozess und lagern einzelne Aufgaben aus, zumeist an das billigste Subunternehmen. Kelley skizziert die Rolle der Generalunternehmer in der so entstehenden Arbeitsteilung. Ihm zufolge

machen sich diese Firmen, im Kontrast zu vielen ihrer Subunternehmen, gesetzlich die Hände nicht schmutzig, erzielen aber teilweise massive Gewinne auf der Basis eines fragwürdigen Geschäftsmodells, welches einen enormen Preis- und Lohndruck (re)produziert.<sup>45</sup>

Durch den Preisdruck und die Vergabepaxis der Generalunternehmer bleibt den Subunternehmen nur wenig Möglichkeit, nicht in einen gegenseitigen Unterbietungswettbewerb auf Kosten der Beschäftigten einzutreten.

Dass dies auch auf die Situation in Deutschland übertragbar ist, legt die Aussage eines anonym bleibenden Personalers eines großen Subunternehmens nahe, mit dem der Reporter Sascha Lübke gesprochen hat: „Die Subunternehmen haben keine andere Wahl, als ihre Arbeiter zu betrügen“, wird dieser wiedergegeben, und zwar schlichtweg deshalb, weil sie in einer auf „Kostendruck und auf Dumping ausgelegte[n] Vergabepaxis“ nicht genügend Geld für ihre angebotene Leistung bekommen.<sup>46</sup> Die Schilderung zeichnet das gleiche Bild wie Kelley. Und wie in

---

<sup>45</sup> Christopher Kelley, „Wie Milano um zwölf“. Der Wandel im Bauhauptgewerbe und dessen Bedeutung für die Gewerkschaft, in: Widerspruch: Beiträge zu sozialistischer Politik, 33 (2014), 64, S. 159–168, hier S. 162.

<sup>46</sup> Sascha Lübke, Ganz unten im System, in: taz, 4. Dezember 2022, [<https://taz.de/Reportage-aus-dem-Rhein-Main-Gebiet/!5897238/>].

der Schweiz wird mit dem Auftrag auch ein Teil der juristischen Verantwortung für die Arbeitsausbeutung weitergegeben: In der Konkurrenz der Generalunternehmen „gliedern viele die Arbeiten an günstige Subunternehmen aus – und entledigen sich damit [...] der Verantwortung, Betrug, ungemeldete Arbeitsunfälle, falsch erfasste Arbeitszeiten – all das fällt in den Bereich der Subunternehmen. Die Generalunternehmen haften nur für den Mindestlohn“. <sup>47</sup> Der letzte Satz spielt auf die Generalunternehmerhaftung an, die theoretisch greift, wenn Subunternehmen den Lohn nicht bezahlen. Sie erstreckt sich jedoch nur auf den Mindestlohn, nicht etwa auf Tariflöhne, und institutionalisiert damit die prekären Beschäftigungen im Bausektor. <sup>48</sup>

Auch in unseren Interviews, etwa mit Expert\_innen aus einer gewerkschaftsnahen Beratungsorganisation, kommt zum Ausdruck, dass die Generalunternehmen viel zu wenig in die Verantwortung genommen werden. In einem solchen Gespräch heißt es, dass es den Baufirmen eigentlich vollkommen klar sein müsse, dass zu den veranschlagten Preisen kein Haus zu guten Arbeitsbedingungen gebaut werden könne, denn Facharbeit koste nun mal. Generalunterunternehmen seien ihrerseits jedoch auch aktiv an der Ausbeutung beteiligt und teilweise unmittelbar für nicht bezahlte Löhne verantwortlich. Etwa dann, wenn es während des Baus zur Kündigung bestehender Verträge mit einem Subunternehmen kommt – wobei die Gründe lediglich vorgeschoben werden, da ein anderes Unternehmen bereit ist, die gleiche Arbeit für weniger Geld zu machen. In der Folge wird das Subunternehmen zahlungsunfähig, und den migrantischen Beschäftigten wird der Lohn für ihre schon geleistete Arbeit vorenthalten.

<sup>47</sup> Ebd.

<sup>48</sup> Gerhard Bosch / Frederic Hüttenhof / Claudia Weinkopf, Kontrolle von Mindestlöhnen, Wiesbaden, 2019, S. 176; vgl. ebenfalls Gerhard Bosch / Frederic Hüttenhoff, Der Mindestlohn von 12 Euro ist da – und nun? Ursachen wachsender Durchsetzungsprobleme und Maßnahmen zur Verbesserung, in FES Impuls, 2022, Bonn, S. 4, [<https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/19670.pdf>], wie auch § 13 Mindestlohngesetz (MiLoG), der auf § 14 Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG) verweist.

Obwohl Generalunternehmen nur selten als Verursacher multipler Prekarität thematisiert werden, tragen auch sie aktiv dazu bei: durch ihre Auftragsvergabepraxis wie durch ihren plötzlichen Wechsel von Subunternehmern und die in der Folge ausbleibenden Lohnzahlungen für die Beschäftigten. Mitunter gehen ihre Aktivitäten auch noch einen Schritt weiter: In Echsberg etwa legte der verantwortliche Generalunternehmer den Beschäftigten eines Subunternehmens, bei dem eine Razzia durchgeführt worden war, einen Zettel vor und forderte sie auf, mit ihrer Unterschrift zu bestätigen, keine weiteren Ansprüche zu haben. Als Gegenleistung versprach er, den ausstehenden Lohn innerhalb von drei Tagen nach Unterzeichnung zu bezahlen, was er jedoch nicht tat.

## 2.6 Problematische Wohnsituationen

Schlecht ist die Aussicht für viele rumänische Beschäftigte im deutschen Baugewerbe, eine eigene Wohnung zu finden. Im angespannten Wohnungsmarkt der Großstädte ist ein auf dem Papier ausgewiesener Bruttolohn von 960 Euro im Monat oftmals zu gering, um angemessenen Wohnraum zu finden. Zudem ist eine ethnische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt weit verbreitet, und auch rumänische Beschäftigte haben mit Vorurteilen zu kämpfen.<sup>49</sup> Wenn Beschäftigte eine Unterkunft finden, dann zumeist entweder in privaten Arbeiterunterkünften oder in firmeneigenen Unterkünften. Nicht alle Unterkünfte gestatten eine behördliche Anmeldung; insbesondere kleine und informelle verwehren eine solche; in der Folge werden Arbeiter automatisch

---

<sup>49</sup> Vgl. etwa Dominika Blachnicka-Ciacek / Irma Budginaite-Mackine, *The ambiguous lives of 'the other whites': Class and racialisation of Eastern European migrants in the UK*, in: *The Sociological Review*, 70 (2022), 6, S. 1081–1099; Laura Moroşanu / Jon E. Fox, *'No smoke without fire.' Strategies of coping with stigmatised migrant identities*, in: *Ethnicities*, 13 (2013), 4, S. 438–456. Hinweise auf das Ausmaß der Ablehnung und Diskriminierung rumänischer Staatsbürger\_innen in Deutschland gibt die von starken Stereotypen geprägte Diskussion über sogenannte und vermutete „Armutszuwanderung“ aus Osteuropa sowie der Dauerverdacht auf „Leistungsmissbrauch“.



in die unvorteilhafte Steuerklasse 6 eingestuft.<sup>50</sup> Erheblicher Lohnabzug ist eine Konsequenz informeller Unterkünfte ohne Anmeldung.<sup>51</sup>

Im gesamten Bundesgebiet finden sich jedoch auch professionell betriebene Unterkünfte für Arbeiter\_innen, in denen eine Anmeldung in der Regel möglich ist. Diese Unterkünfte sind in Privatbesitz und reichen in ihrer Größe von einem Haus mit mehreren Mehrbettzimmern bis hin zu kleinen Anlagen mit mehreren Häusern und Barackenreihen. Einige sind zentral gelegen, andere hingegen weit außerhalb in der Peripherie von Großstädten. Die Ausstattung ist freilich auch in solchen Unterkünften oft spartanisch, wie die teilnehmende Beobachtung in zwei solcher Behausungen in Echsberg uns vor Augen führte. Dort schlafen die Arbeiter auf einfachsten Betten, zu zweit in einem nur neun Quadratmeter großen Zimmer sowie zu dritt oder zu viert in etwas größeren Räumen. Pro Arbeiter gibt es einen Schrank sowie einen Külschrank und einen Tisch zur gemeinsamen Nutzung. In den neun Quadratmeter großen Zimmern wird auf einer Doppelkochplatte gekocht. Die größeren Zimmer hingegen haben Zugang zu einer geteilten Küche, die aus zwei Waschbecken und sechs bis acht freistehenden Gaskochfeldern besteht. Bis zu 60 Personen teilen sich eine solche Küche, zudem einige Duschen, zwei Toiletten und wenige Pissoirs. Im Winter bildet sich aufgrund der Übernutzung der Räumlichkeiten oft Schwarzsimmel in Nähe der einfach verglasten Fenster.

Pro Monat kostet ein Bett in einem Dreibettzimmer um die 370 Euro. Wer die Miete nicht monatlich in bar bezahlt, dem droht die Obdachlosigkeit. Quittungen gibt es nur auf Nachfrage; für die bei der behördlichen Anmeldung erforderliche „Wohnungsgeberbescheinigung“ muss extra bezahlt werden. Langfristige Mietverträge werden Arbeitern

<sup>50</sup> Die Steuerklasse 6 geht einher mit den höchsten Steuerabzügen. Eine Erstattung der zu viel gezahlten Beträge für den Zeitraum ist nur mit einer Meldeadresse möglich. Vgl. hierzu auch: [[https://bema.berlin/site/assets/files/1244/1\\_arbeiten\\_ohne\\_anmeldung\\_einer\\_wohnadresse\\_stand\\_28\\_2\\_2019\\_senias.pdf](https://bema.berlin/site/assets/files/1244/1_arbeiten_ohne_anmeldung_einer_wohnadresse_stand_28_2_2019_senias.pdf)].

<sup>51</sup> Zudem ist die Dauer der Anmeldung wichtig für etwaige Sozialleistungen. Einem Arbeiter in Echsberg bewilligte das Jobcenter Zahlungen nur für wenige Monate, mit der Begründung, er habe nicht lange genug in Deutschland gelebt. Hingegen hat er eine mehr als zweijährige Arbeitsgeschichte, lebte freilich oft in informellen Unterkünften.

nicht angeboten, selbst wenn manche schon seit Jahren dort leben. Die Besitzer\_innen solcher Unterkünfte üben teils erhebliche Kontrolle und Willkür aus. So ist es in mindestens einer der Unterkünfte, von denen uns berichtet wurde, den Arbeitern verboten, Besuch von Freundinnen zu empfangen, wenn sie nicht ein erheblich teureres Zimmer buchen. In einer anderen Unterkunft wurde versucht, Unterstützer\_innen der Beschäftigten mit der Androhung von Hausverbot den Zugang zu verwehren.

Auch wenn es immer wieder zu solchen Isolations- und Kontrollversuchen seitens der Betreiber\_innen der Unterkünfte kommt, haben private Unterkünfte, verglichen mit Firmenunterkünften, immerhin einen großen Vorteil: Bei Kündigung werden Arbeiter\_innen nicht automatisch obdachlos, weil Wohnraum und Arbeitsplatz nicht miteinander verbunden sind. Sie können also auch nach Arbeitsplatzverlust dort wohnen bleiben und sich eine neue Arbeit suchen. Die Unterbringung in solchen Unterkünften ist jedoch die Ausnahme; die Regel sind über die Firma organisierte Unterkünfte, wie ein Kollege aus dem gewerkschaftlichen Umfeld im Expertengespräch mitteilte.

Bei den zumeist kleineren Firmenunterkünften handelt es sich entweder um angemietete Einzelappartements, um ein ganzes Haus, um angemietete Betten in einer Arbeiterunterkunft oder um Wohncontainer, die direkt auf der Baustelle stehen. In allen Fällen sind diese von dem\_der Arbeitgeber\_in angemietet oder gehören ihm\_ihr. Oftmals ist der Zutritt Außenstehenden untersagt. Die Zustände in den Firmenunterkünften beschreibt ein Gewerkschaftsaktivist als „kläglich“; Berichte von dort wohnenden Arbeitern klären, was er meint: Überbelegung in Zimmern mit Doppelbetten, Ungeziefer und Unannehmlichkeiten durch Hausmüll, den die Arbeiter selber auf den Baustellen entsorgen müssen. Auch hier findet sich die Mischung aus Willkür und Kontrolle der Wohnraumbesitzer\_innen: In einem Fall wurde uns berichtet, dass ein Chef die Habseligkeiten eines ehemaligen Beschäftigten vor die Tür warf und bereits neue Personen im Zimmer einquartierte, während der betroffene Arbeiter noch zu Abend aß. Hierbei ‚verschwand‘

auch eine erhebliche Summe Bargeld. Die Unterbringung kann auch auf der Baustelle direkt erfolgen, was die Arbeiter isoliert und die Kontrolle des Subunternehmens ausweitete, etwa wenn Vorarbeiter in denselben Räumlichkeiten untergebracht werden. In einem Fall verhinderte dies den Kontakt mit einer gewerkschaftlichen Initiative. Auch ansonsten hat die Öffentlichkeit kaum Zugang zu dieser Art von Unterkünften.

## 2.7 Exklusion aus dem Sozialsystem

Ein weiterer Aspekt der multiplen Prekarität sind Ausschlüsse aus dem Sozialsystem in Deutschland, das heißt, aus der Krankenversicherung wie aus dem Bezug von Lohnersatzleistungen.

So sind rumänische Bauarbeiter in Deutschland sozialversichert, insofern ihre Arbeitgeber\_in sie angemeldet haben. Probleme entstehen aber beispielsweise dort, wo Arbeiter von der Krankenkasse abgemeldet werden, da sich aufgrund der Versicherungspflicht hohe Schulden ergeben haben. Viele Arbeiter fahren im Hochsommer und über Weihnachten für längere Zeiträume zu ihren Familien nach Rumänien. Meldet ihr\_e Arbeitgeber\_in die Betroffenen für diese Zeit von der Krankenkasse ab, tritt oft folgende Fallkonstellation auf:<sup>52</sup> Der Arbeiter ist ohne Versicherung und wird aufgrund der Versicherungspflicht bei seiner Krankenkasse weiterhin pflichtversichert, muss jedoch für die Beträge selbst aufkommen. Die Krankenkasse schickt an ihren Versicherten ein deutschsprachiges Formular zur Ermittlung seiner gegenwärtigen Einkommensverhältnisse. Bei Nichtausfüllen wird automatisch der monatliche Höchstsatz von derzeit 706,28 Euro zuzüglich Zusatzbeitrag und Pflegeversicherung veranschlagt.<sup>53</sup> Das Resultat sind in relativ kurzer Zeit hohe Schulden, und einige Kassen betreiben schnell die Pfändung.

<sup>52</sup> Die gleiche Konstellation tritt auch auf, wenn Arbeitgeber\_innen während der Arbeit die Beschäftigten abmelden, die auch in diesem Fall rückwirkend Beträge an die Krankenkasse zahlen müssen.

<sup>53</sup> Siehe etwa [<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/beitraege.html>].

Um die Pfändung zu vermeiden, gibt es zwei Möglichkeiten: Können die Pflichtversicherten nachweisen, dass sie im betreffenden Zeitraum in Rumänien waren, müssen sie keinen Beitrag entrichten. Dies kann etwa durch Bustickets geschehen; allein die Aussage von Familienmitgliedern genügt freilich nicht als Nachweis. Liegen solche Beweise nicht vor, kann alternativ eine Reduzierung auf den Mindestsatz vorgenommen werden.<sup>54</sup> Hierfür muss auf einem Formular versichert werden, dass in der betreffenden Periode kein oder nur ein geringes Einkommen erzielt wurde. Um eine der beiden Optionen wahrzunehmen, muss jedoch erfolgreich mit der Krankenkasse kommuniziert werden, was zumeist nur auf Deutsch möglich ist.<sup>55</sup> Viele Betroffene können die entstehenden Probleme nur mit Unterstützung überwinden, beispielsweise mit Hilfe von Beratungsstellen. Insbesondere Arbeiter\_innen, die regelmäßig über einen längeren Zeitraum Deutschland verlassen und dennoch ihren Lebensmittelpunkt hier haben, stehen vor solchen Problemen. Das bestehende Sozialsystem weist hier auch insofern eine Lücke auf, als im Regelfall bei Arbeitslosigkeit entweder die Bundesagentur für Arbeit oder das Jobcenter die Beträge für die Krankenversicherung zahlen würde. Auch deshalb lohnt es sich, auf die Behandlung rumänischer Beschäftigter durch das Jobcenter zu blicken, welches für viele keine Unterstützung, sondern vielmehr eine weitere Quelle von Unsicherheit darstellt.

Die Diskriminierung von Unionsbürger\_innen und die einhergehende Nichtgewährung sozialer Rechte durch Jobcenter wurden bereits häufig dokumentiert.<sup>56</sup> Ein besonderes Instrument sind hierbei sogenannte Arbeitshilfen. In einer Abschrift einer solchen, nur für den internen Gebrauch bestimmten Hilfe „zur Bekämpfung von organisiertem Leistungsmissbrauch“ aus dem Jahr 2018 stellt die Bundesagentur für Arbeit (BA) unverblümt klar, wer im Verdacht steht: „Hier sind insbe-

---

<sup>54</sup> Dieser liegt bei 153,53 Euro zuzüglich Zusatzbeiträgen; in der Praxis bewegen sich die Beträge oft um etwa 200 Euro pro Monat.

<sup>55</sup> Mit ihrer mehrsprachigen Telefonhotline stellt die AOK Bayern eine Ausnahme da.

<sup>56</sup> Riedner, Arbeit (wie Anm. 28).

sondere rumänische und bulgarische Staatsangehörige zu nennen“.<sup>57</sup> Somit ist ein Pauschalverdacht institutionalisiert. Ein Verdachtsmoment sei unter anderem die Tätigkeit im Baugewerbe, wie die Arbeitshilfe weiter ausführt. In einer aktualisierten Fassung aus dem Jahr 2022 wird zwar weder Rumänien noch Bulgarien erwähnt, des Leistungsmissbrauchs verdächtigt werden jedoch weiterhin jene migrantischen Beschäftigten, die im „Bau-, Reinigungs-, Transportgewerbe“ arbeiten, zudem Personen, die „trotz fehlender oder schlechter Sprachkenntnisse die Leistungsanträge besonders gut ausgefüllt“ hätten, weiterhin Antragsteller, deren „Arbeitsverhältnis [...] nach kurzer Zeit gekündigt“ wird, wie es insbesondere bei von Arbeitsausbeutung Betroffenen schnell geschieht. Wer verdächtigt wird, muss eine Vielzahl von in der Arbeitshilfe ausgeführten Fragen beantworten. Zu diesen zählen etwa die nach den Namen und Adressen der Mitfahrer im Firmenauto, nach dem Kennzeichen dieses Autos oder den Anschriften der oft wechselnden Baustellen. Bei bestehenden Unklarheiten oder weiteren Zweifeln können Anträge schlussendlich abgelehnt werden.<sup>58</sup>

Wer als migrantischer Beschäftigter jahrelang auf deutschen Baustellen gearbeitet hat, von Arbeitsausbeutung betroffen ist oder gerade eine nur über einen sehr kurzen Zeitraum ausgeübte Beschäftigung verloren hat, ist bei der Beantragung von Leistungen des Jobcenters mit hin einem Pauschalverdacht ausgesetzt – insbesondere dann, wenn der Antrag *gut* ausgefüllt ist, etwa, weil der Beschäftigte sich Hilfe organisieren konnte. In solchen Fällen müssen Arbeiter, die aufgrund ihrer prekären Arbeit keine schriftliche Kündigung und manchmal auch keinen Arbeitsvertrag erhalten, in einer Notsituation eine Vielzahl von zusätzlichen Fragen über sich ergehen lassen, von denen einige, etwa

<sup>57</sup> Bundesagentur für Arbeit, Arbeitshilfe zur Bekämpfung von organisiertem Leistungsmissbrauch durch EU-Bürger, 2018, S. 4. Besagte Abschrift ist an mehreren Stellen im Netz dokumentiert: [<https://igel-muc.de/pdf/jobcenter-intern/20180420-Bekaempfung-von-organisiertem-Leistungsmissbrauch-durch-EU-Buerger/20180420-Bekaempfung-von-organisiertem-Leistungsmissbrauch-durch-EU-Buerger-Abschrift-BA-Zentrale-G11.pdf>], eine Analyse der Abschrift liefert etwa das Netzwerk Europa in Bewegung: [<https://europainbewegung.de/wp-content/uploads/2019/04/Analysepapier-Arbeitshilfe-fin.pdf>].

<sup>58</sup> Bundesagentur für Arbeit, Arbeitshilfe (wie Anm. 57), S. 8.

nach der privaten Postanschrift ehemaliger Arbeitskollegen, für sich genommen schwer zu beantworten sind. Selbst, wenn diese Person jahrelang in das deutsche Sozialsystem eingezahlt hat, besteht auf dieser Grundlage die Gefahr, dass ihr Antrag abgelehnt wird. Der Pauschalverdacht ist begleitet von anderen Hürden. Zwar spezifiziert eine Arbeitsanweisung für die Bundesagentur für Arbeit sowie bei Jobcentern, dass „der Zugang zu den Beratungs- und Sozialleistungen der BA sowie die Beantragung von Kindergeld und Kinderzuschlag nicht durch Sprachbarrieren erschwert werden [darf]“.<sup>59</sup> In Echsberg jedoch wurden wiederholt migrantische Antragssteller\_innen aufgefordert, sich Übersetzer\_innen selbst zu organisieren. Gelang ihnen dies nicht, wurden die Gespräche mit ihnen trotzdem auf Deutsch geführt, woraus sich erhebliche Missverständnisse ergeben haben.

Für ausgebeutete migrantische Beschäftigte im Bausektor ist das Sozialsystem selbst eine Quelle der Prekarität, etwa durch die hohen Rückforderungen der Krankenkassen oder durch den institutionalisierten Pauschalverdacht.<sup>60</sup> Soziale Ansprüche und Leistungen werden auf diese Weise ausgehebelt, mitunter trotz durch jahrelange Erwerbsarbeit erworbener Ansprüche. Einige Echsberger Arbeiter meiden schließlich aufgrund ihrer durchweg negativen Erfahrungen den Kontakt mit solchen Ämtern und suchen sich im Zweifel lieber eine weitere Beschäftigung im Dickicht von Subunternehmen, schlechten Unterkünften und harter Arbeit.

## Schluss

Rumänische Beschäftigte in der deutschen Bauwirtschaft werden ausgebeutet. Vieler ihrer Rechte auf Arbeitsschutz, angemessene Entlohnung oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall stehen nur auf dem

---

<sup>59</sup> Bundesagentur für Arbeit, Weisung 201611028 vom 21. November 2016 – Inanspruchnahme von Dolmetscher- und Übersetzungsdiensten, hier S. 2, [[https://www.arbeitsagentur.de/datei/weisung201611028\\_ba014503.pdf](https://www.arbeitsagentur.de/datei/weisung201611028_ba014503.pdf)].

<sup>60</sup> Gleiches gilt für das Kindergeld. In mindestens einem Fall wurde durch die zuständige Behörde in Echsberg mehrmals ein Antrag fälschlicherweise abgelehnt und erst nach mehrmonatigem Schriftverkehr unter Unterstützung eines Projektmitarbeiters schlussendlich bewilligt.

Papier. Während ihre Erwerbsarbeit häufig als prekär bezeichnet werden muss, ist diese jedoch nicht die einzige Quelle von Unsicherheit. Die Struktur des Bausektors mit seinen Generalunternehmen und dem Dickicht an Subunternehmen geht ebenso in die multiple Prekarität ein wie die Wohnsituation und die Exklusion aus dem Sozialsystem. Nicht nur werden Arbeitern mit rumänischem Pass ihre Rechte an vielen Stellen vorenthalten, sondern auch das Zusammenspiel der vielen Unsicherheiten lässt sie besonders verwundbar werden. Zahlt etwa ein\_e Arbeitgeber\_in den Lohn nicht, droht die Obdachlosigkeit, und die umfangreichen Überprüfungen im Jobcenter verzögern oder verhindern eine Bewilligung von Transferleistungen. Oder aber ein Arbeiter hat einen Unfall, wurde jedoch kurz vorher von seinem Arbeitgeber von der Krankenkasse abgemeldet und liegt nun ohne Einkommen schwerverletzt im Krankenhaus. Es mag dann zwar gelingen, die Abmeldung durch Klageandrohung rückgängig zu machen, trotz allem liegt das Krankengeld bei lediglich 600 Euro pro Monat. Eine dritte Konstellation könnte sein, dass ein Arbeiter eine faire Bezahlung verlangt, in der Folge aus der Firmenunterkunft geschmissen wird und deshalb mit Obdachlosigkeit konfrontiert ist. In all diesen Fällen, die sich so in Echsberg ereignet haben, greifen einzelne, im Beitrag vorgestellte Dimensionen der Unsicherheit ineinander und verstärken sich gegenseitig.

Wohl könnten einige Maßnahmen die multiple Prekarität reduzieren und die Gleichbehandlungsrichtlinien durchsetzen, zu der diese Gesellschaft sich selbst verpflichtet hat.<sup>61</sup> Ein Mindestkrankengeld für Beschäftigte des Bausektors etwa würde ihnen im Krankheitsfall ein ausreichendes Einkommen garantieren, ohne dass sie trotz Verletzung noch mühsam einen Antrag auf aufstockende Leistungen beantragen müssten. Oder es könnten öffentlich geförderte und betriebene Arbeiterunterkünfte die Abhängigkeit von Firmenunterkünften vermindern bzw. als Alternative zu den mitunter stark überbeuerten privaten Unterkünften dienen. Eine aufsuchende Sozialarbeit könnte die Isolation in

<sup>61</sup> Vgl. bspw. Artikel 45 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU, neben vielen anderen Gesetzestexten und Vorschriften.

den Unterkünften vermindern.<sup>62</sup> Auch Jobcenter und Arbeitsämter könnten durch einen Wechsel weg von einer diskriminierend-verdächtigenden Haltung hin zu einer bedarfsorientierten Unterstützung die Situation der Beschäftigten positiv beeinflussen. Und Krankenkassen könnten bei der Pflichtmitgliedschaft von Unionsbürger\_innen den Aussagen der Mitglieder, nicht in Deutschland gewesen zu sein, Glauben schenken, statt Nachweise und Beweise einzufordern. Und endlich wäre eine mehrsprachige Korrespondenz in der Sprache der Versicherten sicher hilfreich.

Eine Ausweitung von Zollkontrollen und mehr Personal für die Finanzkontrolle Schwarzarbeit werden oft gefordert, Zweifel – wie sie zuletzt Tobias Seitz artikuliert –, ob diese Maßnahmen den Beschäftigten zugute kommen, sind jedoch gut begründet. Denn weder hilft der Zoll Arbeitern, die um ihren Lohn betrogen wurden, noch teilt er seine Erkenntnisse den Beschäftigten oder Arbeitsgerichten mit; zudem zielen die Ermittlungen des Zolls häufig direkt auf Arbeiter\_innen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus. Der Schutz von Beschäftigten gehört nicht zu seinem Aufgabenprofil.<sup>63</sup>

Es gibt jedoch auch andere Wege, wie Länder und Kommunen die Kosten für Arbeitsausbeutung erhöhen könnten, und zwar durch die Einrichtung von Kontroll- und Vergabestellen, durch begleitende Tarifverpflichtungen oder spürbare Geldstrafen bei Vertragsbruch. Die Stadt Köln etwa sieht Vertragsstrafen vor, wenn Unternehmen, die im Auf-

---

<sup>62</sup> Vgl. hier auch ein ausführliches Interview mit Alexandru Firus, der von seiner aufsuchenden Arbeit in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau berichtet: Gregor Haschnik, Missstände am Bau in Hessen: „Viele geraten in eine fatale Abwärtsspirale“, in: FR, 5. Januar 2023, [<https://www.fr.de/rhein-main/missstaende-am-bau-in-hessen-viele-geraten-in-eine-fatale-ab-waertsspirale-92010805.html>].

<sup>63</sup> Tobias Seitz, Nur dem Interesse des Staats. Warum die Finanzkontrolle Schwarzarbeit keine Beschützerin für migrantische Beschäftigte ist, *express*, 12 (2022), hier S. 2–3, [[https://express-afp.info/wp-content/uploads/2022/12/22-12\\_seitz\\_nur-dem-interesse.pdf](https://express-afp.info/wp-content/uploads/2022/12/22-12_seitz_nur-dem-interesse.pdf)]. Vgl. auch Birner / Dietl, Die modernen Wanderarbeiter\*innen (wie Anm. 8), S. 71–76. In Echsberg führte der Zoll eine Razzia drei Tage vor Lohnauszahlung durch, in der Folge blieben die Beschäftigten ohne Geld. Strafverfolgungsbehörden sind in dieser Hinsicht auch eine Ursache der multiplen Prekarität.



trag der Stadt bauen, nicht die den Beschäftigten zustehenden Arbeitsbedingungen einhalten.<sup>64</sup>

Schon jetzt gibt es eine Vielzahl an Möglichkeiten, die multiple Prekarität migrantischer Beschäftigter deutlich zu reduzieren. Beratungsnetzwerke wie Faire Mobilität, das Beratungsnetzwerk Gute Arbeit, das Berliner Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit oder Institute wie das PECO-Institut haben aufgrund ihrer Expertise hierzu auch weitere Vorschläge ausformuliert. Momentan werden aus der Baubranche Rufe nach mehr Fachkräften laut. Wahrscheinlich wird auch hier, wie schon in der Vergangenheit, auf den europäischen Arbeitsmarkt gesetzt. Umso wichtiger ist es, jetzt weitere Maßnahmen zu ergreifen, die dafür sorgen, dass migrantische Beschäftigte in der deutschen Baubranche nicht mehr Opfer von Arbeitsausbeutung werden, sondern angemessen für ihre körperliche schwerste Facharbeit bezahlt werden. Die Reduzierung ihrer multiplen Prekarität ist dabei ein Ansatz unter vielen. Die eingangs erwähnten Kämpfen von migrantischen Beschäftigten in der Baubranche zeigen die Dringlichkeit, etwas zu verändern.

<sup>64</sup> Vgl. Zusätzliche Vertragsbedingungen der Stadt Köln zur Verhinderung illegaler Beschäftigung und Sanktionen bei Verstößen gegen diese Verpflichtungen für die Vergabe von Bauleistungen, Köln 2018, [[https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf27/zus%C3%A4tzliche\\_vertragsbedingungen\\_zur\\_verhinderung\\_illegaler\\_besch%C3%A4ftigung\\_bei\\_bauleistungen\\_mit\\_anlage.pdf](https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf27/zus%C3%A4tzliche_vertragsbedingungen_zur_verhinderung_illegaler_besch%C3%A4ftigung_bei_bauleistungen_mit_anlage.pdf)]. Weitere Vorschläge zur Durchsetzung des Mindestlohnes finden sich auch bei Bosch / Hüttenhoff, Der Mindestlohn (wie Anm. 48).

Dies ist eine Veröffentlichung der **Sozial.Geschichte Online**  
lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

*Sozial.Geschichte Online* ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen knapp fünfstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e. V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 € und für GeringverdienerInnen 10 € jährlich; Fördermitglieder legen ihren Beitrag selbst fest.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

**sgo-verein [at] sozialgeschichte-online.de** oder den

**Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.**  
**Cuvrystraße 20a**  
**(Briefkasten 30)**  
**D-10997 Berlin**

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

**Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.**  
**IBAN: DE09 1002 0500 0001 4225 00, BIC: BFSWDE33BER,**  
**Bank für Sozialwirtschaft**

---

Rudi Friedrich / Connection e.V., interviewt von Peter Birke

## Deserteure auf beiden Seiten des Krieges: „Die Idee in die Gesellschaft tragen, dass es einen anderen Weg gibt“

*Connection e.V.<sup>1</sup> unterstützt seit vielen Jahren Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus und in aller Welt. Auch im Krieg, den Russland aktuell gegen die Ukraine führt, steht die Initiative auf der Seite der Verweigerer. Peter Birke sprach mit Rudi Friedrich, einem Gründungsmitglied des Vereins, darüber, welche Bedeutung Desertion in diesem Krieg hat, welche Behandlung Deserteure in ihren Herkunftsländern und im Exil erfahren und wie sie in der Bundesrepublik aufgenommen werden – oder aufgenommen werden müssten. Das Gespräch endet mit der Frage, was Kriegsdienstverweigerung zur Beendigung dieses Kriegs beitragen kann.*

\*

**Frage:** Connection unterstützt Kriegsdienstverweigerer aus der Ukraine und aus Russland. Welche Ziele verfolgt ihr damit?

**Rudi Friedrich:** Es ist uns sehr wichtig zu betonen, dass wir Kriegsdienstverweigerer und Deserteure auf allen Seiten des Krieges unterstützen. Für uns sind diese Menschen, die nicht dem Ruf zu den Waffen folgen, ein wichtiger Bezugspunkt. Sie zeigen auf, dass es einen anderen Weg gibt. Sie zeigen ganz praktisch, dass es etwas anderes als die Kriegselogik gibt, die in Bildern von Freund und Feind, in einem „Wir gegen die Anderen“ verbleibt.

Unabhängig davon ist für uns klar: Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung muss auch gerade im Krieg Gültigkeit haben. Jeder und jede hat jederzeit das Recht, Nein zu sagen. Und dieses Recht muss

---

<sup>1</sup> [<https://de.connection-ev.org/>].

geachtet werden. Das besagen die internationalen Abkommen und die internationale Rechtsprechung.

**Frage:** Was unterscheidet einen Deserteur von einem Kriegsdienstverweigerer?

**Rudi Friedrich:** Es geht für die einzelnen Personen in einem konkreten Krieg immer um die Frage, wie und unter welchen Umständen sie sich der Rekrutierung oder dem Einsatz verweigern können.

Einige sind so klug, dass sie sich schon sehr frühzeitig absetzen, also erkannt haben, dass ihnen eine Rekrutierung drohen könnte. Sie entziehen sich der Einberufung und gehen möglicherweise ins Ausland. Diese Gruppe von Personen nennen wir Militärdienstentzieher. Andere stellen im Militär fest, dass sie sich nicht an diesem Krieg beteiligen wollen. Dann bleibt ihnen gerade im Kriegsgebiet oft nur noch die Option, sich unerlaubt vom Militär zu entfernen. Sie gelten dann als Deserteure.

Als Kriegsdienstverweigerer bezeichnen wir Personen, die entweder gegenüber den staatlichen Behörden oder öffentlich erklärt haben, dass sie den Kriegsdienst verweigern. In Russland und Belarus gibt es derzeit noch ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung, es ist aber stark eingeschränkt. So können Soldaten und Reservisten nicht verweigern. In der Ukraine wurde das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu Kriegsbeginn ausgesetzt. Aber ob Kriegsdienstverweigerer oder Deserteur – alle verweigern den Dienst auf ihre Art und Weise.

**Frage:** Wie stellt sich die Situation von Verweigerern im Alltag dar? Was motiviert Menschen aus Russland und der Ukraine, lange Haftstrafen zu riskieren, die bei Verweigerung in beiden Ländern üblich sind?

**Rudi Friedrich:** Es gibt sehr unterschiedliche Motive. In einem Krieg werden uns häufig konkrete Situationen oder Ereignisse genannt. Viele sowohl aus Russland oder auch aus der Ukraine sagen, dass sie Freunde oder Verwandte im anderen Land haben und sich überhaupt nicht vorstellen können, gegen sie in den Krieg zu ziehen. Viele Verweigerer aus Russland lehnen auch die Politik der russischen Regierung ab. Wir gehen davon aus, dass sich auf der russischen Seite mehr als 150.000 Militärdienstpflichtige der Rekrutierung entzogen haben.

Diese Motive gibt es auch auf der ukrainischen Seite. Es wird nicht so klar formuliert, aber auch hier haben sich mehr als 140.000 den Rekrutierungen entzogen und sind ins westeuropäische Ausland geflohen.

**Frage:** Was wisst ihr darüber, wie Deserteure in Russland beziehungsweise in der Ukraine behandelt werden? Wie kann man sich von hier mit den Deserteuren dort solidarisieren?

**Rudi Friedrich:** In der Ukraine werden Kriegsdienstverweigerer strafrechtlich verfolgt. Die Ukrainische Pazifistische Bewegung hat einige Urteile öffentlich gemacht, die von einem bis zu vier Jahren Haft reichen.<sup>2</sup> In Russland gibt es erste Verurteilungen von Deserteuren zu einem Jahr Haft. Inzwischen wurden allerdings die Gesetze verschärft und die möglichen Haftstrafen sind deutlich erhöht worden.

**Frage:** Wie schätzt ihr die aktuelle Situation der Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus den kriegsführenden Staaten in Deutschland und in der EU ein? Wie ist ihre rechtliche Situation und wie aussichtsreich sind die Asylverfahren?

**Rudi Friedrich:** Ukrainische Staatsbürger haben vor allem das Problem, dass mit der Mobilmachung im Februar 2022 Männer zwischen 18 und 60 Jahren die Ausreise untersagt wurde. Es gibt nur wenige Ausnahmeregelungen davon. 8.000 Verfahren wurden bereits wegen versuchtem Grenzübertritt eröffnet. Wenn sie es aber geschafft haben, dann haben sie freien Zugang zur Europäischen Union, können aktuell ohne Visum einreisen, und erhalten hier einen befristeten humanitären Status. Das gilt auch für Verweigerer des Krieges. Aktuell haben sie also keine Probleme mit dem Aufenthalt. Das kann allerdings in zwei oder drei Jahren völlig anders aussehen.

Zu russischen Verweigerern und Deserteuren: Die deutsche Bundesregierung hat im April 2022 erklärt, dass russische Deserteure, soweit sie ihre Desertion nachweisen können, Flüchtlingsschutz erhalten sollen. Diese Aussage orientiert sich in der Tat an der Asylrechtsprechung. Die Verfolgung von Desertion ist zwar kein Asylgrund, wohl aber dann,

<sup>2</sup> Siehe dazu: Schreiben an den UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, zur Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern in der Ukraine: [<https://de.connection-ev.org/article-3691>].

wenn die Verfolgung eine politische Komponente hat. Die Bundesregierung hat diesbezüglich erklärt, sie gehe davon aus, dass derzeit eine Desertion in Russland als oppositionelle Handlung gesehen werde und damit die Bestrafung auch die politische Haltung treffen solle.

Diese Aussage der Bundesregierung ist zwar an sich erfreulich, aber es gibt zwei wesentliche Haken dabei. Zum einen hat die Bundesregierung ausdrücklich erklärt, dass Militärdienstentzieher nicht unter diese Regelung fallen. Sie sind jedoch der größte Teil der Verweigerer. Zum anderen gibt es kaum ein anderes westeuropäisches Land, das dieser Argumentation folgt. Die Situation russischer Deserteure und Verweigerer, so sie es in die EU geschafft haben, ist also höchst unsicher.

Darüber hinaus gibt es ein weiteres Problem für die Betroffenen. Nur wenige haben überhaupt den Weg bis in die EU geschafft. Von den geschätzt 150.000 Menschen sind vielleicht gerade mal ein Prozent in Westeuropa. Die meisten sitzen in Kasachstan, Georgien oder der Türkei fest, wo sie versuchen, ein Visum für Westeuropa zu bekommen. Sie fühlen sich in diesen Ländern von Abschiebung nach Russland bedroht.

**Frage:** Wie kann man Kriegsdienstverweigerer konkret unterstützen, wenn sie sich hier in der Bundesrepublik und / oder in der EU befinden? Was sind Eure diesbezüglichen Forderungen an die Bundesregierung?

**Rudi Friedrich:** Wir haben eine europaweite Kampagne gestartet unter dem Hashtag *#ObjectWarCampaign*. Mit ihr fordern wir Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland, Belarus und der Ukraine ein. Über unsere Website<sup>3</sup> lässt sich die Kampagne unterstützen.

Ich erlebe immer wieder in Gesprächen in nicht-politischen Zusammenhängen, dass viele Personen aus der Ukraine oder aus Russland kennen, die möglicherweise militärdienstpflichtig wären. Auch wenn ihre Situation aktuell sicher ist, wäre es wichtig, ihnen die Möglichkeit für eine Beratung zu eröffnen. Dafür stehen wir gerne bereit.

---

<sup>3</sup> [<https://www.connection-ev.org/ObjectWarCampaign>].

**Frage:** Wie nehmt ihr in Eurer Arbeit die Einstellungen wahr, die Euch in Bezug auf die Migration aus der Ukraine beziehungsweise aus Russland begegnen? Hat sich an den Einstellungen in der Bundesrepublik seit Beginn des Kriegs etwas verändert?

**Rudi Friedrich:** Im Gegensatz zu den Presseberichten habe ich insbesondere nach der Teilmobilmachung eine große Solidarität für fliehende russische Verweigerer erlebt. Es gab fast keinen, der nicht irgendwo von Freunden, Bekannten oder Verwandten untergebracht wurde, um klären zu können, wie es überhaupt weitergehen kann. Das hat mich sehr erstaunt. Und es hat mich zugleich auch sehr gefreut, dass die Unterstützung im Gegensatz zur öffentlichen Diffamierung von Deserteuren sehr wohl existiert.

**Frage:** Viele Leute, auch Linke, sagen, dass „Pazifismus“ in der derzeitigen Situation nur ein schöner Traum sei, und dass es jetzt vor allem darum ginge, dass die Ukraine „den Krieg gewinnt“. Wie seht ihr – dagegen – den Einfluss von Kriegsdienstverweigerung und Desertion? Könnte Kriegsdienstverweigerung ein Beitrag dazu sein, den Krieg zu beenden?

**Rudi Friedrich:** Als ich noch in Celle wohnte – es ist dreißig Jahre her – bin ich immer wieder an einem Graffiti mit einem Slogan vorbeigekommen, der gut bekannt ist: Stell Dir vor es ist Krieg und keiner geht hin. Leider ist das nicht die Realität. Die bisherigen hohen Zahlen der Verweigerungen konnten die Fortführung des Krieges nicht stoppen. Aber sie können sehr wohl die Idee in die Gesellschaft hineintragen, dass es einen anderen Weg geben muss und dass es einen anderen Weg gibt. Und bei so vielen Verweigerungen, wie wir sie jetzt erleben, wird solch eine Auseinandersetzung weit in die Gesellschaft hineingetragen, die Verweigerer haben schließlich Freunde, Familie, Bekannte. Und überall stellt sich dann die Frage: Ist das eine Option auch für mich?

Die aktuelle Kriegsrhetorik der Ukraine und westlicher Bündnispartner, die davon spricht, der Krieg könnte für die Ukraine gewonnen werden, läuft sehr klar auf eine Fortführung des Krieges hinaus. Ich sehe

hier vor allem das Problem, dass damit weitere und tiefgreifende Unterstützung der Ukraine eingefordert wird. Der Krieg wird vorangetrieben. Und Ereignisse wie die Auseinandersetzung um das Atomkraftwerk oder der Raketenbeschuss Polens zeigen: Eine solche Eskalation ist brandgefährlich. Ich sehe derzeit keine Ansätze der Politik, wie dies geändert werden kann, wie der Krieg wirklich beendet werden kann. Und das halte ich für ein großes Versäumnis, für einen großen Fehler.

Ja, Russland hat den Krieg begonnen, hat die Ukraine überfallen und sorgt für eine weitere Eskalation des Krieges. Und dennoch müssen wir aus dieser Spirale herauskommen, muss es Verhandlungen geben. Die Zahl der Verweigerer auf beiden Seiten zeigt, dass die Zustimmung zum Krieg doch nicht so einheitlich in den Gesellschaften ist, wie die jeweilige Propaganda suggeriert.



---

*Karmína, interviewed by Peter Birke*

## On “The Tragedy of the Ukrainian Working Class”

*When Russia invaded Ukraine in February 2022, at first we were speechless. For the war had raised many questions that are hard to answer clearly and unambiguously. A first reaction, supported by the editorial board of this journal, was to point out the frightening geopolitical dimensions of this war and oppose the ongoing militarization “at home.”<sup>1</sup> In the editorial of the last issue of this journal, we then formulated further questions.<sup>2</sup> First of all, as a historical journal, we came up with the question of the disposal of historical knowledge by calling this war, for example, “the first one in Europe after 1945” (and thus implicitly removing Southeastern Europe from the map) or by labeling it a “war of extermination” (and thus trivializing the Nazi and Wehrmacht mass murder). The second question we asked was about the fate of those on whose backs this war primarily is being waged. As a first contribution to this question, a member of our editorial committee conducted an interview with Karmína collective, based on an analysis published some weeks ago – which we very much recommend to our readers as an introduction to the current class struggles in Ukraine.<sup>3</sup>*

\*

**Question:** Your text includes a lot of information about the history of the labor movement in Ukraine. However, it remains at first sight a bit

---

<sup>1</sup> Manifesto against the War, [<https://sozialgeschichte-online.org/2022/03/15/manifest-gegen-den-krieg/>].

<sup>2</sup> Redaktion Sozial.Geschichte Online, Editorial in Kriegszeiten. Viele offene Fragen, in: Sozial.Geschichte Online, 32 (2022), pp. 5–7, [[https://duepublico2.uni-due.de/receive/dupublico\\_mods\\_00076376](https://duepublico2.uni-due.de/receive/dupublico_mods_00076376)].

<sup>3</sup> Karmína, The Tragedy of the Ukrainian Working Class, 11.07.2022, [<https://karmina.red/posts/tragedy-of-ukrainian-working-class/>]. The interview took place in late August 2022.

unclear what exactly the “tragedy” of the workers consists of. How would you tell this story, like in a nutshell?

**Karmína:** A few words about the origin of our article and its title. Like many others on the internationalist left, we were shocked by the invasion in February. As a small collective blog that tries to follow working class struggles and conditions in our home countries (Slovakia and the Czech Republic) and beyond, we started working on a text about the war right away. In the meantime, other radicals around the world, including people we know, put out their responses to the war. We found some of them quite formulaic, often revolving around ready-made slogans such as “No war but the class war!,” and full of factual inaccuracies (e. g., the now standard tune of “eight years of bombing the Donbas” and “14,000 dead”). We thought that this lack of a more historically and empirically grounded approach was unfortunate and not in the tradition of critical historical materialism at all. We tried to compensate for it by providing a longer history of post-independence Ukraine from a working class perspective.

This meant that all work on our “text about the war” had to be postponed indefinitely. Instead, we spent the next four months looking at events which preceded the invasion. Although we are from countries which have close historical and geographical links with Ukraine, we had little to work with at the beginning – we were, for the most part, ignorant of its history. Thankfully, there is a wealth of resources and perspectives, mostly by Ukrainian left-wing academics and activists, that we could study and link to in our text. We mention this not just to acknowledge this mountain of existing work without which our own text would not have been possible, but also to emphasize that we are in no way experts on the subject – the article is just a synthesis and interpretation of other people’s research. What we produced is by no means original and should be viewed simply as an attempt by amateur enthusiasts at making sense of what happened in Ukraine between circa 1990 and 2022.

As we studied the last thirty years of Ukrainian history, we realized there is a tragic arc to them, which is perhaps most apparent when looked at through the prism of the Eastern regions. In the late 1980s, the miners in the Donbas (but also in the Western part of Ukraine) joined strikes initiated by their colleagues in Siberia's Kuzbas. At first, they demanded better working conditions and higher living standards. Soon, the movement became more politicized, demanding wider democratization and, in Ukraine, independence from the USSR. Some even believed that privatizing the mines would give workers more autonomy and control. Instead, the economic transition of the 1990s and beyond decimated the material basis of the "old" Ukrainian working class and its way of life. These merciless processes pushed workers to ever more desperate forms of struggle, such as hunger strikes, self-immolation or a 600 km march on foot from the Donbas to Kyiv in 1998. The aim of these struggles was often simply limited to preserve the "right" to be a wage worker – to be paid for one's work instead of working for free or for remuneration in kind. We think of this twist – from fighting for more freedoms to struggling for bare existence as wage workers – as the first act of the tragedy.

In the 2000s, Ukraine's new capitalist class, divided into sectoral and geographic "clans" with different material interests, began to use the national question to mobilize political support. The "Anti-Maidan" movement of 2013/2014, which later morphed, to some extent, into "separatism," dreamed of resurrecting the old industrial base in the East. The idea was that up to then, Donbas workers had been forced to feed the rest of the country (note that this was a fantasy), but once the region becomes autonomous within a federalized Ukraine, gains complete independence, or joins the Russian Federation, things will finally turn around. Turn around they did, but in an even more desperate direction. The self-appointed administrations of the unrecognized "people's republics" closed down most of the mines and crushed independent trade unions. Their Russian overlords (or, as they say in Ukraine, "curators") did not bother investing in the extractivist and manufacturing base of

the Donbas – or in its conversion in a more sustainable and/or competitive direction – at all. Looking for stable employment, many former miners saw no other option than to sign a contract with the “people’s militia,” i. e., the Russia-controlled military. This was the second act of the tragedy.

The current, third act has been unfolding since 24 February 2022. Donbas workers from the occupied territories aged 18 to 55 are being forcibly mobilized, snatched directly from the street or their workplace, and sent to the front, regardless of any chronic health conditions they may have, without training and with ancient, Soviet-era helmets. More enterprises close down or are destroyed by the war – including on previously unoccupied territory, such as the Azovstal steel works (Mariupol) or the Azot chemical plant (Sievierodonetsk). All of this is accompanied by massive civilian casualties, brutality, displacement, and dispossession. However, if we look at just the material side of things and focus on the fate of the Soviet-era fixed capital base, what we see is a continuation of the processes of decomposition and destruction that began with the economic transition after the demise of the USSR. What the impersonal forces of capitalist competition were not able to accomplish is now being completed by the brute force of artillery shells. Only now, the process also extends to plants that it had been quite profitable to operate.

By using the term “tragedy,” we do not wish to paint Ukrainian workers simply as passive victims. On the contrary, they were often the ones taking the initiative. It is just that in the ensuing whirlwind of events, their moves often had unintended consequences – “tragic” in the ancient Greek sense of the term. There is a sense of heroism and hope as well, because through it all, the flame of working class resistance from below was weakened, but never completely extinguished.

## **The re-composition of the working-class**

**Question:** And what is the working class in Ukraine? You describe a strong social differentiation since the 1990s. What is the common

ground, from your point of view, between workers in different industries, of different genders and origins?

**Karmína:** Processes of class recomposition and social differentiation in Ukraine were mostly analogous to those in other post-Soviet and Eastern European countries. However, Slovakia's post-socialist industrial base, for example, was mostly destroyed or quickly shrinking, despite desperate struggles, by the early 2000s (it was, of course, much smaller, at least in absolute terms). It was replaced by Foreign Direct Investment driven manufacturing, mostly in the burgeoning automotive sector and its suppliers. In Ukraine, by contrast, the old base was never completely dismantled. True, it was decimated, but some of it survived. There are still more than a thousand state-owned enterprises operating in Ukraine. In 2020, they accounted for ten percent of the country's gross domestic product (GDP). The corresponding layer of Ukraine's working class (along with public sector workers) appears to be quite militant and has a long history of organization and conflict. One recent example are struggles in the Kryvyi Rih mining and steel industry in 2018–2021, briefly discussed in our text.

Another layer would be the “new working class,” concentrated around greenfield investments in the Western part of Ukraine – notably, in wiring and electronics manufacturing, which is often linked to the European automotive industry. A still other stratum of Ukrainian workers are the highly-skilled tech workers in the information and communications technology sector, along with their colleagues, “office proletarians,” from shared service centers in cities like Kharkiv or Lviv. Or, take the couriers and others in the new “platform” or “gig economy,” which of course also exists in Ukraine. All of these newer sectors have shown less militancy so far, which also seems to have been the case in most other Central and Eastern European (CEE) countries.

What unites all of these strata is the antagonism between their material interests and those of capital and its state. But this is only “in theory,” and unfortunately, it cannot be easily translated into practical existence by leftist activists. Only the workers themselves can discover

points of unity in the course of their struggles. In any case, we think one should be wary of any “exoticization” of Ukraine that puts too much emphasis on the supposed national divisions inside the working class – namely, between the Ukrainian-speaking and the Russian-speaking parts of the population. These divisions were largely whipped up by the political rivalry of the “clans,” with key support from the Russian state’s propaganda machine. Pre-invasion polls show that “national issues” (e. g., the state language question) play a rather negligible role in most people’s consciousness, regardless of their origin or language. People find questions of material survival much more pressing.

The relations between Ukraine and the occupied territories are a different matter. There does not seem to be any deep-seated hostility, at least from the Ukrainian side, where polls consistently show that Ukrainians view people in the “people’s republics” as either “victims of circumstance” or “hostages of illegal armed groups” (we just do not have comparable data from the occupied Donbas). But conditions for struggle in the “republics” are very difficult, not to mention possibilities for practical solidarity across the (unrecognized) border. From the Ukrainian side, important work in this regard is carried out by the Eastern Human Rights Group, founded by former trade union activists from the Donbas.

**Question:** What role does migration play in the economy of the working class in Ukraine (as migration into Ukraine, out of the Donbas, but also into the EU and Russia)?

**Karmína:** The Ukrainian working class has been very mobile since the 1990s, undoubtedly because of the catastrophic transition that unfolded. Over time, this dynamic has accelerated. In recent years, remittances from abroad amounted to as much as ten per cent of Ukraine’s annual GDP.

Russia, due to the many economic links and the absence of a language barrier, had long been the chief destination for Ukraine’s migrant workers. This began to change significantly after 2014. By 2016, Poland became the main source of remittances. It was estimated by Polish re-

searchers that in 2013–2018, Ukraine’s migrants have added about 0.5 percentage points per annum to Poland’s economic growth.<sup>4</sup> Perhaps somewhat surprisingly, Italy has also been an important destination for Ukrainian workers, as well as the, less surprising, Czech Republic. After the EU Association Agreement enabled easier movement, workers from Ukraine quickly became the most important migrant group on Slovakia’s labor market as well.

Today, we are witnessing a significant shift, as some of the (“post-socialist”) CEE countries which are EU members move from being net exporters of labor power to being net importers. As their national wage levels rise, they become dependent on inflows of cheap migrant labor. Ukraine is one of the source countries enabling this change. In this respect, the plight of Ukraine’s migrants is not significantly different from those from other “third countries” (e. g., Serbia): low wages, long hours, semi-legal schemes of employment, predatory work agencies that keep workers at an arm’s length from their real employers, which are often transnational corporations – and little to no union representation. Ukraine’s internal migrants from the war-torn Donbas since 2014 (some 1.4 million people before 2022) have faced different kinds of problems. Upon moving westward inside Ukraine, many of them were left to their own devices, with no easy access to housing, jobs, and public services. Incidentally, one reason why even today, people from the villages and towns near the front line are returning home, to a very dangerous situation and a life among ruins, is that the state is unable to provide dignified conditions in the safer parts of the country – with NGOs desperately trying to substitute for that.

## Development and significance of labor unrest

**Question:** In your text, you report about labor unrest especially for the years since 2020, in the Donbas, but also in the western part of the

<sup>4</sup> Paweł Strzelecki / Jakub Growiec / Robert Wyszynski, The contribution of immigration from Ukraine to economic growth in Poland, in: *Review of World Economics*, 158 (2022), pp. 365–399.

Ukraine. This is very interesting. What was the course and significance of these struggles? What organizational and political forms have, if so, accompanied them? What has happened to them since the beginning of the war?

**Karmína:** Firstly, it is important to note that workers' struggles in the occupied Donbas have to deal with very specific conditions: There are no independent trade unions, there is no freedom of the press, and there is no freedom of assembly. The early waves of repression, when hundreds of journalists, pro-Ukrainian activists and others experienced illegal detention and torture in improvised prisons, are still a living memory. Of course, in the rest of Ukraine, as in many other countries, the state also sometimes resorts to repression and police harassment of worker activists, but people do not simply disappear in basements of the secret police, as they did in the occupied Donbas.

In 2020, the pent-up anger of miners, who had not been receiving their full wages for almost two years, finally exploded. The spark was probably a leaked list of more mines that the administration was planning to close. Miners at the Nykanor-Nova mine (near Zorynsk, "Lugansk People's Republic," "LPR") refused to surface after their shift. They achieved that the wages owed were paid, at least in part. This, then, inspired miners at four other mines. About 100 miners at the Komsomolskaya mine (near Antratsyt, "LPR") staged an underground protest, but word got out to the authorities before workers at other mines could join them. Another underground protest broke out when the mining company failed to meet the next agreed-upon payment date. This time, the authorities were well-prepared: They cut the electricity underground, blocked cell phone networks and internet access on the surface, and cordoned off the town to prevent solidarity actions. The MGB, which is basically a local version of the FSB / KGB, then started an investigation of the "ringleaders" and their families. Over twenty people were detained, which provoked a demonstration by colleagues and relatives in front of the building of local authorities. In 2021, conflict was brewing at the Alchevsk metallurgical plant (in the "LPR") as



well. Not much is known about the way these struggles are organized. There are no formal organizations that we know of, and so word of mouth and private groups on the Telegram instant messaging platform probably play a key role. There also appear to be contacts between people on the territory of the republics and trade union or human rights activists on the Ukrainian side. As regards the significance of these struggles, it is difficult to tell. On the one hand, they were able to secure some concessions, including the payment of some of the wage arrears. The company that originally managed the illegal export of coal and other products from the “republics,” Vneshtorgservis, was eventually replaced by a new investor, YuGMK, which promised to pay back all it owed. As of early 2022, its wage debts in the “DPR” still amounted to about € 29 million.

On the other hand, these early successes of workers in the occupied Donbas were interrupted by the beginning of the full-scale war in February 2022. Forcibly mobilized soldiers from the “republics” are quite literally used as cannon fodder, and many workers – perhaps including some of those involved in these struggles – will be killed or maimed on the front.

**Question:** To what extent can the labor struggles in Ukraine be compared with those in other (former) Commonwealth of Independent States countries? Are there similar tendencies there (thinking of Belarus, for example, but also of Russia)? Are there possible connections?

**Karmína:** Alas, we know far too little about countries like Belarus or Kazakhstan to provide any interesting insights. Superficially, there still seem to be important material connections between the economies of post-Soviet countries which could serve as the basis for solidarity and common struggles, notably in the fossil fuel–heavy industry nexus. In many of these countries, ruled as they are by authoritarian capitalist regimes, economic issues faced by the working class seem to be inextricably linked with questions of freedom and democracy, even in the sense of elementary bourgeois democracy that some of our Western

friends would scoff at. Any democratic movement in these countries seems hopeless without the participation (and hopefully a leading role) of the masses of working-class people. We have seen hints in this direction in the summer of 2020, when a wave of demonstrations and, significantly, strikes swept parts of Belarus.

This brings us to an important point: The Lukashenko regime was only able to survive thanks to various forms of Russian assistance. Today, the Russian state is once again a transnational gendarme – albeit not of all Europe, as in the times of Nicholas I, but of the post-Soviet space, which it views as its sphere of influence. Before the current invasion, the most recent example of the utterly reactionary role that Russia plays in this region was provided by its intervention in Kazakhstan, where (mostly) Russian troops helped crush an emerging working-class insurrection in the very early days of 2022.<sup>5</sup> In the future, the defeat of the Putinist regime could serve as a clarion call for the working class across the CIS to rise up. The disintegration of this regime could come about through military defeat in the current war of attrition in Ukraine, but it can also be brought about by a mass movement – at the very least, a democratic movement – in Russia itself. For everyone’s sake, we would very much prefer the latter option.

## On the significance of the Russian intervention

**Question:** In your analysis you speak of “colonialism” – about Ukraine as a whole, but also about the Donbas. I find this reference rather problematic and unconvincing, especially in view of colonialism as a historical crime of incomparable scale. What is the case for using this comparison?

**Karmína:** We are aware of the difficulties, which is why a close look at the text reveals that the term “colonialism” does not actually appear

---

<sup>5</sup> Cf. Shaun Walker, Kazakhstan president says he gave order to “open fire with lethal force,” *The Guardian*, 07.01.2022, [<https://www.theguardian.com/world/2022/jan/07/kazakhstan-protests-thousands-detained-as-president-says-order-mostly-restored>].

in it, not even once! There are some veiled references to it, but not in the sense the question suggests.

As regards the territory of Ukraine as whole, we think that its position in Tsarist Russia is best thought of as that of an “internal colony,” similarly to other regions on the periphery of the Russian Empire, such as Siberia. The Soviet period was somewhat specific: On the one hand, we saw murderous repression, massive dispossession, large-scale starvation as a result of economic policy (similar to, e. g., British India), proletarianization, and forced population displacement going hand-in-hand with Russification and Russophone settlement (with a brief interlude in the 1920s, the heyday of both Ukrainian Bolshevism and local cultural development).

On the other hand, we also saw intense modernization, state-led development, urbanization and upward social mobility. We are not sure what to call this deeply contradictory process, but we hesitate at using the term “colonialism” without adjectives. Perhaps a special theory of the relation between the Stalinist center and its periphery is required – in our view, this would be quite fitting, since we tend to view Soviet-type economies as not fully capitalist, but also not in the least socialist. Maybe such a theory already exists in the vast work of post-Soviet researchers, largely untranslated and unknown in the West.

As far as the occupied Donbas is concerned, we suggest a parallel in the text between the authoritarian apparatus of the two “people’s republics” and a “colonial administration.” We use this term because the apparatus is completely subservient to the Russian state. The latter directly determines the composition of the ruling elite through appointment and repression (including assassination); some elements of this elite are Russian citizens with no history in Ukraine. Moreover, the relation between Russia and the occupied regions in the last eight years has been completely parasitic. The Donbas is viewed simply as a source of cheap coal, which was exported to Russia and beyond through Vneshtorgservis, a semi-legal scheme based in another Russia-controlled quasi-state, South Ossetia. The region also serves as a source of cheap

and flexible labor power for the neighboring regions of Russia (or, today, as a source of cannon fodder). As noted above, there have been no significant investments from Russia (or anywhere else, for that matter) in the Donbas, no development to speak of – only plunder, including the export of scrap metal from abandoned production facilities, and “spontaneous” decay. Hence our comparison of Pushilin [leader of the “DPR,” P. B.], Pasechnik [leader of the “LPR,” P. B.], and others, with a “colonial administration.”

Some have also called the 2022 invasion a colonial war. We still owe our readers (and ourselves, really) a text on these events, where we want to take a closer look at this question. In the text we published, we opted for calling the present war an “irredentist” one.<sup>6</sup> We took cue from the many declarations by various representatives of the Russian state and its media, who have clearly stated the goal is for the state of Ukraine – and its civil society – in its original form to cease to exist, and to annex at least some parts of this alleged primordial Russian territory. Now, some would perhaps argue that all this is just for show, and that the true motives of Russia’s invasion are different: to deflate internal contradictions of Russian society, to make a run for a position as an important global power, or to consolidate the current clique’s hold on the Russian state. But whatever it is, it does not seem to matter much from the point of view of the Ukrainian population.

The Russian army’s practical actions are no different from what an irredentist expedition would do: Signs in Ukrainian are replaced by ones in Russian, teachers are interrogated by the secret police, the education system is being switched to instruction in Russian only, and civilians are put in “filtration camps” where they are sorted based on their perceived harmfulness to the Russian project. Whatever the “true motives” might be, from the Ukrainian side it really does look like a war of territorial expansion whose goal is to fully subdue the population and

---

<sup>6</sup> An “irredentist” is defined “as a person who favors the acquisition of territory that once was part of his or her country or is considered to have been,” cf. Entry “irredentist”, in: [<https://www.collinsdictionary.com/de/worterbuch/englisch/irredentist>].

install subservient administrations similar to the ones in the “people’s republics.”

### “Euromaidan” and transnational social movements

**Question:** A most striking part of your text is the reference to Greece (concerning the depth of the crisis and the social upheavals after 2008 and 2014), but also the worldwide social movements since 2011. But you do not name any left wing social movement dynamics, in contrast to Greece, not even a trace of it, but mainly the strengthening of right-wing forces, in Russia, but also in Ukraine. Are there no such remnants at all?

**Karmína:** As regards movements since 2011 (or since the 2008 crisis more generally), they are a rather disparate group – some included explicitly leftist elements and were motivated more by material grievances, while the focus of others was simply democratization. Some were coupled with left-wing electoral mobilization, others were not. What united them, in our view, were their roots in the 2008 crisis and its aftermath, their heterogeneity in terms of social composition (i. e., they were cross-class movements and were also not led by the working class), and their specific tactics (i. e., occupation of urban space, such as squares, sometimes including attempts at blocking the circulation of commodities – but no significant strikes, for example). Some of these movements elicited a lot of enthusiasm in certain left-wing quarters and were hailed as exemplifying a new mode of struggle. After about a decade, we think it is fair to state the obvious: Such hopes were misplaced. These movements have not left much behind, regardless of the extent to which they engaged in leftist rhetoric. The Euromaidan of 2013/2014 fits into this group precisely because of its cross-class – or “civic” – nature, its tactics, the vagueness of its demands (it is now also known as “The Revolution of Dignity”), as well as the quickness with which it became co-opted by established political forces and then demobilized without much fanfare. Unlike in some of these other movements, the left did not play a significant role in the Euromaidan, though

not for a lack of trying. Socialist, anarchist and feminist activists were often simply pushed out of the movement by far-right threats or violence. Many then decided to pull back or at least to operate more covertly, without openly stating their affiliation with the left. The overall strengthening of the far right was, at first, due to the escalation of violence at the Euromaidan by the state and then, in 2014, a result of the Russia-sponsored violence in the Donbas.

However, we think that to judge the state of working-class or wider social movements in Ukraine, one has to look beyond the Euromaidan. Similarly, when looking at the current state of the left in the US, it would not be wise to focus on “Occupy Wall Street,” which is now a rather distant memory. And, at least before the 2022 invasion, there were significant struggles in different sectors of the Ukrainian economy, some of which we summarize in the text, or struggles beyond the workplace, such as against real estate development.

We think the presence of such struggles is more important than the outward appearance of there being a lot of leftist activists and visible organizations (though these do exist: We want to mention specifically the Kharkiv-based anarchist group, Assambleya / Assembly, the broad-left, democratic socialist Sotsialnyi Rukh / Social Movement, as well as the journal, Spilne / Commons). To put it another way: We know Ukraine is much bigger than the Czech Republic or Slovakia, in all respects, but still, when we look at the activity of its working class pre-2022, we do get a little jealous. The same applies to the level of sophistication of the debates on the left which, to be honest, is far beyond what we experience in our own country. Of course, this may not be enough for our friends in the West, where working-class movements are so much more powerful and the debates so much more exciting. Or are they?

**Question:** Immediately before the war, you speak – with a view to the election of Zelensky and the deselection of Poroshenko – of fatigue in the face of nationalist mobilization. What does that mean today? Has this social tendency of “fatigue” disappeared? What will happen next?

What perspectives do you see for the Ukrainian working class facing the war? And what are the possibilities of solidarity?

**Karmína:** The landslide victory of Zelensky and the defeat of Poroshenko indeed showed that efforts at a mobilization under the banner of “Army! Language! Faith!” do not resonate with the majority of Ukraine’s electorate. It appears that in the months before the invasion, Ukraine was on a course to further moderation in terms of nationalism – as even Zelensky was quickly losing popularity, unable to deliver what he promised, including any substantial progress on the eastern front (and also because of continuing with the hugely unpopular “reforms,” such as creating a market in agricultural land).

With the beginning of the full-scale war, most of the population (to the extent that we can trust the polls and other, more anecdotal evidence) rallied around the president and the army. This does not mean, in itself, that divisions along national lines within Ukraine will deepen. After all, the brunt of the war’s destruction is borne by cities and towns with a substantial Russian-speaking population, such as Kharkiv – the very population whose language rights the “special military operation” is supposed to protect. Many are now saying openly that they have lost any sympathy they may have had for this version of the “Russian world.”

But the broader perspectives for the Ukrainian working class are, of course, bleak. They can only get bleaker as the war drags on – which it most probably will, in a form that will be more or less desperate. Its level of desperation will be inversely proportional to the amount and sophistication of military aid sent from the West. It is a convenient pacifist fairy-tale that the bloodbath would stop immediately if there were no weapon deliveries from the West. Firstly, there are other sources of weapons and ammunition, though much less high-tech, on the world market, including on the black market. And, secondly, even if there were not, the war could continue for quite some time in a much more primitive, though no less brutal form of a Ukrainian insurgency and “punitive expeditions” by Russia. The past two decades provide

plenty of examples of the efficacy of this form of warfare, of the sort of difficulties it can create for even the most sophisticated military in the world, as well as of the effects it has on the civilian population. It is not difficult to predict what political forces would inevitably try to take control of such an insurgency on the Ukrainian side – the far right.

## A range of bad alternatives

**Question:** I understand the reference to Afghanistan etc. But, in my opinion, that does not mean that the arms deliveries will more or less automatically (like the as the mathematical metaphor suggests) lead to shortening or ending the war. Couldn't the delivery of "sophisticated" weapons and the development of a proxy war also prolong and brutalize it, see for example the ongoing war in Syria? Aren't there situations, in terms of the dynamics of wars, where there are just several bad alternatives?

**Karmína:** There being a range of bad alternatives might be a good way of describing it. We would underscore, though, that unlike us, the mass of Ukrainian people do not have the luxury of remaining aloof, at the level of description. These alternatives are forced on them in a very real way. Even if they hesitate or abstain from choosing, a choice will be made for them and will shape the reality they face – a reality more brutal than inflation or a recession. It seems to us that for many on the Left outside Ukraine, the chief task seems to be to "get it over with" and quickly come to some definite conclusion (e. g., that the war can in no way be won; that the Ukrainian state is this or that anyway, so why care; that there is no fundamental difference between bourgeois democracy and a "D/LPR"-style society, since both are forms of capitalist rule, etc.). Once this is done, people move on to thinking and writing about other issues. But even if such reasoning were correct, for people in Ukraine, the bad alternatives are a lived reality and there are few "other issues" to think about at the moment. Unfortunately, most of the commentators stop short of providing any (realistic) pointers as to what they should do. Perhaps this leftist desire to be done with the war on



the verbal level of declarations is also an expression of our collective powerlessness on a practical level. Meanwhile, the majority of Ukrainian workers still seem to bet on an alternative they prefer over others: the vision of an unoccupied, independent Ukraine. The idea that they are unaware of the immense costs is ludicrous, as they bear them every day. Still, their views are ignored in much of Western leftist discourse on the war.

The way we see it, the rather piecemeal military aid from the West (quite restrictive, for example, in the kinds of long-range capabilities it includes) has enabled the Ukrainian armed forces to halt the Russian advance and, as we are writing this, to try to push it back. This would not have been possible, for example, without the deliveries of artillery shells which Ukraine had been running short on. On the one hand, this does prolong the conventional war and is directly responsible for casualties on both sides. But the proportionality metaphor concerns something else: Western military aid has so far prevented a descent into a desperate insurgency and a brutal occupation, while also tiring and demoralizing the invading force. Foreign weapons also provide some measure of safety to people in places further from the front which have been targeted. We can ask ourselves: If we had to remain in Kharkiv, for whatever reason (as many people have), would we prefer that an anti-aircraft missile system be stationed near the city or not? This, as opposed to the fanciful dichotomies of “an immediate ceasefire vs. continued attacks” or “a peaceful handover of state power to Russia vs. more war,” is one of the immediate questions. It is an other-worldly question for people like us, who only know the sound of air-raid sirens from quarterly test runs – but one such missile system was in fact donated by Slovakia, to the protests of local pacifists and opponents of “escalation.”

For these reasons, we were critical of workplace actions in Italian ports that sought to prevent the transfer of arms to Ukraine. Nor would we go out and demonstrate against weapons deliveries (and in defense of the national economy), as tens of thousands of people have recently

done in Prague. Unless such disruption becomes commonplace in Russia, such actions objectively amount to supporting the military aggression. On the other hand, we think anyone, including men of military age, should be free to flee the war or, as many labor migrants have done, not to go back to Ukraine to join the war effort. The people whom the Ukrainian state views as draft dodgers deserve our solidarity. Moreover, unlike some comrades in Ukraine, we are wary of the idea that this is simply an emancipatory “people’s war” that can somehow strengthen pro-worker forces – such illusions can in fact be quite dangerous. Finally, attempts by EU governments to shift the costs of the war and its inflationary effects on the working class can and should be resisted, though in a way that does not turn Ukrainian workers into scapegoats. Admittedly, our position is contradictory. We prefer the headaches that such contradictions lead to over the sort of satisfying but reality-independent thinking mentioned above.

**Question:** A final question. What does the ongoing war mean, in your opinion, for the development of class struggles in Ukraine?

**Karmína:** The current conditions of occupation appear to foretell the “DPR- / LPR-ization” of new territories such as the Kherson Oblast – that is, unless they are liberated by the Ukrainian army, which can only be done at terrible human cost. The destruction of lives and productive capacity in other regions has already brought about immense suffering and an unprecedented decline of the economy. Even if the war would end tomorrow, in whatever compromise, it will still have set Ukraine’s development back by years, deepening the country’s dependence on international financial aid and precipitating further outflows of labor power. Moreover, the ruling class in Ukraine is already using the war as a pretext for rolling back basic freedoms and protections of workers in ways which appear to be incompatible with EU legislation, even though European integration (and approximation of legal norms) is its proclaimed goal. See, for example, the recently passed law no. 5371 that robs workers employed in small and medium-sized enterprises of any Labor Code protections and leaves everything up to

shop-floor negotiation. A draft of the law had been submitted to parliament already in April 2021, but the economic difficulties created by the war provided new “arguments” in favor of passing it, allegedly as a temporary measure.

The key to the situation is, of course, the Russian working class, although its obligations to act (obligations, firstly, to itself, but also to the global working class) are only rarely mentioned in the declarations of the Western left. Through strikes, sabotage, and well-planned acts of terror against military and government targets, it could suffocate the war. The level of resistance that the Russian population has already put up, in quite difficult conditions, should not be underestimated. Note that in the West, there were plenty of peaceful demonstrations before and during the Iraq war, but we don’t remember seeing US recruiting offices on fire or supply trains derailed. Alas, actions on a more massive scale are needed to make a dent in the Russian war effort. In short, our solidarity with Ukraine must be with those who fight on both fronts – against the Russian occupation and against the homegrown policies of austerity and repression. Such forces do exist. Our solidarity with Russia can only be with those who throw wrenches in Putin’s war machine.

Dies ist eine Veröffentlichung der **Sozial.Geschichte Online**  
lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

*Sozial.Geschichte Online* ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen knapp fünfstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e. V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 € und für GeringverdienerInnen 10 € jährlich; Fördermitglieder legen ihren Beitrag selbst fest.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

**sgo-verein [at] sozialgeschichte-online.de** oder den

**Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.**  
**Cuvrystraße 20a**  
**(Briefkasten 30)**  
**D-10997 Berlin**

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

**Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.**  
**IBAN: DE09 1002 0500 0001 4225 00, BIC: BFSWDE33BER,**  
**Bank für Sozialwirtschaft**

---

*Gianni Boetto, interviewt von Sergio Bologna*

## Ein Leben als operaistischer Aktivist in der italienischen „Provinz“. Vom heißen Herbst 1969 bis zu den Kämpfen in den Lagerhäusern der Logistik heute\*

**Sergio Bologna:** Wann hast Du Deine Tätigkeit als politischer Aktivist aufgenommen?

**Gianni Boetto:** In den Jahren 1967/68 beteiligte ich mich an den studentischen Kämpfen an den Technischen Instituten in Monselice,<sup>1</sup> in der Bassa Padovana,<sup>2</sup> und ab '69, im „Heißen Herbst“, lernte ich Genossen kennen, die in Este<sup>3</sup> das *Comitato Unitario Operai Studenti di Este*<sup>4</sup> gegründet hatten. Diese Genossen hatten eine politische Aktion bei dem mittelständischen Unternehmen des Schwermaschinenbaus UTITA<sup>5</sup> in Este gestartet, das durchaus repräsentativ für die damalige Realität der Arbeiterklasse war. Das Komitee sah sich sofort mit einer betrieblichen Realität konfrontiert, die in mancher Hinsicht derjenigen der großen Fabriken im Norden sehr ähnlich war, von denen sich eine gewaltige Kampfbewegung ausbreitete, auch im Hinblick auf das Auslaufen des Flächentarifvertrages in der Metallindustrie.

---

\* Das Interview wurde aufgezeichnet in Padua, 19. Februar 2022. Übersetzt und mit Erläuterungen versehen von Lars Stubbe und Karl Heinz Roth.

<sup>1</sup> Stadt in der Provinz Padua mit ca. 17.000 Einwohnern, ca. dreißig Autominuten von Padua entfernt gelegen.

<sup>2</sup> Südlich von Padua zwischen den Euganeischen Hügeln und dem Fluss Adige (Etsch) gelegenes Gebiet.

<sup>3</sup> Bei Monselice in der Provinz Padua gelegene Stadt mit ca. 16.000 Einwohnern.

<sup>4</sup> = Einheitskomitee der studentischen Arbeiter.

<sup>5</sup> Anfang des 20. Jahrhunderts gegründete Maschinenbaufabrik, die in den 1930ern und 1940ern Waffen produzierte und in 1960ern Werkzeugmaschinen für die Landwirtschaft, die Automobil- und die Textilindustrie herstellte, s. Webseite: [<https://www.utita.com/#INOSTRICLIENTI>].

Es muss betont werden, dass unsere Beziehung zur Arbeiterklasse als Studenten keineswegs bloß „ideologischen“ Charakters war. Wir hielten uns nicht für Angehörige einer anderen Klasse, die sich aus einem falschen Bewusstsein heraus in den Dienst des Proletariats stellten. Wir waren uns bewusst, dass wir selbst ein Teil der Arbeitskraft waren, die der Kapitalismus, der ein bestimmtes Entwicklungsstadium erreicht hatte, benötigte; also eine Arbeitskraft mit besserer Schulbildung, die aufgrund der technologischen Entwicklung erforderlich war. Während das Kapital früher vor allem einfache Arbeiter brauchte, die nicht mehr als die Hauptschule absolviert hatten, brauchte es jetzt Abiturienten und Hochschulabsolventen, die aber auf jeden Fall, sobald sie ihr Studium beendet hatten, vom Produktionsapparat absorbiert und auf die gleiche Weise ausgebeutet werden würden wie die UTITA-Beschäftigten. Ich besuchte das Institut für Rechnungswesen in Monselice, weil es die nächstgelegene Fachschule war, ohne auch nur im Geringsten daran zu denken, dass diese Disziplin ein möglicher beruflicher Weg sein könnte. Was diese neue studentische Komponente und jene der neuen Arbeitergenerationen miteinander verband, waren die Entfremdung vom Bildungsprozess einerseits und von der kapitalistischen Arbeitsorganisation andererseits. Als wir begannen, die ersten Kontakte mit der UTITA zu knüpfen, entdeckten wir, dass die CISNAL<sup>6</sup> in dieser Fabrik stark war. Unsere Anwesenheit hätte ihre Hegemonie untergraben können, und im Sommer '69 beschlossen die Faschisten zu zeigen, dass sie immer noch das Sagen hatten. Sie riefen einen Streik aus und besetzten einen Streikposten mit *squadristi*, also faschistischen Schlägertrupps, die

---

<sup>6</sup> Confederazione Italiana Sindacati Nazionali dei Lavoratori = Italienische Konföderation der nationalen Arbeitergewerkschaften. 1950 gegründete Gewerkschaft, die der neofaschistischen Partei Movimento Sociale Italiano (MSI = Italienische Soziale Bewegung) nahestand und eine rechte Konkurrenz zu den drei großen Gewerkschaftsdachverbänden CGIL (Confederazione Generale Italiana del Lavoro = Allgemeine italienische Föderation der Arbeit, kommunistisch, 1944 gegründet, ca. 5,6 Mio. Mitglieder), UIL (Unione Italiana del Lavoro = Italienische Arbeitsunion, sozialdemokratisch, 1950 gegründet, ca. 2,2 Mio. Mitglieder) und CISL (Confederazione italiana sindacati lavoratori = Italienische Konföderation der Arbeitergewerkschaften, katholisch, 1948 gegründet, ca. 4,5 Mio. Mitglieder) darstellte. 1996 in UGL (Unione Generale del Lavoro = Allgemeine Union der Arbeit) umbenannt, aktuell ca. 1,8 Mio. Mitglieder.

aus Padua anreisen, darunter auch Persönlichkeiten wie Fachini,<sup>7</sup> gegen den später in Zusammenhang mit den neofaschistischen Terrorgruppen in der Region Venetien ermittelt werden sollte. Die Arbeiter fanden sich vor einem Streikposten der Faschisten wieder und beschlossen nach anfänglicher Unsicherheit, den Streikposten zu durchbrechen, um sich endlich von denjenigen zu befreien, die wollten, dass sie draußen blieben, und traten damit auf unsere Seite über. Die Hegemonie der CISNAL war damit beendet. Die Erfahrungen der Kämpfe in Este und Monselice wurden kürzlich in dem Buch *Radici connettive* rekonstruiert.<sup>8</sup> Dort finden sich weitere Zeugnisse von Menschen, die mit mir aufgewachsen und denselben Weg gegangen sind.

**Sergio Bologna:** Was war Dein Weg nach 1968/69?

**Gianni Boetto:** Zusammen mit anderen Genossen aus meiner Gegend, wie Lauso Zagato, Gianangelo Gennaro und Antonio Liverani, schloss ich mich *Potere Operaio*<sup>9</sup> an und war bis zum Ende, bis 1973, Teil dieses Versuchs, wodurch ich die regionale Arbeiterrealität, insbesondere die von Porto Marghera,<sup>10</sup> besser kennenlernte, ohne jedoch meine Verwurzelung in der Gegend von Bassa Padovana aufzugeben. Ich finanzierte mich selbst, indem ich als Halbprofi Fußball spielte – ich

<sup>7</sup> Massimiliano Fachini (1942–2000), Sohn des ehemaligen Polizeipräsidenten der faschistischen „Republik von Salò“, Vinicio Fachini, war Führungsmitglied von Ordine Nuovo (= Neue Ordnung), der bewaffnete, terroristische Arm der italienischen Neofaschisten. Während der „bleiern Jahre“ (= anni di piombo, 1970/80er Jahre) wurden bei Bombenanschlägen, wie z. B. 1969 auf der Piazza Fontana in Mailand oder 1980 am Hauptbahnhof in Bologna, mehrere Hundert Menschen ermordet und über 1.000 verletzt. Behörden und Geheimdienste waren über die terroristischen Anschläge oftmals informiert, wenn nicht gar involviert.

<sup>8</sup> Beatrice Andreose (Hg.), *Radici connettive. Il '68 a Este e nella Bassa Padovana* [=Verbindende Wurzeln. 1968 in Este und der Bassa Padovana], Rom 2017.

<sup>9</sup> Von 1967–1973 bestehende politische Gruppierung linksradikaler Ausrichtung, die sich von der kommunistischen Partei Italiens unter anderem durch die Orientierung auf eine radikale Autonomie der Arbeiterorganisation und eine starke theoretische Neuorientierung durch eine eigenständige, unvermittelte Marx-Lektüre unterschied, s. auch Sergio Bologna, Gedanken zum Thema: Geschichte als Beruf. Drei Opfer. Einmal lebenslänglich, ein Suizid, eine Erschießung, in *Sozial-Geschichte Online*, 33 (2022), Sonderheft zum 80. Geburtstag von Karl Heinz Roth, S. 333–382.

<sup>10</sup> Gegenüber der Inselstadt Venedig gelegener Hafen, der ab 1917 gezielt industrialisiert wurde. Durch Angriffe der US-Armee im 2. Weltkrieg stark beschädigt, wurde Porto Marghera in der Nachkriegszeit wieder aufgebaut und wichtige Industrieunternehmen siedelten sich an, in denen es in den 1960ern zu vielen Arbeitskämpfen kam.

bin bis in die Serie D<sup>11</sup> gekommen –, und ich schrieb mich an der Fakultät für Literatur in Padua ein. Ich verdiente gutes Geld, und es war toll, Geld zu verdienen und gleichzeitig viel Zeit für politische Aktivitäten zu haben. Um Dir eine Vorstellung davon zu geben: Ich verdiente fast das Doppelte eines Arbeiterlohns. Ich habe als offensiver Mittelfeldspieler gespielt.

**Sergio Bologna:** An der Universität Padua gab es damals an der politikwissenschaftlichen Fakultät das von Toni Negri geleitete Institut für Staatstheorie. Hat die Existenz dieses Instituts für Euch eine Bedeutung gehabt?

**Gianni Boetto:** Es war sicherlich wichtig für unsere politische Kultur, für unsere politische Ausbildung. Ich erinnere mich, dass Negri einige Male zu uns kam, um mit uns über die Transformationen des Staates zu sprechen, zum Beispiel, als in Italien die Regionen eingeführt wurden. Wir lasen die Schriften der Dozenten dieses Instituts, Luciano Ferrari Bravo, Guido Bianchini, Alisa Del Re, die uns ein besseres Verständnis der Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise und der sich daraus ergebenden Möglichkeiten, den Mehrwert aus der Arbeitskraft herauszuholen, sowie der Formen der kapitalistischen Kontrolle und der Beziehung zum Staat vermittelten.<sup>12</sup> *Potere Operaio* hatte sich eine organisierte Struktur gegeben, und in der Bassa Padovana hatten wir Initiativen wie die „Kaderschulen“ ins Leben gerufen, um nicht nur Konflikte zu produzieren, sondern auch theoretische Kenntnisse zu erwerben, die es uns ermöglichten, eine strategische Vision der Perspektiven zu haben. Einige Genossen in unseren Gebieten waren besonders gute „Lehrer“, insbesondere Gianangelo Gennaro, der leider nicht mehr unter uns weilt.

---

<sup>11</sup> Vierthöchste italienische Amateurfußballliga, Serie A bis C sind Profiligen.

<sup>12</sup> Ferruccio Gambino, der eine entscheidende Rolle bei den Verbindungen zwischen den amerikanischen Marxisten und den italienischen Operaisten gespielt hat, Mariarosa Dalla Costa, eine der wichtigsten Theoretikerinnen des italienischen Feminismus, die enge Beziehungen zu Silvia Federici, Selma James und anderen Feministinnen in den USA pflegte, und Sergio Bologna, der als Herausgeber der Zeitschrift „Primo maggio“ schon in den 70er Jahren die Bedeutung der Containerisierung und der Logistik für die kapitalistische Entwicklung thematisiert hat, haben ebenfalls als Dozenten an diesem Institut gearbeitet.



Auch nach der Auflösung von *Potere Operaio* blieben die Genossen in unserem Gebiet, die begonnen hatten, gemeinsam Politik zu machen, zusammen, und so wurde die Kontinuität durch den Kampf in den *Collettivi Politici*<sup>13</sup> hergestellt, die ihre Aktion auf zwei Linien ausgerichtet hatten: Selbstverwertung<sup>14</sup> und Gegenmacht. Vor allem die Frage der Gegenmacht war wichtig. Wir waren der Meinung, dass die Möglichkeit der Eroberung der Macht vor allem durch die Praxis des Aufbaus von regional verankerten Institutionen der Gegenmacht gegeben ist. Wir unterschieden uns sehr von den anderen Bewegungen jener Jahre. Wir hielten es für viel wichtiger, eine regionale Verankerung zu schaffen, von der aus sich eine Gegenmacht gegen die Staatsmacht ausüben lässt. Wir hielten es für wichtiger, uns einen Teil des gesellschaftlichen Reichtums anzueignen, und zwar sowohl in der Fabrik als auch am Arbeitsplatz, mit Lohnforderungen, mit der Führung von Kämpfen, die lange dauern können, und damit mit der Suche nach Kampfformen, die die Arbeiter so wenig wie möglich kosten, die aber in der Lage sind, den Unternehmern ernsthafte Probleme zu bereiten, mit der Lähmung der Produktion durch artikulierte Streiks, Schachbrettstreiks<sup>15</sup> und viele andere Kampfformen, die zum Erbe der Arbeiterbewegung gehören. Bloße Demonstrationen, „Feiertagsstreiks“, die die Gewerkschaften den Arbeitern immer wieder aufzwingen, schienen uns keine wirksamen Methoden zu sein, um konkrete Ergebnisse zu erzielen. Auf der Ebene der Wiederaneignung des gesellschaftlichen Reichtums begannen wir

<sup>13</sup> = Politische Kollektive. Unter dem Namen „Collettivi Politici Padovani“ haben die Mitglieder von *Potere Operaio* nach der Auflösung der Gruppe in der Gegend von Padua, der dazugehörigen Provinz und in Venedig ihre militanten Aktionen fortgesetzt. Sie verfügten über den freien Radiosender „Radio Sherwood“, [<https://www.sherwood.it/>]. Siehe zur Rekonstruktion der Geschichte dieser Gruppierung auf Italienisch: [<https://deriveapprodi.com/libro/gli-autonomi-volume-vi/>].

<sup>14</sup> i. O. „autovalorizzazione“. Bei Marx steht der Begriff für die Notwendigkeit des Kapitals, sich nur in der Wertform reproduzieren zu können. Der Operaismus hat auf die zunehmende Bedeutung von „affektiven“ Potenzialen des „gesellschaftlichen Arbeiters“ in der Verwertung seiner Arbeitskraft theoretisch reagiert, indem er die Selbstverwertung auf ebendiese Kapazitäten bezogen hat, also versucht hat, sie politisch zu bestimmen und für den Kampf gegen das Kapital zu nutzen.

<sup>15</sup> Gemeint sind „scioperi a singhiozzo“ (Schluckaufstreiks) oder „scioperi a scacchiera“ (Schachbrettstreiks), also für kurze Perioden an- und abgesetzte Streiks bzw. Streiks, bei denen Arbeiter, deren Produktionsergebnisse voneinander abhängen, zu unterschiedlichen Zeiten streiken.

damit, unsere Mieten, Fahrpreise für öffentliche Verkehrsmittel und Stromrechnungen zu senken und sogar echte Besetzungen von Gebiets- teilen zu organisieren, indem wir zum Beispiel mit Barrikaden und anderen Hindernissen den Zugang zu bestimmten Straßen versperren, um uns die Möglichkeit zu geben, lebensnotwendige Güter aus den Supermärkten zu holen und sie an arme Familien zu verteilen. Wir unterschieden uns grundlegend von Gruppen wie den *Roten Brigaden*,<sup>16</sup> die den Angriff auf das Herz des Staates theoretisierten, denn der Staat hatte und hat kein Herz, sondern ist eine unendliche Artikulation von Machtstrukturen, die über das gesamte Land verstreut sind und die nur mithilfe gut verankerter sozialer Kämpfe bekämpft werden kann. All dies bedurfte einer starken Verwurzelung in der Region, deren Voraussetzung auch eine breite Unterstützung und Akzeptanz der von uns eingesetzten Kampfformen durch die sozialen Subjekte, auf die wir uns bezogen, war. Die Beibehaltung dieser Art von politischem Ansatz hat es uns ermöglicht, unsere Identität nicht zu verlieren, und wir haben auch in den Jahren der großen Repression, die am 7. April 1979 begann,<sup>17</sup> weiter existiert und eine Beständigkeit und Kontinuität bis zum heutigen Tag bewiesen, die in gewisser Weise ein absolut einzigartiges Beispiel in der italienischen Geschichte außerhalb der institutionellen Linken darstellt.

**Sergio Bologna:** Beim Vorgehen der Justiz, das zu den Ermittlungen des 7. April führte, war Padua jedoch einer der Orte, an dem die Repression am stärksten ausgeübt wurde.

**Gianni Boetto:** Das ist richtig, aber die politischen Kollektive von Padua und Venedig wurden nicht direkt getroffen, sie blieben relativ intakt und es gab in ihren Reihen nur wenige Verhaftungen. Die Ope-

---

<sup>16</sup> „Brigate Rosse“ (BR), bewaffnete, kommunistisch orientierte Stadtguerilla Italiens, die zwischen 1969 und 1988 existierte (von 1999 bis 2006 gab es noch eine Nachfolgeorganisation „Nuove Brigate Rosse“), zu deren spektakulärsten Aktionen die Entführung und Ermordung des christdemokratischen Politikers Aldo Moro 1978 gehörte.

<sup>17</sup> Beginn einer Serie von Gerichtsprozessen, in denen Aktivisten von Potere Operaio und Autonomia Operaia fälschlicherweise der Beteiligung an bewaffneten Aktionen der Roten Brigaden angeklagt wurden. Viele der Aktivisten gingen für lange Jahre ins Exil nach Frankreich.

ration vom 7. April wurde geplant und durchgeführt, als der Druck des PCI<sup>18</sup> auf die Justiz zunahm, härter gegen uns vorzugehen. Nach der Ermordung von Guido Rossa<sup>19</sup> durch die *Roten Brigaden* wurden auch die CGIL<sup>20</sup> und die FIOM<sup>21</sup> zu einem aktiven Teil des staatlichen Repressionsapparats. Am 7. April 1979, nach der Schandtate von Antonio Romito – einer der wichtigsten Kronzeugen des Calogero-Theorems,<sup>22</sup> der ein ehemaliger Aktivist von *Potere Operaio* war und dann in die Reihen des PCI übergang – wurde auch gegen mich ein Haftbefehl ausgestellt, aber durch einen Glücksfall wurde ich nicht verhaftet und war gezwungen, über vier Jahre lang unterzutauchen. Ich wurde schließlich in Venedig verhaftet, als ich auf dem Weg zu einem Zug war, und Jahre später erfuhr ich, dass es ein Polizist war – mit dem ich in der Jugend Fußball gespielt hatte –, der zufällig mit zwei Carabinieri in Zivil auf der Brücke war, und als ich die Bahnhofsbrücke überquerte, erkannte er mich und zeigte mich den beiden Carabinieri. Diese folgten mir unbemerkt in den Zug, betraten das Abteil, in dem ich saß, richteten ihre Waffen auf mich und hielten mich fest, um zu prüfen, ob ich bewaffnet war oder nicht. Ich wurde also verhaftet, zunächst in die zentrale Kaserne in Venedig gebracht und dann in das Gefängnis Santa

<sup>18</sup> Partito Comunista Italiano (1921–1991) [Kommunistische Partei Italiens], ehemals stärkste kommunistische Partei Italiens.

<sup>19</sup> (1934–1979), in der PCI organisierter Metallarbeiter und Gewerkschafter. Er kam der Aufforderung der Parteiführung nach und denunzierte ein BR-Mitglied, woraufhin er am 24. April 1979 von den Roten Brigaden in Genua ermordet wurde.

<sup>20</sup> S. Fn. 6.

<sup>21</sup> Federazione Impiegati Operai Metallurgici = Föderation der Angestellten und Arbeiter in der Metallindustrie. 1901 gegründete italienische Metallarbeitergewerkschaft mit ca. 350.000 Mitgliedern, die dem Gewerkschaftsdachverband CGIL angehört, [<https://www.fiom-cgil.it/>].

<sup>22</sup> Piero Calogero (geb. 1939) ist Richter und hat am 7. April 1979 verfügt, dass die Führungsfiguren der Autonomia unter der konstruierten Anklage, organisatorische Köpfe eines bewaffneten Aufstandsversuchs gegen die Staatsmacht zu sein, verhaftet wurden. Kritisiert wurde dieses Vorgehen von linker Seite als „Calogero-Theorem“, da damit offensichtlich weite Teile der radikalen Linken, die nicht bewaffnet kämpften, kriminalisiert wurden. Viele der Aktivisten, wie etwa Toni Negri, gingen ins Pariser Exil, waren aber auch in den 2000er Jahren noch langen Prozessen und Strafen ausgesetzt. Ins Pariser Exil gingen auch Alisa Del Re und Guido Bianchini (1926–1998). Ein Buch mit Schriften von Bianchini und Zeugnissen seiner Freunde ist 2021 erschienen: Guido Bianchini. Ritratto di un maestro dell'operaismo [Guido Bianchini. Bild eines Lehrers des Operarismus], hg. von G. Giovannelli und G. Sbrogiò, Rom 2021.

Maria Maggiore, ebenfalls in Venedig, verlegt. Meine Inhaftierung dauerte jedoch nicht lange, da in der Zwischenzeit das Gesetz über die Vorbeugehaft geändert und die Institution des „Hausarrests“ eingeführt worden war. Ich verbrachte sieben Monate Untersuchungshaft in Due Palazzi in Padua, elf Monate in Hausarrest und beendete die Verbüßung meiner Strafe von drei Jahren und zehn Monaten mit Bewährung in einem sozialen Dienst. Alles in allem ist es für mich gut ausgegangen, ich habe nicht das Schicksal von Genossen wie Zagato<sup>23</sup> oder Ferrari Bravo<sup>24</sup> oder vielen anderen Genossen und Genossinnen erlitten, die jahrelange Haft und sogar Sonderhaft erlitten haben, nur um dann bestätigt zu bekommen, dass die gegen sie vorgebrachten Anschuldigungen unhaltbar waren. Nach meinem Hausarrest beschloss ich, wieder an die Universität zu gehen, an die geisteswissenschaftliche Fakultät, wo ich die Prüfungen wieder aufnahm und beinahe meinen Abschluss gemacht hätte. Ich verpasste eine Prüfung, aber dann, weil der Prozess begonnen hatte und ich mich wieder politisch engagierte, verließ ich dummerweise die Universität, ohne meinen Abschluss zu machen. Ab Anfang 1985 war ich wieder ein freier Bürger, ich spielte auch wieder Fußball, aber ab 1987 schloss ich mich mit anderen Genossen und Weg-

---

<sup>23</sup> Lauso Zagato (geb. 1945), emeritierter Professor der Universität Ca' Foscari in Venedig, wurde im Rahmen des Vorgehens gegen die Arbeiterautonomie am 7. April 1979 verhaftet und in den römischen Gefängnissen Regina Coeli und Rebibbia mehrere Monate in Einzelhaft gesteckt, worüber er das autobiographische Buch *Altroquando. Cella d'isolamento e dintorni* [Anderswann. Isolationszelle und Umgebung], Mailand 1980, geschrieben hat, [<https://books.openedition.org/pup/10073?lang=de>]. Ein Interview über seine Aktivitäten im Rahmen der Autonomia Operaia vom 1. November 2001 ist hier (auf Italienisch) zu finden: [<https://www.autistici.org/operaismo/zagato/zagato.doc>].

<sup>24</sup> Luciano Ferrari Bravo (1940–2000), Dozent für Geschichte der Institution und Vergleichende Institutionenlehre an der Universität Padua, ehemaliger wissenschaftliche Assistent von Toni Negri. Er wurde im Rahmen der Prozesse des 7. April 1979 verurteilt und nach fünfeinhalb Jahren unter Sonderhaftbedingungen und zwei Jahren Verbannung und Überwachung von allen Vorwürfen freigesprochen; er konnte trotz Versuchen, ihn daran zu hindern, wieder auf seine alte Stelle an der Universität zurückkehren. Siehe die Schriftensammlung *Dal fordismo alla globalizzazione. Cristalli di tempo politico* [Vom Fordismus zur Globalisierung. Politische Zeitkristalle], Rom 2001, mit einem Vorwort von Sergio Bologna; Antonio Negri / Luciano Ferrari Bravo, *Ritratto di un cattivo maestro con alcuni cenni sulla sua epoca* [Luciano Ferrari Bravo. Bildnis eines bösen Lehrers mit einigen Hinweisen auf seine Epoche], Rom 2003.

gefährten einer Druckereigenossenschaft an, wodurch ein bis 2005 bestehendes Netz echter Zusammenarbeit entstand, aus dem auch die Vereinigung *Razzismo Stop*<sup>25</sup> hervorging, die sich für die Bürgerrechte und gegen Rassismus einsetzt. Nachdem ich *Razzismo Stop* und der Welt der Migrantinnen und der Via Anelli<sup>26</sup> begegnet war, verließ ich die Druckerei und widme mich bis heute ganz der *Associazione Diritti Lavoratori*.<sup>27</sup>

**Sergio Bologna:** Nach dem 7. April 1979 und nach März 1980 war die Tätigkeit der Kollektive auf jeden Fall gelähmt.

**Gianni Boetto:** Nun, das politische Klima änderte sich im ganzen Land. Es gab die Niederlage bei Fiat im Oktober 1980,<sup>28</sup> die nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Gewerkschaft, für die FIOM, eine Art Weg ohne Wiederkehr darstellte. Nicht nur die politischen Basisbewegungen, sondern auch die gewerkschaftlichen Kämpfe im Allgemeinen starben aus; wenn es welche gab, dann waren es Defensivkämpfe. Dies verschärfte die Repression. Anfang der 1980er Jahre war Padua eine völlig militarisierte Stadt, insbesondere nach der repressiven Operation vom März 1980, bei der Dutzende von Haftbefehlen ausgestellt wurden, die viele Genossen der Kollektive ins Gefängnis brachten und viele andere zwangen, in Paris unterzutauchen.

<sup>25</sup> Anfang der 1990er entstandene Vereinigung, die sich gegen Rassismus und für die Rechte von Migrant:innen einsetzt, s. die alte Webseite: [<https://razzismostop.wordpress.com/>], Aktuelles auf: [<https://www.facebook.com/RazzismoStopPadova>].

<sup>26</sup> Siehe weiter unten und [<https://adlcobas.it/approfondimenti/alcune-note-e-precisazioni-in-merito-alla-demolizione-dellultima-palazzina-di-via-anelli/>].

<sup>27</sup> =Vereinigung für die Rechte der Arbeiter. 1992 aus den Aktivitäten der 1980er Jahre gegen Umstrukturierungen, Dezentralisierung, Entlassungen, Prekarisierung der Arbeit und Umweltzerstörung in der Bassa Padovana entstanden: [<https://adlcobas.it/associazione-diritti-lavoratori/chi-siamo/>].

<sup>28</sup> Gemeint ist das Ende des von der Kommunistischen Partei Italiens unterstützten 35-tägigen Streiks bei Fiat in Turin gegen den von der Unternehmensführung angekündigten Abbau von rund 12.000 Arbeitsplätzen. Zuvor hatte es schon Kurzarbeitsphasen für mehrere Zehntausend Beschäftigte gegeben. Am 14. Oktober kam es zum sogenannten „Marsch der Vierzigtausend“, der tatsächlich allerdings eher 12.000 Beschäftigte und Angestellte umfasste, die sich, aus Angst vor der vollständigen Schließung des Werks, für den Abschluss eines Tarifvertrages aussprachen. Erst 1994 sollte es wieder zu einem größeren Streik gegen weitere Massenentlassungen kommen.

**Sergio Bologna:** Und wie war es möglich, dass diese Erfahrung mutatis mutandis immer noch Bestand hat?

**Gianni Boetto:** Ab dem März 1980 wurde politisches Handeln sehr viel schwieriger, aber ein neues Kapitel wurde aufgeschlagen: der Kampf gegen Militärbasen. Man denke nur an die Initiativen mit Pazifisten in Comiso<sup>29</sup> und viele andere Initiativen dieser Art. Bis 1985 waren Demonstrationen verboten, und in Padua griff die Polizei jedes Mal, wenn man versuchte, auf die Straße zu gehen, mit Anzeigen und Schlägen ein. Das Erwachen kam nach einem traumatischen Ereignis, der kaltblütigen Ermordung eines unserer Genossen, Pietro Greco, genannt „Pedro“,<sup>30</sup> durch die Digos,<sup>31</sup> in Triest im März 1985. Er war unbewaffnet und hatte sich nicht gewehrt. An der in Padua organisierten Protestdemonstration nahmen etwa 5.000 Menschen teil. Das war ein Zeichen dafür, dass die regionale Verankerung bestimmter politischer Praktiken sogar den Jahren der Militarisierung standgehalten hat und daher eine Initiative wieder aufgenommen werden konnte. Im Jahr darauf ereignete sich die Katastrophe von Tschernobyl. Die Anti-Atomkraft-Bewegung lebte in ganz Italien wieder auf, und auch wir beteiligten uns an den Mobilisierungen. Wir nahmen bestimmte unterbrochene Kontakte mit anderen Teilen der Autonomie wieder auf,<sup>32</sup> zum Beispiel mit der in Rom. Wir schauten uns um, um zu verstehen, welche Veränderungen in der Klassenzusammensetzung stattgefunden hatten, und wir sahen uns mit dem Phänomen der „diffusen Fabrik“ konfrontiert, das so charakteristisch für die Region Venetien ist. Wir sahen uns mit einer prekären und zersplitterten Belegschaft konfrontiert. In unserer Gegend gab es eine

<sup>29</sup> 1981 wurde der auf Sizilien gelegene Flughafen von Comiso im Rahmen der Aufrüstung des Kalten Krieges als NATO-Basis mit Abschussrampen für Nuklearraketen reaktiviert, wogegen sich die italienische Friedensbewegung wandte. 1991 wurde die letzte Abschussmöglichkeit deaktiviert, Ende der 1990er die NATO-Basis geschlossen.

<sup>30</sup> Pietro Walter Maria Greco wurde am 9. März 1985 durch mehrere Schüsse von Digos-Beamten getötet.

<sup>31</sup> Divisione Investigazioni Generali e Operazioni Speciali = Division für allgemeine Untersuchungen und Spezialoperationen. 1978 gegründete „Antiterrorereinheiten“ der Polizei, die gegen die staatliche Ordnung gerichtete Angriffe untersuchen und dagegen vorgehen, aber auch im Zusammenhang mit Einsätzen gegen Hooligans bei Fußballspielen in der Kritik stehen.

<sup>32</sup> Gemeint ist vermutlich die Autonomia Operaia (s. Fn. 9).

große Puppenfabrik, die als Beispiel, als Modell, für eine diffuse Fabrik dienen konnte. Die Fabrik, die im Besitz der Markenrechte war, hatte schätzungsweise dreihundert Beschäftigte. Etwa zwanzig Handwerksbetriebe, die über die gesamte Region verstreut waren und von denen jeder fünf, drei oder sogar zehn Beschäftigte gehabt haben könnte, hingen von ihr ab, von denen wiederum ein Netz von hundertfünfzig, zweihundert oder womöglich dreihundert Heimarbeitern abhing, die wahrscheinlich illegal arbeiteten. Es war eine völlig andere Welt als die der „Arbeiterzentralität“,<sup>33</sup> die sich nach Schließungen, Umstrukturierungen und Eigentümerwechseln in Luft auflöste (die UTITA, die japanisch wurde, heißt jetzt Komatsu, die Officine Galileo in Battaglia Terme wurde zu Merlin Gerin). Im Rahmen des Kampfes gegen die Umstrukturierung bei Magrini Galileo entstand ab 1984/85 ein für uns völlig neuer organisatorischer Weg, der den Kampf gegen die arbeiterfeindliche Verwendung der „cassa integrazione“<sup>34</sup> mit der Nutzung des Rechts als Waffe für dieselben Zwecke verband. So kam es dazu, dass dank der Kompetenz und Einsicht eines Genossen, der Anwalt war, ein Rechtsstreit eingeleitet wurde, der zu einem großen Sieg auf gerichtlicher Ebene führte. Aus dieser Kampferfahrung und aus der Verflechtung mit einigen anderen Erfahrungen der Selbstorganisation im öffentlichen Dienst – Stadtverwaltung, Finanzamt und öffentlicher Verkehr – kam es zur Gründung der *Adl Cobas*<sup>35</sup> als neuer Gewerkschaftsform,

<sup>33</sup> I. O. „centralità operaia“. Die Zentralität der Arbeiter wurde im Operaismus der Zentralität des Kapitals, von der marxistische Analysen in der übergroßen Anzahl bis dato geprägt gewesen waren, gegenübergestellt. Sie bezog sich auf die riesigen norditalienischen Industriebetriebe in der Autoproduktion, bei denen zum Teil mehrere Zehntausend Menschen beschäftigt waren. Unter Rückgriff auf eine neue Lesart des „Kapital“ und der „Grundrisse“ von Karl Marx führt Mario Tronti aus, dass es darauf ankäme, den Kampf der Arbeiterklasse zum Ausgangspunkt theoretischer und politischer Überlegungen zu machen, statt den Fokus auf die kapitalistische Entwicklung zu legen: Mario Tronti, Lenin in Inghilterra [Lenin in England], in: ders. Operai e capitale [Arbeiter und Kapital], Turin, 1980 [1966], S. 89.

<sup>34</sup> = Integrationskasse. 1947 gegründete Form der Erwerbslosenversicherung, die in Fällen von Kurzarbeit und Entlassung für eine (Teil-)Lohnfortzahlung aufkommt.

<sup>35</sup> = Associazione Diritti Lavoratori, Vereinigung für die Rechte der Arbeiter [<https://adl-cobas.it/>]; Cobas = Comitato di base, Basiskomitee. Sammelbezeichnung für linke, seit den 1980ern gegründete Gewerkschaften, die nicht in den großen Gewerkschaftsdachverbänden (s. Fn. 6) organisiert sind und auf eine betriebliche und lokale, autonome Organisation vor allem in den Bereichen

die ein Bezugspunkt für eine neue Klassenzusammensetzung sein wollte.

Anders als in den 1970er Jahren, als die „Arbeiterautonomie“ sich nicht gewerkschaftlich organisieren musste, da die Arbeiter die Betriebsräte und die Gewerkschaften selbst nutzten, wurde es auch aufgrund der sich ändernden Regeln für die betriebliche Interessenvertretung notwendig, eine formale Struktur zu haben, um der „anderen Arbeiterbewegung“ Kontinuität zu verleihen.

**Sergio Bologna:** Gegenwärtig seid Ihr doch aber weitgehend von Eurer Präsenz in der Logistik und in großen Einzelhandelslagern geprägt, wo die Mehrheit der Arbeitskräfte aus migrantischen Arbeitskräften besteht. Wie ist es dazu gekommen, dass ihr diese Rolle spielt?

**Gianni Boetto:** Ab Anfang der 1990er Jahre kam es zu weiteren wichtigen Veränderungen in der kapitalistischen Arbeitsorganisation und der Klassenzusammensetzung: Es herrscht das Modell der diffusen Fabrik, in dem die Kosten der Arbeit dank der Einführung immer neuer Formen der Prekarität immer niedriger wurden; dieses Modell brauchte Arbeitskräfte, die nicht nur wenig kosteten, sondern auch keine Rechte hatten; es brauchte Sklaven. Und die Migrationswellen kamen. Wir machten sofort mobil, um eine angemessene Unterkunft zu finden, um eine Aufenthaltsgenehmigung ohne Erpressung zu erhalten. Wir gründeten die Vereinigung *Razzismo Stop*, die ab Ende der 1980er Jahre einen Weg des Kampfes aufzeigte, der in Padua begann und sich auf die gesamte Region Venetien ausweitete. Dutzende von Wohnungen wurden besetzt, und es wurden Mobilisierungen organisiert, um Bürgerrechte einzufordern. In der Zwischenzeit wurden in der gesamten Region Venetien Räume zur Gründung von sozialen Zentren besetzt, die dem Bedürfnis nach nicht-kommerziellen Räumen Ausdruck verliehen, in denen die sogenannte „Freizeit“ verbracht werden konnte. In Padua kam es zum Fall „Via Anelli“. Eine Ansammlung von sechs Gebäuden

---

Schule, öffentlicher Dienst, Gesundheit, Universität und in der Privatindustrie abzielen: [<http://www.cobas.it/>]. Weitere linke Gewerkschaften sind die Unione Sindacale di Base (= Union der Basisgewerkschaften), [<https://www.usb.it/index.html>], und die anarchoyndikalistische Unione Sindacale Italiana (= Union der Gewerkschaften Italiens), [<https://usi-cit.org/>].



mit dreihundert Miniappartements, die in den 1970er Jahren zu dem einzigen Zweck gebaut wurden, Studenten außerhalb der Universität unterzubringen. Doch nach und nach begann der Verfall, statt der Studenten wurden sie von Menschen aus „Randgruppen“ genutzt, die sich oft illegal in den Räumlichkeiten aufhielten, durch Prostituierte und einige Migranten. Doch im Laufe der Zeit nahm die Zahl der Migranten, die in der Stadt keine andere Unterkunft fanden, enorm zu. Es entstand die Legende, dass die Via Anelli ein Zentrum des Drogenhandels und der Prostitution war, ein verseuchter Ort, der isoliert und vom Rest der Stadt abgesondert werden müsse, so dass ein linker Bürgermeister, der ehemals PCI-Mitglied war, mit Unterstützung der *Rifondazione Comunista*<sup>36</sup> auf die Idee kam, einen drei Meter hohen Zaun zu errichten. Die Nachricht wurde bald zu einem internationalen Fall. Doch bevor der Bau der Mauer von rein symbolischem Wert – um nämlich die Guten von den Schlechten zu trennen – internationales Aufsehen erregte, begannen wir zu recherchieren und entdeckten, dass im Laufe einiger Jahre, zwischen Ende der 1990er Jahre und Anfang des neuen Jahrtausends, in Wirklichkeit 90 Prozent der Bewohner dieser Gebäude Migranten waren, die gezwungen waren, in der Via Anelli zu leben, vor allem, weil die Stadt keine Wohnungen an Einwanderer vermietete und die Via Anelli somit zur einzigen Möglichkeit geworden war, eine Wohnung zu finden. Dies war das andere Gesicht der diffusen Fabrik, das verborgene Gesicht der reichen und gesättigten Industriegebiete Venedigs. Es war das Gesicht der Arbeitsvermittler, der *caporali*,<sup>37</sup> die den Unternehmen zugewanderte Arbeitskräfte beschafften, zehn von ihnen in einer Wohnung unterbrachten und eine Miete von 200, 300 Euro pro Kopf aus ihrer Lohntüte nahmen, so dass ein einziges Zimmer den *caporali* zwischen 2.000 und 3.000 Euro im Monat einbrachte. So kamen wir mit einer Arbeitssituation in Berührung, die viel schlimmer war als die der Heimarbeiter in der Puppenproduktion. Es gab auch ehemalige

<sup>36</sup> = Partei der kommunistischen Neugründung, 1991 nach dem Ende der Kommunistischen Partei Italiens gegründete Partei, die über Koalitionsregierungen bis in die 2000er Jahre im italienischen Parlament vertreten war.

<sup>37</sup> = Korporal, unterster militärischer Dienstgrad, auch Bezeichnung für Vorarbeiter.

nigerianische Prostituierte, denen es gelungen war, sich der *maman*<sup>38</sup> zu entziehen und von der Sexsklaverei in die Arbeitssklaverei zu wechseln. In diesem sozialen Kontext, zwischen Kurzarbeitern, Erwerbslosen, Schwarzarbeitern, *working poor*, Menschen, die erpresst und praktisch in die Sklaverei gezwungen werden, macht die *Adl Cobas*, die Vereinigung zur Verteidigung der Arbeiter, die später in „Vereinigung für die Rechte der Arbeiter – *Cobas*“ umbenannt wurde, einen enormen qualitativen und quantitativen Sprung, der von der seit langem bestehenden Organisierung einiger metallverarbeitender Betriebe und unter Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu einer neuen Klassenzusammensetzung führte, die vor allem aus Migrant\*innen besteht, die in der Logistik, der Gebäudereinigung und der Mülltrennung beschäftigt sind. Ausgehend von der Untersuchung zu der und dem Kampf für die Auflösung des Ghettos, der in der Via Anelli geführt wurde, wurden die Kontakte zu den Beschäftigten in der Welt der Logistik gefestigt, die uns vor das Problem stellten, gewerkschaftlich zu intervenieren, um eine inakzeptable Situation der Überausbeutung zu ändern. Hier kamen wir zufällig mit einer Gruppe von Marokkanern in Kontakt, die in einem Lagerhaus von GLS arbeiteten.<sup>39</sup> Sie erzählten uns von ihren ausbeuterischen Bedingungen: Sie wurden gezwungen, eine Weste zu tragen, auf deren Vorder- und Rückseite eine Nummer aufgedruckt war, die von den Überwachungskameras leicht gesehen werden konnte. Sie arbeiteten stundenweise auf Abruf, zu jeweils neu festgelegten Zeiten. Jeden Tag erhielten sie einen Anruf auf ihrem Mobiltelefon, durch den sie darüber informiert wurden, ob sie zur Arbeit gehen mussten und wenn ja, zu welcher Zeit. Als sie uns ihre Gehaltsabrechnungen zeigten, stellten wir fest, dass sie in allen Bereichen betrogen wurden: Die Hälfte der Dienst-

---

<sup>38</sup> Als *maman* werden Frauen bezeichnet, die als Zuhälterinnen in der Zwangsprostitution für andere Nigerianerinnen fungieren. Bereits 2010 hat das UN-Institut für interregionale Kriminalitäts- und Justizforschung (UNICRI) den Bericht „Trafficking of Nigerian Girls in Italy. The Data, the Stories, the Social Services“ zu diesem Problem veröffentlicht: [[https://unicri.it/sites/default/files/2019-10/trafficking\\_nigeria-italy.pdf](https://unicri.it/sites/default/files/2019-10/trafficking_nigeria-italy.pdf)].

<sup>39</sup> = General Logistics Systems B. V. Internationaler Paketdienst im Besitz der privatisierten britischen Royal Mail mit Sitz in den Niederlanden, der ca. 19.000 Beschäftigte hat.

zeit wurde als Reisezeit gezählt und war daher nicht sozialversicherungspflichtig; vertragliche Zusagen, Urlaub, 13. Monat, 14. Monat, Abfindungen<sup>40</sup> usw. wurden in eine „Gesamtzahlung“ integriert und in gekürzter Form gezahlt; kein Anspruch auf die Zahlung von Kurzarbeitergeld an Krankheits- und Unfalltagen; keine Anerkennung von Nacharbeit oder Überstunden. Das Einzige, was den Arbeitern klar mitgeteilt wurde, war der Nettolohn. Der Geschäftsführer der Genossenschaft teilte den Nettobetrag mit, der sich auf 40 bis 50 Euro pro Tag belief, alles inklusive. Alle Arbeiter, die bei GLS arbeiteten, waren, ohne dass sie es wussten, als Genossenschaftsmitglieder eingestellt worden, die außerdem einen Mitgliedsbeitrag von bis zu 500 Euro zahlen mussten. Wir sehen also, wie eine Unternehmensform, die ursprünglich mit edlen Zielen geschaffen wurde, unter kapitalistischen Gesichtspunkten genutzt wird, aber schließlich zum Hauptinstrument für die Aufhebung aller Rechte wurde, die in den geltenden Vorschriften für lohnabhängige Beschäftigung vorgesehen sind. Die Statuten der Genossenschaften können vom Gesetz 300/70<sup>41</sup> und den landesweit geltenden Flächentarifverträgen abweichen.

**Sergio Bologna:** Im Wesentlichen sind diese Arbeiter einer dreifachen Ausbeutung ausgesetzt: der Ausbeutung durch die Arbeitsorganisation, der Ausbeutung durch Arbeitsvermittler und der Ausbeutung durch die Genossenschaft selbst, deren Mitglieder sie sind.

**Gianni Boetto:** Wir begannen, uns im Dschungel der Arbeits- und Produktionsgenossenschaften zu bewegen. Wir lernten die Mechanismen der Vertragskündigung nach einer neuen Ausschreibung kennen, wodurch eine Gruppe von Arbeitern nicht nur von heute auf morgen arbeitslos wurde, sondern auch alle Rechte verlor, die sie im Arbeits-

<sup>40</sup> In Italien ist das *Trattamento di fine rapporto* (tfr, Abfindung) gesetzlicher Bestandteil der vertraglichen Vergütungszusagen und bei Beendigung der Beschäftigung, unter bestimmten Umständen bereits vorher, dem Beschäftigten ausbezahlt.

<sup>41</sup> Das 1970 mit der Bezeichnung „Normen über den Schutz der Freiheit und der Würde der Arbeiter, der Gewerkschaftsfreiheit und der gewerkschaftlichen Betätigung am Arbeitsplatz und Normen über die Anstellung“ erlassene Gesetz Nr. 300 wird auch als „Arbeiterstatut“ bezeichnet und ist als Reaktion auf die Mobilisierungen der 1960er Jahre und den heißen Herbst der Arbeiter und Gewerkschaften 1969 verabschiedet worden.

jahr oder im Lauf ihrer Beschäftigung (in der Regel nicht mehr als zwei Jahre) erworben hatte und auch das Geld verlor, das sie für die Mitgliedschaft in der Genossenschaft gezahlt hatte, mit Gebühren, die in einigen Fällen 2.000 Euro oder mehr erreichten. Die juristische Figur des arbeitenden Genossenschaftsmitglieds<sup>42</sup> scheint absichtlich geschaffen worden zu sein, um der Person alle Rechte zu nehmen, die unsere Gesetzgebung denjenigen zugesteht, die ein Arbeitsverhältnis eingehen.

So begannen wir 2004 bei GLS unsere Tätigkeit zur Verteidigung der Rechte von Arbeitern, insbesondere in der Logistikbranche. Und aus dieser ersten Initiative des Kampfes bei GLS entwickelte sich eine landesweite Bewegung, die zu einer Umwälzung des Kräfteverhältnisses mit enormen Errungenschaften für die Arbeiter in diesem Sektor führte, der für den Prozess der kapitalistischen Akkumulation immer zentraler wurde.

**Sergio Bologna:** Habt Ihr das Gefühl, dass es Euch gelungen ist, etwas zu verändern?

**Gianni Boetto:** Es besteht eine Kluft zwischen den Arbeitsbedingungen und der allgemeinen Situation in jenen Jahren und den heutigen Bedingungen. Die Kämpfe der Arbeiter haben zu positiven Veränderungen geführt, wenn auch nicht in der gesamten Kurierdienst- und Logistikbranche, sondern – wenn man es quantifizieren will – in 50–60 Prozent der Unternehmen, darunter die Hauptakteure: TNT, das inzwischen von Fedex übernommen wurde, BRT, GLS, SDA, DHL, GEODIS und andere große Betreiber,<sup>43</sup> einschließlich derjenigen im

---

<sup>42</sup> = socio-lavoratore. Diese juristische Figur gibt es im deutschen Arbeitsrecht nicht. Siehe auch die Nachbemerkung von Sergio Bologna zur Geschichte der Genossenschaften in Italien im Anschluss an dieses Interview.

<sup>43</sup> TNT = Thomas Nationwide Transport, [[https://www.tnt.com/express/de\\_de/site/home.html](https://www.tnt.com/express/de_de/site/home.html)], 1946 in Australien gegründet, wurde 2015 von Fedex übernommen; Fedex = Federal Express Corporation, [[www.fedex.com/](http://www.fedex.com/)], 1971 in den USA gegründet; BRT = BRT AG, 1928 in Bologna gegründete Firma, die bis 2011 als Bartolini firmierte, [<https://www.brt.it/>]. 85 Prozent der Anteile wurden 2019 von DPD = Deutscher Paketdienst erworben, der im Besitz der französischen Staatspost, La Poste, ist; GLS (s. Fn. 39); SDA = SDA Express Courier, [<https://www.sda.it/>], 1984 in Rom gegründet und 1998 von der italienischen Staatspost aufgekauft; DHL: 1969 in den USA gegründeter Paket- und Briefexpressdienst, der 2002 von der Deutschen Post aufgekauft wurde; GEODIS: Logistik-, Brief und Straßentransportunternehmen, das nach zwischenzeitlicher

Bereich des Großhandels. Außerhalb dessen herrschten extrem ausbeuterische Bedingungen. Wie immer hatte das Kapital ein gutes Gespür dafür, wo es aus der Ausbeutung von Arbeitskräften von außerhalb der EU leicht einen Mehrwert ziehen konnte. Als wir zu Beginn des neuen Jahrtausends zu GLS, TNT, aber auch zu Bartolini<sup>44</sup> oder SDA kamen, bestand die Belegschaft zu 90 Prozent aus Ausländern. Es waren Leute, die die Gesetze nicht kannten; sie bekamen 40 Euro pro Tag, egal ob sie Tag oder Nacht, Samstag oder Sonntag, Überstunden oder Unterstunden arbeiteten. Um die Arbeiter zu spalten, gab es solche, die 40 Euro bekamen, solche, die 45 bekamen, solche, die 50 bekamen, alles inklusive; es gab keine Familienzulagen, keine Abzüge usw. All dies hing mit der Art des Beschäftigungsverhältnisses zusammen, bei dem Genossenschaften eingesetzt wurden, die beauftragt waren, die Lagerhäuser zu verwalten. Bei diesen Genossenschaften handelte es sich um große Unternehmen, und gegen einige von ihnen wurde später dank unserer öffentlichen Skandalisierung der Arbeitsbedingungen ermittelt. Eine von ihnen verwaltete fast alle Lager von TNT und Bartolini im ganzen Land und hatte Tausende von Mitgliedern. Darüber hinaus wurden einige dieser Genossenschaften von ehemaligen Gewerkschaftsfunktionären geleitet, so dass es eine Verflechtung zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmen gab. Als wir in den Jahren 2008–2009 begannen, „Schluss mit der Genossenschaftsmafia“ zu sagen, antwortete die CGIL in Padua, dass es von grundlegender Bedeutung sei, Anreize für die genossenschaftliche Form und die Beteiligung der arbeitenden Genossenschaftsmitglieder am Leben der Genossenschaften zu schaffen, obgleich eine solche Beteiligung völlig unmöglich war, da es sich eindeutig um ein lohnabhängiges Arbeitsverhältnis handelte. Die Rechtsform der Genossenschaft war von entscheidender Bedeutung, da von einer ganzen Reihe von Elementen, die Teil des landesweit geltenden Flächentarifvertrags sind – Arbeitszeit, Krankheit, Urlaub, der 13. und 14. Monats-

Privatisierung 1996 seit 2008 wieder im hundertprozentigen Besitz der französischen Staatsbahn SNCF ist.

<sup>44</sup> Siehe Fn. 43.

lohn usw. – abgewichen und folglich durch interne Vorschriften geregelt wurde, immer zum Nachteil der Arbeiter.

**Sergio Bologna:** Erinnerst Du Dich an besonders wichtige Schritte auf dem Weg Eurer Mobilisierung?

**Gianni Boetto:** Einer der ersten sehr harten Kämpfe fand 2008 bei TNT in Limena, etwas außerhalb von Padua, statt: Das Unternehmen wollte, wie schon so oft, den Vertragswechsel von einer Genossenschaft zu einer anderen nutzen, um Abfindungen, angesammelten Urlaub, Beiträge usw. zu streichen und dann mit einem neuen Unternehmen neu anzufangen, mit Zustimmung der CGIL. Ein Unternehmen, das in Wirklichkeit immer dasselbe war und lediglich seinen Namen änderte, um noch einmal von vorne anzufangen, wobei es auch den Staat und das INPS betrog.<sup>45</sup> Sie wurden zum ersten Mal mit einer sehr harten Reaktion der Arbeiter konfrontiert, die das Werk fast einen Monat lang belagerten. Wir stellten Streikposten, und die Arbeiter ketteten sich an die Tore. Am Ende ist es uns gelungen, einige Rechte und Bedingungen zu sichern und einen Tarifvertrag abzuschließen, der noch besser als der bisherige war. Davor haben wir in einem Lager von GLS gestreikt, in dem es, wie bereits gesagt, Arbeiter gab, die mit Westen arbeiten mussten, deren Vorder- und Rückseite Nummern trugen, wir haben gestreikt, damit sie diese Westen nicht mehr tragen mussten.

Von diesem Moment an haben wir systematisch begonnen, diese Forderungen, diese Plattformen des Kampfes aufzubauen, die zunächst in jedem einzelnen Lagerhaus begannen und sich dann dank der Beziehungen ausbreiteten, die entstanden, als wir entdeckten, dass in der Emilia-Romagna und der Lombardei die *SI Cobas*,<sup>46</sup> unsere „Vettern“, den gleichen Weg eingeschlagen hatten. Als wir die Verbindung zur *SI Cobas* hergestellt hatten, haben wir das Potenzial auf nationaler Ebene ent-

---

<sup>45</sup> Istituto Nazionale della Previdenza Sociale = Nationales Institut für Soziale Fürsorge, wichtigster Sozialversicherungsträger Italiens, in dem Beschäftigte der Privatwirtschaft und auch viele Selbständige Pflichtmitglieder sind und der für verschiedene Renten-, Krankengeld- und Arbeitslosenzahlungen zuständig ist.

<sup>46</sup> Sindacato Intercategoriale COBAS = berufsgruppenübergreifende Gewerkschaft, Basisgewerkschaftskomitee, [<http://www.cobas.it/>]; s. a. Fn. 35.

deckt, insbesondere im Hinblick auf die Kuriere. Ein Schlüssel zum Verständnis der Errungenschaften dieser Jahre war die Tatsache, dass wir mit *SI Cobas* gleichzeitig Streiks bzw. Lagerblockaden durchführten, sogar in fünf, sechs, sieben Lagern desselben Kurierunternehmens: in Mailand, Verona, Padua, Treviso, Bologna, Piacenza, Modena. Wenn Du sechs, sieben Lagerhäuser eine Nacht lang blockierst, ist der Schaden, den Du anrichtest, enorm. Zu diesem Zeitpunkt waren sie gezwungen, sich mit uns an einen Tisch zu setzen und Tarifverträge zu unterzeichnen. Ein grundlegender Kampf war der um die Betätigungsfreiheit der Gewerkschaften. Anfangs und bis 2012/13 wurden wir nicht anerkannt: Wir konnten weder das Recht auf bezahlte Versammlungen im Betrieb noch auf betriebliche Gewerkschaftsvertreter (RSA)<sup>47</sup> oder darauf, dass Delegierte von der Arbeit freigestellt werden müssen, wahrnehmen. Später haben wir diese Punkte in die von uns unterzeichneten Tarifverträge aufgenommen, vor allem mit den Unternehmen, die der *Fedit* angehören,<sup>48</sup> also den wichtigsten (TNT, Bartolini, GLS, SDA) und einigen anderen, kleineren Unternehmen. Wie immer im Kapitalismus herrschte auch ein großer Pragmatismus: Als sie begriffen, dass nicht mit uns zu verhandeln bedeutete, Millionen Euro zu verlieren, und dass der Organisationsgrad der Industrie- und Dienstleistungsgewerkschaften lächerlich war,<sup>49</sup> mussten sie sich damit abfinden und uns anerkennen, indem sie mit uns verhandelten. Wenn es nun ein Problem oder einen Streik gibt, rufen uns die Manager, sogar auf höchster Ebene, direkt an, um Konfliktsituationen zu lösen.

Der erste landesweit gültige Flächentarifvertrag mit der *Fedit*, den wir 2016 unterzeichnet haben, hat die Figur des arbeitenden Genossenschaftsmitglieds faktisch abgeschafft, und zwar in dem Sinne, dass wir

<sup>47</sup> Rappresentanza Sindacale Aziendale: bereits im Arbeiterstatut von 1970 verankertes Recht auf gewerkschaftliche Vertretung und Betätigung im Betrieb, das durch ein Referendum 1995 auch den kleineren Basisgewerkschaften ermöglicht wurde.

<sup>48</sup> Federazione Italiana Trasportatori = Italienischer Speditionsverband. Arbeitgeberverband, Mitglied des 1946 gegründeten Dachverbands Confetra.

<sup>49</sup> Gemeint sind die großen Dachverbände CGIL, UIL und CISL, die im Italienischen auch als „sindacati confederali“ bezeichnet werden, s. a. Fn. 6.

auch dort, wo es ein arbeitendes Genossenschaftsmitglied gab, alle Abweichungen vom Lohnarbeitsverhältnis abgeschafft und damit die Bedingungen des arbeitenden Genossenschaftsmitglieds denen eines lohnabhängigen Arbeiters gleichgestellt haben.

Die Ergebnisse in den Kurier- und Logistikunternehmen konnten dann auf den Großhandel in der Emilia-Romagna, der Lombardei und auch hier in Venetien ausgeweitet werden, wo die Kämpfe und Tarifkonflikte zum Beispiel die Lager der Alì-Supermärkte, der Tigotà-Kette, Aspiag (Despar, Interspar usw.), maxidi, Unicomm (A & O-Supermärkte usw.)<sup>50</sup> erreicht haben.

**Sergio Bologna:** Wollt Ihr nun diesen eingeschlagenen Weg, der Erfolge gezeitigt hat, weitergehen, oder sind die Voraussetzungen für einen qualitativ neuen Schritt gegeben?

**Gianni Boetto:** Zunächst ging es nur darum, den landesweit geltenden Flächentarifvertrag durchzusetzen, der von CGIL, CISL und UIL unterzeichnet worden war, aber nicht eingehalten wurde. Wir haben eine Rolle bei der Wiederherstellung der Legalität gespielt. Wir haben nicht nur den Vertrag durchgesetzt, sondern auch das Problem der Zwangsarbeit angeprangert, so dass es zum Beispiel in Padua zu einer großen Untersuchung kam, in deren Folge 2017 der Leiter des Warenlagers Gottardo SPA,<sup>51</sup> eine Genossenschaft, die Waren für Tigotà umschlug, verhaftet wurde.

Das derzeitige Konfliktniveau hat sich auf eine andere Ebene verschoben als noch vor einigen Jahren. In den letzten zwei Jahren haben wir, nachdem wir sehr wichtige Ziele erreicht haben, wie die volle Anerkennung der Arbeitszeiten, vertragliche Einrichtungen, Leistungen bei

---

<sup>50</sup> Alì: 1958 in Padua gegründetes Einzelhandelsunternehmen, das Super- und Hypermärkte und Einkaufszentren betreibt und im Veneto und in der Emilia Romagna vertreten ist [<https://www.facebook.com/Al%C3%AC-supermercati-101894114702484/>]; Tigotà: Einzelhandelskette für Drogeriewaren, mit 700 Läden in ganz Italien vertreten [<https://www.tigota.it/it/>]; Aspiag: in Norditalien vertretenes Einzelhandelsunternehmen, das zur SPAR Österreich-Gruppe gehört [<https://www.aspiag.com/de>]; Maxi Di Srl [Srl = GmbH]: Großhändler, der u. a. für Unternehmen verbreitet, die zur Unicomm-Gruppe gehören, [<https://www.maxidi.it/home>]; Unicomm: Einzelhandelskonzern, der verschiedene Supermarktketten betreibt, [<https://www.unicomm.it/>].

<sup>51</sup> Einzelhandelskette für Drogeriewaren [<https://www.gottardospa.it/>].



Krankheit und Unfällen und die automatische Höhergruppierung, in all diesen Lagern die Möglichkeit einer Leistungsprämie erreicht. Generell hatten wir das Problem, Lohnerhöhungen zu erreichen, die sich nicht auf das zu versteuernde Einkommen auswirken würden. Wir haben daher Essensgutscheine im Wert von 7 Euro gefordert und erhalten, aus denen in vielen Lagern inzwischen 8 Euro geworden sind, was einer Nettoerhöhung der Lohntüte um 160 Euro pro Monat entspricht. Das Ergebnis der zahllosen Streiks und der Demonstrationen vor den Toren der Stadt, die sogar mit Polizeieinsätzen, Anzeigen und Verhaftungen einhergingen, hat zu einer bedeutenden Veränderung geführt und uns dazu veranlasst, nationale Plattformen für die Erneuerung des landesweit geltenden Tarifvertrags auszuarbeiten. Mit diesen Plattformen haben wir Prinzipien der Gleichberechtigung eingeführt, die heute größtenteils aufgegeben wurden, und wir haben die Automatik der Höhergruppierung von der sechsten in die vierte Stufe erreicht, unabhängig von der Tätigkeit, die man ausübt. Der Grund dafür ist, dass es sich um eine derart standardisierte Tätigkeit handelt, dass keine besonderen Fähigkeiten erforderlich sind, um die verschiedenen Aufgaben in einem Lager zu erlernen.

In der Zwischenzeit hat sich auch die Welt der Logistik verändert. Neue Akteure sind hinzugekommen, insbesondere Amazon, dessen Einfluss auf diesen Sektor jedoch noch begrenzt ist. Es gab Prozesse der Kapitalkonzentration, zum Beispiel wurde aus dem ehemals niederländischen Unternehmen TNT das US-amerikanische multinationale Unternehmen *Fedex*, das die Beschäftigten in den wichtigsten Drehkreuzen übernommen hat, um die erkämpften Gewerkschaftsrechte zu zerstören, BRT wurde von den Franzosen aufgekauft. An einigen dieser großen multinationalen Firmen sind auch öffentliche Unternehmen beteiligt, wie im Fall der SDA, die von der italienischen Post kontrolliert wird. Einige Prozesse der Automatisierung und Robotisierung schreiten, wenn auch langsam, voran, was aus gewerkschaftlicher Sicht Probleme aufwirft. Es gibt das neue Thema der Lieferdienste und die Ver-

suche der Supermarktketten, sich auf Lebensmitteldirektlieferungen nach Hause einzurichten.

Einige Unternehmen haben auf die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter reagiert, indem sie versuchten, illegale Arbeitsvermittlungen einzusetzen.<sup>52</sup> Der Mechanismus ist folgender: Die Unternehmen haben eine Beziehung zu einem Arbeitsvermittler, der aus Indien, Bangladesch, Marokko usw. stammen kann, der eine bestimmte Anzahl von Personen nach Italien bringt und dafür einige tausend Euro erhält. Er garantiert, dass diese Personen einen Arbeitsplatz erhalten – was natürlich eine Vereinbarung mit den Unternehmen voraussetzt, die diese Arbeitskräfte einsetzen – und stellt so ein Abhängigkeitsverhältnis her, mit dem sie völlig vom Arbeitsvermittler abhängig sind. Er garantiert ihnen auch eine Unterkunft und erpresst sie dann am Arbeitsplatz, um sie daran zu hindern, sich zu organisieren. Ein interessanter Aspekt ist, dass in den an *Legacoop*<sup>53</sup> angeschlossenen Genossenschaften viele Fälle von Arbeitsvermittlung zu finden und die Arbeitsbeziehungen sehr viel schwieriger sind. Natürlich ist auch die Welt der Logistik von mafiösen Unterwanderungen betroffen, und die jüngsten Ermittlungen der Justiz haben wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs aufgedeckt. Darüber hinaus versuchen die Unternehmen stets, Verbindungen zwischen verschiedenen Arbeiterkategorien zu verhindern, zum Beispiel zwischen Arbeitern in der Lagerlogistik und Fahrern. Diese Verbindungen werden auch dadurch erschwert, dass unter den Fahrern viele Italiener und viele Osteuropäer sind, auch weil man zum Fahren einen Führerschein braucht, während die Arbeiter in der Lagerlogistik meist aus Marokko oder anderen arabischen Ländern, Bangladesch, Indien, Pakistan stammen.

**Sergio Bologna:** Aus dem, was Du bisher gesagt hast, geht folglich klar hervor, dass auch ein starker Mentalitätswandel bei diesen Arbeitern

---

<sup>52</sup> Gemeint ist das „caporalato“-System, das im Folgenden beschrieben wird und das eine Form der „Schwarzarbeit“, also der Umgehung von gesetzlichen Abgaben zum Nachteil der Arbeiter, darstellt.

<sup>53</sup> Lega Nazionale delle Cooperative e Mutue = Nationale Liga der Kooperativen und Krankenkassen, eine von mehreren Föderationen von Kooperativen in Italien. S. a. die Nachbemerkung.

stattgefunden hat, die, nachdem sie sich endlich von einer Organisation unterstützt fühlten, eine überraschende Konfliktbereitschaft an den Tag legten.

**Gianni Boetto:** Um zu verstehen, wie dieser Konflikt entstanden ist, muss man eine Kombination von Faktoren berücksichtigen. Da sind zunächst die Merkmale der technischen Zusammensetzung des Werks. Seitdem die Logistik aus kapitalistischer Sicht zu einem strategischen Sektor geworden ist und die Figuren, die in den Lagern eine zentrale Rolle spielen, geschaffen wurden, haben sie Merkmale hervorgebracht, die der Figur des Massenarbeiters<sup>54</sup> der sechziger und siebziger Jahre ähneln, weil sie sich wiederholende Aufgaben wie am Fließband ausführen und die Arbeiter in großer Zahl konzentriert sind – sicherlich nicht wie bei Fiat vor vielen Jahren, wo 50.000 Arbeiter in einem einzigen Werk arbeiteten, aber Lager, in denen fünfzig, hundert, manchmal fünfhundert Arbeiter zu finden sind, sind recht häufig. Der Logistikbeschäftigte erkannte, dass er die gleiche Arbeit wie seine Kollegen verrichtet, mit sehr ähnlichen Aufgaben, und dies veranlasste ihn, kollektiv zu denken und zu erkennen, dass es möglich ist, durch Zusammenschluss eine große Kraft zu schaffen.

Diese Belegschaften waren zunächst verängstigt, aber dann erkannten sie, dass sie kämpfen können, dass sie gemeinsam etwas Wichtiges erreichen können. Obwohl wir in organisatorischer Hinsicht sicherlich nicht perfekt waren, garantierten wir eine Gewerkschaftsstruktur, die es ermöglichte, die Kämpfe aufrechtzuerhalten und eine gewisse Art von „Professionalität“, nennen wir es mal so, zu haben, die es uns auch erlaubte, alle technischen Informationen zu liefern, die notwendig sind, um einen Vertrag zu lesen, eine Lohnabrechnung zu interpretieren, die unendliche Anzahl von Vorschriften zu entwirren, in Verhandlungen nicht betrogen zu werden und zu wissen, wie man Tarifverträge schreibt, die nicht nur zu konkreten Ergebnissen führen, sondern auch

<sup>54</sup> Zur Geschichte des Massenarbeiters siehe auch: Bologna, Sergio, Theorie und Geschichte des Massenarbeiters in Italien, in: 1999, 2 (1989), S. 10–26, und ders., Theorie und Geschichte des Massenarbeiters in Italien, Teil II, in: 1999, 1 (1990), S. 107–125.

formal gut aufgebaut sind. All dies war nicht das Ergebnis von Kaderschulen für Gewerkschafter, sondern verdankt sich einem fortschrittlichen Lernprozess, der die Kämpfe begleitete.

Neben den Bossen hatten wir es auch mit Gewerkschaften zu tun, die oft ein zwiespältiges Verhältnis zu ihren Kontrahenten hatten oder eher auf dem Terrain individueller Gefälligkeiten als kollektiver Kämpfe agierten und deshalb nicht glaubwürdig waren. Wir haben das Vertrauen der Arbeiter gewonnen, weil sich ihr Leben durch die von uns vorgeschlagenen und gewonnenen Kämpfe verändert hat: Vorher arbeiteten sie für 40–50 Euro pro Nacht, ohne Kranken- und Unfallversicherung usw., aber nach den Kämpfen hatten sie einen regulären Vertrag, mit bezahlten Beiträgen, Familienzulagen, allen Zuschlägen für Nacharbeit oder Überstunden, bezahltem Urlaub usw.

**Sergio Bologna:** Ich kann mir vorstellen, dass Ihr einige nicht unerhebliche Kommunikationsprobleme mit dieser sozialen Basis hattet.

**Gianni Boetto:** Wir haben sehr viele Versammlungen abgehalten, mit einigen Arbeitern als Dolmetscher. Es war immer sehr kompliziert. Man stelle sich nur vor, wie kompliziert und schwierig es war, Arbeitern aus unendlich vielen verschiedenen Ländern, die nicht so gut Italienisch verstehen, die Steuermechanismen zu erklären, die Tatsache, dass man mit einem regelmäßigen Gehalt mehr Geld bekommt, aber mehr Steuern zahlt, den Unterschied zwischen steuerpflichtigem und steuerfreiem Einkommen, die Ausgleichszahlungen, die 730.<sup>55</sup> Inzwischen gibt es viele unserer Delegierten, die sich gut darauf verstehen, Gehaltsabrechnungen zu lesen und Erklärungen abzugeben.

Heute haben wir in Venetien etwa 5.000 Mitglieder in den Bereichen Logistik und Kurierdienste sowie 200 RSA<sup>56</sup> und sind auch in der Emilia-Romagna, der Lombardei, der Toskana, dem Piemont und den Marken vertreten. Wir haben jetzt eine verzweigte Struktur von Gewerkschaftsdelegierten, die das Rückgrat unserer Gewerkschaftsarbeit sind.

---

<sup>55</sup> Das „Modello 730“ ist die italienische Version der Steuererklärung für die Lohnsteuerabgabe abhängig Beschäftigter.

<sup>56</sup> Betriebliche Gewerkschaftsvertreter, s. Fn. 47.

**Sergio Bologna:** Und in der Zukunft? Wie siehst Du das?

**Gianni Boetto:** Heute versuchen wir auch, in der gesellschaftlichen Realität verankert zu bleiben, Beziehungen zu anderen Bewegungen zu unterhalten und uns an allen Initiativen zu beteiligen, von der feministischen Bewegung *Non una di meno*<sup>57</sup> bis hin zu antirassistischen Demonstrationen, zum Wohnungsbau und zur Umwelt. Wir haben mit unseren Delegierten an den letzten *Fridays-for-Future*-Demonstrationen teilgenommen,<sup>58</sup> weil wir davon überzeugt sind, dass das Thema Umwelt jeden betrifft, egal ob man Pförtner, Lehrer oder Schüler ist. Deshalb haben wir in unsere Plattform die Forderung nach mehr erneuerbaren Energiequellen aufgenommen, zum Beispiel Solarpanele für die Stromversorgung von Lagerhallen, Anreize für die Nutzung von Elektrofahrzeugen für die Auslieferung usw. sowie die Forderung, dass die Arbeitszeit natürlich verkürzt werden sollte. Wir haben an allen anti-rassistischen Demonstrationen teilgenommen, auch aufgrund der Zusammensetzung unserer Mitglieder. Nur durch eine fruchtbare Verflechtung dieser Bewegungen kann ein anderes Gesellschaftsmodell entstehen.

Aus gewerkschaftlicher Sicht versuchen wir zu berücksichtigen, dass es auch eine europäische Dimension gibt. So hatten wir beispielsweise Kontakte zu organisierten Amazon-Arbeitern aus anderen Ländern, wie den Vereinigten Staaten und Polen, die sich mit unseren Delegierten im Logistiklager Vigonza in der Provinz Padua trafen. Wir müssen mehr und mehr ein europäisches Netzwerk aufbauen, das in den Beziehungen zu anderen Gewerkschaften in Frankreich, Spanien und Deutschland Gewicht hat.

\*

<sup>57</sup> [<https://nonunadimeno.wordpress.com/>], wörtl. Übersetzung: Nicht eine weniger, Übertragung: Keine Frau darf sterben. Frauenbewegung die sich weltweit, vor allem in Lateinamerika, gegen die Gewalt gegen Frauen wendet.

<sup>58</sup> [<https://fridaysforfuture.org/>], weltweite, vor allem von jungen Menschen getragene Bewegung, die sich gegen die ökologische Zerstörung der Erde wendet und für radikale Umweltschutzmaßnahmen kämpft.

## Nachbemerkung von Sergio Bologna zur Rolle bestimmter Formen von Genossenschaft in der heutigen Krise in Italien:

Die Genossenschaften, in denen heute zum Teil extreme Ausbeutungsbedingungen von Migrant:innen herrschen, haben in Italien eine besondere politische Entwicklung genommen, deren Kenntnis für das Verständnis ihrer Rolle von grundlegender Bedeutung ist.<sup>59</sup> In Italien begründete sich die Stärke der Linken aus den Parteien PCI bzw. PS,<sup>60</sup> den Gewerkschaften (CGIL) und der *Legacoop*.<sup>61</sup> Während es sehr viel Literatur über die Beziehungen zwischen der PCI und dem Gewerkschaftsdachverband CGIL gibt, wurde über das Verhältnis zwischen PCI / CGIL und der *Legacoop* relativ wenig geforscht. Neben der *Legacoop* gibt es noch einen Dachverband der katholischen Kooperativen<sup>62</sup> und weitere Verbände,<sup>63</sup> die im Dachverband *Alleanza delle Cooperative Italiane* zusammengeschlossen sind.<sup>64</sup>

---

<sup>59</sup> Die 1947 verabschiedete italienische Nachkriegsverfassung schützt in Artikel 45 die Genossenschaften: „Die Republik anerkennt die soziale Aufgabe des Genossenschaftswesens, sofern es nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit und ohne Zwecke der Privatspekulation aufgebaut ist. Das Gesetz fördert und begünstigt mit den geeigneten Mitteln seine Entfaltung und sichert durch eine zweckdienliche Aufsicht seine Eigenart und Zielsetzung“.

<sup>60</sup> Zum PCI s. Fn. 18. PS: Partito Socialista Italiano (= Italienische Sozialistische Partei), 1892 als Partito dei Lavoratori Italiani (= Partei der Italienischen Arbeiter) gegründet, 1994 aufgelöste Partei sozialdemokratischer Orientierung. Als Folge der sogenannten „Tangentopoli“-Affäre (tangente = Schmiergeld), in die auch der langjährige Parteivorsitzende und zeitweilige italienische Ministerpräsident Bettino Craxi verwickelt war (aber auch die gesamte italienische Parteienlandschaft, wie z. B. die Democrazia Cristiana), löste sich die Partei auf. Nach mehreren Neuformierungen gilt heute die Partito Democratico (= Demokratische Partei) als Nachfolgepartei.

<sup>61</sup> 1893 als Lega Nazionale delle Cooperative e Mutue (= Nationaler Bund der Kooperativen und Kranken- und Versicherungskassen) gegründeter Dachverband der Genossenschaften, der mittlerweile als Legacoop firmiert. 2020 gehörten ihr landesweit über 80.000 Kooperativen mit mehr als 450.000 Beschäftigten und über 7,3 Millionen Mitgliedern an, [<https://areastudi.legacoop.coop/wp-content/uploads/2021/11/Legacoop-in-cifre-2019-2020-002.pdf>].

<sup>62</sup> Die Confederazione cooperative italiane (= Konföderation der italienischen Kooperativen), oder „Confcooperative“ wurde 1919 gegründet und basiert auf der katholischen Soziallehre. Sie vereint ca. 17.000 Unternehmen mit 529.000 Beschäftigten, einem Umsatz von 81 Milliarden Euro und über 3,1 Millionen Mitgliedern, [<https://www.confcooperative.it/>].

<sup>63</sup> Wie zum Beispiel die 1952 gegründete Associazione generale cooperative italiane (= Allgemeiner italienischer Kooperativenverband) mit 5.700 Unternehmen, 756.283 Mitgliedern, 116.444 Beschäftigten und einem Umsatz von über 8 Milliarden Euro, [<https://www.agci.it/>].

<sup>64</sup> = Allianz der italienischen Kooperativen, [<https://www.alleanzacooperative.it/>].

Die Geschichte der Genossenschaftsbewegung hat sich in zwei Richtungen entwickelt, die zu Beginn parallel verliefen, sich aber zunehmend auseinanderentwickelt haben:

1. Die Produktions- und Arbeitskooperativen, die Arbeitskräfte liefern. Hier sind alle Mitglieder Arbeiter, von Anfang an waren sie Geschäftsführer, Rechtschaffenheit und Solidarität waren die moralischen Grundprinzipien. Aber später ist diese Form von Genossenschaft als Instrument der extremen Ausbeutung benutzt worden.

2. Die Konsum- oder Baukooperativen. Sie verfolgen den Zweck, die Nahrungsmittelpreise beziehungsweise die Baukosten zu kontrollieren; sie wurden schnell zu Großunternehmen, die vom Prinzip der Effizienz und der Rentabilität geleitet werden.

Auch innerhalb der *Legacoop* verbreitete sich zunehmend eine auf Effizienz orientierte kapitalistische Mentalität. Manche Kooperativen entwickelten sich zu wahren Schwergewichten, vor allem im Feld des Großhandels, aber in einigen Fällen auch in der Fertigung, zum Beispiel im Ofenbau für die Fliesenproduktion. Auch die Beziehungen zur CGIL wurden zunehmend komplizierter und führten gelegentlich zu Konflikten.

1992 wurde ein Gesetz zur Reform der Kooperativen erlassen,<sup>65</sup> das zwei neue Figuren einführt: den externen Manager (zuvor konnten nur Arbeiter, die Mitglied der Kooperative waren, Präsidenten und Geschäftsführer werden) und das „Mitglied mit Kapital“,<sup>66</sup> das heißt, ein Subjekt, das Kapital mitbringt, das nicht arbeitet, ein Investor. Die Einführung professioneller Manager, die aus anderen Privatunternehmen stammten oder an den Business Schools, den betriebswirtschaftlichen Ausbildungsgängen, gelernt hatten, führte in einigen Fällen zu desaströsen Ergebnissen. Glorreiche Kooperativen, die seit über hundert Jahre existierten, die den Kriegen und dem Faschismus widerstanden hatten

<sup>65</sup> Es handelt sich um das „Neue Normen in Angelegenheiten der Genossenschaften“ betitelte Gesetz Nr. 59 vom 31. Januar 1992, [<http://www.coopitaliane.it/doc/LEGGI/LEGGE%2031-01-1992%20n%2059.pdf>].

<sup>66</sup> Artikel 4 führt sogenannte „soci sovventori“ oder Investorenmitglieder ein.

und zu lokalen Institutionen geworden waren, gingen in Konkurs, wurden abgewickelt und hinterließen Schuldenberge.

Schlimmer noch ist es den Produktions- und Arbeitskooperativen ergangen. Als die Migration nach Italien zu wachsen begann, zuerst aus Osteuropa (Albanien und Rumänien, Länder, in denen viele Menschen Italienisch sprechen), dann aus Nordafrika, den arabischen Ländern des Nahen Ostens, aus dem indischen Subkontinent, aus Pakistan und Afghanistan und schließlich aus Lateinamerika, erwies sich die Produktions- und Arbeitskooperative als das geeignetste Instrument, um diese Menschen in den Arbeitsmarkt zu zwingen, noch bevor sie überhaupt eine Aufenthaltserlaubnis erhalten hatten. Die Produktions- und Arbeitskooperative ist ein Monstrum, weil ihre Mitglieder auch ihre Mitbesitzer sind, ihre Anteilsquote gilt als Kapitalquote, aber gleichzeitig sind sie auch lohnabhängige Arbeiter, die in den Statistiken häufig als „unbefristet beschäftigte Arbeiter“ geführt werden.

Nach und nach wurde ein Teil dieser Kooperativen von Personen geschaffen, die reine Zwischenhändler der Arbeitskraft, die *caporali*, sind. Es handelt sich dabei nicht immer um mit der Mafia verbundene Personen, es sind unabhängige Freiberufler, die die folgenden Anforderungen erfüllen müssen: Sie müssen über gute Beziehungen zu den Leitern der Personalabteilungen der Firmen verfügen, um bestimmte Aufträge für Dienstleistungen oder Arbeiten zu erhalten. Um Aufträge zu erhalten, wird eine Kooperative gegründet, als deren Präsident häufig eine leicht zu steuernde Person gewählt wird. Dabei wird zunehmend auch auf nicht in Italien geborene Personen zurückgegriffen: Bevorzugt werden Migranten, denen es besser gelingt, Menschen ihrer eigenen Ethnie anzuwerben. Das Unternehmen, zu dem eine Beziehung besteht, veröffentlicht eine Ausschreibung für eine bestimmte Dienstleistung; da allerdings bereits eine Übereinkunft besteht, erhält die Kooperative den Zuschlag, und es wird ein auf die Ausschreibung bezogener Vertrag unterschrieben, der in aller Regel nur von kurzer Dauer, vielleicht von einem Jahr, ist. Nach Beendigung des Auftrags und dem Auslaufen des Vertrages wird die Kooperative aufgelöst und die *caporali* verschwinden,



nur um kurz darauf das Spiel mit einer neugegründeten Kooperative von vorne zu beginnen. Während der Laufzeit des Vertrages halten sie sich an keinerlei Regeln, sie zahlen das, was sie wollen, und vor allem zahlen sie keine Mehrwertsteuern und keine Sozialversicherungsbeiträge. Die sogenannten *cooperative spurie* („unechte“ Kooperativen) haben folglich dem Staat enormen Schaden zugefügt, sie haben ihn um Abermilliarden Steuern geprellt. Sie haben die Arbeiter ausgenutzt, ihnen Lohnanteile gestohlen, sie haben Urlaubs- und Krankenzahlungen und das 13. Monatsgehalt nicht gezahlt, sie haben die landesweit geltenden Flächentarifverträge nicht eingehalten, sie haben keine Abfindungen gezahlt und am Ende alle entlassen und die Kooperative aufgelöst.<sup>67</sup>

In welchen Branchen hat sich dieser Parallelmarkt der Ausschreibungen entwickelt? Vor allem in der Landwirtschaft und in der Logistik, aber auch im Schiffsbau<sup>68</sup> (über den auch das große Staatsunternehmen Fincantieri involviert ist),<sup>69</sup> in der Gebäudereinigung, der Abfallbehandlung, Gesundheitsdienstleistungen etc. Skandalös ist dabei, dass Jahr für Jahr niemand etwas getan hat, um diese Katastrophe zu beenden. Weder der Staat noch die Politik haben dazu etwas beigetragen. Im Gegenteil, viele Gebietskörperschaften und Behörden (Gemeinden, Regionen, Ministerien) haben mit diesen „unechten“ Kooperativen Ausschreibungsverträge vereinbart. CGIL und *Legacoop* haben sich darauf beschränkt, diese bei der Justiz anzuzeigen, was allerdings nicht aufgegriffen wur-

<sup>67</sup> Die Entscheidungskette sieht folgendermaßen aus: Unternehmen (Auftraggeber) > Personalchef > Caporale (= Arbeitsvermittler) > Präsident der Genossenschaft (Schattenfigur) > Arbeiter, Genossenschaftsmitglieder.

<sup>68</sup> Dazu hat eine parlamentarische Untersuchungskommission im Auftrag der Regierung Draghi im Juni 2022 einen Bericht vorgelegt: [[https://www.senato.it/application/xmanager/projects/leg18/file/repository/commissioni/condizioni\\_lavoro\\_18/documenti\\_approvati/doc.\\_XII-bis\\_n.\\_11\\_-\\_RELAZIONE\\_FINALE.pdf](https://www.senato.it/application/xmanager/projects/leg18/file/repository/commissioni/condizioni_lavoro_18/documenti_approvati/doc._XII-bis_n._11_-_RELAZIONE_FINALE.pdf)].

<sup>69</sup> Fincantieri – Cantieri Navali Italiani S.p.A. (= Italienische Seewerften, AG). 1959 gegründete Staatsholding mit Sitz in Triest, größte europäische Werft, die vor allem im Kreuzschiffbau erfolgreich gegen südkoreanische Konkurrenz ist: [<https://www.fincantieri.com/it/>]. In Monfalcone, die größte Werft von Fincantieri, in der riesige Kreuzfahrtschiffe gebaut werden, kommen die Arbeitskräfte hauptsächlich aus Bangladesch. Sie sind Spezialisten im Lichtbogenschweißen, das sie auf dem großen Schiffsfriedhof von Alang gelernt haben.

de.<sup>70</sup> So wurde in Italien ein Arbeitsmarkt mit schlechteren Vergütungen und Arbeitsbedingungen geschaffen, der die Stabilität, die Sicherheit und die Rechtsgarantien in den Arbeitsbeziehungen in enormem Maße abgesenkt hat.

Als die *Cobas* in der Logistikbranche die ersten Aktionen und Proteste, die ersten Streiks, die ersten Streikposten organisierten und die Lager des Großhandels und die ersten Lieferdienste des E-Commerce blockierten, ist dieses System in Krise geraten. Niemand ging davon aus, dass die Arbeiter, von denen 99 Prozent Migranten waren, die kein Italienisch sprachen, mit einem derartigen Enthusiasmus und einer derartigen Wut daran teilnehmen würden. In erster Linie beteiligten sich die Arbeiter der Lagerhäuser daran, die Logistikarbeiter, die die Pakete sortieren, zusammenstellen, verladen, sie etikettieren. Schwieriger, wenn auch nicht unmöglich, war es, die Fahrer der Transporter oder Lastwagen daran zu beteiligen. Dies hatte häufig mit der ethnischen Herkunft zu tun: Die Lagerarbeiter stammten hauptsächlich aus Nordafrika, dem Nahen Osten und waren islamischen oder hinduistischen Glaubens, während die Fahrer Südamerikaner katholischen Glaubens oder Osteuropäer mit gültigem EU-Führerschein waren.

Zu Anfang wurde mit Repression reagiert. Die Haltung begann sich erst dann zu ändern, als deutlich wurde, dass der Kampf nicht endete, sondern sich länger hinzog, als zu sehen war, dass die Unternehmen gegen die Haltung ihrer eigenen Arbeitgeberorganisationen mit den *Cobas* verhandelten, ja diese anerkannten, als sich zeigte, dass die Gerichtsbarkeit intervenierte und manchen *caporali* wegen Steuerflucht, unrechtmäßiger Vermittlung und Arbeitsausbeutung verhaftete, aber vor allem, als in Italien Gesetze über die „solidarische Verantwortung

---

<sup>70</sup> Ich bin vor dem Fall der Regierung Draghi (13. Februar 2021 – 22. Oktober 2022) vom Transportministerium gebeten worden, als Experte für das Strategiedokument „Nachhaltige Mobilität“ ein Kapitel über das Thema Arbeit in Bezug auf den Transport von Menschen und Waren zu schreiben. Allerdings schaffte es nur ein kleiner Teil meines Beitrags, in dem ich das Problem der illegalen Kooperativen unterstrich, in das fertige Dokument. Vgl. dazu meinen Beitrag und die endgültige Fassung des Dokuments (s. Fn. 68), „Newsletter AIOM. Supplemento al n. 8“, November 2022, [<https://www.aiom.fvg.it/supplemento-newsletter-8-2022/>].

bei Ausschreibungen“ erlassen wurden (was bedeutet, dass die Auftraggeber nun für das Verhalten der Subunternehmer verantwortlich sind) und diejenigen Personalchefs von Unternehmen bestraft oder mit Geldbuße belegt wurden, die falschen Kooperativen den Zuschlag bei Ausschreibungen gegeben hatten. Das Problem der „Legalität“ kam nun ans Licht, und die Presse begann darüber zu schreiben.

Aber das Phänomen ist derart verbreitet, dass noch im Dezember 2022 zwei große Unternehmen, Geodis und DHL, zu Geldbußen in Höhe von 102 Millionen Euro verurteilt wurden. Andererseits sind einige Gerichtsbarkeiten im Juli 2022 zu repressiven Positionen zurückgekehrt, indem sie Gewerkschafter der *Cobas* verhaftet und sie der „Verschwörung“ angeklagt haben, bloß weil sie Blockaden von Warenlieferungen organisiert haben (ein Vorwurf, der später vom Haftprüfungsgericht auseinandergenommen wurde).<sup>71</sup> Unter den Zuständigen in der Arbeitsgerichtsbarkeit wird dem Problem eine große Aufmerksamkeit entgegengebracht, und es herrscht gleichzeitig eine große Besorgnis, da das Thema von den Mitte-Links-Parteien vollkommen ignoriert wird.

Neben dem Beginn der Arbeitskämpfe war auch der Umstand förderlich, dass das italienische Kriminalamt zur Bekämpfung der Mafia festgestellt hat,<sup>72</sup> dass die organisierte Kriminalität (Mafia, Camorra, N'drangheta) massiv in der Logistikbranche Fuß gefasst hat. Nachdem es es zu den ersten Verhaftungen von *caporali* gekommen war, hat die Mafia die Strategie geändert, und die von ihr kontrollierten Kooperativen zahlen die Sozialversicherungsbeiträge und die Mehrwertsteuer, um nicht länger von der Polizei und der Gerichtsbarkeit „belästigt“ zu werden. Heute konzentriert sich das Hauptproblem auf die Personalleitungen der Logistikfirmen und anderer Unternehmen (beispielsweise im

<sup>71</sup> S. d. Berichte im Labournet: [<https://www.labournet.de/internationales/italien/gewerkschaften-italien/logistik-kaempfe-als-staatsverbrechen-polizeiaktion-und-hausarrest-fuer-je-4-fuehrende-gewerkschafter-bei-usb-und-si-cobas-am-morgen-des-19-7-22-ruft-in-italien-streiks-und-proteste-hervor/>].

<sup>72</sup> Direzione Investigativa Antimafia (DIA), 1992 gegründete Antimafia-Einheit, die dem Innenministerium untersteht.

Schiffsbau): Sie sind es, die die Vergabe an falsche Kooperativen verhindern müssen, sie sind es, die die *due diligence* einhalten müssen.<sup>73</sup> Dasselbe gilt für bestimmte Angestellte der Kommunen oder der öffentlichen Verwaltungen, die sich mit den *caporali* abstimmen. Deswegen ist der in Venedig Anfang November 2022 eröffnete Prozess gegen eine Reihe von Beamten der Schiffswerften der *Gruppo Fincantieri* von Marghera, die von den *caporali* Geschenke und Gelder erhielten, um ihnen dann bei Ausschreibungen den Zuschlag zu geben, geradezu von exemplarischer Bedeutung.

Zum Schluss: Am 1. Januar 2023 ist in Deutschland das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, das den Unternehmen die Einhaltung der *due diligence* zur Durchsetzung der Menschenrechte der Arbeiter bei der Vergabe von Subunternehmensverträgen auferlegt, in Kraft getreten. Die Aufmerksamkeit gilt hier vor allem den Auftragnehmern aus bestimmten Nicht-EU-Ländern. In Italien ist die Situation anders: Dank des Phänomens der „unechten“ Genossenschaften existiert die Sklaverei im Lande. Sie erschwert die *due diligence*, weil sich die Kooperativen in der Regel in Konsortien zusammenschließen. Bei den Ausschreibungen bewirbt sich nicht die Genossenschaft, die die Arbeit ausführen wird, sondern das Konsortium. Das Konsortium unterzeichnet den Vertrag mit dem Auftraggeber, so dass dieser nicht weiß, welche der zum Konsortium gehörenden Kooperativen tatsächlich die Arbeit in seinen Lagerhäusern leisten wird. Das System in Italien kann als Null-Transparenz-System bezeichnet werden und liegt damit außerhalb der organisierten Kriminalität, parallel zur Mafia. Es handelt sich um einen schwarz-grauen Arbeitsmarkt, der schwer zu bekämpfen ist. Oder eben nur mit dem Kampf der Arbeiter auf betrieblicher Ebene. Kein Wunder, dass alte Operaisten dazu geeignet sind.

---

<sup>73</sup> Spätestens seit den 1930ern kodifizierter Rechtsbegriff im US-Recht der die Einhaltung der Sorgfaltspflichten von Unternehmensleitungen sowohl bei Unternehmensbeteiligungen, aber auch allgemein bei der Einhaltung gesetzlicher Vorschriften bezeichnet.

---

*Manuel Lautenbacher*

## **Italienische Arbeitskräfte für die deutsche Kriegswirtschaft 1938–1945. Ein Tagungsbericht**

Auf der Tagung „Italienische Arbeitskräfte für die deutsche Kriegswirtschaft 1938–1945“, die vom 1. bis 3. Dezember 2022 an der Johannes-Gutenberg-Universität (JGU) Mainz stattfand, wurden die Ergebnisse der jahrelangen Arbeit einer bei der *Associazione Nazionale Reduci dalla Prigionia, dall'Internamento, dalla Guerra di Liberazione e loro familiari* (ANRP) angesiedelten Forschungsgruppe unter der Leitung von Brunello Mantelli (Turin/Kalabrien) erstmals im deutschen Sprachraum vorgestellt.<sup>1</sup>

Die Rüstungsbemühungen des Dritten Reiches und die Umstellung seiner Wirtschaft auf Kriegsproduktion war nur aufgrund des massenhaften Einsatzes von „Fremdarbeitern“ möglich. Der Fokus der Forschung und der Debatte um die Entschädigung dieser Zwangsarbeit ist weitgehend auf die nach dem Überfall auf die Sowjetunion seit Juni 1941 verschleppten „Ostarbeiter/innen“ gerichtet. Deutlich seltener Gegenstand sind die Rekrutierung und der bereits seit 1938 erfolgte Einsatz von Arbeitskräften aus dem verbündeten Italien im Deutschen Reich. Mit Kriegsbeginn wurden die Rekrutierungsbemühungen verstärkt, ab Mitte 1943 wurde Italien im Zuge der Besetzung des nördlichen Landesteils sowie der Schaffung des Salò-Kollaborationsregimes („Repubblica Sociale Italiana“) zu einem zentralen Rekrutierungsgebiet, ohne dessen Arbeitskraftressourcen die deutsche Kriegswirtschaft deutlich früher an ihre Grenzen gelangt wäre. Gegenstand der Tagungsdiskussion war vor allem das Spannungsfeld zwischen der freiwilligen Meldung zum Arbeitseinsatz und den ver-

---

<sup>1</sup> Vgl. Tagungsprogramm unter [<https://sozialgeschichteonline.files.wordpress.com/2022/11/tagungsprogramm-2.pdf>].

schiedenen Formen unfreiwilligen Arbeitens, die von behördlichem Druck bis hin zur Deportation und Zwangsrekrutierung von Militär-internierten reichten.<sup>2</sup>

Nach einleitenden Bemerkungen der Organisatorin Freia Anders (Mainz), Grußworten des italienischen Generalkonsuls in Frankfurt, Andrea Esteban Sama, sowie von Matthias Schnettger (Zentrum für Italien-Studien der JGU) und Rosina Zucco (ANRP) wurden zum Auftakt der Tagung zwei digitale Plattformen präsentiert. Rosina Zucco stellte das prosopographische Portal „Arbeiten für das Reich“ vor, das Personendaten und Dokumente italienischer Arbeiter/innen erfasst. Anschließend eröffnete Brunello Mantelli die deutsche Version der Online-Ausstellung „Tante braccia per il Reich. Lavoratori italiani nella Germania nazista 1938-1945“.<sup>3</sup>

Der zweite Konferenztage wurde mit einem Beitrag von Karl Heinz Roth (Bremen), verlesen von Eva Roelevink (Mainz), zur sich wandelnden Rolle Italiens im Laufe des Zweiten Weltkrieges vom Juniorpartner zum Ausbeutungsobjekt des Deutschen Reiches eröffnet. Roth zeigte die ökonomischen Asymmetrien zwischen den beiden Ländern bzw. die Integration des italienischen Wirtschaftspotentials in die deutsche Kriegswirtschaft und damit den Kontext der sich unterscheidenden und verändernden Arbeits- und Rekrutierungsbedingungen auf. Daran anknüpfend verglich Brunello Mantelli die qualitative Bedeutung der italienischen Arbeitskräfte für die deutsche Kriegswirtschaft mit jener der sogenannten Ostarbeiter/innen und der französischen Arbeitskräfte. Mantelli thematisierte zudem die engen ökonomischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Italien und verwies auf die bedeutende Versorgung über den Brenner mit

---

<sup>2</sup> Im August 1944 befanden sich im Deutschen Reich 5.721.883 „Zivilarbeiter“ und 1.930.087 Personen im „Arbeitseinsatz“, darunter 585.337 Personen aus Italien (158.099 „Zivilarbeiter“ und 427.238 Kriegsgefangene). Von den am 30.09.1944 registrierten 287.347 italienischen Arbeitskräften (4,8 Prozent aller ausländischen Arbeitskräfte) waren 22.317 Frauen (7,7 Prozent). Vgl. Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Neuauf., Bonn 1999, S. 315 f. (Tabelle 42 u. 43).

<sup>3</sup> Diese Ausstellung ist online auf Italienisch [<https://tantebracciaperilreich.eu/>] und auf Deutsch [<https://italienishearbeitskraefteimreich.eu/>] zugänglich.

Kohle einerseits sowie auf die Verfügbarkeit von Arbeitskräften am Vorabend des Weltkrieges in Anbetracht mangelnder anderer Optionen andererseits. Dabei ging er besonders auf das Spannungsfeld zwischen Anwerbung auf freiwilliger Basis (vor dem Hintergrund, dass das Lohnniveau im Deutschen Reich zu Beginn deutlich höher war als in Italien) und den gewaltförmigen Tätigkeiten der Auskämmungs- und Rekrutierungskommissionen ein. Fabian Lemmes (Saarbrücken) referierte zur Arbeitskräftegewinnung durch die Organisation Todt, die von den Betroffenen häufig als geringeres Übel gesehen wurde, und verglich deren Kooperation mit den italienischen Behörden mit der Situation in Frankreich. Die Rekrutierung durch die Organisation Todt verlief ebenfalls im Spannungsfeld zwischen Dienstverpflichtung und freiwilliger Anwerbung, die mit der Befreiung wehrpflichtiger Arbeiter vom Militärdienst einherging. Über die Jahre veränderten sich die Arbeitsbedingungen, was sich beispielsweise in einer Angleichung der Löhne nach unten an das in Italien übliche Niveau bemerkbar machte.

Manfred Grieger (Göttingen) zeigte anhand des Einsatzes nicht-deutscher Arbeitskräfte beim Bau des Volkswagen-Werkes und ihrer späteren Beschäftigung in diesem Betrieb auf, wie sich die rassenideologischen und bündnispolitischen Vorstellungen der Nazis auf Status und Behandlung der verschiedenen Belegschaftsgruppierungen auswirkten. In der Anfangsphase ab 1938 wurde der Einsatz der italienischen Arbeitskräfte sorgfältig als politische „Bruderhilfe“, jenseits von Armutsmigration, inszeniert. Kontinuität über die NS-Zeit hinaus, darauf verwies der Referent, bestand in der Art der Unterbringung der Beschäftigten und hinsichtlich des betrieblichen Überwachungspersonals. Der anschließende Beitrag von Andrea Ferrari (Bologna) befasste sich mit zur Arbeit verpflichteten italienischen Inhaftierten, die großteils nach Bayern verbracht worden waren. Selbst für diese Gruppe lässt sich das Kontinuum zwischen begrenzter Freiwilligkeit und Zwang nachzeichnen, da sich darunter sowohl politische Gefangene

befanden als auch Häftlinge, die mit einer Meldung zum Arbeitseinsatz einen Straferlass erwirken konnten.

Giovanna D'Amico (Messina) problematisierte in ihrem Beitrag das weitgehende Fehlen von Studien, die sich sowohl mit der Zeit vor wie auch nach dem 8. September 1943, dem Tag des Waffenstillstands Italiens mit den Alliierten, befassen. D'Amico zeigte auf, dass die Gewinnung von Arbeitskräften regional deutliche Unterschiede aufwies, die nicht zuletzt auch in dem starken ökonomischen Nord-Süd-Gefälle Italiens begründet lagen. Regionalstudien seien daher eine notwendige Erweiterung des Wissensstandes. Der Vortrag von Adriana Lotto (Belluno) und Sonia Residori (Padua) über Trivenetien bot hierfür ein Beispiel. In dieser Region konnte die Anwerbung der Nazis ab 1938 an eine Tradition saisonaler Arbeit in Österreich und Süddeutschland anknüpfen, der insbesondere Arbeitslose nachkamen. Als die Zahl der so verfügbar gemachten Arbeitskräfte zurückging, wurde ab 1943 verstärkt zwangsrekrutiert, wenn auch ohne den gewünschten Erfolg. In der ersten Jahreshälfte 1944 führten die Rekrutierungsmaßnahmen in etlichen Städten zur Gegenwehr von Fabrikarbeiter/innen in Form von Streiks gegen ihre Entsendung nach Deutschland.

Am dritten Tagungstag knüpfte der Beitrag von Irene Guerrini und Marco Pluviano (beide Genua) hieran an. Guerrini und Pluviano zeichneten nach, wie die Rekrutierungsbemühungen in der nordwestitalienischen Region Ligurien im Bereich der Großindustrie immer schwieriger wurden. Denn der Arbeitseinsatz im Deutschen Reich verlor aufgrund der schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen sowie einer vergleichsweise hohen Todesrate der überwiegend jüngeren Arbeitskräfte zunehmend an Akzeptanz. Beeinträchtigt wurde die Rekrutierung auch durch die ab 1944 stärker werdende Partisanentätigkeit vor dem Hintergrund der vorrückenden Front. Mittelitalien und den Frontverlauf nahmen Francesca Cavarocchi (Florenz) und Costantino Di Sante (Ascoli Piceno) in ihrem sich anschließenden Vortrag in den Blick. Die gegenüber dem Norden kürzere Besatzungs-



zeit trug in Mittelitalien dazu bei, dass Verzögerungspraktiken einiger lokaler Behörden im Zusammenhang der Aushebung von Beschäftigten wirksam werden konnten, obgleich mit den aus anderen Regionen Geflüchteten ein größeres Potential an Erwerbslosen vorhanden war. Die intensivierten Bemühungen um den Bau von Befestigungsanlagen trugen in der Toskana erheblich dazu bei, dass Arbeitskräfte über Razzien zwangsrekrutiert wurden.

In der abschließenden, von Hedwig Brüchert (Mainz), Giovanna D'Amico, Andrea Ferrari und Daniela Geppert (Berlin) bestrittenen Gesprächsrunde wurde über verschiedene Perspektiven der Forschung und der Darstellung des Einsatzes italienischer Arbeitskräfte in der deutschen Kriegswirtschaft diskutiert. Auf der Erfahrungsgrundlage ihrer Arbeit für die Ausstellung über die italienischen Militärinternierten im NS-Dokumentationszentrum Berlin-Schöneweide warf Geppert die Frage nach den Quellen auf.<sup>4</sup> Die statistische Auswertung nach Regionen anhand von Rekrutierungsakten erschien ihr für die Gedenk- und Erinnerungsarbeit nur bedingt nutzbar, stattdessen plädierte sie für eine sozialgeschichtliche Perspektive auf die Lebensbedingungen der Arbeitskräfte in Deutschland. Ferrari schlug in diesem Zusammenhang eine stärkere Einbeziehung der in den Arolsen-Archives liegenden Akten vor. D'Amico forderte für die transnationale Forschungsarbeit notwendige, aber nur unzureichend vorhandene Übersetzungen maßgeblicher Forschungsliteratur ein und betonte zudem die Relevanz lokaler und biographischer Quellen. Am Ende der Tagung zeigte sich, dass die regional unterschiedlich wirkenden Push- und Pull-Faktoren des Arbeitseinsatzes in der deutschen Kriegswirtschaft weiterer Untersuchung bedürfen. Zugleich erwiesen sich die Differenzen und Gemeinsamkeiten zwischen den Arbeiter/innen unterschiedlicher Herkunft in den Betrieben des Deutschen Reiches als unzureichend erforscht.

Lutz Klinkhammer (Rom/Mainz) blickte in seinem Abschlusskommentar auf eine thematisch verwandte Tagung von 1989 zurück,

<sup>4</sup> Vgl. [<https://www.ns-zwangsarbeit.de/de/italienische-militaerinternierte/>].

um den Erkenntnisfortschritt der Forschung zu umreißen. Die seinerzeit entworfene Differenzierung in vier Grade der Rekrutierung von italienischen Arbeitskräften (freiwillig, freiwillig unter Druck, Zwangsmaßnahmen bis zu physischem Zwang) prägte auch auf der hiesigen Tagung die Diskussion über das Kontinuum von Freiwilligkeit und Zwang. Die Grenzen dieser Kategorisierung – aufgezeigt am Beispiel von La Spezia in Ligurien, als der am stärksten durch Bomben zerstörten Stadt mit der höchsten Anzahl an freiwilligen Arbeitskräften – wurden in einer Reihe von Fällen deutlich. Auf den staatlich organisierten Arbeitskräfteverleih Italiens, für den Kollaboration eine untergeordnete Rolle spielt, lassen sich Täter-Opfer-Dichotomien nur bedingt anwenden.

---

## Herbert Obenland / Wolfgang Hien / Peter Birke, Das andere 1968. Von der Lehrlingsbewegung zu den Auseinandersetzungen am Speyer-Kolleg 1969–1972

Die Buchmacherei: Berlin 2022. 252 Seiten, € 15,00

Berlin, Frankfurt, Tübingen: Mit diesen Orten wird die 1968er-Bewegung assoziiert. Kaum jemand wird ausgerechnet Speyer mit dem Aufbruch vor mehr als fünfzig Jahren in Verbindung bringen. Dabei hatte dieser auch dort Spuren hinterlassen, was in dem kürzlich im Verlag Die Buchmacherei erschienenen Buch *Das andere 1968* beschrieben wird. Der Untertitel *Von der Lehrlingsbewegung zu den Auseinandersetzungen am Speyer-Kolleg 1969–72* bekräftigt, dass Wolfgang Hien und Herbert Obenland ein gleich in mehrfacher Hinsicht „anderes“ 1968 beschreiben. In Speyer, einer Stadt, die von der Chemieindustrie geprägt war, ging es um den Kampf um Bildung auch für Kinder aus Arbeiter\*innenfamilien. Gleich am Anfang des Buches bringt Herbert Obenland diese Unterschiede prägnant auf den Punkt: „Das Besondere an dieser Geschichte ist, dass es dort in einer relativ kurzen Zeit zu einer sehr, sehr starken Politisierung in der Erwachsenenbildungseinrichtung gekommen ist. Sie hat weit über die Einrichtung hinausgegriffen, und die gesamte Stadtbevölkerung einer mittelgroßen Stadt – Speyer hatte damals 40.000 Einwohner\*innen – mit einbezogen.“ (S. 18)

Hien und Obenland thematisieren in dem Interviewband einen wichtigen Inhalt der 1968er-Bewegung, der heute oft zu kurz kommt: den Kampf gegen das bürgerliche Bildungsprivileg. Durch die Fragen von Peter Birke entfalten sich den Leser\*innen die Biographien von Wolfgang Hien und Herbert Obenland, deren Politisierung, die sie auch individuell als Emanzipation empfanden. Es ist gerade der Vorzug des

Buches, dass Birke als Interviewer kaum sichtbar ist, weil die beiden Protagonisten das Gespräch souverän führen und sich selten in zu kleinteiligen Details verzetteln. Beide Autoren kommen aus Haushalten, in denen ein Abitur gesellschaftlich nicht vorgesehen war, dafür eher ein Aufstieg innerhalb einer Fabrik. Hien und Obenland aber verweigerten sich, wie viele aus ihrer Generation, diesem scheinbar unausweichlichen Schicksal, bis zur Rente an die Fabrik gekettet zu sein. Dabei kam ihnen entgegen, dass der Kapitalismus damals in zunehmendem Maße gut ausgebildete Beschäftigte brauchte. Mitte der 1960er Jahre warnten auch kapitalfreundliche Politiker\*innen vor der deutschen „Bildungsmisere“. Einrichtungen des Zweiten Bildungswegs wie das Speyer-Kolleg sollten Abhilfe schaffen. Hien und Obenland beschreiben in ihren Antworten auf Birkes Fragen, wie sie sich dieser Zurichtung entsprechend den Erfordernissen des Kapitalismus in den ideologischen Staatsapparaten verweigerten und Bildung vielmehr als Mittel der gesellschaftlichen Emanzipation begriffen. „Es kamen dort Leute zusammen, die hatten ja schon eine Berufsausbildung, das war ja die Voraussetzung dafür, und in der Regel auch schon Arbeitserfahrung. Ich hatte beispielsweise ein dreiviertel Jahr in der BASF gearbeitet. Und nun sollten wir uns wieder an Schultische setzen und die Hefte auspacken und mit einer Perspektive wie ein Vierzehnjähriger oder ein Fünfzehnjähriger auf das schauen, was um uns herum und vor allem, was ganz vorne geschieht, und was man von uns will. Das war schon provozierend“, beschreibt Obenland die Zustände, die ihn und viele seiner Mitkollegiat\*innen zu Protest und Widerstand trieben, auf der gemeinsamen Buchvorstellung am 1. April 2022 in Speyer (Zitate, die nicht mit Stellen aus dem Buch ausgewiesen sind, beziehen sich auf diese Veranstaltung und das anschließende Gespräch des Rezensenten mit den Autoren). Wolfgang Hien erwähnt auch den gesamtpolitischen Kontext, in dem diese Auseinandersetzungen stattgefunden haben: „Wir kamen aus der Lehrlingsbewegung, Herbert und ich hatten eine Ausbildung zum Chemielaboranten in der BASF Ludwigshafen gemacht und dann noch einige Zeit in der Fabrik gearbeitet, bis wir uns dann entschlossen, am Speyer-Kolleg das

Abitur nachzumachen. Das war eine besondere Zeit. Nicht nur an den Universitäten passierte etwas, sondern auch in den Betrieben, da gäerte es, was sich dann auch in den Septemberstreiks 1969 und der Welle der spontanen Streiks 1973 zeigte.“ Hien machte auch deutlich, dass es eben nicht nur um Lohnforderungen ging, sondern dass auch Ideen eines anderen Lebens, die Sehnsucht nach Freiheit und auch nach mehr Wissen den gesellschaftlichen Aufbruch beflügelten.

Dabei mussten die Kollegiat\*innen zwangsläufig in Widerspruch zu der Schulleitung und Politiker\*innen geraten, die Techniker\*innen, aber keinesfalls Gesellschaftskritiker\*innen ausbilden wollten. Die Geschichte des Konflikts am Speyer-Kolleg beschreiben Hien und Obenland sehr anschaulich und kurzweilig. Sie berichten, wie sie sich bereits als Auszubildende bei der BASF politisierten. Sie waren Teil einer bundesweiten Lehrlingsbewegung, über die heute selten berichtet wird – von einzelnen Ausnahmen abgesehen. Erinnerung sei da an die bahnbrechende Studie *Lehrzeit – keine Leerzeit*, in der der Historiker David Templin die Geschichte der Lehrlingsbewegung in Hamburg in den Jahren 1968 bis 1972 aufgearbeitet hat. Für die meisten anderen Regionen steht eine solche historische Auseinandersetzung noch aus. Hien und Obenland leisten im ersten Teil des Buches einen Beitrag zur Erforschung der Lehrlingsbewegung in Südwestdeutschland. Vielleicht geben sie damit einen Anstoß dazu, dass auch Menschen aus anderen Regionen über ihr besonderes 1968 berichten. Das wäre schon deshalb zu wünschen, weil viel zu oft die mittelständischen 68er\*innen in der Berichterstattung dominierten, die wohl ein Jahrzehnt lang die Revolte wagten, um sich dann jedoch brav mit ihren Eltern und den Institutionen der Gesellschaft zu versöhnen, beider Erbe anzutreten und sich dann bescheiden lassen, wie sehr sie die Republik doch zivilisiert hätten. Dabei bleiben die Arbeiter\*innen, die subproletarischen Jugendlichen, die Frauen und viele andere ausgeklammert, für die die 68er-Bewegung ein spezieller Aufbruch war. Wolfgang Hien und Herbert Obenland gehören zu den nicht wenigen jungen Arbeiter\*innen, die die Erfahrungen, die sie damals gemacht haben, für ihr Leben prägten.

Die Erfahrungen in den Betrieben bildeten auch die Grundlage für die Reformbewegung am Speyer-Kolleg. Die meisten der Protagonist\*innen kämpften aus einem linksgewerkschaftlichen Hintergrund heraus für eine Selbstverwaltung an den Arbeitsstellen und auch in den Bildungseinrichtungen. Die Zwischenüberschrift ‚Von der Kollegiaten-Mitverwaltung zur Studierendenvertretung‘ drückt diesen Anspruch sehr präzise aus. Die Kollegiat\*innen wollten auch darüber entscheiden, welche Lehrenden am Kolleg unterrichten sollten und welche Referent\*innen sie auf ihren Veranstaltungen einladen konnten. An dieser Frage entzündete sich ein heftiger Streit, als der Schulleiter einem von der Studierendenvertretung eingeladenen Psychologen Hausverbot erteilte, das dieser und die Kollegiat\*innen aber souverän ignorierten. „Wir wollten Psychologie und Philosophie statt Religion. Es war wohl schwierig, Lehrer\*innen dafür zu gewinnen. Wir haben dann jemanden aus dem Umfeld des damaligen SDS in Heidelberg gefunden. Doch dem damaligen Schulleiter passte das nicht. Die Auseinandersetzungen spitzten sich zu, unsere Studierendenvertretung (SV) lud den Heidelberger Lehrer ein, der Direktor pochte auf sein Hausrecht, und wir pochten darauf, dass die SV einen Gast haben darf“, erinnert sich Hien an diesen Konflikt. Daraufhin boykottierten die Lehrer den weiteren Kollegunterricht, um die Schulleitung zu unterstützen. Das führte zu einer kritischen Situation, denn dadurch waren ja auch die Abschlüsse, das Abitur gefährdet. Hier wird auch deutlich, wie ausgeprägt die Zivilcourage unter den Kollegiat\*innen war, die nicht bereit waren, sich einem für sie unverständlichen Verbot zu beugen. Eine Verweigerung des Abschlusses hätte für sie und ihre Lebensplanungen gravierende Konsequenzen gehabt, weil sie mit ihren proletarischen Biographien eben kein Erbe hatten, auf das sie im Notfall hätten zurückgreifen können. Im Gegenteil: Sie und ihre Familien und Eltern mussten für ihre Schulbildung an anderer Stelle sparen. In solch einer prekären Situation überlegen sich die Menschen schon sehr genau, ob sie den Abschluss durch politisches Engagement gefährden. Dazu kam noch die öffentliche Stigmatisierung der Kollegiat\*innen. Der Höhepunkt der Aus-

einandersetzung am Speyer-Kolleg war erreicht, als der damalige CDU-Vorsitzende von Rheinland-Pfalz, Helmut Kohl, und andere konservative Politiker\*innen und Medienvertreter\*innen die Selbstverwaltung als Form der linksextremistischen Unterwanderung diffamierten. „Es war praktisch nicht mehr die Rede von Kollegiaten, die eine Reform wollten, sondern der Haupttenor war: Es sind Untergrundkämpfer im Kolleg, die sich dort eingenistet haben. Auf Kosten der Steuerzahler“ (S. 182), so Obenland. „In dieser Zeit entwickelte sich auf der Basis des sowieso in der Nachkriegszeit vorhandenen Antikommunismus eine Hetz-Stimmung gegen alles, was links ist. Schon die Forderung nach mehr Freiheit und Autonomie geriet unter den Verdacht, von Leuten gesteuert zu sein, die am Umsturz des Staates arbeiten“, erinnert sich Hien. Was für eine Unterstellung! Für ihn und seine Mitstreiter\*innen ging und geht es in erster Linie um die Frage der Demokratie.

Doch die Bildungsreformer\*innen bekamen auch Unterstützung aus Teilen der SPD und vor allem aus den Gewerkschaften: „Es gab Solidaritätserklärungen u. a. von den Jungsozialist\*innen, der DGB-Jugend, den Vertrauensleuten der ehemaligen IG Druck, den Vertrauensleuten der IG-Metall bei VFW Fokker, dem DGB-Vorsitzenden“ (S.185). Diese betriebliche Unterstützung für den Kampf der Kolleg-Reformer\*innen führt Hien auch darauf zurück, dass die Kollegiat\*innen stets die Beziehungen zu gewerkschaftlich Aktiven in ihren ehemaligen Ausbildungsbetrieben gepflegt haben: „Wir haben nie die Beziehungen zu Gewerkschaften, Vertrauensleuten und Betriebsrät\*innen abgebrochen.“ In Speyer gab es damals einige große Betriebe, zum Beispiel Siemens, Romeka und VFW Fokker. Bei den Flugzeugwerken VFW Fokker etwa hatten die Kollegiat\*innen im Vertrauenskörper an Schulungen mitgearbeitet. Hier wurde die Grundlage dafür gelegt, dass dann auch die Gewerkschafter\*innen die Schüler\*innen im Speyer-Kolleg unterstützten, als sie von Politik und Medien so massiv angegriffen wurden. Die Gewerkschafter\*innen hatten erkannt, dass sich deren Kampf gegen das bürgerliche Bildungsprivileg richtete und sie sich für die Demokratisierung der Betriebe, aber auch der Bildungseinrichtun-

gen einsetzten. Auch weiterhin unterstützten sie ihre ehemaligen Kolleg\*innen in ihren betrieblichen Auseinandersetzungen – etwa in der Mitarbeit an einem von einer *Sozialistischen Betriebsgruppe* (SBG) herausgegebenen *Betriebsreport* (S. 103 ff.), der 1970 im Umfeld des *Republikanischen Clubs* Speyer entstanden war und für einige Jahre ein Sprachrohr für linke Betriebspolitik war. Dieser Betriebsreport informierte immer wieder über besonders krasse Ausbeutungsverhältnisse in den Betrieben – lange bevor der Begriff Whistleblower erfunden wurde. So hat er etwa aufgedeckt, dass die Beschäftigten auf einer Schiffswerft am Rhein keine Toiletten hatten. „Daraus habe ich dann einen vierseitigen Artikel gemacht, mit der Forderung von menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und auch Klos“ (S.108), erinnert sich Hien.

Hien weist darauf hin, dass es eine beidseitige Solidarität gab. Im Betriebsreport wurden darüber hinaus Betriebsrät\*innen interviewt, ebenfalls wurde über gewerkschaftliche Versammlungen Bericht erstattet. Aber auch über kommunale, nationale und weltweite Themen wurde dort informiert, wobei die Themen vielfältig waren: über Kindergartenplätze und die Notstandsgesetze bis hin zum Vietnamkrieg.

Auch wenn die Kämpfe um Reformen am Speyer-Kolleg von den Konservativen ausgebremst wurden und hier von einem Erfolg der Linken nicht die Rede sein kann, ziehen Hien und Obenland ein positives Fazit ihres Engagements. Obwohl sich ihre politischen und beruflichen Wege zwischenzeitlich auseinanderentwickelt hatten, geben beide ihr Engagement für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung bis heute nicht auf. Die Kämpfe in der Lehrlingsbewegung und am Speyer-Kolleg waren für sie auch Teil eines Lernprozesses. Hien gehörte als Arbeits- und Gesundheitswissenschaftler zu den Pionieren der Arbeiter\*innengesundheitsbewegung in der BRD. Er benennt bei der Buchvorstellung die biographischen Hintergründe für diese Entwicklung sehr deutlich und geht dafür zurück zu seiner Zeit als Auszubildender bei BASF: „Ich war in der Fabrik über Jahre immer wieder sehr gefährlichen Substanzen ausgesetzt, Benzol, Styrol, Vinylchlorid, auch Schwermetallen wie Cadmium und Chrom. Zum einem gibt es da



durchaus akute Wirkungen. Es ist einem schlecht und man hat neurologische Symptome.“ Zu diesen Erfahrungen in der Fabrik kam dann die eigenständige Aneignung von Wissen, mit dem er sich die Zusammenhänge erklären konnte: „Zum anderen aber begann ich mich in den 1970er Jahren mit diesen Fragen auch wissenschaftlich auseinanderzusetzen. Beispielsweise kamen bei rororo Bücher heraus mit Titeln wie PVC zum Beispiel. Dann kam 1976 der Chemieunfall im norditalienischen Seveso, der Verseuchung mit Dioxin, und da war für mich klar, dass eine Verbindung von Umweltbewegung und Arbeiterbewegung absolut notwendig ist.“ Tatsächlich hatte Hien in den 1980er Jahren einen wichtigen Anteil daran, dass, angeregt durch das Beispiel der Arbeiter\*innengesundheitsbewegung in Italien, auch in der BRD sowohl in den Fabriken als auch den Universitäten Basisinitiativen entstanden sind, deren Grundsatz war: „Non delegata! Wir geben unsere Angelegenheiten, unsere Gesundheit, unseren Körper, nicht in die Hände von Expert\*innen, insbesondere dann nicht, wenn die auf der anderen Seite stehen. Wir nehmen unsere Angelegenheiten selbst in die Hand“, so Hien bei der Buchvorstellung in Speyer. Diese Position könnte gerade in den Zeiten von Klimakrise und Corona-Pandemie eine neue Aktualität gewinnen.

Im letzten Teil des Buches stellt Peter Birke die Frage in den Vordergrund, wie die Zeit am Speyer-Kolleg und die dortigen politischen Auseinandersetzungen das spätere Leben der beiden Protagonisten beeinflusst haben. „Wir können, glaube ich, beide sagen, dass unsere jeweilige biographische Entwicklung ohne unsere Jahre in Speyer eigentlich so nicht denkbar gewesen wäre“ (S. 244), resümiert Hien. Und Obenland sekundiert: „Ja, das waren schon unglaublich dichte Jahre von Erkenntnis und persönlicher Entwicklung und Prägung gewesen. Was wir da erfahren und erlebt haben, hatte nachhaltige Entwicklung auf unser Denken, unser Verhältnis zur Welt und unsere weitere Lebensgestaltung.“ Auch er betont noch heute, dass der Kampf am Speyer-Kolleg sein Denkvermögen enorm geschärft und ihm gezeigt hat, dass es möglich ist, für emanzipatorische Ziele auch Mehrheiten zu gewinnen.

Hier wird noch einmal deutlich, dass eine Niederlage in einer Auseinandersetzung, wie sie ja die Kollegiat\*innen in Speyer erfahren haben, eben nicht in einem politischen Rückzug und in Resignation enden muss, wenn es ein politisches Umfeld gibt, das in der Lage ist, die Erfahrungen und auch die Niederlage gemeinsam aufzuarbeiten. Dieses politische Umfeld hatten Hien und Obenland damals. Darum soll hier Obenland mit seiner fast schon poetischen Einschätzung das letzte Wort haben: „Es wehte, wenn auch nur für kurze Zeit, ein ansteckender, unvergesslicher Hauch von Freiheit und Solidarität durch die Hallen. Stark genug, um bis weit in die Stadtgesellschaft hinein wahrgenommen werden zu können, wo er zu lebhaften Debatten und erfreulichen Solidarisierungen führte. Letztlich ist dieser Kampf zwar gegen die Übermacht der Kultusbürokratie verloren gegangen, doch für mich sind seine Höhepunkte immer ein Quell von Ermutigung und Zuversicht dahingehend geblieben, dass nichts bleiben muss, wie es ist.“ (S. 244)

*Peter Nowak*

---

## Philipp Sarasin, 1977. Eine kurze Geschichte der Gegenwart

Suhrkamp Verlag: Berlin 2021. 503 Seiten, € 32,00

Es ist ein durchaus reizvolles Setting, das das zu besprechende Buch rahmt: Welche Themen, Konzepte und Fragestellungen, die uns heute noch bewegen, waren bereits im Jahr 1977 angelegt, und welche Texte, Quellen, Theorien standen den Zeitgenossen dazu in diesem Schnittjahr zur Verfügung? Für das vorliegende Buch versucht der Autor ausschließlich Material zu verwenden, das 1977 bereits erschienen war, um gewissermaßen seinen Blick nicht durch spätere Ereignisse und Erkenntnisse verfremden zu lassen.

Allerdings zeigen die der Gliederung zugrundeliegenden Konzepte „race“ (Kapitel 3), „self“ (Kapitel 4), „culture“ (Kapitel 5) und „nature“ (Kapitel 6), dass man sich wohl doch nicht so einfach aus der Gegenwart beamen und von 1977 aus zurück in die Zukunft blicken kann. Es macht die Besprechung nicht einfacher, dass die Konzepte nicht zueinander in Beziehung gesetzt werden, etwa als Gegensatz, sondern vielmehr als Illustrationen eines Kapitels bespielt werden, dessen Inhalt dann sehr heterogen und assoziativ geraten kann. Den einzelnen Kapiteln sind jeweils ausführliche Biographien von Menschen vorangestellt, die 1977 starben und deren Lebenswerk exemplarisch mit den darin behandelten Themen verknüpft ist. Diese Menschen verkörpern gewissermaßen exemplarisch Konzepte – eine Afroamerikanerin steht also für Rasse und Geschlecht zugleich und ein Ökonom für die Natur des Marktes, im Gegensatz zum Dichter, der für die Kultur zuständig ist; damit bedient sich der Autor eines Verfahrens aus dem 19. Jahrhundert, des literarischen Realismus’ eines Balzac und Zola, einer sehr bürgerlichen Erzählform aus der Zeit des Historismus. Die Vereinheitlichung mit einem Stichjahr trägt, denn tatsächlich wa-

ren wohl die meisten der derart in den Vordergrund gehobenen Menschen 1977 bereits vergessen. Ihr Hauptwerk war mitunter sogar vor dem Zweiten Weltkrieg entstanden und damit ein Produkt der klassischen Moderne, nicht der Postmoderne. Die genannten Persönlichkeiten wollten mit ihren Texten (Schlag-)Seiten des 20. Jahrhunderts geraderücken und bekämpfen und hätten es sich verbeten, als postmodernes Zitat zu enden. Die Kluft zwischen den „Rassen“ und den „Geschlechtern“ wird hier nicht diskutiert, sondern zu einem impressionistischen Lesebuch geglättet, dem es letztlich vorrangig um die autobiographischen Erlebnisse eines generationellen „Selbst“ geht. Im Folgenden soll der Inhalt dieses Textstroms so gut zusammengefasst werden, wie es dessen Schlingen erlaubt.

Die Einleitung begründet den insgesamt eher pessimistischen Unterton dieses Überblicks, der sich aus dem gewählten Jahr ergibt. 1977 läutet für Sarasin die Postmoderne ein, und es ist, wie der Titel des zweiten Kapitels formuliert, der „Herbst der Revolution“. Damit ist der politische Einschnitt, ja die Eiszeit gemeint, den die Morde in Stammheim für die bundesrepublikanische Linke und die Gesamtgesellschaft herbeiführten. Mit der vorangestellten Biographie von Ernst Bloch lässt der Autor auch das Prinzip Hoffnung aller linken Illusionen sterben, denn diese führen für ihn entweder in den terroristischen Tod der RAF oder in den kommunistischen Gulag. Sarasin positioniert sich hier unmissverständlich, indem er aus den antikommunistischen Renegaten André Glucksmann und Bernard Henri-Lévy Schöpfer des Biotops macht, das Michel Foucault emporwachsen lässt, mit dem sich der Autor jahrzehntelang auseinandergesetzt hat. Auch in diesem Werk kommt Sarasin leider nicht wirklich von Foucault los und auch nicht von der Vorstellung, dass die Diskurse einer Zeit alle ineinander übergehen, miteinander verschränkt sind und wie Greifarme ein und desselben Oktopus das Jahr 1977 umschlingen. Es ist aber nicht der globale Erdölchock von 1973 und der Bericht des *Club of Rome* aus demselben Jahr, worin der Menschheit die Begrenztheit der fossilen Ressourcen vorgerechnet wird, mit dem Sarasins Abkehr vom

Modernitätsparadigma beginnt, sondern das offensichtlich rein politisch definierte Datum 1977. Dadurch verabschiedet er sich vom bisherigen Konsens, das Misstrauen in die Moderne mit dem Starren auf steigende Benzinpreise starten zu lassen. Stattdessen stirbt für ihn das Vertrauen in die Zukunft durch böse terroristische Menschenhand und die Entzauberung der sozialistischen Welt durch neue französische Philosophen, die als ehemalige Kommunisten wissen, was sie zertrümmern. 1977 markiert für ihn den Herbst jeglicher „utopischen“ Theorien, die dem Menschen als geschichtsmächtigen Individuum Mitsprachemöglichkeiten zur Veränderung der Umwelt einräumen. Geschichte geschieht als Abfolge von Phänomenen, die der Historiker bloß noch kulturalistisch beschreiben kann und vor deren sozialer Bewertung er sich hüten sollte. Die Frage nach Klassengegensätzen und -kämpfen wird mit Ernst Bloch und im „deutschen Herbst“ gleich zu Beginn als unrealistischer, naiver und gefährlicher Religionsersatz entsorgt; vom Gleichheitsimperativ der Aufklärung bleiben wenig mehr als Geschmacksunterschiede, Hautfarben und die Sehnsucht nach Unisexmode übrig.

Um doch noch zu etwas erhebenderem Pathos zu gelangen, widmet sich das dritte Kapitel, das auf den Abgesang linker Revolutionen folgt, doch noch einem großen sozialen Kampf, der sich bei uns seit dem Tod George Floyds im brüskten Auftauchen vieler Menschen „of colour“ in der Werbung manifestiert. Und so erstaunt es auch nicht, dass gerade diese topmodische Form der Differenz Sarasins Album einläutet – zuvor war zwar Rap hip, aber so wirklich angekommen war die herausgeschriene Wut über die durch Polizeiwillkür täglich gefährdeten Afroamerikaner\*innen hierzulande nicht. Es geht also um Menschenrechte, Minderheiten und die Politik der Differenz. Den Abschnitt eröffnet die eindruckliche Biographie der afroamerikanischen *Civil-Rights*-Aktivistin Fannie Lou Hamer. Das Kapitel befasst sich aber weniger mit Menschenrechten als mit dem Recht auf körperliche Unversehrtheit und dem Schutz vor Folter, gewissermaßen mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner, der für Sarasin noch aus der

Französischen Revolution rettbar erscheint. Der eigentliche Skandal von 1977 ist für den Autor diesbezüglich die widerwillige Aufklärung der (Ex-)Linken über den Archipel Gulag, der wie kein Lagersystem zuvor den Zeitgenossen erst die Frage nach dem Wegsperrern „infamer“ Bevölkerungsanteile durch verblendete Ideolog\*innen nahebringt. Dass jetzt nur noch *no future* angesagt war, zeige auch die *Out-of-society*-Position des damals neuen britischen Punk, dessen Geschichte darauf kurz eingeschoben wird, direkt vor einem knapp gehaltenen Unterabschnitt zur „feministischen Wende“.

Diese Strickart zieht sich durch das ganze Buch: Für den Autor spiegeln sich die Zeitläufe im Wandel vor allem nichtsprachlicher Medien wie Musik, Architektur, Esoterik und Buddhismus, Computer und Disco, die hier offenbar als eine Art Foucault'scher Metadiskurs der Gegenwart, als zudröhnendes Rauschen der sich verändernden Gesellschaft dienen. Auch wenn diese Einschübe und oft seitenlange Exkurse zur Geschichte des Personal Computers sich durchaus interessant lesen, mitunter aber arg kurz und politisch entschärft geraten sind wie der Abschnitt zur Architektur, so sind sie der dominante Gegenpol zu den eindrücklichen Biographien, die den Kapiteln vorangestellt sind. Es hinterlässt den Eindruck, dass diese Individuen durchaus Gesellschaft und Geschichte nachhaltig verändert haben mögen, aber insgesamt die Masse doch vor allem von Gebrauchsgegenständen, Moden, also vor allem von Konsumgütern im historischen Fluss gehalten wird. Dass dabei elementare Bedürfnisse wie gutes Wohnen und Flucht vor Sinnentfremdung irgendwie in dieselbe Schiene gegossen werden, entgeht angesichts der lockeren Aneinanderreihung von Themen, die vor uns aufploppen als buntes Hippie-Abgesangs-Kaleidoskop, ohne von politischen Betrachtungen behindert zu werden.

Sarasin outet den Text dabei in der Einleitung durchaus auch als „Reise zu sich selbst“ (Kapitel 4), als Blick seiner Generation. Was in diesem Fall eben auch bedeutet: als Bilanz eines der prominentesten Vertreters der Kulturgeschichte, der Freude an gehobenen „Kulturmaschinen“ (Kapitel 5) hat. Inhalt und Profilbiographien dieser beiden

Kapitel verweisen dabei zurück auf die soziale Zugehörigkeit des sie auswählenden Zeitgenossen: Anaïs Nin, die obsessiv und freizügig schon lange vor 1968 über ihr Promiskuität schrieb, führt in die „Ve-xierbilder des Ich“, in Psychoboom und „spirituelle Globalisierung“ ein, ein Abschnitt, der in Betrachtungen zur Identitätspolitik endet, einer lustigen und einleuchtenden Volte des vorangehenden Nachdenkens über Esoterik. Danach hat Jacques Prévert, ein leicht genießbarer und vor allem nur leicht politischer Surrealist, die Ehre, mit seinen Gedichten zur Entstehungsgeschichte des Personal Computers überzuleiten. Darauf folgen Abschnitte über die verbindende Kraft der Disco zwischen *upper* und *lower* Manhattan und über den Zwist der postmodernen Architektur mit den städtebaulichen Idealen eines Aldo Rossi, der deswegen an der ETH Zürich nach kurzer Zeit abgesägt wurde. Angesichts solcher Übergänge und Spiralen über soziale Spannungen hinweg kommt mitunter doch Schwindel hoch.

Dem letzten Kapitel, „Schatten der Natur“, steht als Leitvater der CDU-Politiker Ludwig Erhard Pate, als wäre sein Modell der sozialen Marktwirtschaft in den „goldenen 30 Jahren“ von 1945 bis 1975 die letztmögliche Form eines Eingreifens der Politik in das Leben der Menschen. Diese letzte Biographie fällt mit der Hemdsärmeligkeit der Figur und ihrer Verwurzelung im biedereren Wirtschaftswunder der 1950er Jahre aus dem postmodernen Rahmen von 1977 und sticht ziemlich schräg von ihren Vorgängern ab. Erhard wird paradoxerweise für eine Diskussion über die „Kunstnatur des Marktes“ und über liberale Freiheitsideale jeglicher Art herangezogen. Daran schließen sich die Soziobiologie-Debatte und Fragen über die Praktiken der Selbstformung an. Sollten Meme und Gene, so lässt Sarasin abschließend die Frage offen, als ultimative Metadiskurse womöglich ungleich wirkmächtiger sein als der vielbeschworene freie Wille des Menschen? Auf alle Fälle ist 1977 auch das Jahr, in dem das erste Retortenbaby, Louise Brown, das Licht der Welt erblickt, mit deren Biographie die Schlussbetrachtungen beginnen. Die *Brave New World* ereignet sich einfach, ob wir es wollen oder nicht – das scheint abschließend Sarasins Posi-

tion zu sein, der auf den letzten Seiten die gegenwärtige Corona-Pandemie und das drohende Auftrumpfen Russlands und Chinas unterbringen konnte, um damit in den letzten Sätzen wieder zum politischen Rahmen seiner Einleitung zurückzukehren.

Es ist alles in allem eine ernüchternde und auch ermüdende Bilanz der dreißigjährigen Kulturgeschichte, die uns Sarasin hier vorlegt. Sollen mediale Oberflächenstrukturen, die den historischen Wandel *abbilden*, jetzt wirklich das neue Narrativ sein? Denn *erklären* tun sie ihn nicht, und das ist nun mal auch schwierig, wenn Akteure, Multiplikatoren und soziale Rezeptoren in dieser großen postmodernen Erzählung unsichtbar bleiben, zumal als Gruppen, Schichten, Klassen und Eliten. Aber etwas tiefgreifendere Erklärungsversuche täten gerade heutzutage bitter Not, und tatsächlich hätte doch die Kritische Theorie durchaus noch einiges auf Lager, um allerlei irrwitzige Konsumvorlieben der Massengesellschaft auch im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zu analysieren.

*Simona Slanicka*



---

**Birgit Aschmann / Monika Wienfort (Hg.),  
Zwischen Licht und Schatten. Das Kaiserreich  
(1871–1914) und seine neuen Kontroversen**

Campus Verlag: Frankfurt am Main 2022. 399 Seiten, € 32,00

1973 veröffentlichte der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler ein Buch über das Kaiserreich, das den Blick auf die deutsche Zeitgeschichte grundlegend veränderte (Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Göttingen 1973). Damals galt das Kaiserreich noch als die gute alte Zeit einer später verspielten nationalen Einheit und Größe. Laut Wehler handelte es sich aber um einen von Krautjunkern dominierten autoritären Obrigkeitsstaat mit einem feudalisierten Bürgertum und einer defensiven Modernisierung „von oben“, die Deutschland auf das Gleis eines Sonderwegs ins Dritte Reich setzte. Das roch für Kritiker/-innen von rechts und links nach einer fragwürdigen Ex-post-Betrachtung, die allein den Fluchtpunkt 1933 fixierte und die britische „Whig interpretation of history“ (Herbert Butterfield), den Gleichschritt von Modernisierung und Demokratisierung, als Normalfall setzte. Doch Wehlers provokante Thesen konnten sich auch auf die Einschätzungen zeitgenössischer Intellektueller stützen, die das Kaiserreich tatsächlich auf einem – von manchen kritisierten, von anderen begrüßten – antiwestlichen Pfad wählten, so unter anderem Max Weber sowie Heinrich und Thomas Mann. In Form der sogenannten „Ideen von 1914“ wurde die Behauptung eines deutschen Sonderwegs sogar zum integralen Bestandteil der Kriegspropaganda und schließlich zum Minimalkonsens aller rechtsgerichteten Feinde der Weimarer Republik. Der Ex-post-Vorwurf geht folglich ins Leere. Auf Wehlers Buchveröffentlichung folgte ein jahrzehntelanger Historikerstreit um die Sonderwegthese, der zwischenzeitlich durch Bürgertumsforschung und internationale Vergleiche einer primitiven Geschichtspolitik entwunden werden konnte (einen Über-

blick dazu bei: Heinrich August Winkler, *Deutungskämpfe. Der Streit um die deutsche Geschichte*, München 2021, S. 30–45, 242–253).

Nach der Wiedervereinigung erhielt das negative Kontinuitätsnarrativ Konkurrenz von einem nunmehr mit positiven Vorzeichen versehenen Narrativ, das in der Berliner Republik die späte Bestätigung von Bismarcks Reichsgründung erblickte. Sieht man vom Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses ab, ist dieses gemessen an Grundgesetz und Grenzverlauf befremdliche Geschichtsbild politisch substanzlos geblieben. Erst das Auftauchen einer am Kaiserreich orientierten „neuen Rechten“, das hundertundfünfzigste Reichsgründungsjubiläum 2021 und die dreisten Entschädigungsforderungen der Hohenzollern haben dazu geführt, dass die Historikerzunft in die alten Schützengräben zurückgekehrt ist. Schon der Titel des vorliegenden Sammelbandes macht deutlich, dass seine Autor/-innen ein ausgewogeneres Bild des Kaiserreichs dagegensetzen möchten. Hervorgegangen ist der Band aus einer Ringvorlesung an der Humboldt-Universität Berlin im Sommersemester 2021. Weniger aktuell ist der Bezugsrahmen der Beiträge, die sich fast alle als Positionierungen in der Sonderwegdebatte lesen lassen. Frank Becker und Heinz-Gerhard Haupt betonen, dass die Reichsgründung im Krieg 1870/71 einen sozialen Militarismus installierte, jedoch nicht zu einer überdurchschnittlichen Bereitschaft führte, innen- und außenpolitische Konflikte gewaltsam auszutragen. Diese eurozentrische Sichtweise steht allerdings, wie Ulrike Lindner zeigt, im Kontrast zur exzessiven Gewaltausübung in den Kolonien. In Anbetracht der ähnlich gelagerten britischen, französischen und belgischen Kolonialgewalt dürfte eine postkoloniale Auffrischung der Sonderwegthese mit dem neuen Fluchtpunkt 1942 (Wannseekonferenz) aber kaum überzeugen. Sandrine Kott und Wilfried Rudolff betonen das gesellschaftliche Integrationspotenzial des deutschen Sozialstaats. Seine ursprüngliche Intention, die Sozialdemokratie zu bekämpfen und die Loyalität der Arbeiter zu gewinnen, habe er hingegen verfehlt. Die Sozialstaatlichkeit mit Götz Aly als Urgrund einer freiheitsfeindlichen Mentalität zu deuten, geht folglich in die Irre. In Sachen Industrialisierung, Urbanisierung und

Geschlechterverhältnisse sind nie substanzielle Abweichungen vom westlichen Modernisierungspfad behauptet worden. Dennoch werden diese Themen im Sammelband genutzt, um gegen die Sonderwegthese vorzugehen und ein geradezu unbegrenztes Entwicklungspotenzial des Kaiserreichs zu konstatieren. Dabei verwechseln die Beiträger/-innen die Zunahme politischer Partizipation (zum Beispiel durch die Frauenbewegung) mit Demokratisierung. Eine parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung wie in Großbritannien und Frankreich gab es im Kaiserreich nicht, und sie war bis kurz vor der Novemberrevolution nicht einmal angedacht. Das preußische Dreiklassenwahlrecht fiel erst 1917, und das Frauenwahlrecht führte die Weimarer Republik 1919 ein. Dankenswerterweise weist Thomas Mergel auf den eingeschränkten Zugang der in die Städte strömenden Massen zu kommunalem Wahl- und Bürgerrecht hin. Wenn Werner Plumpe von einem kaiserzeitlichen „Wirtschaftswunder“ (S. 225) spricht, trifft das nur auf die Makro-, nicht aber auf die Mikroperspektive zu. Statistische Daten wie Wirtschaftswachstum, Bruttosozialprodukt und Pro-Kopf-Einkommen sagen noch nichts über die subjektive Einschätzung der wirtschaftlichen Lage aus, die falschen Erwartungen und Propaganda aufsitzen kann. Im Gefolge von „Gründerkrach“ und Preisverfall auf dem Agrarmarkt verloren der alte und neue Mittelstand, die Bauern sowie das Bildungsbürgertum den Glauben an einen permanenten Fortschritt durch Industrialisierung, Globalisierung und Freihandel. Stattdessen wandten sich diese Schichten kulturpessimistischem, antiliberalem und antimodernem Gedankengut zu und träumten von der Restauration der Ständegesellschaft oder einer durch Zollschränken geschützten „nationalen“ Wirtschaft. Die Industriearbeiterschaft hegte zwar positivere Zukunftserwartungen, allerdings gerade weil sie das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht für zukunftsfähig hielt. Das hatte wiederum eine verheerende Rückwirkung auf den Mittelstand. Obwohl sich die marxistische Prophezeiung, die Klassengesellschaft werde die Mittelschichten zerreiben, als falsch erwies, beherrschte diese Angst alle, die sich zwischen Bourgeoisie und Proletariat verorteten. Wie Plumpe un-

gewollt bestätigt, scheint nicht ein Zuwenig, sondern ein Zuviel an Modernisierung das Problem gewesen zu sein. Hier setzte in den 1980er Jahren die Kritik von „links“ an der Sonderwegthese (Geoff Eley, David Blackbourn, Richard Evans) an. In der Tat kann man Wehler und seinen Schüler/-innen vorwerfen, zu sehr auf das Verhältnis von Adel und Bürgertum geschaut und dabei die Macht der alten Eliten überschätzt zu haben. Alle Fehlentwicklungen auf Manipulation „von oben“ zurückzuführen, ist nicht gerade überzeugend für einen Ansatz, der von sich behauptet, „Gesellschaftsgeschichte“ zu schreiben.

Die Beiträger/-innen des Sammelbandes kümmern sich dagegen eher um die Ex-post-Bedenken von „rechts“. Christina Morina befasst sich in einem abschließenden Beitrag mit der Rolle des Kaiserreichs in der medialen Kultur der Gegenwart. In den außerwissenschaftlichen Diskursen gehe es zumeist nicht um ein angemessenes Bild der Epoche, sondern darum, die eigene Gegenwart im Spiegel der Vergangenheit zu betrachten. Demgegenüber beansprucht der Sammelband, das Kaiserreich zu historisieren und es identitätspolitischen Fragen aller Art zu entziehen. Gelungen ist ihm das nicht. Anstelle der von den Herausgeberinnen behaupteten Ausgewogenheit (S. 23 f.) wird eine Erfolgsgeschichte mit allenfalls leichten Eintrübungen erzählt. Die Feldzüge gegen die „inneren Reichsfeinde“ betrachtet Hedwig Richter als „Rückschläge“ in einem kontinuierlichen Demokratisierungsprozess (S. 153 f.) – ganz so, als sei Deutschland mit der Einführung des allgemeinen und gleichen Männerwahlrechts auf Reichsebene schon ein demokratischer Staat geworden. An Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit geht das gleichermaßen vorbei. Im Umgang mit der Natur erkennt Birgit Aschmann sowohl Kontinuitätslinien zum Dritten Reich wie zur Berliner Republik. Leider schildert sie die Lebensreformbewegung als Vorläuferin der Ökologiebewegung und schweigt über die bruchlos vorhandenen völkischen Abgründe. Aus der Geschichte des Kaiserreichs hätte man lernen können, dass nicht alles Ökologische und Alternative pauschal „links“ ist. Stattdessen erfahren wir es durch Corona-Protteste und Querdenker auf die harte Tour. Bedenkt man, dass die Forderungen

von Heimatschützer/-innen im Kaiserreich und Klimaaktivist/-innen in der Gegenwart unabhängig von ihrer sachlichen Berechtigung darauf hinauslaufen, ärmere Schichten vom Konsum auszuschließen, strahlt die historische Vorreiterrolle deutscher ökologischer Bewegungen plötzlich nicht mehr so hell.

In seinen späten Veröffentlichungen rückte Wehler von der Feudalisierung des Bürgertums als Kern der Sonderwegthese ab. Ins Zentrum stellte er nun die charismatische Herrschaft Bismarcks, die in der politischen Kultur Deutschlands eine Sehnsucht nach dem „starken Mann“ installiert habe. Diese Wendung der Debatte scheinen die Beiträger/-innen nicht mitbekommen zu haben. Überall dort, wo die Kaiserreich-Forschung in den beiden letzten Jahrzehnten stark war, ist dieser Sammelband (abgesehen vom Kolonialismus) schwach aufgestellt. Die politische Kultur des Kaiserreichs gerät zu einem Zerrbild, wenn man jede zivilgesellschaftliche Regung für progressiv und verwestlichend hält. Eine befremdliche Einigkeit herrscht unter den Beiträger/-innen, dass Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus im Kaiserreich nicht ausgeprägter gewesen seien als anderswo in Westeuropa. Auf die These folgt aber in keinem Beitrag eine überzeugende Beweisführung durch einen systematischen internationalen Vergleich. Kaum etwas erfahren die Leser/-innen über die Herausbildung der radikalen Rechten seit den 1890er Jahren, in Form der wirtschaftlichen und nationalistischen Interessenverbände und der völkischen Bewegung. Stattdessen liest man in einem Beitrag von Christoph Nonn, dass der Antisemitismus ein unbedeutendes Phänomen gewesen sei, das aus der Retroperspektive des Nationalsozialismus aufgebauscht wurde. Gewiss gibt es Historiker/-innen, die die Bedeutung des Antisemitismus im Kaiserreich übertreiben. Doch was Nonn über Judenfeindlichkeit in Vereinen, Verbänden, Medien und sozialen Milieus schreibt, kann man nur als grobe Entstellung von Quellenlage und Forschungsstand bezeichnen. Vielleicht hätte es weitergeholfen, zu fragen, wie die Juden/Jüdinnen selbst ihre Lage einschätzten. Einen Beitrag über das deutsche Judentum sucht man im Sammelband jedoch vergebens. Und auch die anderen

ethnischen Minderheiten, die zusammengenommen immerhin 15 Prozent der preußischen Bevölkerung (einschließlich des Reichslandes Elsass-Lothringen) stellten, kommen nicht vor. Abwesend ist zudem das konfessionelle Konfliktfeld. Die Integration beziehungsweise Desintegration des katholischen Bevölkerungsdrittels im protestantischen Nationalstaat fällt unter den Tisch. Ebenso wenig wird die Regionalität des Kaiserreichs abgebildet, da der Schwerpunkt ganz auf Preußen liegt. Vielleicht war das Kaiserreich für Bismarck und die Hohenzollern, mit deren kultischer Verehrung sich die Beiträge von Robert Gerwarth und Frank Lorenz Müller befassen, ein Großpreußen. Für Bayern/-innen, Badener/-innen und Württemberger/innen war es das gewiss nicht. Am hochindustrialisierten Königreich Sachsen hätte man zeigen können, dass sozioökonomische und politische Modernisierung keineswegs zwingend Hand in Hand gingen. Doch auch für Preußen bleibt der Sammelband die Einbeziehung der Beharrungskräfte schuldig. Völlig ignoriert wird das agrarische Ostelbien, wo Sozialstrukturen vorherrschten, die Osteuropa deutlich näher standen als Westeuropa. Kein Wunder, denn die preußischen Ostprovinzen passen schon in geographischer Hinsicht nicht zur offenbar erwünschten Verortung des Kaiserreichs im europäischen Westen. Kein Wort fällt über das irredentistische Auslandsdeutschtum, das sich insbesondere in Österreich-Ungarn durch die kleindeutsche Lösung abgehängt fühlte. Kurzum: Der Sammelband ist kein Abbild des gesellschaftlichen Pluralismus, sondern argumentiert vorwiegend aus der Perspektive der preußischen, protestantischen, nationalliberalen, urbanen und bürgerlichen „Leitkultur“, was im Beitrag von Winfried Nippel über die Deutungsmacht Berliner Historiker wie Johann Gustav Droysen, Heinrich von Treitschke und Theodor Mommsen besonders deutlich hervortritt. Es fehlt die Wahrnehmung der Peripherie, zu der nicht nur die Kolonien gehörten. Letztendlich wird das Wehlersche Zerrbild durch ein neues ersetzt, indem die meisten Beiträge suggerieren, das Kaiserreich habe sich nicht wesentlich von zeitgenössischen westeuropäischen Ländern unterschieden. Aus der Einbahnstraße in den Nationalsozialismus wird die Ein-

bahnstraße in die westliche Demokratie. Doch warum kollabierte das Kaiserreich dann im Ersten Weltkrieg, während die politischen Systeme Großbritanniens und Frankreichs, deren Eliten in Friedenszeiten neidisch auf die vermeintliche Effizienz und Stabilität des Rivalen schauten, die europäische Urkatastrophe überlebten? Dieser Frage weicht der Sammelband aus, indem er das Kaiserreich 1914 statt 1918 enden lässt. Die Ausdehnung der Kaiserreich-Apologie auf den Ersten Weltkrieg wäre dann aber auch des Schlechten zu viel gewesen.

Die Tatsachen, dass Rechtsextreme sich heute „Reichsbürger“ nennen, schwarz-weiß-rote Fahnen schwenken, sich ins zweite statt ins Dritte Reich zurücksehnen und gemeinsam mit dem Prinzen eines einst herrschenden thüringischen Fürstenhauses einen Putsch gegen die Demokratie planen, sollten deutlich machen, dass historische Aufklärung über das Deutsche Kaiserreich dringender geboten ist denn je. Dazu gehört zum einen, die widersprüchliche Vielfalt seines Erbes und den Pluralismus seiner stark fragmentierten Gesellschaft den rechten Vereinnahmungsversuchen entgegenzusetzen. Zum anderen gehört dazu aber auch die Bereitschaft, Licht auf die Schattenseiten zu werfen. Beides wird im Sammelband durch die kritische Auseinandersetzung mit der Sonderwegthese eher behindert als befördert. „Helle“ und „dunkle“ Seiten sortieren die Autor/-innen, darin dem bekämpften Wehler folgend, nach modernisierungstheoretischen Kriterien. In der Bilanzierung von Licht und Schatten setzen die meisten Beiträge auf eine neue teleologische Meistererzählung, die von einem unaufhaltsamen Siegeszug von Emanzipation und Demokratie handelt oder diese Schlussfolgerung wenigstens implizit nahelegt. Die „Whig interpretation of history“ gilt im angelsächsischen Raum als Auslaufmodell. Ihre Ausdehnung auf Deutschland muss angesichts der zahlreichen Regimewechsel und Strukturbrüche wissenschaftlich misslingen und kann geschichtspolitisch nur Schaden anrichten. So wird das Kaiserreich zur Vorgeschichte der Berliner Republik und die Novemberrevolution ebenso zu einem „Betriebsunfall“ wie der Nationalsozialismus – und von dort ist es bis

zum geschichtsrevisionistischen „Vogelschiss“ (Alexander Gauland) nicht weit.

Um mit Wehlers Kontrahenten Thomas Nipperdey von einer „offenen Geschichte“ (Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2: *Machtstaat vor der Demokratie*, München 1992, S. 877–908) sprechen zu können, ist es erforderlich, auch positiv gewendete Teleologien restlos zu verabschieden und komplett neue Kontinuitätsfragen zu stellen. Profitierte nicht auch der Nationalsozialismus von den „hellen“ Seiten des Kaiserreichs? Lassen sich die Schattenseiten nicht auch ohne den Umweg über das Dritte Reich in der Berliner Republik wiederfinden? Und in welcher Beziehung steht das Kaiserreich zur Weimarer Republik und zur DDR, die in den Kontinuitätsdebatten bisher so gut wie gar keine Rolle spielen? Das lineare Modernitätsverständnis der Anhänger/-innen wie der Gegner/-innen der Sonderwegthese ließe sich auf diese Weise durch eine Modernisierungstheorie ersetzen, die Strukturbrüche stärker gewichtet sowie ohne einen normativen Überschuss an Fortschrittsgläubigkeit oder Kulturpessimismus auskommt.

Definiert man Zeitgeschichte als die Geschichte der Mitlebenden, gehört das Kaiserreich nicht mehr dazu. Doch seine Spuren reichen so weit in die folgenden Epochen und in die Gegenwart hinein, dass der zunehmende zeitliche Abstand das Interesse einer gebildeten Öffentlichkeit nicht mindert. Deshalb wird dieser Sammelband zum Glück nicht das letzte Wort über das Deutsche Kaiserreich gesprochen haben.

*Thomas Gräfe*



---

## Sven Brajer, Am Rande Dresdens? Das völkisch-nationale Spektrum einer „konservativen Kulturstadt“ 1879–1933

Telem Verlag: Dresden 2022. 685 Seiten, € 44,80

Dresden entwickelte sich im späten 19. Jahrhundert zu einer Hochburg des politischen Antisemitismus und der völkischen Bewegung. Während die Antisemitenparteien in anderen Regionen kaum Fuß fassten oder im Niedergang begriffen waren, bildeten sie in Dresden über Jahrzehnte hinweg einen bedeutenden Faktor der Lokalpolitik. Führende völkische und rechtskonservative Intellektuelle ließen sich in der Stadt nieder und konnten auf ein dichtes Netz an Vereinen, Verbänden, Zeitungen, Zeitschriften und Verlagen zurückgreifen. Der Einbruch der radikalen Rechten in den urbanen Raum, der andernorts erst während der Weimarer Republik gelang, fand in Dresden mindestens vierzig Jahre früher statt. Zahlreiche Spezialstudien haben bereits auf dieses Phänomen hingewiesen, aber kaum nach Gründen in den soziokulturellen Besonderheiten der Elbmetropole gesucht. Die Stadtgeschichtsschreibung hält wiederum antisemitische und völkische Kreise in der Zeit vor dem Aufstieg der NSDAP für marginal.

Sven Brajers Dissertation führt nun erstmals den Forschungsstand zur völkischen Bewegung mit der Dresdener Stadtgeschichte zusammen. Dies gelingt dem Autor mit einer sozial- und generationengeschichtlichen Netzwerkanalyse, die nach persönlichen Verbindungen von Akteur/-innen und ihrer Verankerung in der Stadtgesellschaft fragt. Angesichts zahlreicher Mehrfachmitgliedschaften in Parteien, Vereinen und Verbänden, der Einbindung städtischer Honoratioren sowie des Zusammenwirkens rivalisierender Weltanschauungsproduzent/-innen erscheint die Abgrenzung der Völkischen von Konservatismus und „altem“ Nationalismus für den Dresdener Fall nicht haltbar. Erst recht gilt

das für Stefan Breuers Diagnose, die völkische Milieubildung sei gescheitert (Stefan Breuer, *Die radikale Rechte in Deutschland 1871–1945*, Stuttgart 2010). Seit den späten 1870er Jahren entstand in Dresden ein heterogenes Milieu aus antisemitischen Parteien, mittelständischen und nationalistischen Interessenverbänden, Kulturvereinen und einschlägigen Verlagen. Rechte Funktionär/-innen, Aktivist/-innen und intellektuelle Bohemiens standen laut Brajer durchaus nicht am Rande der Stadtgesellschaft. Vielmehr durften sie auf Sympathien in Kirche, Militär, Turn- und Gesangvereinen, Beamten-, Lehrer-, Professoren- und Studentenschaft bauen.

Der 1879 gegründete Reformverein, die Hausbesitzervereinigung und die Deutschkonservative Partei bildeten eine rechtsradikale Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung, die erst durch die Liberalisierung des Kommunalwahlrechts in Gefahr geriet. Der Alldeutsche Verband war mit einer mitgliederstarken Ortsgruppe in Dresden vertreten sowie exzellent mit der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Elite der Stadt vernetzt. Über den Wagnerianismus, den Bismarck-Kult und die Heimatkunstabewegung konnte sich völkisches Gedankengut auch in der Kulturszene der Stadt verwurzeln. Das 1912 gegründete Deutsche Hygiene-Museum machte die Elbmetropole neben Freiburg, München und Berlin zu einer Hauptwirkungsstätte von Eugeniker/-innen und Rassenhygieniker/-innen. Eine Dresdener Besonderheit war die Herausbildung eines völkisch-lebensreformerischen Milieus um exzentrische Personen wie Julius Langbehn, Heinrich Pudor, Max Bever und Bruno Tanzmann. Die Gartenstadt und Künstlerkolonie Hellerau war nicht nur ein weltoffenes Laboratorium der Moderne, sondern gleichzeitig ein Laboratorium der völkischen Anti-Moderne. Leider wird der *Kunstwart*-Herausgeber Ferdinand Avenarius, der bei der Versöhnung des konservativen mit dem völkisch-avantgardistischen Antimodernismus eine Schlüsselrolle spielte, nur beiläufig erwähnt.

Für die starke Präsenz der völkischen Bewegung in Dresden wie in Sachsen insgesamt macht Brajer das Zusammenspiel mehrerer Faktoren verantwortlich. Die für andere Städte, wie zum Beispiel Stuttgart, zu-

rückgewiesene Krisentheorie Hans Rosenbergs findet in Dresden eine eindrucksvolle Bestätigung. Die sächsische Residenzstadt wurde als Handwerks-, Handels- und Finanzzentrum, das von exportabhängigen Industriebetrieben umgeben war, besonders hart vom „Gründerkrach“ getroffen. Während sich der politische Liberalismus in anderen urbanen Zentren noch bis zum Ende des Kaiserreichs behaupten konnte, gelang ihm das in Sachsen nicht beziehungsweise nur mit Zugeständnissen an die extreme Rechte. Hierzu gesellten sich weitere Besonderheiten in der politischen Kultur. In den Kriegen 1756–63, 1813 und 1866 stand das Königreich Sachsen auf der „falschen“ Seite. Das hatte nicht nur Gebietsverluste zur Folge, sondern führte auch zu einer nationalistischen Überkompensation nach der Reichsgründung 1871. Das protestantische Klein- und Bildungsbürgertum war in Dresden überproportional vertreten, sah sich allerdings durch Zuwanderung aus dem Aus- und Umland sowie eine beschleunigte Industrialisierung in die Defensive gedrängt. Insbesondere die Wahlerfolge der SPD nach der Jahrhundertwende und die kurzzeitige Regierungsbeteiligung der KPD 1923 wurden als Bedrohung wahrgenommen. Das hatte eine kulturpessimistische Mentalität und die Fixierung auf eine mittelständisch-protestantische Volksgemeinschaftsideologie zur Folge. Ein Gegengewicht wie das liberale Bürgertum in Berlin, das jüdische Bürgertum in Breslau oder das katholische Bürgertum in München fehlte in Dresden. Eine nicht unbedeutende Rolle spielte die geografische Nähe zu Böhmen, von wo aus die österreichischen Deutschnationalen ihre besonders aggressive Mischung aus Nationalismus, Antisemitismus und Antislawismus erfolgreich nach Sachsen exportierten. Nicht folgen kann man Brajers Einschätzung, die Monarchie habe „kaum zur Genese der völkischen Bewegung in der Stadt“ beigetragen (S. 59). Ernennungen, Auszeichnungen und Personalpolitik zeigen, dass die Wettiner, ähnlich wie die anderen mitteldeutschen Fürstenhäuser, wenig Berührungspunkte gegenüber völkischen Aktivisten hatten.

Kriegsniederlage, Novemberrevolution sowie die politische und wirtschaftliche Instabilität der Weimarer Republik führten zu einer Radi-

kalisierung und Militarisierung des völkischen Milieus. Die Front- und Kriegsjugendgeneration bildete, vermittelt über Freikorps und andere Wehrverbände, ein großes Rekrutierungsreservoir für die radikale Rechte, mit der sich in Dresden auch die bürgerlichen Parteien links von der DNVP verbündeten. Die NSDAP war nur eine von zahlreichen völkischen Splittergruppen, bevor es ihr ab 1930 gelang, das rechte Lager fast vollständig aufzusaugen. Radikaler Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus waren zu diesem Zeitpunkt längst integraler Bestandteil der politischen Kultur der Stadt, weshalb den Dresdenern der Nationalsozialismus als „alter Wein in neuen Schläuchen“ (S. 567) erschien.

Zu dieser Kontinuität mochten sich die Nationalsozialist/-innen allerdings nicht bekennen. Die NSDAP begriff sich nach italienischem Vorbild als straff organisierte faschistische Massenpartei mit Führerprinzip. Das war nicht nur ein Kontrastprogramm zu den Vereinsstrukturen sowie den Netzwerken der Honoratiorenpolitiker und Intellektuellen der kaiserzeitlichen Rechten, sondern auch zum Erscheinungsbild der eigenen Dresdener Ortsgruppe, die bis 1928 immer wieder gegen die sächsische Gauleitung und die Münchener Zentrale opponierte. In *Mein Kampf* kritisierte Adolf Hitler die völkische Bewegung als rückwärtsgewandt und sektiererisch. Nicht weltanschauliche Differenzen, sondern die vermeintliche Erfolglosigkeit der Völkischen veranlasste die NSDAP, sich von ihnen zu distanzieren. Historiker wie Uwe Puschner und Gregor Hufenreuter folgen bis heute der Einschätzung Hitlers und schildern die Völkischen als kleine, zersplitterte und exotische Such- und Sammlungsbewegung, die allenfalls Teile des Kleinbürgertums und des akademischen Prekariats mobilisierte. Nach der Anschlussfähigkeit über die eigene Resonanzkammer hinaus fragen sie nicht. Brajers Studie macht nun darauf aufmerksam, dass völkisches Gedankengut zumindest in regionalen Hochburgen nicht erst in der Weimarer Republik eine erhebliche Breitenwirkung erzielte, sondern schon im Kaiserreich mit Bürgerlichkeit, hoher Bildung und Großstadtkultur vereinbar war. Berührungspunkte von Seiten konservativer Honoratioren gab es in Dresden zu keinem Zeitpunkt. Wo die Stadt damit im sächsischen und

gesamtdeutschen Kontext stand, wird eine von Brajer angeregte vergleichende Regionalgeschichte erst noch klären müssen (S. 612 f.).

Rechtspopulismus und „neue Rechte“ greifen gerade in Ostdeutschland massiv auf das ideologische Erbe des Kaiserreichs zurück, was vielen Verantwortlichen in Politik und Medien aufgrund der einseitigen Fixierung der Erinnerungskultur auf das Dritte Reich und die DDR leider entgeht. Gruppierungen wie AfD, Pegida, Reichsbürger, Querdenker und Freie Sachsen werden immer noch als vermeintlich isolierte Subkulturen belächelt, mit einer unstimmigen Totalitarismustheorie aus der autoritären DDR-Vergangenheit erklärt oder vorschnell in die Neonazi-Szene einsortiert. Hier kann Brajers sorgfältig recherchierte Arbeit eine dringend erforderliche historische Aufklärung leisten. Bedauerlich ist allerdings, dass es ihr in einigen Passagen an sprachlichem Geschick mangelt. Zudem hätte sie ein gründlicheres Lektorat verdient gehabt. Mehrfach fällt der falsche Gebrauch des psychologischen Fachbegriffs „Projektion“ auf (S. 515). Der österreichische Alldeutsche Georg von Schönerer erhält einen falschen Vornamen (S. 339). Dem Weltkriegsgeneral und NSDAP-Politiker Erich Ludendorff verleiht der Autor posthum einen Adelstitel (S. 573). Diese und einige weitere vermeidbare Flüchtigkeitsfehler können das Gesamtbild einer bahnbrechenden Studie jedoch kaum trüben.

*Thomas Gräfe*

## Uwe Fuhrmann, *Feminismus in der frühen Gewerkschaftsbewegung (1890–1914). Die Strategien der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen um Paula Thiede*

Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung Bd. 199, transcript Verlag: Bielefeld 2021. 214 Seiten, € 24,99 und kostenfrei online unter: [[www.transcript-verlag.de/media/pdf/2c/b7/a7/oa9783839459225.pdf](http://www.transcript-verlag.de/media/pdf/2c/b7/a7/oa9783839459225.pdf)]

Uwe Fuhrmanns Buch erzählt vom Kampf der Gewerkschafterin Paula Thiede und ihrer Kolleginnen (sowie einiger mit ihnen verbundener Arbeiter) um Gleichberechtigung, die Anerkennung von Arbeiterinneninteressen, Mitbestimmung, es erzählt von Arbeitskämpfen und Streiks, von Siegen und Niederlagen. Dass immer öfter zu Unrecht vergessene Frauen auch durch männliche Autoren wieder in Erinnerung gerufen werden, die ihre Biografien recherchieren, bearbeiten und interpretieren, verdient ein großes Lob. Ohne den Kampf und die unermüdliche Arbeit der Neuen Frauenbewegungen von 1968 und der 1970er Jahre, die sich auf ihre Wegbereiterinnen besannen und die Frauenforschung zunächst in den Sozialwissenschaften und dann in anderen Disziplinen wie auch den Geschichtswissenschaften etablierten, wäre es wohl kaum dazu gekommen. Noch im August 2020 wurde ich in einem Interview nach dem Stellenwert der Frauengeschichte innerhalb der „seriösen“ Geschichtswissenschaften gefragt. Denn die „allgemeine Geschichtswissenschaft“ ist bekanntlich lange Zeit ohne die „Frauengeschichte“ ausgekommen, und sie ist auch heute leider noch oft ohne größere Mühe aus den „seriösen“ Wissenschaften wegzudenken. Aber was ist eine „seriöse“ Wissenschaft, wenn sie die Hälfte der Menschheit vergisst? Falls sich an dieser Ignoranz durch das Eindringen der Männer

in die historische Frauenforschung etwas ändern sollte, ist das ein großer Fortschritt. Wenn dadurch zudem Arbeiterinnen, wie im Falle Paula Thiedes, gewürdigt werden, ist das ein Gewinn. Denn die Geschichte der Arbeiterinnenbewegung wird auch von den bürgerlichen Wissenschaftlerinnen immer noch vernachlässigt. Bürgerliche Wissenschaftlerinnen schreiben – von Ausnahmen abgesehen – im Wesentlichen über bürgerliche Frauenbewegungen und ihre berühmten Protagonistinnen.

Paula Thiede war eine der beinahe vergessenen Frauen aus der Arbeiterinnenbewegung. Einige wenige Frauenforscherinnen haben zwar ihr frauenpolitisches Engagement beleuchtet, ihr darüber hinausgehender Kampf um Gleichberechtigung (nicht nur) innerhalb der Gewerkschaften ist aber noch wenig erforscht. Paula Thiedes frauenpolitischer Kampf fußte auf der Handlungsmacht und der Solidarität der gut organisierten Hilfsarbeiterinnen im Druckgewerbe. Sie selbst war nicht nur Arbeitertochter, sondern arbeitete auch in einer Druckerei als Hilfsarbeiterin bzw. als Anlegerin – ein Beruf, den es heute nicht mehr gibt. Das heißt, sie führte Papier in eine Druckpresse ein. Bereits 1890 war sie Mitgründerin des „Vereins der Arbeiterinnen an Buch- und Steindruck-Schnellpressen“; 1892 wurde sie in dessen Vorstand gewählt. „Gemeinsam mit solidarischen KollegInnen entwickelt[e] sie Strategien, um die Anliegen von Gleichberechtigung und Gewerkschaftsarbeit zu verbinden und [Frauen]interessen erfolgreich zu vertreten.“ (Klappentext) Uwe Fuhrmann stellt in seiner Studie nicht nur den Lebensweg von Paula Thiede und ihrer Kolleginnen dar, er zeichnet auch die Geschichte einer außergewöhnlichen Gewerkschaft im Deutschen Kaiserreich nach. Es ist die Geschichte des „Verbands der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands“ (VBHi), der 1898 durch den Zusammenschluss der Frauengewerkschaft „Verein der Arbeiterinnen an Buch- und Steindruck-Schnellpressen“ und dem „Berliner Lokalverein der Hilfsarbeiter im Buchdruckgewerbe“ entstanden ist. Die Frauengewerkschaft von 1890 bezeichnet Fuhrmann als Grundstein dieses geschlechtsübergreifenden Verbands. Eine Frauengewerkschaft war keine Selbstverständlichkeit, schließlich verbot die „Preußische

Vereinsgesetzgebung“ von 1850, die bis 1908 in Kraft war, jegliche politische Interessenvertretung von Frauen. Eine Frauengewerkschaft war zudem ein Novum in der frühen patriarchal geprägten Gewerkschaftsbewegung. Und sie ist auch bis heute ein Novum geblieben. Die erfolgreiche Etablierung einer Frauengewerkschaft steht bis heute aus.

Paula Thiede wurde bereits bei der Gründungsversammlung des VBHi – trotz der nun männlichen Konkurrenz – zur ersten Vorsitzenden gewählt. Dem Vorstand gehörte auch Gertrud Hanna an, die 1907 hauptberufliche Sekretärin des Berliner Arbeiterinnen-Komitees wurde und 1909 das Amt der Leiterin des Arbeiterinnensekretariats der Freien Gewerkschaften übertragen bekam (vgl. Gisela Notz (Hg.), *Wegbereiterinnen. Berühmte, bekannte und zu Unrecht vergessene Frauen aus der Geschichte*, Neu-Ulm 2020, S. 145). Einige von Thiedes Mitstreiterinnen führt Fuhrmann im Kapitel 5 seines Buches zwar an, über die gemeinsamen Strategien und die Zusammenarbeit der Frauen wird jedoch – obwohl der Untertitel des Buches das verspricht – wenig berichtet. Schade auch, dass Heiratsurkunden offensichtlich vom Autor als wichtigere Quellen angesehen werden als schriftliche Quellen von Zeitzeuginnen, mit denen die Akteurinnen zusammengearbeitet haben und die längst auch bestätigt sind (zum Beispiel Marie Juchacz über die Schwestern Gertrud und Emma Hanna). Bemerkenswert ist, dass die Hilfsarbeiterinnen nach der Vereinigung nicht untergingen, sondern im langen Vereinsnamen ihren Platz behielten. Das erfährt man zumindest durch das Titelbild des Buches. Ihre Frauengewerkschaft existierte unter der Bezeichnung „Zahlstelle 1“ sogar als eigenständige Berliner Gruppe in der reichsweiten Gewerkschaft weiter.

Fuhrmann arbeitet die spezifischen Schwierigkeiten heraus, die für Frauen aus der Doppel- und Dreifachbelastung von Erwerbsarbeit, Sorgearbeit und politischem Engagement erwachsen und ihnen Schlaf, Ernährung und Freizeit raubten. Daran hat sich bis heute nur wenig geändert. Er betont darüber hinaus immer wieder die Einzigartigkeit der Buchdrucker-Hilfsarbeiterinnen-Gewerkschaft und verweist auf die außerordentlich hohe Beteiligung von Frauen am Streikgeschehen, den



hohen weiblichen Mitgliederanteil, die gewerkschaftlichen Unterstützungssysteme, welche bereits dem Prinzip von Versicherungen ähnlich waren, die Wöchnerinnenunterstützung und die Möglichkeit einer ruhenden Mitgliedschaft während betrieblicher Auszeiten.

Verwunderlich ist allerdings, dass Fuhrmann selbst den Ansatz vertritt, dass Gleichheit durch ungleiche Behandlung befördert werden könne, und dass er diesen Ansatz auch als prägend für die VBHi-Programmatik sieht (S.29). Er verdeutlicht das anhand eines Beitrags in der Verbandszeitung *Solidarität* vom 1. April 1916, der eindeutig von einem Differenzfeminismus ausgeht und eine Lanze für die Andersbewertung aufgrund eines vermeintlich weiblichen Wesens bricht: ein Ansatz, der allerdings bei Paula Thiede und ihren Mitstreiter\*innen – bis heute – kaum Anhänger\*innen fand. Dass in derselben Zeitung auch gleiche Rechte für Männer und Frauen sowie gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit gefordert wird, stellt für Fuhrmann keinen Widerspruch dar. Das ist es aber nur dann nicht, wenn davon ausgegangen wird, dass Frauen in der Berufsarbeit andere Voraussetzungen besitzen, weshalb weibliches Arbeitsvermögen anders bewertet werden dürfe. Für die Geschlechterforschung bildet dieser Mann-Frau-Dualismus heute keinen Gegenstand mehr (vgl. Friederike Kuster, Mann – Frau. Die konstitutive Differenz der Geschlechterforschung, in: Beate Kortendiek / Birgit Riegraf / Katja Sabisch (Hg.), *Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung*, Bd. 1, Wiesbaden 2019, S.3–12). Es steht zudem im Widerspruch zu der von Fuhrmann beanspruchten intersektionalen Perspektive.

Was irritiert, ist auch der Buchtitel: Feminismus in der frühen Gewerkschaftsbewegung. Wie Uwe Fuhrmann richtig vermerkt, haben weder Paula Thiede noch ihre Mitstreiterinnen den Begriff „Feminismus“ benutzt. Das ist nicht verwunderlich, denn der Begriff war zwar um die Jahrhundertwende bekannt und verbreitet, als Feministinnen bezeichneten sich damals jedoch die Frauen aus der bürgerlichen Frauenbewegung, die die gleichen Rechte wie „ihre“ Männer forderten und nicht bereit waren, den Kampf der Arbeiterinnen um volle soziale und

menschliche Emanzipation zu unterstützen. Die Trennlinie verlief zwischen Feminismus und Sozialismus. Heute ist Feminismus kein eindeutiger Begriff, es gibt viele Feminismen und man kann Laurie Pennys Deutung zugrunde legen, die Feminismus nicht als Beschreibung des Seins, sondern des Handelns verwendet, und in diesem Sinne feststellen, dass Paula Thiede, Clara Zetkin und viele andere aus der gewerkschaftlichen und sozialistischen Frauenbewegung feministisch gehandelt haben. Man sollte sie jedoch aus ihrer Zeit heraus verstehen und sie nicht nachträglich zu Feministinnen stempeln. Auch in der historischen Betrachtung war Feminismus immer auch eine Bewegung, und zur Zeit Paula Thiedes war es eben eine bürgerliche Bewegung. Das änderte sich erst mit der Neuen Frauenbewegung der 1970er Jahre, die den Begriff verallgemeinerte. Schließlich dauerte es bis in die Jetztzeit, bis sich Gewerkschafterinnen als Feministinnen zu erkennen geben.

Ob Paula Thiede „keine Revolution gefordert“ hat (S. 25), wissen wir nicht. Wie Fuhrmann selbst beschreibt, haben sich die „Hilfsarbeiterinnen intensiver am ‚Kampf zwischen Kapital und Arbeit‘ beteiligt, als die weiblichen Mitglieder anderer Gewerkschaften“ (S. 26). Thiede stand auch nicht im Gegensatz zu Clara Zetkin und Ottilie Baader, die sich (zunächst) gegen Frauenvereine aussprachen, denn auch sie entschloss sich für den gemeinsamen Kampf, nachdem immer mehr Männer in ihren Arbeitsbereich eindringen. Nicht zu vergessen ist – Fuhrmann vermerkt es im Schlusskapitel –, dass sie sich auf der Konferenz der Sozialistischen Fraueninternationale 1910 gemeinsam mit Clara Zetkin und Gertrud Hanna für den Kampf ums Frauenwahlrecht und den Internationalen Frauentag, wie er heute noch heißt, eingesetzt hat.

Die Frauen um Paula Thiede vereinte eine intersektionale Perspektive, denn ihnen ging es um den „Kampf aller Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechts gegen alle Ausbeutenden, ebenfalls ohne Unterschied des Geschlechts“, wie Ottilie Baader bei der ersten Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen unter dem Vorsitz von Clara Zetkin 1907 in Stuttgart bereits hervorgehoben hatte (Ottilie Baader, in: Berichte für die Erste Internationale Konferenz sozialistischer Frauen,

Berlin 1907, S.3–20; hier: S.4). An der intersektionalen Perspektive orientiert sich auch der Autor (S.18). Hier wird allerdings seine methodische Schwäche deutlich. Zwar verweist er auf die Machtverhältnisse um Klasse und Geschlecht; andere Kategorien wie Alter, Habitus, Bildung, Ethnizität, Nationalität, Religion, Hautfarbe sowie physische und psychische Voraussetzungen bleiben dagegen unberücksichtigt. Da war Baader weiter: Ihr ging es um alle Ausgebeuteten.

Die intersektionale Perspektive gibt es schon lange. Der Begriff kam 1980 durch die amerikanische Juristin Kimberlé Crenshaw aus den USA nach Deutschland. Crenshaw hätte im vorliegenden Buch einer Erwähnung bedurft, ebenso wie Michael Foucault, der ungenannt bleibt, obwohl sein Ansatz der Dispositivanalyse Fuhrmann – wie er selbst schreibt – sehr geholfen hat (S.18). Fuhrmann ist kein Frauen- und Geschlechterforscher, das Feld ist für ihn neu und er entschuldigt sich damit, dass er aus Gründen der Lesbarkeit auf theoretische Darlegungen und methodische Diskussionen verzichtet. Aber auch Nicht-Wissenschaftler\*innen hätte es vielleicht interessiert, welche Menschen hinter den von ihm genannten Theorien stehen, die für seine Schlussfolgerungen so aufschlussreich waren. Auch die Proletarierinnen haben zu ihrer Zeit August Bebel und Friedrich Engels gelesen, mitunter auch Karl Marx und andere.

Das vorliegende und auf jeden Fall bemerkenswerte Buch über die Geschlechterfrage in der frühen Gewerkschaftsbewegung vermittelt einen Einblick in die Lebens- und Arbeitswelt der Proletarierinnen, die vielfältigen Machtverhältnissen durch kapitalistisch-patriarchale Strukturen ausgesetzt waren. Fuhrmann zählt dazu nicht nur Staat, Gesellschaft und Familie, sondern auch die durch Männer geprägte Gewerkschaftswelt. Um dieses weite Feld zu bearbeiten, hat sich der Autor sowohl mit historischen Quellen als auch mit in jüngerer Zeit erschienenen Veröffentlichungen auseinandergesetzt. Und er bleibt – trotz methodischer und theoretischer Schwächen – nicht beim Aufzeigen der Schwierigkeiten stehen, sondern hebt auch die Erfolge der Frauen hervor. Da ist vor allem das in der gewerkschaftlichen Praxis erarbeitete

Selbstbewusstsein der Funktionärinnen zu nennen und deren „Übernahme *echter* Verantwortung“ (S. 63, Hervorhebung durch den Autor). Ausdrucksvoll beschrieben ist der große reichsweite Streik der Buchdrucker von 1891, den die Hilfsarbeiterinnen unterstützten, weil sie ihn mit der Hoffnung auf die Verbesserung ihrer eigenen Arbeitsbedingungen verbanden und weil sie solidarisch mit den Kollegen waren. Als Technik der Emanzipation wird die Gründung einer eigenen Arbeitsvermittlung für Buchdruck-Hilfsarbeiterinnen beschrieben. Dem Arbeitsnachweis widmet Fuhrmann ein ganzes Kapitel, denn mit ihm haben die lohnabhängigen Frauen die Stellenvermittlung in eigene Hände genommen; sie konnten damit entscheiden, welche Arbeitskräfte sie an welche Druckerei vermitteln wollten. So konnten sie einzelne Betriebe unter Druck setzen und sich gegen Lohndrückerei sowie Betrug bei der Arbeitsvermittlung verteidigen. Der Arbeitsnachweis spielte in der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung eine bedeutende Rolle und wurde später durch die Einführung der Tarifverträge abgelöst.

Nicht immer wurden Frauen in gleicher Weise von solidarischen Männern unterstützt – darunter hatte auch Paula Thiede selbst zu leiden –, dennoch konnten diese auch Lernprozesse auslösen. Letztlich waren es vor allem Männer, die Paula Thiede zur Gewerkschaftsvorsitzenden wählten. „Normale Arbeiter aus normalen Familien“, wie Uwe Fuhrmann betont (S. 143), waren es auch, die ein „bemerkenswertes solidarisches Bewusstsein und Verhalten“ entwickelten, was er an mehreren Beispielen verdeutlichen kann. Verdienstvoll ist zudem, dass in dem Buch weitere Protagonistinnen der Bewegung, wie Ida Altmann Gertrud, Emma und Antonie Hanna und etliche andere Frauen, gewürdigt werden. Über diese und andere Frauen um Paula Thiede hätte man gerne mehr erfahren als das, was sich den wenig aussagekräftigen Kurzbeschreibungen entnehmen lässt (S. 146 ff.), die kaum einen Zusammenhang mit Thiedes emanzipatorischer Arbeit und mit ihren möglichen Netzwerken erkennen lassen. Bereichernd wäre in diesem Zusammenhang ein Rückgriff auf feministische Netzwerktheorien gewesen, die davon ausgehen, dass Menschen in Beziehungen eingebettet sind und

nicht losgelöst von ihren sozialen Beziehungen betrachtet werden können. Schließlich geht es auch um den Einfluss der Überzeugungsarbeit, der von den Frauen des „Vereins der Arbeiterinnen an Buch- und Steindruck-Schnellpresse“ ausging und die frühe Gewerkschaftsbewegung prägte. Er beruhte nicht zuletzt auf einem dezidiert vertretenen, heute kaum mehr erwähnten Arbeiterbewusstsein als Klassenbewusstsein. Ohne dieses Klassenbewusstsein als kollektive Identität, das zum klassenbewussten Handeln führt, hätten sich die Gesamtgewerkschaften vielleicht überhaupt nicht entwickeln können.

Mit dem Buch über die Strategien der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter\*innen um Paula Thiede hat Uwe Fuhrmann auf jeden Fall eine Geschichte aufgeschrieben, die auch heute erstaunlich aktuell ist, wenn es um die Frage nach Gleich- und Ungleichbehandlung im Sinne der Emanzipation aller Geschlechter geht. Noch lange haben wir nicht die volle Gleichberechtigung erreicht. Es gilt also weiterzukämpfen. Es geht darum, alte verkrustete Strukturen aufzubrechen. Dass das Buch nicht nur zur Erinnerung an die kämpfenden mutigen Frauen zu Beginn der Gewerkschaftsbewegung Anlass bieten sollte, sondern auch zur Ermutigung für aktuelle Kämpfe, darauf weist Cornelia Berger im Geleitwort am Anfang des Buches hin: „Nicht nachlassen, sich nicht ins Bockshorn jagen lassen und das, was uns zusteht, einfordern, jetzt sofort“ (S. 11). Dass das möglich ist und dass man – auch als Gewerkschafter\*in – gegen den Strom schwimmen kann, haben uns die Kolleginnen vor mehr als hundert Jahren gezeigt.

*Gisela Notz*

## Sylvia Wagner, Arzneimittelversuche an Heimkindern zwischen 1949 und 1975

Mabuse-Verlag: Frankfurt am Main 2020. 243 Seiten, € 34,95

Die Autorin erbringt mit ihrer Studie den Nachweis, dass Arzneimittelversuche an Kindern und Jugendlichen in der Bundesrepublik durchgeführt wurden, und bezogen auf die ehemalige DDR hat sie wichtige Hinweise auf eine ähnliche Praxis gegeben. Sie hat außerdem nachgewiesen, dass in großem Umfang in stationären Einrichtungen zur ‚Ruhigstellung‘ und zur ‚Dämpfung des Sexualtriebs‘ von Kindern und Jugendlichen Medikamentenmissbrauch betrieben wurde. Dank des langjährigen Engagements und der empirischen Forschung von Sylvia Wagner sowie zahlreicher Veröffentlichungen auch in *Sozial.Geschichte Online* können die politisch und fachlich verantwortlichen Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe, der Hilfe für Menschen mit Behinderungen und der Kinder- und Jugendpsychiatrie diese Jahrzehnte lang betriebene Praxis jetzt nicht mehr leugnen, und auch die beteiligte Pharmaindustrie ist durch die Befunde in Erklärungsnot geraten.

Einleitend bedankt sich die Autorin bei den ehemaligen Heimkindern, denen sie entscheidende Impulse für ihre Forschungsarbeit verdankt: „Sie haben mich durch ihre Berichte auf das Thema aufmerksam gemacht. Nur durch ihre Hartnäckigkeit, das Thema nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, konnte eine Aufarbeitung beginnen.“ (S. 11) Sylvia Wagner definiert den „medizinisch nicht indizierten Einsatz von Arzneimitteln“ zur Sicherung von Ruhe und Ordnung im Heimalltag als „soziale Medikation“. Mit Bezug auf einschlägige Forschungen schreibt sie, „dass in Heimen der BRD, auch der Kinder- und Jugendhilfe, offensichtlich in großem Umfang Psychopharmaka zur Sedierung ohne ärztliche Verordnung oder medizinische Indikation von Mitarbeiter\*innen an Kinder und Jugend-

liche verabreicht worden seien“ (S. 33). So habe beispielsweise in dem Heim Wittekindshof (1965)

im Speisesaal eine Flasche Truxal bereit gestanden, um bei Tisch störenden Mädchen umgehend einen Löffel verabreichen und sie damit ruhigstellen zu können. Winkler berichtet, dass mit ‚derart gedämpften, desinteressierten, apathischen und eingeschüchtern Kindern der Heimalltag reibungsloser und leichter zu bewältigen gewesen sei. (ebd.)

Die Autorin bezeichnet die medikamentöse Sedierung als eine Form der Gewalt, die (nach Hans-Walter Schmuhl) darauf abziele, „die persönliche Integrität (das ‚Selbst‘) des Gegenübers zu verletzen und auf diese Weise Macht über ihn zu gewinnen“ (S. 34 f.). Durch die Verabreichung von sedierenden Medikamenten sei den Kindern / Jugendlichen die „Verfügungsgewalt über den eigenen Körper weitgehend entzogen und das Recht auf körperliche Unversehrtheit [ein im Grundgesetz verbrieftes Grundrecht, M. K.] teilweise außer Kraft gesetzt“ worden (S. 35). Wagner schreibt:

Im Gegensatz zu einer sichtbaren Fixierung mit Schnallen, Zwangsjacke oder Isolierung in einer Zelle [was es alles in stationären Einrichtungen für Kinder und Jugendliche auch gegeben hat, M. K.] handelt es sich bei einer medizinisch nicht indizierten Sedierung um eine unsichtbare Fixierung. (ebd.)

Ein solches Vorgehen wurde allerdings regelmäßig in den Berichten als ‚therapeutische Maßnahme‘ gerechtfertigt. Wagner zitiert dazu Schmuhl:

In der Logik der totalen Institution und aus der Sicht des Personals bedeutet sie aber eine pädagogische Maßnahme zur Disziplinierung und die Beseitigung einer Störung im Betriebsablauf. (ebd.)

Die Autorin dokumentiert genau, welche „Präparategruppen“ zur Ruhigstellung von Kindern und Jugendlichen verwendet wurden. Sie zeigt diese Praxis an einigen ausgewählten Einrichtungen und an einigen Fallbeispielen von Betroffenen. Wagner leistet damit einen wichtigen Beitrag, damit die heute noch immer zu hörende Behauptung,

einige Psychiater\*innen hätten ‚bedauerlicher Weise‘ bei Heimkindern ‚Fehldiagnosen‘ gestellt, fundiert zurückgewiesen werden kann. Bei sehr vielen Kindern und Jugendlichen, denen die Diagnose ‚Debität‘, mit all ihren lebenslangen Folgen, von Fachärzt\*innen gestellt wurde, meistens auf Betreiben der Heimleitungen, hat sich, als sie dieses System verlassen konnten, herausgestellt, dass sie immer ‚normal‘ gewesen sind. Was im Nachhinein dann als ‚Pseudodebität‘ bezeichnet wurde, war das Ergebnis von Hospitalisierung, Sedierung und gewaltförmiger isolierender ‚öffentlicher Erziehung‘, deren subjektive Folgen dann von ‚hochqualifizierten Fachleuten‘ den Kindern und Jugendlichen als ‚anlagebedingt‘ oder als ‚Charakterschwäche‘ zugeschrieben wurden.

Die besondere Leistung der Autorin besteht darin, im vierten Kapitel ihrer Studie die Arzneimittelversuche an Heimkindern zwischen 1949 und 1975 minutiös zu dokumentieren, die schon im Titel den Schwerpunkt dieses Buches betonen (S. 65 ff.) Exemplarisch werden diese ‚Versuche‘ an der Praxis der kinder- und jugendpsychiatrischen Abteilung des Landeskrankenhauses Schleswig-Holstein dargestellt, in der 1969 etwa 600 Kinder und Jugendliche ‚untergebracht‘ waren. In dieser Anstalt wurden unter Leitung des Arztes Dr. Rolf Jacobs über viele Jahre verschiedene in der Entwicklung befindliche Medikamente getestet. Jacobs glaubte, mit dem Einsatz der Medikamente „einen gangbaren Weg gefunden [zu haben; M. K.], Verhaltensstörungen schwachsinniger Kinder erfolgreich“ (S. 79) angehen zu können.

Die Sprache, mit der er über die ihm anvertrauten Kinder redete und schrieb, war die für seine Profession damals typische Mischung aus scheinbarem Mitleid und Verachtung. Die kritische Auseinandersetzung mit dieser diskriminierenden ‚Fachsprache‘ zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Studie. Sylvia Wagner zitiert diesen Arzt ausführlich. Er fand den Einsatz der Medikamente so wichtig, „weil es besonders um die Pharmakotherapie solcher vom Schicksal so schlecht weggekommenen Lebewesen zur Zeit noch äußerst kümmerlich be-



stellt“ sei (S. 79). In einer medizinischen Fachzeitschrift schrieb Jacobs, dass auch „das schwachsinnige Kind wie jeder andere Mensch unser Nächster sein“ solle (S. 80). In diesem Sinne würden im psychiatrischen Landeskrankenhaus Schleswig-Hesterberg an Kindern alle Mittel moderner Heilkunde angewendet:

Hormone, Röntgen- und Kurzwellenbestrahlungen gewisser Bezirke des Gehirns, die Pyrotherapie mit Pyrifer, Glutaminsäure, Vitamine aus dem B-Komplex und schließlich auch die medikamentöse Neuroplegie mit Reserpin-Präparaten und Mitteln aus der Phenothiazingruppe. (S. 80 f.)

Sylvia Wagner, die mit der vorliegenden Arbeit im Fachbereich Pharmazie promoviert wurde, beschreibt in ihrer Studie genau, um welche Wirkstoffe es sich bei den ‚getesteten‘ und eingesetzten Präparaten handelte, und informiert über ihre Dosierung in den ‚Versuchen‘ und ihre Folgen für die Betroffenen.

In der psychiatrischen Anstalt, so Jacobs, habe man es „in der Hauptsache mit schwachsinnigen Buben und Mädchen zu tun“ (S. 79). Da es keine befriedigende Definition für ‚Schwachsinn‘ gebe (es handelte sich um eine gängige Sammelbezeichnung für alle möglichen ‚Verhaltensauffälligkeiten‘), benutzte Jacobs die für Erwachsene in der Psychiatrie gebrauchten Typisierungen:

Indolente Passive, faule Genießer, sture Eigensinnige, kopflos Widerstrebende, ständig Erstaunte, verstockte Duckmäuser, heimtückische Schlaue, treuherzig Aufdringliche, selbstsichere Besserwisser, prahlerische Großsprecher, chronisch Beleidigte, aggressive Losschimpfer. (S. 79)

In der Kinder- und Jugendpsychiatrie der Anstalt Schleswig-Hesterberg wurden für die Testung eines sogenannten Kombinationspräparats ‚Verhaltensstörungen schwachsinniger Kinder‘ ausgewählt.

Mit dem, was wir unter einer medizinischen Diagnose und einer Indikation für die Einnahme von Medikamenten verstehen, hatte das nichts zu tun. In einem Beitrag schrieb Jacobs (1966), dass bei den

überwiegend schwachsinnigen Kindern und Jugendlichen der Anstalt ‚akute bzw. bedenklich anhaltende, mit dem Gemeinschaftsleben praktisch nicht zu vereinbarende soziale Anpassungsschwierigkeiten: auflehrende Disziplinlosigkeit, Aggressivität und völlige Hemmungslosigkeit‘ dominiert hätten. (S. 82)

Der Psychiater habe die Aufgabe „einer möglichst reibungslosen Eingliederung derart ‚schwieriger‘ jüngerer Patienten in die Anstaltsgemeinschaft“ (S. 83). So sollte zum Beispiel eine ‚Untersuchung‘ klären, welche ‚positiven Wirkungen‘ das Neuroleptikum Periciazin bei dem ‚Krankengut‘ der kinder- und jugendpsychiatrischen Abteilung des Landeskrankenhauses Schleswig-Hesterberg haben könnte. Für die ‚Untersuchung‘ wurden aus dem ‚Krankengut‘ 141 Kinder und Jugendliche ausgewählt und in folgende Gruppen gesondert:

„1. Schwachsinnige mit Verhaltensstörungen und Anpassungsschwierigkeiten (einschließlich Schulversagen). [/] 2. Schwachsinnige mit schweren Erregungszuständen ohne gleichzeitiges Hirnkrampfleiden. [/] 3. Epileptiker mit Erregungszuständen und emotionalen Störungen. [/] 4. Schwachsinnige mit gleichzeitiger depressiver Symptomatik.“ (S. 83)

Dass mit dem Einsatz von Medikamenten auch die Sexualität der Jugendlichen, genauer ihre autoerotischen Handlungen, bekämpft wurden, zeigen folgende Ausführungen Jacobs:

Jungen sind, von der Anatomie ihrer Geschlechtsorgane her, äußeren, die Masturbationstendenzen begünstigenden Störkräften eher ausgesetzt als Mädchen. So bedurfte es bei ihnen mehrfach einer höheren Haloperidol-Dosierung als bei Mädchen, um sie am Hantieren an ihren Geschlechtsorganen abzulenken. (S. 89)

Dass es bezogen auf die Medikamentenanwendung aus reinen Organisations- beziehungsweise Ordnungsgründen keine Spur von Unrechtsbewusstsein gab, zeigen folgende, von Jacobs in einem Artikel angegebenen Dosierungsgründe: Bei 49 Mädchen und Jungen zwischen acht und 18 Jahren sei die Dosierung erhöht worden,

weil zunächst aus raumtechnischen Gründen und überhaupt organisatorischen Gründen die Voraussetzungen für die Schaffung kleinerer Stationseinheiten mit harmonischem Gemeinschaftsklima nicht zu schaffen waren (S. 90).

Dass der Einsatz von Medikamenten auch in Heimen der Jugendhilfe allgemein verbreitet war, zeigt ein von Wagner zitierter Beitrag des führenden Kinder- und Jugendpsychiaters Prof. Dr. Stutte (Marburg), verfasst für die Informationsschrift des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages (AFET) von 1967, der Dachorganisation der öffentlichen und privaten Heimerziehung in der Bundesrepublik:

Psychopharmaka-Therapie kann die Heilpädagogik nicht ersetzen, sie vermag jedoch vielfach die pädagogische Angriffsfläche zu verbreitern und erst die Voraussetzungen zu schaffen für eine gezielte pädagogische oder psychotherapeutische Hilfe. (S. 112)

Hervorzuheben ist, dass die Autorin die von ihr belegten Arzneimittelversuche und den missbräuchlichen Einsatz von sedierenden Medikamenten an Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der Jugendhilfe, der Behindertenhilfe und der Kinder- und Jugendpsychiatrie auch historisch, politisch und gesellschaftlich kontextualisiert hat. An die von ihr belegten Kontinuitäten zwischen der eugenisch orientierten Kinder- und Jugendpsychiatrie und ihrer Verbindung mit der sogenannten ‚Verwahrlostenpädagogik‘ im NS-Staat, die ihre Wurzeln allerdings schon vor 1933 hatten, und der Jugendhilfe beziehungsweise der Kinder- und Jugendpsychiatrie in der Bundesrepublik bis in die 1970er und frühen 1980er Jahre muss immer wieder erinnert werden.

Zu kritisieren ist, dass die Autorin dem Runden Tisch Heimerziehung (RTH) in ihrer Studie attestiert, einen Beitrag zur Aufklärung der Praxis des Umgangs mit Medikamenten in Heimen geleistet zu haben. Dem muss der Rezensent als intensiver Beobachter und Teilnehmer des RTH widersprechen. Die Institutionenvertreter\*innen am RTH hatten bereits in der ersten Sitzung des Gremiums, gegen das

Votum der Vertreter\*innen der ehemaligen Heimkinder, abgelehnt, die Heime der damaligen ‚Behindertenhilfe‘ in die ‚Aufarbeitung‘ mit einzubeziehen, obwohl alle Beteiligten wussten, dass Kinder und Jugendliche zwischen Einrichtungen der Jugendhilfe, der Behindertenhilfe und der Psychiatrie hin- und hergeschoben wurden und es kaum ein Heimkind gab, das diesen ‚Verschiebebahnhof‘, wie das System unter Fachleuten damals genannt wurde, nicht aus eigener Erfahrung kannte. Diese Entscheidung hatte zur Folge, dass Tausende ehemalige Heimkinder, denen Unrecht und Leid angetan wurde, am Fonds Heimerziehung nicht partizipieren konnten und sich erst mit einer Verzögerung von nahezu sieben Jahren an die Stiftung Anerkennung und Hilfe wenden konnten.

Am RTH haben Vertreter\*innen der ehemaligen Heimkinder von Anfang an die Aufklärung von Arzneimittelversuchen und missbräuchlichem Medikamenteneinsatz an in Heimen lebenden Kindern und Jugendlichen gefordert. Leider hatte die Mehrheit der Institutionenvertreter\*innen am RTH diese Forderung abgelehnt. Am 15. April 2010 forderte Sonja Djurovic (Vertreterin der ehemaligen Heimkinder) den RTH in einer Tischvorlage auf, den Einsatz von Psychopharmaka zur ‚Ruhigstellung‘ sogenannter schwieriger Heimkinder als Menschenrechtsverletzungen anzuerkennen. Diese Tischvorlage wurde nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Ihre Nichtbehandlung besiegelte die Weigerung der großen Mehrheit der Institutionenvertreter\*innen am RTH, über die Praxis der Medikamentenanwendung in Heimen einschließlich der Durchführung illegaler Testungen noch nicht zugelassener Medikamente an Kindern und Jugendlichen in Heimen und psychiatrischen Einrichtungen aufzuklären. Im Abschlussbericht wird diese Weigerung mit ein paar unverbindlichen Sätzen bemäntelt. Der Rezensent hat sich in einem Sammelband (Lea Degner et al., Hg., Dressur zur Mündigkeit, Weinheim / Basel 2020) ausführlicher zur Thematik geäußert.

Das ist aber auch die einzige Kritik, die ich an der Studie von Sylvia Wagner habe. Sie hat als Einzelne das an Aufklärung einer menschen-

verachtenden Praxis geleistet, was ein personell stark besetztes und vom Bundestag eingesetztes Gremium zu leisten sich weigerte. In der Schlussbemerkung ihrer Studie schreibt die Autorin:

Die Rechercheergebnisse zeichnen ein bedrückendes Bild, das sich aus einer medizinisch nicht indizierten Ruhigstellung von Kindern und Jugendlichen zum Teil über Jahre und mit deutlich erhöhten Psychopharmaka-Dosen, der Anwendung triebdämpfender Mittel und der Nutzung von Heimkindern für Arzneimittelprüfungen zusammensetzt. [...] Insgesamt führten ökonomische Faktoren auf der Grundlage eines virulenten eugenischen Verständnisses zu einem umfangreichen Einsatz von Neuroleptika, der wiederum durch die Arzneimittelprüfungen eine wissenschaftliche Legitimation erhielt. [...] Die ärztlichen Maßnahmen stellen neben den im deutschen Heimsystem bekannten körperlichen, psychischen und sexuellen Gewaltformen eine weitere Form von Gewalt, eine medikamentöse Gewalt, dar. Dabei wurden Menschen zu Objekten medizinischer Forschung unter Missachtung rechtlicher und ethischer Bestimmungen. [...] Möglich wurde dies durch den gesellschaftlichen Diskurs zur Verwahrlosung. Heimkinder waren die ‚Anderen‘, die ‚Gemeinschaftsfremden‘, denen nicht die gleiche Empathie entgegengebracht wurde wie vertrauten Menschen. Das Klima der ‚Totalen Institution‘ in den damaligen Heimen war ein Nährboden für Gewaltexzesse gleich welcher Art. Dies betraf sowohl konfessionelle wie auch staatliche Einrichtungen. (S. 211 ff.)

*Manfred Kappeler*

Dies ist eine Veröffentlichung der **Sozial.Geschichte Online**  
lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

*Sozial.Geschichte Online* ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen knapp fünfstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e. V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 € und für GeringverdienerInnen 10 € jährlich; Fördermitglieder legen ihren Beitrag selbst fest.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

**sgo-verein [at] sozialgeschichte-online.de** oder den

**Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.**  
**Cuvrystraße 20a**  
**(Briefkasten 30)**  
**D-10997 Berlin**

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

**Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.**  
**IBAN: DE09 1002 0500 0001 4225 00, BIC: BFSWDE33BER,**  
**Bank für Sozialwirtschaft**

---

## Abstracts

### **Simon Duckheim, Von der „Führererziehung“ zur „Sozialisierung des Heilwesens“. Die (gesundheits-)politischen Vorstellungen des Sozialhygienikers, Sexualreformers und Eugenikers Max Hodann (1894–1946) und sein Engagement im Verein Sozialistischer Ärzte (1919–1933)**

The Association of Socialist Physicians (ASP) was the most important left-wing medical association during the Weimar Republic. Its primary goal was the introduction of a free healthcare system, in line with the principles described in the SPD's Erfurt Program of 1891. Max Hodann, whose areas of research focused on social hygiene, sexual reforms and eugenics, was one of the most well-known members of the ASP and was strongly involved in the German youth movement. This article traces Hodann's scientific and political development, especially with regard to the critique of the SPD's policy. Furthermore, the extent to which this development was related to his ideas on health policy and social hygiene, issues for which Hodann was regarded as the most outspoken representative within the ASP, is being discussed.

### **Hartmut Rübner, Kommunistische Bewegung in der Weimarer Republik und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Neuere Untersuchungen und Forschungsschwerpunkte**

The 1990s saw a boom in historical research on communism in Germany. In order to determine the relationship between utopia and reality in the history of communism, however, it is necessary to distinguish between two phenomena: on the one hand, the social movement which was constituted by a split from social democracy which had

become integrated into the system that reacted to relations of exploitation and oppression in class society, and, on the other hand, the dictatorships in power which constituted “real socialism”. In recent research we find a turning away from conventional party and political history towards methods focusing on social history and an investigation of specific environments. In so doing, however, it has not yet been possible to determine clearly whether a communist subculture is to be considered part of an inter-factional labour movement culture or whether it constituted separate niche communities. Although the communist spectrum includes many side currents and splinter groups, it is usually being reduced to the Communist Party (KPD).

### **Ralf Hoffrogge, Sozialpartnerschaft mit kurzer Tradition. Korporatismus, Voluntarismus und die „Varianten des Kapitalismus“ am Beispiel der Industriegewerkschaft Metall (IGM) und der Amalgamated Engineering Union (AEU)**

Germany is widely regarded as a model case of social partnership, or corporatism, or, according to the theoretical typology of the school of “Varieties of Capitalism”, as a coordinated market economy. Great Britain, on the other hand, is seen as a perfect example of a voluntaristic form of industrial relations. This essay questions these assumptions by comparing the German metal union *Industriegewerkschaft Metall* (IGM) to its British counterpart, the *British Amalgamated Engineering Union* (AEU). From industrialization to the present the metal industry played a leading role in the economy and both unions were the largest in their industry. They faced the same global challenges, at times leading to almost identical responses. While some studies identify distinct national traditions of corporatism or voluntarism way before 1918, the author argues that a definitive bifurcation into two systems of industrial relations happened much later, namely in the period between 1973 and 1979. At this turning point, British unions lost any hope



for a corporatist arrangement, while German corporatism survived as “defensive social partnership” leaving less room for manoeuvre for the trade union side.

### **Johanna Neuhauser / Peter Birke, Migration and Work – Theoretical Perspectives under the Impression of Multiple Crises**

In many countries, including Germany and Austria, the pandemic has both exposed and generated conflicts around migrant labour. *Social.History Online* has published several texts on struggles of migrant workers since March 2020, including analyses of conflicts over mass infections or labour unrest in agriculture or the meat industry. Johanna Neuhauser and Peter Birke discuss theoretical perspectives on how to understand the current cycle of conflicts. Based on empirical research in Germany’s and Austria’s low wage sectors they suggest to link critical research on migration and labour so as to improved the understanding of the perspectives of anti-racist and workplace struggles.

### **Christian Sperneac-Wolfer, Die multiple Prekarität rumänischer Bauarbeiter in Deutschland**

Romanian migrant workers labouring on German construction sites often lack proper health and safety measures and are subjected to exploitative working conditions. Starting off by describing instances of migrant labour unrest, Christian Sperneac-Wolfer sets out to analyse the precarious conditions these workers face in Germany, be that at work, access to decent housing or welfare provisions. The combination of these dimensions increases the negative consequences for workers. Not only does the analysis of these multiple layers of precariousness shed additional light on the extent to which the exploitation and the dynamics of migrant labour is rooted in society, but it also allows to identify new opportunities for political intervention.

**Rudi Friedrich / Connection e. V., Deserteure auf beiden  
Seiten des Krieges: „Die Idee in die Gesellschaft  
tragen, dass es einen anderen Weg gibt“  
(Interview: Peter Birke)**

In this interview with Rudi Friedrich, executive director of the association “Connection e.V”., conducted by our editor Peter Birke, the two discuss the consequences of the war in Ukraine and in particular the role conscientious objectors can play in the struggle against war. They also discuss whether mass desertion on both sides of the front can create the conditions for depriving the warmongers of their power. Flight from conscription and asylum for deserters are major issues being discussed. The interview has been conducted in December 2022 and constitutes the second of three planned texts about perspectives on the current war in Europe “from below”.

**Karmína, On “The Tragedy of the Ukrainian Working Class”  
(Interview: Peter Birke)**

How can the development of socio-economic conditions in Ukraine since the 1990s be explained? What was the role of the labour movement? In what ways have labour struggles been waged, what were their goals and what did they achieve? What kind of changes are occurring as a result of the war? A few months ago the *Karmína* collective has published an in-depth analysis on these questions and issues ([www.karmina.red/posts/tragedy-of-ukrainian-working-class/](http://www.karmina.red/posts/tragedy-of-ukrainian-working-class/)). The interview summarizes important results of this research, but also provides a discussion on working-class perspectives in Ukraine and Eastern Europe, one year on from the start of the Russian war of aggression. The interview has been conducted in December 2022 and constitutes the first of three planned texts about perspectives on the current war in Europe “from below”.

**Gianni Boetto, Ein Leben als operaistischer Aktivist in der italienischen „Provinz“. Vom heißen Herbst 1969 bis zu den Kämpfen in den Lagerhäusern der Logistik heute (Interview: Sergio Bologna; Übersetzung: Lars Stubbe und Karl Heinz Roth)**

In an interview with Sergio Bologna, Gianni Boetto recounts his decades-long experience of labour struggles in the Bassa Padovana, a region near Padua with a high proportion of medium-sized industrial supply companies. Boetto describes the experience of organized autonomy in the factories during the 1960s and 1970s and the impact of the defeat at FIAT in 1980, as well as the migration that intensified from the 1980s onwards, which restructured the labour market in various “waves”, thereby following the recomposition of capital. He describes the intensive collaboration needed which allowed grassroots unions to organise these migrants by way of operaist approaches, thus enabling them to establish themselves alongside the majority unions as equal opponents to capital, in order to counter the exploitative working conditions in the logistics and service industries. Sergio Bologna adds important remarks on the history of Italian cooperatives and their negative instrumentalization that has taken place since the 1990s in these class struggles of a newly constituted proletariat.

## **Autorinnen und Autoren / Contributors**

*Peter Birke*, PD Dr. phil., works at the University of Göttingen.

*Sergio Bologna*, born in Trieste in 1937, former lecturer on the history of the labour movement at Padua University, member of the academic advisory council of the Foundation for Social History; latest publication: *The Rise of the European Self-employed Workforce*, Milan 2018.

*Simon Duckheim*, Institute for the History of Medicine, Gießen, main research areas: medicine under National Socialism, concepts of social and “racial” hygiene during the Weimar Republic.

*Rudi Friedrich*, Offenbach a. M, executive director of the association “Connection e. V.” which supports conscientious objectors worldwide, [[www.connection-ev.org](http://www.connection-ev.org)].

*Ralf Hoffrogge*, Historian specialized in trade unions, economic democracy and historical communism research, working at the Leibniz Centre for Contemporary History Potsdam and the Institute for Social Movements at Ruhr University Bochum.

*Johanna Neuhauser*, Mag. Dr., Institute for Sociology, University of Vienna.

*Hartmut Rübner*, Dr. phil., member of the editorial committee of *Sozial.Geschichte Online* and research fellow at the Foundation for Social History (*Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahr hunderts*), Bremen.

*Christian Sperneac-Wolfer*, Institut für Sozialforschung, Frankfurt am Main.

*Karmina collective*, research and activist collective, working, among others, on labour struggles in Eastern Europe, based on the WWW and in Bratislava, Slovakia. Some texts in German and English can be found here: [www.karmina.red](http://www.karmina.red).

# DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT  
DUISBURG  
ESSEN

*Offen im Denken*

ub | universitäts  
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

**DOI:** 10.17185/duepublico/77518

**URN:** urn:nbn:de:hbz:465-20230405-111827-6



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0) genutzt werden.